

THEORIE UND PRAXIS
der Erwachsenenbildung

Detlef Oppermann/
Paul Röhrig (Hrsg.)

**75 Jahre
Volkshochschule**

KLINCKHARDT

Theorie und Praxis der Erwachsenenbildung

Detlef Oppermann/Paul Röhrig (Hrsg.)

75 Jahre Volkshochschule

Detlef Oppermann/Paul Röhrig (Hrsg.)
75 Jahre Volkshochschule

Das Jahr 1919 war nicht nur der Beginn der Weimarer Republik – in Kraft gesetzt durch die erste demokratische Reichsverfassung –, sondern auch der politische Anfang der Volkshochschulbewegung. Seitdem haben sich in den Städten und Gemeinden Deutschlands Volkshochschulen mit unterschiedlichem Erfolg, aber immer mit dem selbstgewählten Auftrag entwickelt, für die Bürgerinnen und Bürger eine Stätte für humane, soziale und demokratische Bildung zu sein.

In zehn Beiträgen und einer orientierenden Einleitung gehen Autorinnen und Autoren der Wirkungsgeschichte dieser Erwachsenenbildungsinstitution in Ost und West nach. Sie zeigen die Hoffnungen des Anfangs und die Schwierigkeiten, sich in den Städten zu verankern. Sie gehen dem Schicksal der Volkshochschule unter der Diktatur des Nationalsozialismus nach und beschreiben die dynamische Aufwärtsentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem kommunalen Weiterbildungszentrum.

Die hier vorgestellten Beispiele aus Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig, Jena, Dessau, Nürnberg, Stuttgart, Trier und Saarbrücken sind zum einen Modelle für die Vielfalt der Entwicklung von Volkshochschulen, zum anderen aber zeigen sie auch das Verbindende in der Idee „Volkshochschule“. Insofern ist dieses Buch ein Beitrag zur jeweiligen Ortsgeschichte wie zur Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland. Es ist aber auch bewußt eingebunden in die 75-Jahr-Feiern zur Demokratie in Deutschland, die 1994 zu beobachten waren. Das Ziel der Stabilisierung und Stärkung dieser Staatsform stand am Anfang der Volkshochschule und hat sie begleitet bis in unsere Tage.

LeserInnen: Interessenten der Orts- und Bildungsgeschichte, MitarbeiterInnen in Institutionen der Erwachsenenbildung, DozentInnen und StudentInnen der Erwachsenenpädagogik, nicht zuletzt aber auch KommunalpolitikerInnen als Beteiligte an der Trägerschaft von Volkshochschulen.

**75 Jahre Volkshochschule
Vom schwierigen Weg zur Humanität, Demokratie und
sozialen Verantwortung**

**Herausgegeben von
Detlef Oppermann
und
Paul Röhrig**

Theorie und Praxis der Erwachsenenbildung

Herausgegeben vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) · Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes

Das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE), die Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, wird mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft und der Länder institutionell gefördert. Es vermittelt als wissenschaftlicher Dienstleistungsbetrieb zwischen Forschung und Praxis der Erwachsenenbildung. Seine Tätigkeit besteht vor allem darin,

- für Wissenschaft und Praxis Informationen, Dokumente und Materialien zur Verfügung zu stellen,
- in Konferenzen, Arbeitsgruppen und Projekten die Erwachsenenbildung/Weiterbildung wissenschaftlich und praktisch zu entwickeln,
- Publikationen zu wissenschaftlichen und praktischen Fragen der Erwachsenenbildung/Weiterbildung zu veröffentlichen,
- Forschungsarbeiten zu initiieren und selbst Forschungen durchzuführen,
- Forschungsergebnisse in Fortbildungen zu vermitteln.

Inhalt

Vorbemerkungen	7
Einleitung.....	13
<i>Regina Siewert/Detlef Oppermann</i>	
Bildung, Demokratie und sozialer Frieden – 75 Jahre Hamburger Volkshochschule	43
<i>Horst Siebert</i>	
Volkshochschule Hannover	64
<i>Paul Röhrig</i>	
75 Jahre Volkshochschule Köln.....	82
<i>Wolfgang Guth/Nikolaus Richartz</i>	
75 Jahre Leipziger Richtung – Episode oder Modell?	95
<i>Kurt Meinel</i>	
Die Volkshochschule Jena – Aspekte ihrer Entwicklung im Wandel der staatlichen Machtverhältnisse	111
<i>Horst Labitzke</i>	
Volkshochschule Dessau – die älteste in Mitteldeutschland	139
<i>Jörg Wollenberg</i>	
„Die Demokratie geistig unterbauen“. Die Nürnberger Volkshochschule in Geschichte und Gegenwart	158
<i>Anne-Christel Recknagel</i>	
„Die Volkshochschule – eine Kulturtat unseres Jahrhunderts“ (Theodor Bäuerle).....	176
<i>Konrad Bohr</i>	
Volkshochschule in einer Bistumsstadt	192
<i>Detlef Oppermann</i>	
Volkshochschule in Saarbrücken. Von der Grenzlandvolkshochschule zu einem Weiterbildungszentrum im Saar-Lor-Lux-Raum	204
AutorInnen	226

gewidmet
Konrad Bohr,
der im September 1994 unerwartet verstarb.

Vorbemerkungen

75 Jahre sind ein Zeitraum, der für Menschen überschaubar ist. Viele heute lebende Ältere kennen die vergangenen 75 Jahre aus eigener Anschauung, haben in ihnen gelebt, gelitten, sich gefreut. 75 Jahre sind aber auch ein Zeitraum, der – je nach Definition – drei bis vier Generationen umfaßt. 75 Jahre sind in der menschlichen Wahrnehmung kurz und lang zugleich.

Vor 75 Jahren hatte Deutschland soeben einen Weltkrieg verloren, heute wissen wir, daß es erst der *Erste* Weltkrieg war. Vor 75 Jahren zerbrach in Deutschland das Kaiserreich, wurde eine Republik gegründet auf der Basis liberaler, demokratischer und sozialistischer Traditionen und Gedanken. Die Gründung der Republik war der Aufbruch in eine neue Zeit, zukunftsoptimistisch und vorwärtsgerichtet, mit Wunden zwar, die aber vermeintlich einem anderen Regime geschlagen worden waren. In dieser Zeit war Bildung für alle noch wichtiger als zuvor, sie galt als notwendige Grundbedingung dafür, daß eine demokratisch organisierte Republik überhaupt funktionieren könne. Die Bildung Erwachsener erlangte Verfassungsrang, und als zentrale Bildungsstätten für alle wurden in den deutschen Städten, Kommunen und Landkreisen Volkshochschulen und Volksbüchereien gegründet, von einzelnen Staaten, besonders Preußen, angeregt und finanziell unterstützt. Gegründet wurden diese Volkshochschulen hauptsächlich im Jahre 1919, und fast alle von ihnen existieren auch heute noch – oder wieder. Dies ist der Anlaß für viele Volkshochschul-Festveranstaltungen im Jahre 1994, dies ist auch der Anlaß für dieses Buch.

Ein Rückblick auf 75 Jahre könnte eine Leistungsbilanz sein, ein wehmütiges, aber auch zufriedenes Resümee geleisteter Arbeit. Es könnte um den Auf- und Ausbau von Bildungseinrichtungen gehen, um Lern-erfolge, um Zahlen von Teilnehmenden, pädagogisch Tätigen, um absolvierte Prüfungen, erfüllte Lebensgeschichten. In allen hier zusammengetragenen Beiträgen spielt dies aber eher eine geringe Rolle. Hier geht es mehr um verwickelte Gründungsgeschichten, um ideologische, parteiliche, materielle Einflüsse und Verteidigungskämpfe, um Funktionalisierungen und deren Abwehr, um Einbrüche und Wiederaufbau. Dies ist selbstverständlich der deutschen Geschichte der letzten 75 Jahre geschuldet, den Problemen in der Weimarer Republik, der bildungsfeindlichen Zeit des Faschismus, der Kriegszeit, der Zeit des Wieder-

aufbaus, der Zeit der deutschen Teilung. Es ist aber auch der spezifischen Situation von Einrichtungen der *Erwachsenenbildung* geschuldet, welche – seit sie existieren – verglichen mit Schulen und Hochschulen eine zumindest institutionell gesehen wesentlich fragilere, anfälligere, abhängigere Rolle spielen. Erwachsenenbildung und damit auch Einrichtungen der Erwachsenenbildung sind in wesentlich höherem Maße als andere Einrichtungen des Bildungswesens aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen unterworfen – wobei dies nicht leidende Hinnahme ist, sondern zumindest im Falle der Volkshochschulen aktive und selbstbewußte Teilnahme an den aktuellen Interessen und Bildungsbedürfnissen der Menschen.

Die hier zusammengetragenen Historien von Volkshochschulen lesen sich wie eine deutsche Geschichte der letzten 75 Jahre – gewiß, nur unter einem bestimmten Aspekt, aber doch mit Blick auf die Gesamtheit der deutschen Entwicklung, auf Katastrophen, Brüche und Aufbauphasen. Es geht nicht um Institutionenkunde, sondern um die institutionalisierte Bildung in unterschiedlichen historischen Phasen der deutschen Gesellschaft. Was führt zur Gründung von Volkshochschulen? Wie können sie in komplizierten politischen und ökonomischen Umbruchsituationen arbeiten? Wie können sie einem totalitären und faschistischen Regime widerstehen? Welche Rolle spielen sie beim Wiederaufbau einer Gesellschaft? Wie werden sie im sozialistischen System definiert und instruiert? Wie behaupten sie sich unter den Bedingungen der Marktwirtschaft? All diese Fragen lassen sich exemplarisch an den einzelnen hier vorgestellten Volkshochschulen diskutieren. Wir sehen Bildungseinrichtungen für Erwachsene in vier unterschiedlichen Regimen: einer Republik, einem sozialistisches System, einer demokratisch organisierten Marktwirtschaft, einer faschistischen Diktatur. Wir sehen, daß die Einrichtungen allesamt unterschiedliche Entwicklungen genommen haben, wir sehen aber auch die vielen Gemeinsamkeiten, die zwischen ihnen bestanden und bestehen. Volkshochschulen, dies zeigt sich hier, haben nicht nur eine lange Geschichte, sondern auch eine eigene und sie alle verbindende Identität.

Es mag sein, daß hier noch der eine oder andere Akzent hinzukäme, wenn die ausgewählten Volkshochschulen nicht so ausschließlich Großstädte repräsentierten: Es geht um deutsche Großstädte, die zugleich auch landespolitisch und bezogen auf Großregionen eine wichtige Bedeutung haben: Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig, Jena, Dessau, Nürnberg, Stuttgart, Trier, Saarbrücken. Aber auch bei mittelstädt-

tischen Volkshochschulen wäre das Spektrum bezogen auf die mitgelieferte Analyse der deutschen Geschichte kaum weitergehend gewesen. Rückblicke beziehen sich implizit auch immer auf die Frage: Was sagt uns dies heute? Die Aufmerksamkeit der Autorinnen und Autoren wird dadurch beeinflusst, die Auswahl, auch die Bewertung. Dies mag nicht immer bewußt sein, ist aber durchaus nachvollziehbar. Für Lesende ergibt sich daraus ein Vor- und ein Nachteil: Der Vorteil liegt darin, daß in der Regel vieles herauslesbar ist, was aktuelle Sorgen, Probleme und Ziele in historische Zusammenhänge einbettet. Der Nachteil ist, daß so manches im Rückblick anders gewichtet und gewertet wird, als es in der zeitgenössischen Diskussion gesehen wurde. Dieses in der Geschichtswissenschaft bekannte Phänomen gilt auch für die hier enthaltenen Beiträge. Sie arbeiten historisch, greifen zurück auf Dokumente, Arbeitspläne, Protokolle und Akten, zitieren bereits vorgelegte historische Analysen, zeitgenössische Bücher und Schriften und betreiben an der einen oder anderen Stelle auch ein Stück weit „Quellenkritik“. Es handelt sich dabei nicht um historische Forschung im engeren Sinne, sondern um eine wissenschaftlich angeleitete und reflektierte Rückschau auf die institutionellen Praxiszusammenhänge, in denen die meisten der Autorinnen und Autoren der vorliegenden Beiträge stehen. Aus heutiger Sicht lassen sich vielfältige Punkte zusammenfassen, die für manche vielleicht überraschend sind, bezogen auf die Tatsache, daß sie im Zusammenhang mit Volkshochschulen schon 75 Jahre lang diskutiert werden. Ich möchte daraus nur einige nennen:

- Der enge Bezug der Volkshochschulen zur Stadtgeschichte, Stadtstruktur und Stadtkultur wurde schon vor 75 Jahren nicht nur diskutiert, sondern auch als Element und Ursache der Gründung von Einrichtungen gesehen. Die Städte wollten jeweils *ihre* Volkshochschule, nicht irgendeine, sondern eine bestimmte – bezogen auf soziale, ideologische, parteiliche und spezifische Interessen der Stadt. Dieses konkrete Interesse war verbunden mit Anforderungen an die inhaltliche Arbeit und an die Organisation der Volkshochschule, aber auch verbunden mit den Möglichkeiten kommunaler Geldmittel; das Beispiel von Köln macht etwa schon für die Weimarer Zeit deutlich, daß die enge Anbindung an die Stadt auch ihre Risiken birgt dann, wenn das städtische Säckel leer wird.
- An der Tätigkeit von Volkshochschulen und Bildungseinrichtungen für Erwachsene insgesamt waren schon immer gesellschaftliche Gruppen besonders interessiert; es ging bereits vor 75 Jahren darum,

- welche Interessengruppen in den Beirat und die Mitbestimmungsgremien der Volkshochschulen kommen und dort vertreten sind, welche Rolle Arbeitnehmer und Arbeitgeber spielen, wie ein Interessenausgleich zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Organisationen bezüglich der Bildungsarbeit einer überall akzeptierten Einrichtung zu berücksichtigen ist. Die Organisation von Repräsentationsgremien, ihr Einfluß, ihre Besetzung und ihre Bedeutung spielten schon bei der Gründung der Einrichtung eine große Rolle. Am Beispiel Hannovers wird deutlich, daß sich diese Diskussionslinie, mit Unterbrechung durch den Faschismus (oder nicht?), bis in die Gegenwart fortsetzt.
- Bildungsarbeit, vor allem Bildungsarbeit mit Erwachsenen in institutionalisierter Form, stand vor 75 Jahren genauso wie vor 150 Jahren, als 1844 in Dänemark die erste Volkshochschule überhaupt gegründet wurde, im Zentrum gesellschaftlicher Kämpfe. Am Beispiel Nürnbergs ist erkennbar, daß Volkshochschulen auch mit Klassengegensätzen, Klassenkämpfen und Abhängigkeiten zu tun haben. Volkshochschulen sind keine Einrichtungen der Arbeiterbewegung, aber sie haben, wie dies Theodor Bäuerle aus Stuttgart benennt, durchaus ihre Rolle darin, indem sie den Klassencharakter der Kultur hinterfragen und zu vermeiden versuchen, daß „Menschen als Ware“ behandelt werden.
 - Volkshochschulen standen bereits zur Zeit ihrer Gründung in vielfältigen kooperativen Zusammenhängen, genauer gesagt: Ohne Kooperationen hätte es Volkshochschulen vermutlich vor 75 Jahren gar nicht erst gegeben. Zu diesen Kooperationen zählte auch eine, die sich mit Fragen der Wirtschaft und der Finanzierung durch Unternehmen befaßte. Das Beispiel Stuttgart macht deutlich, daß eine gesellschaftskritische und humane Orientierung der Volkshochschulen auch bei Unterstützung durch ein Wirtschaftsunternehmen möglich war und auch heute noch möglich ist.
 - Das Dritte Reich griff – mit unterschiedlichen Verzögerungen – auf rigideste Weise in die Tätigkeit der Volkshochschulen ein; dies macht deutlich, welche große Rolle Erwachsenenbildung für totalitäre politische Konzepte spielt, es macht aber auch deutlich, welche Widerstandspotentiale und Realisierungsprobleme dabei auftauchen. Gerade bei Volkshochschulen als Bildungsstätten mit humanem Bildungsauftrag erreichten Nationalsozialisten ihr Ziel der „Gleichschaltung“ nur entweder durch Schließung oder durch totale

- Austrocknung. Aktiv umgesetzt haben Volkshochschulen und die in ihnen tätigen Personen das menschenfeindliche faschistische Programm kaum – dies kann man nicht von allen Institutionen sagen, die gegen Ende der Weimarer Zeit existierten.
- So manches Problem der heutigen Zeit begegnet uns bereits in den frühen zwanziger Jahren an den Volkshochschulen, so etwa die Notwendigkeit der Fortbildung von pädagogischem Personal. Zwar war die Zahl der „Hauptberuflichen“ damals gering und zumeist auf die Leitenden begrenzt, aber die Notwendigkeit, Lehrende pädagogisch zu schulen, war bereits bekannt und wurde diskutiert. Paul Honigsheim in Köln (eine Auswahl seiner Schriften erschien beim DIE vor zwei Jahren) ist hierbei ein herausragender Name. Die enge Beziehung der Volkshochschulen zu den Universitäten in der Frühzeit ihrer Entstehung hängt wesentlich mit diesem Fortbildungs- und Professionalisierungsgedanken zusammen, auch wenn dies noch nicht immer eine Frage spezifisch erwachsenendidaktischer Qualifizierung war.
 - Auch andere Themen der Entstehungszeit der Volkshochschulen muten uns sehr vertraut an, etwa der Zusammenhang ihrer Angebote mit der Frauenbewegung, wie er aus der Stuttgarter Volkshochschule für das Jahr 1919 und die darauf folgenden genannt wird; aus einer ursprünglich durch Männer dominierten Bildungseinrichtung entwickelte sich bereits in der Weimarer Republik eine stark von Frauen geprägte Bildungseinrichtung – heute sind drei Viertel der Teilnehmenden an der Volkshochschule Frauen.
 - Wenige Informationen erhalten wir aus den hier vorliegenden Beiträgen über die methodisch-didaktische Gestaltung der konkreten Kursarbeit. Dies liegt nahe, da Institutionengeschichte keine Geschichte der Didaktik, sondern eher eine politische und soziale Geschichte ist. Aber immerhin: Wir lesen von Forderungen, daß Lehrer und Schüler gleichberechtigt sein sollen, wir können frühe Diskussionen über Teilnehmerorientierung erkennen, die Notwendigkeit eines professionellen Unterrichts, erwachsenengerechten Lernens. Wir können erkennen, daß eine reflektierte Auseinandersetzung mit Methodik und Didaktik der Erwachsenenbildung davon abhängt, daß es Institutionen gibt, in denen die Praxis der pädagogischen Arbeit verstetigt wird und die Reflexion darüber zielgerichtet bearbeitet werden kann.

- Schließlich können wir erkennen, welche Bedeutung das sozialistische System der DDR für die Entwicklung der Volkshochschulen hatte, ebenso, wie die soziale Marktwirtschaft des Westens ihren Einfluß auf Volkshochschulen ausübte. Wir können sehen, daß Jena, Leipzig, Dessau gegenüber den westlichen Volkshochschulen eine gänzlich andere Entwicklung genommen haben, und wir können sehen, daß die Entwicklungslinien zwischen den östlichen und westlichen Volkshochschulen, sofern es um konstruktive und bildungspolitisch vertretbare Entwicklungen geht, gewissermaßen erst nach sechzig Jahren wieder zusammengefunden haben. Umso erstaunlicher, daß nach so langer Zeit und bei so unterschiedlicher Entwicklung bereits heute wieder von einem vergleichbaren Ziel- und Verständnisprofil ausgegangen werden kann!

Die Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, heute das *Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE)*, hat es immer als ihre Aufgabe betrachtet, zwischen Wissenschaft und Praxis der Weiterbildung zu vermitteln, Anstöße für Forschung zu geben, Kenntnisse zu verbreiten und zur professionellen und gemeinsamen Erkenntnis von Zusammenhängen anzuregen. Mit dem hier vorliegenden Buch setzt das DIE seine Tradition fort, sich mit historischen Fragen der Erwachsenenbildung in Deutschland systematisch und konzentriert auseinanderzusetzen. Es geht um die Darstellung der Geschichte von Volkshochschulen, aber nicht im Sinne von Werbung, sondern im Sinne von Reflexion und Angebot zur Diskussion. Hätten sich die deutschen Volkshochschulen anders verhalten können und sollen? Gibt es Brüche und Probleme, die in den Monographien deutlich werden, welche die Wechselbeziehungen der deutschen Geschichte neu akzentuieren? Ergibt sich aus der historischen Betrachtung eine veränderte Beurteilung aktueller Probleme?

Das DIE lädt zur Diskussion dieser Frage ein. Es wird in Kürze in einer weiteren Publikation die Geschichte der evangelischen, der katholischen und der gewerkschaftlichen Erwachsenenbildung im Zusammenhang mit derjenigen der Volkshochschulen erörtern.

Ekkehard Nuissl

Direktor

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE)

Pädagogische Arbeitsstelle des

Deutschen Volkshochschul-Verbandes

Einleitung

Der große Aufbruch

Daß die allermeisten deutschen Volkshochschulen 1919 gegründet worden sind, hängt nicht in erster Linie mit dem berühmten Erlaß des preußischen Kultusministers Konrad Haenisch zusammen, mit dem dieser am 25. Februar 1919 erstmalig die Errichtung von Volkshochschulen anregte und zu fördern versprach¹. Vielmehr sind dieser und weitere Erlasse aus dem gleichen Geist entsprungen, der bereits an vielen Stellen, auch außerhalb Preußens, zu Diskussionen, Plänen und auch konkreten Initiativen mit dem Ziel der Einrichtung einer kommunalen Volkshochschule geführt hatte. Haenisch sprach damals schon von einer Volkshochschulbewegung, der sein Ministerium alle Unterstützung angedeihen lassen wolle, was es dann ja wohl auch getan hat.

Diese Bewegung speiste sich vor allem aus drei Strömungen älterer Provenienz. Da ist zum einen die Universitätsausdehnungsbewegung, die, aus England kommend, über Wien, Berlin und beispielhaft bis ins kleine Bonn ihre Spuren hinterlassen hat und die danach strebte, im Sinne der alten Volksbildung die Mauern der Universitäten zu überwinden (extra-mural) und ihre Beiträge für eine Bürger- oder Arbeiterbildung zu liefern. Vor allem Ludo Moritz Hartmann und das von ihm 1903 initiierte „Volkshaus“ – das erste Haus einer Abendvolkshochschule – sind Beispiele für diese aufklärerisch intendierte Volksbildung².

Die Verbindungslinien dieser Universitätsausdehnung zur Arbeiterbildung stellen das zweite Motiv der Volkshochschulbewegung dar, die sich nicht als ein bloßes *l'art pour l'art* der Bildung verstand, sondern deutlich republikanisch-demokratische Tendenzen im Sinne von politischer Beteiligung, Mitverantwortung und Mitgestaltung des Gemeinwesens beinhaltete, so wie es auch in Haenischs Aufrufen zum Ausdruck kam³.

Drittens ist da die kulturkritisch-reformpädagogische Strömung, die immer auch auf den dänischen Theologen Nicolai Grundtvig rekurrierte. Den Namen „Volkshochschule“ hatte man noch vor dem ersten Weltkrieg aus Dänemark übernommen, aber die dänische „folkehøjskole“ feierte 1919 schon ihr 75jähriges Bestehen, und so stellt sich die

Frage, warum die vorherigen Versuche, die dänische Volkshochschulidee in Deutschland zu verwirklichen, kaum Erfolg zeigten, 1919 aber plötzlich selbst im Kultusministerium von einer Volkshochschulbewegung gesprochen wird und fast überall Grundtvigsche Gedanken mit-schwingen, ausdrücklich im zweiten Erlaß Haenischs, in dem es heißt: „Der Aufbau wirklicher Volkshochschulen, die mit Heimen verbunden sind, bleibt das weitere Ziel“⁴. Was also hatte sich plötzlich geändert, wieso konnte jetzt auf einmal ein einziges Wort – Volkshochschule – so viele geistige, soziale und politische Impulse zusammenfassen?

Einer der großen Volksbildner jener Zeit, Fritz Klatt, der den Gedanken der Freizeitpädagogik erstmalig theoretisch gefaßt und praktisch in seiner Heimvolkshochschule in Prerow verwirklicht hat, schrieb im Rückblick folgendes über die Situation nach dem Ersten Weltkrieg:

„Die erstmalige dämonische Verselbständigung der Massen- und Maschinenkräfte Europas im Weltkrieg bewirkte die ersten Einsicht in die widerstreitenden Kräfte, deren der neue Mensch künftig Herr werden muß. Viele Zeitgenossen erlebten hier am eigenen Leib und in der eigenen Seele die Wendung der Weltgeschichte.

Mit dem Ende des vorigen Krieges waren die hundertfünfzig Jahre Blütezeit der deutschen Dichter und Denker vergangen. Goethes Faust, vor und nach dem Krieg gelesen, war nicht derselbe mehr. Was vorher lebendige Wirkung aus einer unabgerissenen fortwirkenden Tradition war, war nachher Geschichte einer vergangenen Epoche“⁵.

Dieses Erlebnis des Krieges – literarisch widersprüchlich verarbeitet in Jüngers „In Stahlgewittern“, Arnold Zweigs „Erziehung vor Verdun“ oder Remarques „Im Westen nichts Neues“ – hat eine ganze Generation von „jungen Menschen“ erschüttert und umgeprägt. Wilhelm Flitner, der als junger Kriegsheimkehrer die Leitung der Volkshochschule Jena übernahm, faßt die Stimmung der Gründergeneration folgendermaßen zusammen:

„Not, Trauer, Geisteswirrnis war die düstere Seite des Nachkriegsda-seins geworden, aber für meine Generation war es zugleich die Epoche des Beginns. An den Neubau des Staates knüpften sich kühnste Hoffnungen. Hatte diese selbe Generation um 1910 bis 1913 eine allgemeine Reform der Lebensauffassung im Sinn gehabt, aber den zähen Widerstand veralteter Verhältnisse zu spüren bekommen und durch den Kriegsausbruch den Untergang ihrer Anpflanzungen und Paradiesgärten erfahren, so war jetzt die alte Ordnung mit ihrer drückenden Macht plötzlich beseitigt, und eine stürmische neue Erwartung be-

mächtigte sich der Geister. Überall war nun die Rede von einer Zeitwende, von Erneuerung aller Verhältnisse, von einem neuen humanen Sozialismus. Es war bald zu sehen, daß durch die Änderung der Institutionen und der Machtverteilung auch jetzt eine innere Wandlung von oben her nicht zu erwarten war. Die Hoffnung richtete sich nun auf genossenschaftliches Wirken, auf Selbstverwaltung von unten, auf Zellenbildung, Gemeinschaften; sie sollten durch Erziehungsbewegungen und Bildungsarbeit inspiriert werden“⁶.

Und der wohl genialste Anreger der deutschen Erwachsenenbildung und erste Leiter der „Akademie der Arbeit“ in Frankfurt, Rosenstock, formulierte damals scharf und konsequent:

„Der Mißerfolg und der Sturz des Offiziers macht die Wissenschaftsgemeinschaft der akademischen Bildung dem Volke unerträglich. Sie zerstört sich selbst durch die Wirkungen des von ihr hilflos bis zur Vernichtung hingeschleppten Krieges auf das Volk. Dieses weiß nur das eine, aber das weiß es auch mit unzerstörbarer Klarheit: Was zu einem solchen Ausgang hat führen können, muß falsch angelegt gewesen sein, muß einen Kardinalfehler enthalten haben. Der akademische Geist, der nationale Geist, er hat die Sicherungen, die Umstellungsmöglichkeiten und Ventile nicht aus sich entwickelt, die das ganze Volk rechtzeitig in neue Bahnen hätten werfen können.

... Was kann es nun für eine neue Bildung geben? Durch sie soll ein Volk gebildet werden, das den Glauben an seine Regierer oder seine Erzieher oder an beide verloren hat, das im Glauben und im Wissen getrennt ist. Fabrikdirektor und Arbeiter, Bauer und Professor brauchen heute eine einheitliche, ihnen gemeinsame Bildung. Ausdruck dieser Bedürfnisse ist das neue Gebilde der Volkshochschule“⁷.

Die vielen jungen Wissenschaftler, Künstler, Pädagogen und politischen Enthusiasten, die, meistens gerade aus dem furchtbaren Krieg heimgekehrt, jetzt den neuen Menschen und die neue Gemeinschaft suchend⁸, sich zur Volksbildung verpflichtet fühlten, empfanden vielfach eine große Geistesverwandtschaft zur dänischen Volkshochschulbewegung. Was sie selber suchten, schien ihnen dort schon lange zu existieren. Von der bisherigen Volksbildungsarbeit in Deutschland distanzieren sie sich scharf und sprachen von einer alten oder extensiven und einer neuen oder intensiven Richtung der Erwachsenenbildung. Den ganzen üblichen Vortragsbetrieb, die zweckgerichtete Wissensvermittlung, die bloße Weitergabe von klassischen Kulturgütern und die parteimäßig ausgerichtete politische Schulung verwarfen sie zwar nicht

grundsätzlich, ließen sie aber nicht gelten als die jetzt notwendige Bildungsarbeit mit dem nun selbstverantwortlich gewordenen Volk. Die neue Volksbildung mußte langfristig und intensiv sein, mußte den Menschen Mitwirkung und Initiative zumuten, sollte zum Selbstdenken und zur Dialogfähigkeit führen und mußte deshalb abgrenzbar sein gegenüber den alten Begriffen von Volksbildung, und so trat nicht nur als Bezeichnung für die neue Institution, sondern auch als Inbegriff der neuen Idee der Name „Volkshochschule“ in den Vordergrund, neben den neuen Begriff der „Arbeitsgemeinschaft“ und den der „Neuen Richtung“⁹. Ohne republikanische Bildung, die der neue Staat so dringend benötigte, immer explizit zu fordern, lag hierin doch der pädagogisch entscheidende Kern.

Der tiefgreifendste Unterschied läßt sich daran ablesen, daß man in der „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“, aus der ja fast die ganze „alte Richtung“ bestand, nach dem Ersten Weltkrieg der Meinung war, man könne weitermachen wie bisher. Im Geschäftsbericht 1918/19 wird ausdrücklich betont, daß die neuen politischen Verhältnisse an der „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ und ihrer Arbeit nichts ändern könnten: „Als Erziehungseinrichtung kann sie unter den neuen Verhältnissen nur pflegen und entwickeln helfen, was in jeder Staatsform von Wert und Bedeutung ist“¹⁰. Liest man etwa das Protokoll einer bedeutenden und großen Versammlung, die Martin Buber 1919 nach Heppenheim einberufen hatte, um über die Erneuerung des gesamten Schulwesens und der Erwachsenenbildung zu diskutieren, so hat man das genaue Gegenbild zu jener Haltung¹¹. Hier in Heppenheim stand die neue Volkshochschule auf der Tagesordnung, von Buber stark grundtvigianisch eingefärbt, und Eugen Rosenstock gab später einem seiner schönsten Vorträge den Titel „Das Dreigestirn der Bildung“, um zu prophezeien, daß nun neben den beiden alten Institutionen, die das Volk geistig geleitet haben, Kirche und Universität, ein dritter Stern aufgehen werde, die Volkshochschule, die nicht eine Schule mehr *für* das Volk, sondern *des* Volkes sein werde¹².

Spätestens hier drängt sich wohl jedem der oft gehörte Einwand auf, daß zwischen den begeisterten und hoffnungsvollen Flugschriften der Protagonisten der Neuen Richtung und dem, was dann die empirisch festzustellende Wirklichkeit der Volkshochschule war, Welten lagen und, wie jede Praxis des Lebens zeigt, wohl auch liegen mußten.

Gewiß, so war es, aber zunächst ist doch einmal festzuhalten, daß die geistvollsten und interessantesten Bücher zur deutschen Erwachsenen-

bildung aus der Weimarer Zeit stammen und daß die Autoren nicht etwa weltfremde Theoretiker auf Lehrstühlen waren, sondern die Gründer und Leiter der Volkshochschulen selbst, wie Eduard Weitsch, Fritz Klatt, Wilhelm Flitner, Reinhold Buchwald, Adolf Reichwein, Eugen Rosenstock, Eberhard Dieterich, Franz Angermann, Alfred Mann, Paul Hermberg, Gertrud Hermes, Emil Blum, Ernst Michel, Theodor Bäuerle, Oskar Hammelsbeck, Paul Honigsheim; und Robert von Erdberg und Werner Picht arbeiteten als Ministerialbeamte praktisch für die Volkshochschule.

Die Forderung der geisteswissenschaftlichen Pädagogik, besonders von Dilthey vertreten, daß niemand Pädagogik lehren und theoretisch vertreten sollte, der nicht auch praktisch darin gearbeitet habe, wurde vorbildlich in der deutschen Volkshochschulbewegung verwirklicht. Und weil in so relativ vielen Fällen hohe theoretische Begabung sich auch in der praktischen Arbeit bewährt hat, kann die Volkshochschule der Weimarer Zeit auch heute noch oder sogar mehr als früher unsere Bewunderung hervorrufen. Aber über ihre eigene alltägliche Praxis schrieben die geistvollen Köpfe in den Volkshochschulen in der Regel nicht so viel. Und da sich auch die wissenschaftliche Forschung nicht besonders eifrig um die Volkshochschulen gekümmert hat, erinnert einen ein Jubiläumsjahr wie dieses in erster Linie daran, wie wenig wir eigentlich über unsere Volkshochschulen wissen. Erst die Kenntnis über das Schicksal einzelner Volkshochschulen und ein Überblick über die Gesamtentwicklung geben uns die Möglichkeit, über Erfolg und Mißerfolg, Leistung und Versagen der Volkshochschulen zu urteilen.

Die hier vorgelegte kleine Auswahl kann nicht ersetzen, was die Forschung bisher versäumt hat, nämlich die Geschichte der Volkshochschulen von der Praxis und vom Ablauf her einmal systematisch zu untersuchen. Die Sammlung von Berichten war von vornherein räumlich begrenzt, und auch in der Auswahl steckt etwas Zufälliges, weil längst nicht jede Volkshochschule kurzfristig im Jubiläumsjahr einen Abriß ihrer Geschichte erstellen konnte. Insofern kann in einem strengen Sinn nicht behauptet werden, die deutschen Volkshochschulen seien hier in ihrer Geschichte exemplarisch dargestellt, denn diese Beispiele repräsentieren nicht das Ganze. Noch weniger stellen sie eine Bewertung nach Rang und Bedeutung dar.

Großstädtische Beispiele konnten leichter berücksichtigt werden, weil Vorarbeiten vorhanden waren, und die historisch bedeutendsten Modelle dominieren über die Vielzahl von kleineren, aber deshalb nicht

weniger wichtigen Aktivitäten. Dennoch sind die hier versammelten Berichte sehr aufschlußreich: Sie zeigen einerseits, meistens nur indirekt, die Gemeinsamkeiten, die dem Zeitgeist, der geschichtlichen Situation und politischen Ereignissen verdankt wurden, und andererseits machen sie deutlich, wie einzelne, manchmal recht eigenwillige Persönlichkeiten und dann auch der Charakter der einzelnen Städte daraus etwas ganz Eigenwilliges und Besonderes machten, so daß man wohl sagen darf, daß jede Volkshochschule eine Individualität war und vielleicht auch heute noch ist.

Ursprünglich war vorgesehen, daß für diesen Band die Geschichte der Volkshochschulen um 1970 zu Ende sein sollte und das weitere Vierteljahrhundert zur lebendigen Gegenwart zu zählen sei. Nach der Lektüre der Beiträge haben wir eingesehen, daß für die neuen Länder dieser Schnitt auf jeden Fall unsinnig wäre, weil ja 1989 hier auch für die Erwachsenenbildung eine Wende kam, von der aus eine geschichtliche Betrachtung nicht unbeeinflusst ist. So haben wir gerne diese Weiterführungen akzeptiert und sind überzeugt, daß wir alle, ob aus den alten oder neuen Ländern, auf diese Informationen neugierig sind. Überhaupt haben wir nicht den Versuch gemacht, die Beiträge einander anzugleichen; was vielleicht für die wissenschaftliche Auswertung hätte nützlich sein können, würde andererseits die Lektüre sicher langweiliger gemacht haben. So bezeugen diese Artikel durch ihre Art eine nicht zu verachtende Wahrheit über die Volkshochschulen: Sie sind offenbar immer noch Individuen, von sehr unterschiedlichen Persönlichkeiten gegründet, geleitet, geprägt und schließlich auch dargestellt, die sich hoffentlich ihre Eigensinnigkeit und Verschiedenheit nicht so schnell nehmen lassen.

Doch zurück zum geschichtlich interessierenden Verlauf der Volkshochschulentwicklung: Die empirisch feststellbare starke Diskrepanz zwischen Idee und Wirklichkeit darf man nicht so erklären, als seien die Pioniere der Volkshochschulbewegung Phantasten gewesen. Vielmehr gab es etliche Gründe für die Annahme, die Volkshochschule gehe als der neue Stern am Bildungshimmel auf und sei möglicherweise in der neuen Industriegesellschaft und im neuen Staat wichtiger als Kirche und Höhere bzw. Hochschule. Immerhin schrieb der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Preußen, Konrad Haenisch, in seinem ersten Erlaß zur Volkshochschulfrage: „Die Not der Zeit offenbart so eindringlich wie denkbar die Notwendigkeit der Arbeitsgemeinschaft aller Volkskreise ... Über Stadt und Land verbreitete *Volks-*

hochschulen, in denen die so vielfach volksfremd gewordene Wissenschaft wieder deutsch zu Deutschen spricht, müssen uns helfen, das geistige Band zwischen allen Volksteilen wieder fest zu knüpfen und verlorenes Verständnis für gemeinsame Arbeit wieder zu erobern“¹³.

Der Erlaß ist übrigens von Unterstaatssekretär Baege unterzeichnet, der auch die berühmte Reichsschulkonferenz von 1920 vorbereitete und uns schließlich in dem vorliegenden Beitrag über Nürnberg als einfallreicher fortschrittlicher Volkshochschulleiter begegnet. Baege hatte zeitweise Einfluß in Thüringen, ferner auf den Bund Entschiedener Schulreformer (wie auch der Kölner Paul Honigsheim) und war so eine wirkliche Stütze der Erwachsenenbildung. Und wenn schließlich das Kultusministerium per Erlaß „der Volkshochschulbewegung für ihre Arbeiten und Übungen alle staatlichen Unterrichtsräume und Sammlungen“ öffnet¹⁴ und in der Weimarer Verfassung am 11. August 1919 sogar festgelegt wird: „Das Volksbildungswesen, einschließlich der Volkshochschulen, soll von Reich, Ländern und Gemeinden gefördert werden“¹⁵, dann zeigen all diese Beispiele, daß die Erwartung einer enormen Unterstützung der Volkshochschulen durchaus realistisch war.

Hinzu kommt die enge Verknüpfung der Volkshochschulbewegung mit der Arbeiterfrage, die in den Anfangsjahren mit erstaunlicher Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht wird und eigentlich zu einem festen Bündnis zwischen Arbeiterbewegung und Volkshochschule hätte führen müssen. Allerdings stand jedoch die Frage der Neutralität, wie auch immer man sie beantwortete, einem allzu innigen Verhältnis im Wege, und die verschiedenen Theorien über die Klassenverhältnisse spalteten nicht nur die Arbeiterbewegung selber, sondern auch ihr Verhältnis zur Bildung. Aber wenn selbst ein ziemlich konservativer Beamter aus dem preußischen Kultusministerium 1919 in der Daimler-Werkzeitung so schrieb, als sei das große Bündnis schon da, mußte man doch mit unendlich großen Möglichkeiten und Chancen rechnen. „Zeitungen und Veranstaltungen hallen heute wider von dem Wort Volkshochschule. Seit das Volk seinen alten Staat zerstört hat, seit dem 9. November 1918, ertönt der Ruf nach ihr mit überraschender Gewalt. Mit dem Aufstiege der Arbeiterschaft fällt der Aufstieg des Wortes ‚Volkshochschule‘ zusammen. ... Was ist die Volkshochschule? Die Volkshochschule bedeutet das Mittel zum Eintritt der Arbeiterschaft in das Geistesleben“¹⁶.

Nimmt man die anfänglichen Hoffnungen und Erwartungen zum Maßstab, so ist die Geschichte der Volkshochschulen eine Geschichte

von Enttäuschungen. Davon erzählen unsere Berichte aus den einzelnen Städten. Die „Empfindung für die gemeinsame Not, ... die Hunderte der Besten bei der Revolution in die Volksbildung hineingeführt“ habe, wie Eugen Rosenstock 1920 gesagt hatte¹⁷, wurde von der Masse der Bevölkerung und auch den meisten Intellektuellen nicht so als geistige Not empfunden, daß man es für notwendig hielt, sich zusammenzufinden und einen großen Diskurs, Gespräch sagte man damals, zu führen über „Eine Lehre vom Volke, eine Lehre von der Arbeitsteilung, vom Lebenslauf des einzelnen ... Über die Lebensalter, über den Aufbau der Familie, über die Wirtschaftsordnung“¹⁸. Außerdem wuchs die Neigung, in der politischen Auseinandersetzung fast nur noch das Trennende und weniger das Gemeinsame zu sehen und schließlich, von den extremen Flügeln bevorzugt, die Saalschlacht an die Stelle des Miteinanderredens zu setzen.

Auch geriet die Volkshochschule selbst leicht in die politischen Auseinandersetzungen. Ihr Gedanke einer parteiübergreifenden Parteilichkeit für Humanität, soziale Gerechtigkeit und Demokratie wurde häufig mißverstanden und scheint bei den Parteien und Weltanschauungsgruppen fast immer zu dem Verdacht geführt zu haben, die Volkshochschule unterstütze jeweils die Gegenseite. So versuchte man manchmal auch vor 1933 schon, ihr die Freiheit der Lehre zu beschneiden, wie aus Leipzig, Nürnberg und Saarbrücken berichtet wird. Schlimmer waren aber die Mittelkürzungen, die man im Zuge der Weltwirtschaftskrise fast überall vornahm und die manchen Volkshochschulen dann auch die Existenzgrundlage entzogen. Hier zeigte sich, daß der Verfassungsauftrag und die Selbstverpflichtung von Staat und Kommunen aus der Anfangsphase nur sehr begrenzten Wert hatten. Schwer verständlich ist, daß die fast letzten Oasen eines freien Diskurses zwischen Marxisten und Liberalen, Arbeitern und Bürgerlichen, Christen und Juden im Augenblick höchster Gefahr noch beschnitten oder ganz ausgetrocknet wurden, daß man die – wenn auch nur kleinen – Möglichkeiten einer Stabilisierung des demokratischen Bewußtseins durch die Volkshochschule nicht erkannt hat. Diese Vorbehalte und Diffamierungen zielten deshalb nicht nur auf den humanen und partizipatorischen Geist der Volkshochschule, sondern vor allem auch auf ihr demokratisches und republikanisches Potential.

Es ist ein Kennzeichen für die in Partikularitäten denkende Zeit, daß das Integrationsmodell „Volkshochschule“ bildungspolitisch nicht wirklich geschätzt wurde. Die Republik als eine res publica im authentischen

tischen Sinne wurde so auch in ihren Bildungsstrukturen nicht wirklich gelebt. Und so zerfiel auch die Erwachsenenbildung in aller Regel gesellschaftspolitisch und parteipolitisch in separate Strukturen, die für ihre jeweiligen Ideologien warben, nicht aber für eine auf Toleranz, Demokratie und Liberalität zielende Bildung. Die Volkshochschule war hier das vernachlässigte Gegenbild, das wie wohl kaum ein anderes Modell den Gedanken der Reichsverfassung in besonderer Weise entsprach.

Will man Erfolg und Versagen der Volkshochschule richtig beurteilen, darf man nicht vergessen, wie kurz die Zeit zwischen 1919 und 1933 war, die dazu noch ständig von ökonomischen und politischen Krisen durchschüttelt wurde. Vielleicht hat Karl Jaspers schon 1931 in dem berühmten tausendsten Göschen-Band „Die geistige Situation der Zeit“ das gerechteste Urteil über die Volkshochschule der Weimarer Zeit niedergeschrieben:

„Früher handelte es sich dem Erwachsenen gegenüber nur um ein Vermitteln von Wissen für breitere Kreise; Problem war die Möglichkeit des Popularisierens. Heute ist die Frage gestellt, wie aus dem Ursprung gegenwärtigen Daseins in der Gemeinschaft von Volksbildnern, Arbeitern, Angestellten, Bauern neue Bildung geschaffen, nicht alte verwässert werde. Der Mensch in seiner Verlassenheit soll sich nicht nur in der Wirklichkeit begreifend zurechtfinden, sondern wieder einer Gemeinschaft angehören, welche über Berufsangehörigkeit und Parteigemeinschaft hinaus den Menschen mit dem Menschen als solchen zusammenbringt; es soll wieder ein Volk werden. Die Fragwürdigkeit von allem, was mit der Erwachsenenbildung in diesem Sinn erreicht wurde, kann nicht hindern, den Ernst der gestellten Aufgabe zu fassen. Wenn alles, was Idee war, an der Wirklichkeit der Zeit zerschellt, so wird der Aufschwung in der Situation zu einem vielleicht unerfüllbaren Anspruch, aber als Anspruch der gebliebene Rest von Menschenwürde. Wenn es kein Volk mehr gibt, in dem der einzelne eine selbstverständliche Zugehörigkeit fühlt – oder dieses Volk doch nur in Trümmern da ist –, wenn alles Masse wird in dem unerbittlichen Auflösungsprozeß, so mag das Werden eines neuen Volkes utopischer Inhalt romantischen Sehnsens sein. Aber der Antrieb behält sein Recht. Vorläufig gibt es jedoch nur Kameradschaft von Freunden, die sichtbare Wirklichkeit einzelner Menschen, den Willen zur Kommunikation mit dem Fremden, ursprünglich anders Gesinnten. Daher ist die Erwachsenenbildung in dem heute ergriffenen Sinn nicht Wirklichkeit,

sondern als Forderung zugleich ein Symptom der Verlorenheit des Menschen in der Bildungszertrümmerung des Zeitalters, dessen Erziehung versagte¹⁹.

Einige der vorliegenden Berichte widersprechen anscheinend der These, überwiegend der Geist der Neuen Richtung habe die Institution der Volkshochschule hervorgebracht, sind doch in einigen Fällen die alten kaufmännischen und gewerblichen Fortbildungsvereine die ersten Träger der neu errichteten Bildungsstätte gewesen. Nimmt man aber weniger formale Kriterien, wie etwa die Frage, ob auch Verträge und berufliche Kurse zugelassen waren, dann zeigt sich, daß eben doch ein neuer Geist von Erwachsenen- oder Volksbildung auch in solchen Volkshochschulen Einzug hielt, die sich nicht direkt als Abkömmlinge der Neuen Richtung verstanden. Wenn eine Stadt, wie Nürnberg es tat, Hermann Baege zum Volkshochschulleiter wählte, dann war damit ein entschiedener Reformpädagoge und damit ein Anhänger der Neuen Richtung eingezogen; wenn in Saarbrücken Oskar Hammelsbeck mit der Leitung der Volkshochschule beauftragt wird, dann war dies, direkt vermittelt durch das Preußische Kultusministerium, ein Bekenntnis zum Programm der Neuen Richtung, und wenn in Dessau der Leiter bei der Eröffnung und auch später sich auf Grundtvig beruft, kann das nur den neuen Impuls meinen²⁰.

Gerade das Beispiel Theodor Lessings, des Exponenten der Volkshochschule Hannover, zeigt etwas von der Zwiespältigkeit und dem Dilemma der neuen Erwachsenenbildung. Alle sprachen ja davon, daß die geistige und soziale Not Impuls und Richtmaß der Volkshochschulbewegung sei. Lessing, der es als seine Wesensart bezeichnet, immer auf der Seite der Not zu stehen, sah die Notwendigkeit, mit elementar- und berufsbildenden Kursen individuelle Hilfe zu leisten, als verpflichtend an, während die meisten Anhänger der Neuen Richtung darauf bestanden, die noch geringen Kräfte der Volksbildung ganz auf die gemeinsame geistige und politische Not zu konzentrieren, der eben nur im gemeinsamen Diskurs, in der Form der Arbeitsgemeinschaft, begegnet werden könne. Vielleicht konnte Lessing auch nur für die umfassendere Lösung plädieren, weil, wie er selbst in seinen Lebenserinnerungen sagt, die Volkshochschule Hannover dank verständnisvoller Kuratoren zu den besten Deutschlands zählte²¹. Er selbst aber war ein Mann des neuen Volkshochschulgeistes, wie beispielsweise folgende Selbstcharakterisierung zeigt: „Bis ins Mannesalter bekam ich nichts so oft zu hören wie: ‚Dir ermangelt der Ehrgeiz‘. Und doch hatte ich sitt-

lichen Ehrgeiz und einen starken Helferwillen. Dagegen ist mir in der Tat alles geschäftlich-politisch-praktische Bezwecken ganz versagt. – Es ist eine immer wiederkehrende Erfahrung, daß ich mit jedem naiven Menschen harmoniere, dagegen Anstoß erzeuge, wo irgendwelche Absichten oder wo Philisterei sich regt; Philisterei aber ist immer *Zweckwille*“²². So ähnlich hätte auch Grundtvig sprechen können, in dessen Volkshochschulen das Singen und Erzählen und die Poesie so wichtig waren.

Eines der wichtigsten Ergebnisse des genauen und vergleichenden Lesens der „Lebensläufe“ von Volkshochschulen könnte es sein, daß die klischeehafte Einteilung der Erwachsenenbildung in eine alte und neue, romantische und aufklärerische Richtung relativiert und neu gefaßt werden muß. Gewiß stecken dahinter verschiedene Grundauffassungen, die nicht nur historisch bedeutend waren, sondern auch heute noch eine gewisse Berechtigung haben. Aber sie müssen neu durchdacht und bewertet werden. Dazu können die hier vorgelegten Beiträge anregen und einige Materialien liefern.

Werner Picht, der als Referent für Volksbildungsfragen im preußischen Kultusministerium ein Stück weit den Weg der Volkshochschulen aus einer guten Perspektive beobachten konnte, zieht in seinem Buch „Das Schicksal der Volksbildung in Deutschland“²³ ein zwiespältiges Resümee. Gemessen an der Aufgabe, die sie sich nicht selbst willkürlich gestellt, sondern die ihr die historische Situation schicksalhaft zugespielt habe, sei sie gescheitert. Während bis dahin die humanistische Bildung immer als ein fester Kanon in der geistigen Oberschicht ausgebildet worden sei, ehe sie dann partiell auch auf Teile des Volkes ausgedehnt wurde, habe nach Weltkrieg und Revolution die schwierige Aufgabe bestanden, aus dem Volk und durch das Volk selbst eine neue Bildung entstehen zu lassen, was aber nicht gelingen konnte, wenn dieses Volk in einem geistigen, sozialen und politischen Chaos sich verlor. Andererseits sagt Picht aber von dem äußeren Verlauf bis 1932: „Er ist im ganzen genommen bezeichnet durch eine langsame, aber stetige institutionelle Konsolidierung. Die Volkshochschulen insbesondere erwiesen sich nach dem Rückschlag der Jahre 1922–1924, in denen die Geldinflation zu einer heilsamen Rückbildung der Bildungsinflation führte, mehr und mehr als ein nicht mehr wegzudenkender Bestandteil des Bildungswesens“²⁴. Ende 1932 sollen nach den Unterlagen des Archivs für Volksbildung²⁵ 216 Abend- und 81 Heimvolkshochschulen bestanden haben, wobei nach Picht aber zu vermu-

ten ist, daß etliche bereits hatten schließen müssen. Damals versuchten manche Städte, durch Kürzung der Mittel oder vorübergehende oder vollständige Schließung der Volkshochschulen ihre Haushaltslage zu verbessern. Nicht immer konnte, wie in Nürnberg, durch einen massenhaften Protest der Hörer die Schließung abgewendet werden, und in Köln, Dessau und Saarbrücken ist nicht klar, ob nur der Druck der Nationalsozialisten schuld an der Einstellung des Volkshochschulbetriebs war.

Wenn vorher betont wurde, daß die Volkshochschule nicht nur in der Weimarer Zeit über eine gesellschaftspolitisch wirklich wirksame Lobby kaum verfügte, so folgt aus diesem Defizit und der Tatsache ihres strukturellen Überlebens – auch unter einem finanzpolitischen Desaster – einzig die Erklärung, daß es vor allem die Nachfrage, das heißt eine solidarische Teilnehmerschaft, war und ist, die der Volkshochschule ihr Überleben garantiert(e).

Nach Werner Picht wurden um 1919 135 Abendvolkshochschulen gegründet, die 1929 noch bestanden, dann sank jedoch die Zahl der Neugründungen von Jahr zu Jahr, während es bei den Heimvolkshochschulen umgekehrt war: Man begann 1919 mit drei Gründungen und steigerte sich dann jährlich, bis 1932 die Zahl von 81 Schulen erreicht wurde²⁶, woraus man eine fortschreitende Hinwendung zur ursprünglichen Volkshochschulidee herleiten kann. Welche Entwicklung in der Weimarer Zeit möglich gewesen wäre, wenn die anfangs proklamierte Notwendigkeit und Wichtigkeit sich in angemessene finanzielle und politische Unterstützung umgesetzt hätte, ist schwer zu sagen, aber einiges läßt sich vorstellen, wenn man an die dänische und schwedische Volkshochschulbewegung jener Zeit denkt. Auf jeden Fall sollte man den Volkshochschulleuten der Weimarer Zeit gegenüber Dankbarkeit empfinden, daß sie eine neue pädagogische Institution innerhalb von 14 Jahren entwickelt haben, die nicht nur Stabilität, sondern auch hohes Niveau und öffentliche Bedeutung erworben hatte und so nach dem Ende der Diktatur wieder fortwirken konnte.

Unter der Diktatur

Nähert man sich bei der historischen Reflexion dem Jahre 1933, so stellt sich einem zwangsläufig die Frage, ob die Geschichte der Volkshochschule hier nicht abbricht und demnach nur eine Lücke zu regi-

strieren ist oder ob es doch Kontinuitäten, wenn auch unter abweichendem Namen, anderer Führung und mit divergenten Motiven gegeben hat. Mit Sicherheit hat die Geschichte der Erwachsenenbildung oder der Fort- und Weiterbildung nach 1933 eine Fortsetzung erfahren, aber fraglich ist, ob man dies bei der Volkshochschule auch sagen kann.

Es gibt zwei sich widersprechende Argumentationsreihen, die nach dem Zweiten Weltkrieg eine Rolle gespielt haben. Einerseits gab es eine ziemlich gleichlautende Wortwahl über die Ziele der Volksbildung, die eine hohe Übereinstimmung vermuten läßt: Vor und nach 1933 sprach man viel von Bildung zum Volk, Volksbildung, Bildung durch die Gemeinschaft und für die Gemeinschaft. Dies haben auch einige aus der Erwachsenenbildung kommende Repräsentanten des Nationalsozialismus als Chance zu einem gleitenden Übergang gesehen²⁷. Andererseits wird die ganze Volkshochschulbewegung der Weimarer Zeit von den meisten Parteiideologen und Bildungsfunktionären sehr grob als liberalistisch und marxistisch, vielfach als kommunistisch und gar bolschewistisch abqualifiziert. Die feine dialektische Argumentationsweise der Neuen Richtung, daß dem Massen-Vortragswesen eine individualisierende Bildung entgegneten müsse, deren letzter Sinn aber gerade darin liege, verantwortungsvoll und besonnen in einer Gemeinschaft zu leben²⁸, war mit dem groben Raster der nationalsozialistischen Ideologie nicht zu fassen, und so sagte man entweder „liberalistisch“ oder „kommunistisch“ oder beides in einem Atemzug.

Nach dem Zweiten Weltkrieg taucht das Argumentationsmuster wieder auf: Entweder sollten die Volkshochschulen von individualistischer Beliebigkeit, gepaart mit politischer Neutralität, behaftet gewesen sein, wodurch sie blind waren für die nationalsozialistische Gefahr, oder sie wurden einer verhängnisvollen Gemeinschaftsideologie bezichtigt, die den Boden bereitet habe für Hitlers Volksgemeinschaft. Es kann aber nicht beides richtig sein, und auch wenn man nur der einen oder der anderen Seite recht geben will, kommt man in weitere Verlegenheiten. Wenn die sogenannte Gemeinschaftsideologie sowie die Neigung zu Romantik und Irrationalismus, die der Volkshochschulbewegung gerne unterstellt werden, wirklich der nationalsozialistischen Herrschaft vorgearbeitet hätten, muß man sich doch fragen, warum die Nationalsozialisten das offenbar nicht bemerkt haben. Außer den ganz wenigen Versuchen im ersten Jahr, der deutschen Volksbildungsbewegung insgesamt einige Pluspunkte zuzugestehen, herrscht doch sonst im national-

sozialistischen Parteiapparat die durchgehende Tendenz, eine scharfe Trennungslinie zu ziehen. Schon das thüringische Vorspiel zeigt, wohin die Reise gehen sollte, und wenn auch in Thüringen ausnahmsweise die alte Organisationsstruktur beibehalten wurde, so wurde durch den Austausch der Personen und des Namens in Wirklichkeit doch der Bruch vollzogen. Die Thüringer Lösung der Volkshochschulfrage sei im Reich als vorbildlich angesehen worden, schrieb 1934 ein Funktionär, die „liberalistisch-demokratischen“ Volkshochschulen seien schon 1932 nach der nationalsozialistischen Weltanschauung neu ausgerichtet worden. „Deutschtumsarbeit und landschaftsgebundene Bildung sind ... nur Vorzwecke, die der Erreichung des Endzweckes ‚Nationalsozialismus‘ dienen“²⁹. So also war der neue Name „Deutsche Heimatschule“ zu verstehen.

Wohlthuend klar hat der Leiter des „Deutschen Volksbildungswerks Köln-Aachen“ erklärt, daß diese Institution mit der alten Volkshochschule nichts gemein habe. Thüringen bzw. Jena und Köln stellen zwei Modalitäten dar, die das Spektrum des Übergangs umgrenzen: entweder Übernahme der Volkshochschule unter veränderten Bedingungen oder Schließung und spätere Eröffnung eines ganz anderen parteigebundenen Volksbildungswerks. Dazwischen gibt es noch Varianten, aber da die nationalsozialistischen Organe über die totale Macht verfügten, konnten sie auch unter verschiedenen Organisationsformen die gleichen Ziele durchsetzen. Die einzelnen Berichte dieses Bandes zeigen das deutlich.

Liest man einmal bei Keim/Urbach oder bei Georg Fischer nach, welcher Kompetenzwirrwarr und chaotische Zustand noch Jahre nach der Machtübernahme in der Erwachsenenbildung herrschte, ist es zunächst schwer verständlich, daß man sich nicht der Institutionen eines gut funktionierenden und angesehenen Bildungswesens bediente und dann Schritt für Schritt den gewünschten ideologischen Umbau vornahm, wie es doch bei Schulen und Universitäten auch gemacht wurde. Der deutsche Gemeindetag hat ja geradezu heftig darum gekämpft, daß Städte und Gemeinden die schon bestehenden Volksbildungseinrichtungen in der Hand behalten sollten. Warum haben die Parteiorganisationen, obwohl ihnen vom Gemeindetag Kooperation und Einfluß eingeräumt wurden, darauf bestanden, alleine die Trägerschaft zu übernehmen?

Aufschlußreich ist es, in den entsprechenden Aufsätzen dieses Bandes auf die Sprache der nationalsozialistischen Volksbildner zu achten. An

irgendeiner Stelle ihrer Verlautbarungen sprechen sie im Klartext über das, was sie vorhaben und durchsetzen werden. Wir wollen solche Stellen hier noch um einige ergänzen: „Gerade für München ist es besonders erfreulich, daß die Volkshochschule München ... sich als erste aller Volkshochschulen Deutschlands dem nationalsozialistischen Staat und seinen großen Idealen schon in den allerersten Tagen der Revolution zur Verfügung gestellt hat“. Sie sei *die* Bildungsstätte, „die die unbestrittene Gewähr dafür bietet, daß in ihr und ihren Lehrgängen die Hörer einwandfrei im Sinne der heute geltenden Kulturpropaganda unterrichtet werden“³⁰. „Als wir die Volkshochschule vor 2 1/2 Jahren in Hamburg übernahmen, war sie, was sie sein mußte, unter den damaligen Verhältnissen selbstverständlich ein Instrument der demokratisch-pacifistischen Machthaber, und es war gar nicht leicht, diese Volkshochschule auch inhaltlich umzugestalten.“ Es sei gewährleistet, „daß wir alles – auch die technischen Fächer – letztenendes nur im völkischen Zusammenhang sehen dürfen ..., daß eine solche Einrichtung nicht Selbstzweck ist, sondern Mittel zum Zweck“³¹. Von der Humboldt-Hochschule Berlin wird gesagt: „Darum aber auch ist sie nationalsozialistisch oder – sie ist nicht“³². Zur Eröffnung des Volksbildungswerks Freiburg wird eingangs Dr. Ley zitiert: „Das Deutsche Volksbildungswerk hat die hohe Aufgabe, den deutschen Arbeitsmenschen der Stirn und der Faust die ewig gültigen Gesetze unserer nationalsozialistischen Weltanschauung in Wort und Schrift zu vermitteln“³³, und hervorgehoben wird, daß „die Volksbildung die ureigenste Angelegenheit der Partei“³⁴ sei.

Wie immer auch die Anpassung oder der Umbruch faktisch verlaufen sein mag – in München stand anscheinend schon vorher ein Nazi an der Spitze der Volkshochschule, wohingegen in Hamburg offenbar Widerstand gegen die Umstellung geleistet wurde –, es kann nicht wirklich Übereinstimmung zwischen der demokratischen und der nationalsozialistischen Volkshochschule bestanden haben. In der anfangs ungeklärten Lage, die viele noch für ein wenig offen hielten, haben auch einige bewährte Volkshochschulleute versucht, die Situation nach Nischen weiterer Arbeit abzutasten, wie etwa Flitner und Bäuerle³⁵. Das scheiterte, wie bekannt, und beide mußten sich resigniert zurückziehen³⁶. Hinter die erreichte und in der alten und Neuen Richtung der Erwachsenenbildung vertretene Stufe von europäischer Gesittung, politischer Liberalität und geistiger Redlichkeit konnte man, wenn man anständig war, nicht mehr zurückgehen. Da, wo nach dem Zweiten

Weltkrieg Übereinstimmungen zwischen den Ideen und Grundsätzen der Weimarer Volkshochschulen und den nationalsozialistischen Propaganda- und Schulungswerken vermutet oder behauptet wurden, beruht dies in erster Linie auf einer gewissen gleichlautenden Terminologie auf beiden Seiten, vor allem in Sprachfeldern, die sich um die Worte Volk und Gemeinschaft gebildet haben. Liest man aber die Worte in den Kontexten, in denen sie vorkommen, so erkennt man, daß ganz verschiedene Dinge gemeint sind. Es empfiehlt sich beispielsweise, einmal die Tagungsprotokolle des Hohenrodter Bundes zu lesen und das, was dort über Volk und Gemeinschaft steht; man erkennt eine erstaunliche demokratische Grundstruktur und gesellschaftspolitische Aktualität. Auch daß Männer, die in den Widerstand oder die Emigration gegangen sind, wie Adolf Reichwein, Eugen Rosenstock, Paul Honigsheim oder Adolf Grimme, in der gleichen Weise von Volk und Gemeinschaft sprechen wie alle Volksbildner der Neuen Richtung, beweist, daß darin nichts Faschismusverdächtiges liegen kann.

Georg Fischer zitiert einen Parteigenossen, der im Februar 1933 in einer Denkschrift an die „Kanzlei des Führers“ darauf hinweist, daß die intensive Arbeit in der Erwachsenenbildung sich „der öffentlichen Kontrolle so wirksam entzieht“³⁷. Langfristige geistige Zusammenarbeit, das Charakteristikum für intensive Volksbildungsarbeit, kann ja wirklich, wie auch beabsichtigt, zu Formen von Gemeinschaft führen, die vertrauliche und kritische Gespräche zulassen, ohne daß dies gleich nach außen dringt. So wäre möglicherweise zu erklären, daß die Nationalsozialisten dieses nicht ganz kontrollierbare Gebilde „intensive Erwachsenenbildung“ nur den eigenen Partei-Organisationen in die Hand geben wollten, die von vornherein wenigstens eindeutige Vorgaben machten. Dann würde von daher auch verständlich, daß nicht nur die christlichen, sozialistischen und neutralen Heimvolkshochschulen aufgelöst oder zur Selbstauflösung getrieben wurden. Auch diejenigen, die immer schon dem „Völkischen“ zuneigten, verloren ihre Selbständigkeit und wurden dem Reichsbauernverband oder einer anderen NS-Organisation unterstellt³⁸.

Es muß aber noch einen weiteren Grund gegeben haben, denn auch Schulen und Universitäten sind nicht restlos kontrollierbar und haben doch nach einigen personellen Korrekturen in ihren alten Strukturen weiterbestehen können. Das Mißtrauen der Nationalsozialisten in jene (dritte) Bildungsinstitution, die nicht wie Schule und Universität schon aus dem Mittelalter stammt, sondern den demokratischen Emanzipati-

onsbewegungen der Bürger, der Arbeiter und, in Dänemark, der Bauern entsprungen ist, war offenbar so abgründig, daß man sie nicht für reformierbar hielt, sondern sie lieber erst untergehen ließ, um etwas Neues erfinden zu können, das dann an die Stelle der Volkshochschule trat.

Das Wort von der „Okkupation der Schule“, das Christa Berg einst auf die Schule im Kulturkampf anwandte³⁹, könnte mit noch größerem Recht für die NS-Schulpolitik gelten. Doch für die Erwachsenenbildung greift der NS-Totalitarismus weiter; hier ging es nicht bloß um die Unterwerfung von Strukturen, sondern um den Neuaufbau eines Systems, das weitgehend befreit von seiner bisherigen Pädagogenschaft, viel stärker und entschiedener in den Dienst der NS-Politik gestellt wurde, als dies bei der Schule der Fall war.

Die Volkshochschule steht angesichts der finsternen Zeit gewiß auch nicht als strahlendes Vorbild da. Aber verglichen mit anderen Institutionen, etwa der deutschen Universität, hat sie wohl doch entschieden mehr demokratische und humane Substanz gehabt. Wir schlagen deshalb vor, der Mehrzahl der nationalsozialistischen Bildungsfunktionäre nicht zu widersprechen, die der Meinung waren, ihre neuen Volksbildungswerke hätten mit der alten Volkshochschule nichts mehr gemeinsam. Dann freilich können wir jetzt nur den 75. Geburtstag feiern, nicht aber auch das entsprechende Alter. Die etwa zwölf fehlenden Jahre sind allerdings keine einfach leere Zeit im Lebenslauf der Volkshochschule, sondern auch angefüllt mit Irrtümern, peinlichem Versagen und schuldhaften Versäumnissen, denn eine Bildungsinstitution, die besonders personhafte Verantwortung und gemeinschaftliche Solidarität auf ihre Fahnen geschrieben hatte, muß sich natürlich die Frage vorlegen, warum man, wie leider die meisten anderen auch, nicht genauer hingesehen und nicht mehr protestiert und eingegriffen hat. So bleiben die zwölf Jahre hoffentlich im historischen Gedächtnis der Volkshochschulen als die Zeit, die nicht vergehen kann und aus deren Negativität nach Adorno das erste Bildungsziel, auch der Erwachsenenbildung, formuliert wurde: „Die Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei“⁴⁰.

Auferstanden aus Ruinen

1945 ist die Frage „Übergang oder Neuanfang“ für die Erwachsenenbildung schon durch die Alliierten eindeutig beantwortet worden. Ei-

nem Verbot aller organisierten Bildungstätigkeiten folgten im Herbst 1945 vorsichtig die Lockerung von Bestimmungen der Militärregierungen, die bis dahin die Gründung von Volkshochschulen unmöglich gemacht hatten.

Hierbei lassen sich aber durchaus Unterschiede feststellen: Verfolgten Amerikaner und Franzosen eine relativ strikte Politik von Kontrolle und Umerziehung und die Russen eine ziemlich frühe Wiederzulassung, allerdings unter der Maßgabe einer möglichst umfassenden Einbindung in ihren sozialistischen Gesellschaftsentwurf, so orientierten sich die Briten am deutlichsten an einer frühzeitigen Förderung von Freiheit und Demokratie, in die sie auch die deutschen Demokraten schon bald einbezogen.

Am 21. Oktober 1945 eröffnete als erste Einrichtung in Niedersachsen die Volkshochschule Springe⁴¹. Einige Zeit später regten die einzelnen Besatzungsmächte bereits die Gründung von Volkshochschulen an. Aber alles geschah damals unter der klaren Vorgabe, auf die sich die Vertreter der Militärregierung auf einer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August in Potsdam geeinigt hatten: Das Erziehungswesen sollte so überwacht werden, „daß die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird“⁴². Und das bedeutete nichts anderes als geistigen Abbruch und völligen Neuanfang.

Man kann davon ausgehen, daß die alten Volksbildner aus der Weimarer Zeit und die neuen, die jetzt berufen wurden, der scharf formulierten Forderung der Besatzungsmächte weitgehend zustimmten. Als Beispiel mag hier der Anfang eines Vortrags gelten, der von Professor Dr. Carl Enders, dem langjährigen Vorsitzenden der Gesellschaft für Volksbildung und der Volkshochschule in Bonn, kurz nach dem Kriege gehalten wurde: „Was im nationalsozialistischen Volksstaat (wie er sich selbst nannte) unter dem Begriff Volksbildung verstanden oder besser gesagt ausgegeben wurde, hat in Wirklichkeit mit Bildung nichts zu tun, ja, wirkt wie eine Verspottung dieses Begriffs ... Urteilsfähigkeit, die zu selbständigem Urteil führte, war unerwünscht, wo jede Wertung vorgeschrieben, die Meinung programmatisch festgelegt war und eine abweichende über Dinge, Personen und Verhältnisse unerlaubt und unter Umständen gefährlich war. Nicht die natürlichen Empfindungen, etwa des Mitleids und der allgemeinen Menschenliebe, sollten entwickelt werden, sondern nur die, welche dem Volke ‚nutzen‘, dem Volke, dessen Wesen wieder programmatisch festgelegt war durch die einseitig

und dogmatisch zugespitzte Rassentheorie der Partei. Ihr dürft kein Mitleid haben mit einer jüdischen Mutter, wenn sie vor dem Mord ihrer Kinder zusammenbricht, forderte Goebbels im Rundfunk⁴³.

Enders, der Vorsitzender eines Vereins der alten Richtung war, aber geistig zur Neuen Richtung gehörte, mag hier *pars pro toto* für die Haltung der Neugründer nach 1945 stehen, die zwar das Vergangene verwerfen, aber für den Neubeginn Kategorien verwenden, die der einfachen Formulierung einer Reeducation widersprechen. Wenn es um selbständiges Urteil geht, kann dies nicht durch eine unter Aufsicht stattfindende Umerziehung erreicht werden. Mit den Zielen der Alliierten, Bekämpfung der nationalsozialistischen Ideologie und Gewinnung eines demokratischen Bewußtseins, konnte man sich identifizieren, aber nach dem Selbstverständnis der Neuen Richtung war das nur über Umwege erreichbar, denn die Einsichten und Werte müssen selbst gefunden werden, wozu die Volkshochschule dann Hilfe geben kann und soll.

Die jetzt mit Recht überall geforderte politische Bildung erhielt aus dem Geist und der Tradition der Neuen Richtung heraus noch einen Akzent, der möglicherweise nicht ganz auf der Linie der Besatzungsmächte lag: die ethische Dimension der Politik. Was Horst Siebert in seinem Beitrag von Adolf Grimme zitiert, gehört dahin, ebenso viele Aussagen von Theodor Bäuerle und Theodor Heuss und der folgende Text von Wilhelm Flitner:

„Um diesen eigentlichen sittlichen Begriff der Demokratie zu fassen, ist unser ganzes Volk gedanklich noch völlig unvorbereitet und praktisch ungeübt. In erzieherischer Hinsicht kommt aber alles auf diese Versittlichung der Volksherrschaft an. Mit demokratischen Verfassungen, Einrichtungen, Ausschüssen ist noch gar nichts getan; die Dämonie des Verwaltens, der bürokratischen Routine, die Bevormundung und politische Entmündigung des einzelnen und ähnliche Erscheinungen des autokratischen und totalitären Systems können sich auch in demokratischen Formen erhalten oder neu bilden; auch hier bleibt egoistische Interessenpolitik, demagogische Macht, Bestechlichkeit und die Menschenverachtung der Staatsorgane möglich. Wert für unser Volk und die abendländische Menschheit hätte unsere demokratische Staatsform nur, wenn es gelänge, sie in eine ehrlich freiheitliche Ordnung zu verwandeln; das eben hieße, sie zu versittlichen⁴⁴.

Als Wilhelm Flitner, unterstützt von Theodor Bäuerle, 1948 den Versuch einer Wiederbelebung des Hohenrodter Bundes machte, tat er es

mit der Absicht, die Volkshochschulen aufzurufen, das ethische Gewissen des politischen Lebens der neuen Demokratie zu werden, ist damit aber, nach dem Bericht von Fritz Laack⁴⁵, am Pragmatismus der jüngeren Generation von Erwachsenenbildnern gescheitert. Die Politik besonders unter Kriterien der Ethik und der Kultur zu sehen, fand damals Kritik bei Marxisten und Materialisten aller Art, aber auch bei Pragmatisten und Anhängern eines verkürzten westlich orientierten Denkens, und wurde manchmal als Mitursache für die deutsche Katastrophe angesehen⁴⁶.

Daß der Geisteswissenschaftler und Pädagogikprofessor Flitner so sprach, hat vielleicht nicht so sehr verwundert, aber Theodor Bäuerle, Theodor Heuss, die ähnlich dachten, waren ja auch Politiker, und Adolf Grimme war schließlich preußischer Kultusminister und als Sozialist Hitlers Gefangener gewesen, und doch berief er sich auf das humane Erbe des deutschen Idealismus und der Neuen Richtung der Erwachsenenbildung. Als vor einem Jahrzehnt bei uns die Parteispendenaffäre, die ungeheuerliche Bestechung von Parteien und hohen Politikern, dann die Amigo-Affären u.ä. ans Tageslicht kamen, entdeckten wir die ethische Dimension der Politik erst wieder und bemerkten, daß die Bürger ihr hohe Priorität einräumen.

Die Erwachsenenbildung der Weimarer Zeit, besonders in der Ausprägung der Neuen Richtung, spielte eine maßgebliche Rolle bei der Neugründung der Volkshochschulen nach 1945, sei es, daß die ehemaligen Akteure noch einmal selbst Volkshochschulen gründeten, sei es, daß sie auf überregionaler Ebene die Formierung der neuen Erwachsenenbildung mitsteuerten, daß sie auf den ersten Tagungen referierten oder sonst ihre Erfahrungen und Reflexionen publizierten. Allerdings war der Kreis sehr zusammengeschmolzen. Manche Emigranten kehrten nicht zurück, wie Eugen Rosenstock-Huussy, Paul Hermberg, Franz Mockrauer, Carl Mennicke und Paul Honigsheim. Andere waren in der inneren oder äußeren Emigration verstorben, wie Gertrud Hermes, Hermann Heller, Fritz Klatt und die von den Nazis ermordeten Feuerköpfe der Erwachsenenbildung, Theodor Lessing und Adolf Reichwein. Manche waren zu alt geworden, um noch einmal aktiv einzugreifen, konnten aber zum Teil noch stark durch ihre Publikationen wirken, wie Eduard Weitsch durch sein Buch über Dreißigacker und Werner Picht mit seinem Werk „Das Schicksal der Volksbildung in Deutschland“. Wilhelm Flitner, sicher einer der größten Pädagogen unseres Jahrhunderts, zog sich leider nach seinem vergeblichen Versuch auf der Com-

burg, Hohenrodt neu zu beleben, zurück, weil er, wie er selbst sagte, keine Resonanz mehr in der Erwachsenenbildung fand, und Erich Weniger und Oskar Hammelsbeck kehrten erst gar nicht mehr zur Erwachsenenbildung zurück. Das theoretische Potential der Nachkriegs-Erwachsenenbildung wurde auch noch dadurch geschwächt, daß die ersten neu hinzugestoßenen Wissenschaftler, wie Jürgen Hennigsen, K. Gerhard Fischer und Theodor Ballauff, aus welchen Gründen auch immer, in andere pädagogische Gebiete abwanderten. Wirklich großen Einfluß auf die Entwicklung der Volkshochschulen war nur wenigen Aktiven aus der Weimarer Zeit vergönnt; vor allem waren es Heiner Lotze, Fritz Laack und Fritz Borinski, deren Spuren auch heute noch jeder Erwachsenenbildner irgendwann einmal begegnet.

Nun war es aber nicht so, daß die „Veteranen“ der Erwachsenenbildung um die strikte Durchsetzung ihrer theoretischen Vorgaben gekämpft hätten und sich nur gegen die „Neuen“ nicht durchsetzen konnten. Sie kamen ja auch mit einer neuen Erfahrung in die Erwachsenenbildung zurück: Borinski etwa kam mit der Kenntnis der englischen, sicher pragmatischeren Erwachsenenbildung, Laack und Lotze hatten erfahren, wie leicht der Nationalsozialismus die demokratische Erwachsenenbildung hinwegfegen konnte, weil sie in sich zersplittert war und der Größe im Geistigen eine Schwäche im Organisatorischen und Finanziellen gegenüberstand. Besonders Eduard Weitsch hat damals vor einem neuen Streit um Dogmen und Prinzipien gewarnt und freute sich darüber, daß er auf einer Tagung von Erwachsenenbildnern kaum das Wort „grundsätzlich“ gehört habe. Insofern war auch für die erfahrenen Volksbildner klar, daß das schon einmal aufgeführte Stück „Gründung von Volkshochschulen“ in der Reprise einer Neubearbeitung bedurfte. Übrigens wurde in diesem Reflexionsprozeß sehr deutlich, daß die Neue Richtung geistig und organisatorisch alles andere als homogen gewesen war, was dann aber später wieder vergessen wurde. Die Volkshochschulen wurden also in ihrer allgemeinen Zielsetzung bescheidener, wie die zitierte Eröffnungsrede Alfred Nicolais in Köln demonstriert, und sie wurden pragmatischer, nämlich plausibel begründete Bedürfnisse der Teilnehmer berücksichtigend, wie fast alle Arbeitspläne dieser Zeit zeigen. Neben der Aufgabe einer neuen geistigen und politischen Orientierung, die sich ja unbestreitbar aus der geschichtlichen Situation ergab, wurden jetzt Fremdsprachen, Rechnen oder Mathematik, aber auch berufsfördernde Fächer wie Buchführung, Stenographie, technisches Zeichnen wichtig.

Die sozialintegrative Dimension der Erwachsenenbildung, die in den letzten Jahren der Weimarer Zeit bereits zum Ausdruck gekommen war, fand nun durch die Aufgaben der beruflich-sozialen Integration von Kriegsheimkehrern, Flüchtlingen und Frauen neue Nahrung, ohne daß dies bereits zur Pädagogik der „realistischen Wende“ zu zählen war, selbst wenn ihre Inhalte daran erinnern.

Manche dieser neuen Ansätze konnte man mit den alten Grundgedanken der Erwachsenenbildung vereinbaren, denn seit Wilhelm von Humboldt wußte man doch, daß man mit dem Erlernen einer Fremdsprache in einen anderen geistigen Horizont eintritt und daß sich mit der Mathematik neue Formen des Denkens eröffnen. Sollte das in der Erwachsenenbildung alles ganz anders als im Gymnasium sein, weil sie solche Kenntnisse nur für den Anwendungsfall vermittelt? Erfährt man im Englischunterricht nicht auch Authentisches über die englische Kultur und Politik? So stieß man auf Zwischenbereiche von Bildung und Ausbildung, wo beide nicht mehr klar voneinander zu trennen sind⁴⁷. Andererseits hatte man für ganz eng auf den Beruf bezogene Fächer keine andere Begründung, als daß – wie gesagt – der durch Krieg und Nachkriegszeit hervorgerufenen Berufsnot mancher Menschen hier und heute begegnet werden müsse, was aber später, nach einer gewissen Normalisierung der Schul- und Ausbildungsverhältnisse, fortzufallen oder von anderen Institutionen übernommen werde.

Bald gab es Kritik an der Volkshochschule: Sie beharre zu sehr auf ihren alten Positionen, verweigere sich neuen Bedürfnissen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes, sei insgesamt unmodern geworden. Das berühmte Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen von 1960 „Zur Situation und Aufgabe der deutschen Erwachsenenbildung“⁴⁸ reflektierte auf hohem Niveau die Situation des modernen Menschen zwischen den Fortschritten von Wissenschaft und Technik und den Risiken und Bedrohungen für sein Menschsein, wobei in die Aufgabe einer humanen Bewältigung der Zukunft auch berufliche Weiterbildung mit einbezogen wurde, aber immer mit einem politisch und human begründeten Bildungsgedanken verknüpft. Sehr wirksam war die fast kantische Neudefinition von Bildung als nie endender dynamischer Prozeß: „Gebildet im Sinne der Erwachsenenbildung wird jeder, der in der ständigen Bemühung lebt, sich selbst, die Gesellschaft und die Welt zu verstehen und diesem Verständnis gemäß zu handeln“⁴⁹. Damit war zwar der Begriff lebenslangen Lernens begründet, nicht aber eine Suspension des Bildungsbegriffs überhaupt.

Zunächst wurde das Gutachten fast einhellig gelobt, aber schon im gleichen Jahr, 1960, eröffnet der Präsident des Deutschen Volkshochschul-Verbandes zunächst vorsichtig seine Kritik, die dann bald zu einer Kampagne gegen den Geist des Gutachtens und die alte Volkshochschule wurde. „Wenn ich an dem Gutachten des Deutschen Ausschusses etwas bedaure, dann ist es die Tatsache, daß aus dem Gutachten ein leiser, aber unüberhörbarer melancholischer Ton über die Wandlungen in der Gesellschaft immer wieder auf uns zukommt ... Mir scheint aber, man sollte die große Perspektive der Erwachsenenbildung, die das Gutachten so positiv herausstellt, ohne den traurigen Blick auf das verklingende, auf das ‚entzauberte‘ Menschenbild zum Ausdruck bringen“⁵⁰. Es waren also Optimismus und Fortschrittsglaube angesagt. Im gleichen Vortrag wird dann auch vorgeschlagen, obwohl es wohl noch nicht bei allen auf Zustimmung stoße, Leistungsbescheinigungen bei den Volkshochschulen einzuführen⁵¹. 1962 wird schon von der Notwendigkeit von Leistungsnachweisen gesprochen, darin spiegele sich die neue Einheit von Bildung und Ausbildung⁵². Die fehlende Einheit von Bildung und Ausbildung wurde von nun an ein Hauptargument für die Ausrufung einer Volkshochschule neuen Typs. 1965 beklagt Hellmut Becker noch: „Die Einsicht, daß die Unterscheidung zwischen Allgemeinbildung und Ausbildung überholt ist, hat sich noch keineswegs überall durchgesetzt“⁵³. Im gleichen Papier empfiehlt er dann den deutschen Volkshochschulen, überhaupt auf den Versuch einer allgemeinen Bestimmung ihrer Aufgaben zu verzichten. „Es ist müßig, für ihre Arbeit einen allgemeingültigen Maßstab finden zu wollen“⁵⁴. Als Konsequenz schlägt er vor, drei Aufgaben der Volkshochschulen, die quasi alles enthalten und nichts mehr ausschließen, zu formulieren:

- „sie hat Hilfe zu leisten für das Lernen,
- sie hat Hilfe zu leisten für die Orientierung,
- sie hat Hilfe zu leisten für die Selbstbetätigung“.

Bekanntlich ist diese Formel dann auch zur offiziellen Programmatik im Deutschen Volkshochschul-Verband erhoben worden.

Wie wir verschiedenen Äußerungen Hellmut Beckers entnehmen können, hat er seinen Einfluß auf den Deutschen Volkshochschul-Verband auch genutzt, um das Wort Erwachsenenbildung durch den Begriff Weiterbildung zu verdrängen. Er meinte: „Dem Wort Erwachsenenbildung haftet auf deutsch ein altmodischer Klang an, ein Stück Minderwertigkeit; unbewußt klingt etwas von volkstümlicher Bildung oder mittelständischen Gefühlen an“⁵⁵. Der Volkshochschule geht es nicht

viel besser. Es gehe ein Schlagwort vom Unbehagen an der Volkshochschule um. Über ihr schwebte noch das Bild des „totalen Pädagogen“. „Der Gedanke der Rationalisierung des Lernprozesses, der Übertragung der Arbeitsteilung auf die Bildung, verletzt heilige traditionelle, idealistische deutsche Gefühle“⁵⁶. Man müsse die Volkshochschule „entpädagogisieren“, sie spreche nicht „die funktionale Sprache der modernen Welt“⁵⁷.

Die Bemühungen waren, wie bekannt, von Erfolg gekrönt. Der Triumph darüber konnte recht schrill ausfallen: „Die Erwachsenenbildung hat, was von desinteressierten Ignoranten noch kaum wahrgenommen ist, ihre innere Struktur erheblich verändert. Der unverbindliche Bildungsoptimismus, an keinerlei Zielvorstellung geknüpft und nur auf eine unbestimmte Persönlichkeitsbildung hin angelegt, ist heute zu einem erheblichen Teil abgelöst. Daß sich Bildung heute unter den Bedingungen der modernen Massengesellschaft ereignet, ist eine offenkundige Banalität, und trotzdem wird heute in Schule und Erwachsenenbildung noch vielfach verfahren, als lebten wir in den halbyonischen Dezennien patriarchalischer Zünfte“⁵⁸. Ausgerechnet in einem Buch über die Erwachsenenbildung der DDR klingt es dann so: „In der knappen, in Stakkato verfaßten Studie des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, ‚Volkshochschule neuen Typs‘, wird jene Zäsur gesetzt, die die Erwachsenenbildung auf einen neuen Weg verwies. Die unverbindliche Bildungsromantik, die optimistische Schwärmerei für bildungsbegeisterte Metaphysik, die spätbürgerlich eingefärbte Esoterik wurde ebenso in den Traditionsschrein der Erwachsenenbildung verbannt wie die ängstliche Zurückhaltung gegenüber dem Staat, insonderheit gegenüber dem staatlichen Bildungswesen“⁵⁹.

Das Buch von Knoll und Siebert, aus dem hier zitiert wurde, erinnert daran, daß viele, die damals die Wende in der Erwachsenenbildung so heftig forderten, in der DDR eine vorbildliche Entwicklung sehen mußten, denn sie hatte ja mit all dem Überholten, das hier verächtlich gemacht wird, längst erfolgreich aufgeräumt und aus der Erwachsenenbildung die Erwachsenenqualifizierung mit Zertifikaten, staatlichen Unterrichtsplänen und einem ausgebauten beruflichen Weiterbildungssystem gemacht. Der „Eigengeist“ der Volkshochschule in ihrer reformpädagogischen Tradition war hier gründlich zerstört worden. Die sonst sehr umstrittene Konvergenztheorie schien wenigstens auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung zuzutreffen: Die Systeme näherten sich an. Ganz am Anfang wiesen die neugegründeten Volkshochschulen der

SBZ bzw. DDR noch starke Ähnlichkeiten mit den westlichen auf, entfernten sich aber aus den bekannten Gründen rasch und erfuhren dann schließlich ein neues Interesse und eine gewisse Zustimmung im Westen. Diesen Prozeß lernen wir jetzt wenigstens an drei Beispielen auch von der anderen Seite aus sehen.

Die hier dargestellte Veränderung der Volkshochschule nennt man seit 1966 „die realistische Wende in der Weiterbildung“, obwohl sie mit dem, was Heinrich Roth in der Erziehungswissenschaft als realistische Wende bezeichnet hatte, so gut wie nichts zu tun hat⁶⁰. Während dort eine Schwerpunktverlagerung von der geisteswissenschaftlichen Pädagogik zur empirischen Erziehungswissenschaft gemeint war, haben in der Erwachsenenbildung nur einige empirische Untersuchungen zur Bedürfnislage und Motivation der möglichen Teilnehmer nachträgliche Argumente geliefert, das Gewollte durchzusetzen. Da es sich im Grunde um eine Erfassung und Ausnutzung der Marktchancen handelte, brauchte man bildungstheoretische Begründungen nicht mehr, ja man mußte zwangsläufig jeden qualitativen und kritischen Bildungsbegriff aufgeben, was bekanntlich auch geschah⁶¹. Der Bildungsgesamtplan von 1970⁶² formulierte als quasi offizielle Verlautbarung die Thesen der realistischen Wende. Wie weit sich dieser Text vom Gutachten des Deutschen Ausschusses entfernt hat, mag die Kritik eines der Hauptverfasser des Gutachtens, Fritz Borinski, beleuchten: „Das Denken des Bildungsrates ist konsequent auf die rationale Organisation und Planung ausgerichtet. Die Erwachsenenbildung erfüllt für ihn ihren Zweck, wenn sie die größtmögliche Chance für ein allgemeines Weiterlernen gibt und erfolgreich dazu beiträgt, daß die Bundesrepublik in der Konkurrenz der modernen Industriestaaten nicht zurückbleibt ... Es gehört zu der eigenen und eigenberechtigten strukturellen Arbeitsweise des Bildungsrates, daß er sich – im Unterschied zu Deutschen Ausschuss – nicht die Mühe gemacht hat, tiefer in das Wesen, in die deutsche und internationale Entwicklung und Problematik der Erwachsenenbildung einzudringen. ... Da im Strukturplan die Erwachsenenbildung als eigenständiger Bereich mit eigenem Wesen und eigener Aufgabe geleugnet wird, wäre es konsequenter, auch das Wort Erwachsenenbildung zurückzuziehen ... jedenfalls sollte klar sein, daß der Strukturplan die Sache der Erwachsenenbildung aufgibt – liquidiert“⁶³.

Borinski, als ein Vertreter der Neuen Richtung, der vor allem von drei kulturprägenden Aktivitäten geprägt worden war, der Jugendbewegung, der Leipziger Richtung von Volkshochschularbeit und der briti-

schen Settlementbewegung, hat frühzeitig auf die Gefahren einer bloßen Instrumentalisierung von Erwachsenenbildung hingewiesen. Und dort, wo der Deutsche Volkshochschul-Verband heute den Tendenzen einer Verdinglichung und Zweckrationalität widerspricht (z.B. in seinem Plädoyer für einen „umfassenden Bildungsauftrag“ und gegen „eine Trennung von Fachwissen und Allgemeinbildung“, enthalten in seiner „Schweriner Erklärung von 1994), erscheint es uns, als ob un-
ausgesprochen eine Annäherung an das Bildungsverständnis des Gutachtens von 1960 stattfindet.

Obwohl die realistische Wende das bedeutendste Ereignis in der Geschichte der Volkshochschulen und möglicherweise die weiteste Entfernung von ihrem Ursprung darstellt, geben die Berichte aus den Städten nicht den Eindruck eines dramatischen Geschehens wieder. Das hängt gewiß damit zusammen, daß die Entwicklung in den Volkshochschulen selbst langsam und kontinuierlich vor sich ging und, einmal im Gange, auch die Logik des ökonomischen und gesellschaftspolitischen Geschehens auf ihrer Seite hatte, seitdem man Weiterbildung auch „als Voraussetzung fortdauernden Wirtschaftswachstums“ erkannte⁶⁴. Über den Erfolg, den die realistische Wende den Volkshochschulen gebracht hat, sind unendlich viele Elogien gesungen worden, so daß wir nicht unbedingt noch eine anfügen müssen, denn er ist wirklich unbezweifelbar. Was man sich vielleicht aus Anlaß dieses Jubiläums fragen könnte, wäre dies: Wird die Volkshochschule dadurch, daß sie qualitative Bestimmungen über das, was für sie Bildung ist, aufgegeben hat, auf einem riesigen Weiterbildungsmarkt, von dem sie inzwischen selbst spricht, als Anbieter für alles und jedes von den Konkurrenten noch unterscheidbar sein und noch in der Lage sein zu begründen, warum sie so unverzichtbar ist und von der öffentlichen Hand nicht dem freien Markt überantwortet werden darf?

Detlef Oppermann
Paul Röhrig

Saarbrücken, Köln
im September 1994

Anmerkungen

¹ Vgl. Ministerium ... 1919

² Vgl. Filla u.a. 1992

³ Vgl. Haenisch 1966, S. 442 ff. und Wolgast/Knoll 1986, S. 139 f.

- ⁴ Vgl. Ministerium ... 1919
 Als ein Beleg für diese Kulturbezüge kann der Beitrag Hermann Leichts: „Volkshochschulbewegung“ dienen, dessen Abschnitt 2 mit dem Satz eingeleitet wird: „Den Gedanken der Volkshochschulbildung zuerst in die Tat umgesetzt zu haben bleibt das dauernde Verdienst Dänemarks“ (in: Die Neue Volkshochschule. Bibliothek für moderne Geistesbildung, Band 1. Leipzig 1926, S. 18).
- ⁵ Klatt 1949, S. 64
- ⁶ Flitner 1986, S. 259
- ⁷ Rosenstock in: Picht/Rosenstock 1926, S. 31
- ⁸ Vgl. Zentrale für Heimatdienst 1919, Rubiner 1919, Engelhardt 1925
- ⁹ Zur Terminologie vgl. vor allem Wunsch 1986
- ¹⁰ Tews 1921, S. 54
- ¹¹ Das Protokoll dieser Tagungen liegt in Maschinenschrift im Martin-Buber-Institut an der Hebräischen Universität Jerusalem und ist leider bisher nicht veröffentlicht worden.
- ¹² In Picht/Rosenstock 1926, S. 20–42
- ¹³ Ministerium ... 1919, S. 7
- ¹⁴ A.a.O., S. 8
- ¹⁵ In Artikel 148, Absatz 4
- ¹⁶ Picht in: Picht/Rosenstock 1926, S. 428
- ¹⁷ Picht/Rosenstock 1926, S. 163
- ¹⁸ Ebd.
- ¹⁹ Jaspers 1960, S. 103 f.
- ²⁰ Der Vorspruch des VHS-Programms, den Horst Labitzke in seinem Beitrag zitiert, zeigt vielleicht am ehesten etwas von dem Geiste Grundtvigs, der 1919 nach Deutschland übersprang, bei aller Differenz im einzelnen.
- ²¹ Lessing 1969, S. 405
- ²² A.a.O., S. 406
- ²³ Picht 1950
- ²⁴ A.a.O., S. 192
- ²⁵ Angaben nach Picht 1950. S. 193
 Informationen über die wechselnde Anzahl von Volkshochschulen schwanken je nach Berechnungsgrundlage. Georg Fischer zitiert A. Meier („Proletarische Erwachsenenbildung“, 1964) folgendermaßen: „Während vor 1919 insgesamt nur 18 Volkshochschulen existierten, verzeichnete eine Übersicht 1919 schon 268 und 1922 sogar 853 Volkshochschulen“ (Fischer 1981, S. 33 f.), und in Steinmetz 1929, S. 32 f., finden sich für das Jahr 1929 noch 215 Volkshochschulen.
- ²⁶ Vgl. Gaasch u.a. 1991

- ²⁷ Z. B. Flitner in: Keim/Urbach 1976, S. 49 ff., und Fritzsche, a.a.O., S. 55 ff.
- ²⁸ Dazu besonders Dieterich 1930; Röhrig: Der bildungstheoretische Ansatz der Erwachsenenbildung, in: Tippelt 1994
- ²⁹ Keim/Urbach 1976, S. 297
- ³⁰ A.a.O., S. 291 f.
- ³¹ A.a.O., S. 267
- ³² Ebd.
- ³³ A.a.O., S. 287
- ³⁴ A.a.O., S. 288
- ³⁵ A.a.O., S. 74 ff. und S. 93 ff.
- ³⁶ Vgl. Flitner 1986; Pache 1971
- ³⁷ Gischer 1981, S. 61
- ³⁸ Vgl. Gaasch u.a. 1991
- ³⁹ Berg 1973
- ⁴⁰ Adorno: Erziehung nach Auschwitz, in: Adorno 1970 (erstmalig 1966), S. 92
- ⁴¹ Hasenpusch 1977, S. 22
- ⁴² A.a.O., S. 19
- ⁴³ Berke 1984, S. 315
- ⁴⁴ Flitner 1982, S. 236; vgl. auch Röhrig 1986
- ⁴⁵ Laack 1984, S. 448 ff.
- ⁴⁶ Vgl. Röhrig 1986, S. 19 ff.
- ⁴⁷ Diese Problematik wurde schon 1965 durch Ironie und Spott erledigt: „Wenn man noch vor sechs, sieben Jahren in unserem Kreise über Lernkurse sprach, dann mußte man sich ja immer eigentlich entschuldigen. Selbstverständlich lernte man Stenographie nur, um ein größeres, umfassendes Bild von der Welt zu bekommen. Englisch lernte man nur, um sich selbst und den anderen zu begegnen usw. usw. Das läßt sich beliebig fortsetzen, und diese Art und Weise, Lernen, das nun einmal ein funktionaler Bestandteil unserer Weiterentwicklung ist, geistig an der falschen Stelle zu überhöhen, hat, glaube ich, sehr zu Mißdeutungen beigetragen“ (Becker 1975, S. 349).
- ⁴⁸ Deutscher Ausschuß ... 1966
- ⁴⁹ A.a.O., S. 20
- ⁵⁰ Becker 1975, S. 142
- ⁵¹ A.a.O., S. 140
- ⁵² A.a.O., S. 286
- ⁵³ A.a.O., S. 329
- ⁵⁴ A.a.O., S. 331
- ⁵⁵ A.a.O., S. 7
- ⁵⁶ A.a.O., S. 346
- ⁵⁷ A.a.O., S 346 f.

- ⁵⁸ Knoll/Siebert 1967, S. 12
⁵⁹ Knoll/Siebert 1968, S. 19; vgl. auch Siebert 1971, dort besonders S. 189 ff.
⁶⁰ Zur Übernahme des Begriffs in die Erwachsenenbildung vgl. Becker 1975, S. 262
⁶¹ Vgl. Röhrig 1988
⁶² Deutscher Bildungsrat 1970
⁶³ Borinski 1981, S. 41
⁶⁴ Becker 1975, S. 357

Literatur

- Adorno, Theodor W.: Erziehung zur Mündigkeit. Frankfurt/M. 1970
 Becker, Hellmut: Weiterbildung. Aufklärung, Praxis, Theorie 1956–1975. Stuttgart 1975
 Berg, Christa: Die Okkupation der Schule. Heidelberg 1973
 Berke, Sylvia: Volkshochschule in Bonn 1904–1984. Bonn 1984
 Borinski, Fritz: Erwachsenenbildung – Dienst am Menschen, Dienst an der Gesellschaft. In: Kürzdörfer, Klaus (Hrsg.): Grundpositionen und Perspektiven in der Erwachsenenbildung. Bad Heilbrunn 1981, S. 25–43
 Deutscher Ausschluß für das Erziehungs- und Bildungswesen: Zur Situation und Aufgabe der deutschen Erwachsenenbildung. Stuttgart 1966
 Deutscher Bildungsrat: Strukturplan für das Bildungswesen. Stuttgart 1970 – Empfehlungen der Bildungskommission
 Deutscher Volkshochschul-Verband (Hrsg.): Volkshochschule – Handbuch für Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik. Stuttgart 1961
 Dieterich, Eberhard: Volkshochschule und geistige Entscheidung. Potsdam 1930
 Dolff, Helmut: Die deutschen Volkshochschulen. Bonn 1969
 Engelhardt, Viktor: An der Wende des Zeitalters. Individualistische oder sozialistische Kultur? Berlin 1925
 Filla, Wilhelm, u.a.: Aufklärer und Organisator. Der Wissenschaftler, Volksbildner und Politiker Ludo Moritz Hartmann. Wien 1992
 Fischer, Georg: Erwachsenenbildung im Faschismus. Bensheim 1981
 Flitner, Wilhelm: Erwachsenenbildung. Gesammelte Schriften, Band 1. Paderborn 1982
 Flitner, Wilhelm: Erinnerungen 1989–1945. Gesammelte Schriften, Band 11. Paderborn 1986
 Gaasch, Karlheinz/Kuhne, Wilhelm/Emmerling, Albert: Geschichte des Verbandes Ländlicher Heimvolkshochschulen Deutschlands, Band 2. Hermannsburg 1991
 Hasenpusch, Armin: Der Aufbau des Volkshochschulwesens 1945–1947 im niedersächsischen Raum. Hannover 1977
 Jaspers, Karl: Die geistige Situation der Zeit. 5. Abdruck der 5. Aufl. Berlin 1960
 Keim, Helmut/Urbach, Dietrich (Hrsg.): Volksbildung in Deutschland 1933–1945. Braunschweig 1976

- Klatt, Fritz: Rainer Maria Rilke. 2., verb. Aufl. Wien 1949
- Knoll, Joachim H./Siebert, Horst: Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik. Dokumente 1945–1966. Heidelberg 1967
- Knoll, Joachim H./Siebert, Horst: Erwachsenenbildung, Erwachsenenqualifizierung. Darstellung und Dokumente der Erwachsenenbildung in der DDR. Heidelberg 1968
- Laack, Fritz: Das Zwischenspiel freier Erwachsenenbildung. Bad Heilbrunn 1984
- Lessing, Theodor: Einmal und nie wieder. Gütersloh 1969
- Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (Hrsg.): Zur Volkshochschulfrage. Amtliche Schriftstücke. Leipzig 1919
- Neue Deutsche Biographie. Band 7: Konrad Haenisch. ... 1966
- Die Neue Volkshochschule. Bibliothek für moderne Geistesbildung, Band 1. Leipzig 1926
- Pache, Christel: Theodor Bäuerles Beitrag zur deutschen Erwachsenenbildung. Stuttgart 1971
- Picht, Werner: Das Schicksal der Volksbildung in Deutschland. Braunschweig 1950
- Picht, Werner/Rosenstock, Eugen: Im Kampf um die Erwachsenenbildung 1912–1926. Leipzig 1926
- Röhrig, Paul: Erneuerung der politischen Erwachsenenbildung durch Erinnerung an ihre Anfänge. In: Benning, Alfons (Hrsg.): Erwachsenenbildung. Bilanz und Zukunftsperspektiven. Paderborn 1986, S. 16–34
- Röhrig, Paul: Geschichte des Bildungsgedankens in der Erwachsenenbildung und sein Verlust. In: Zeitschrift für Pädagogik 1988, H. 3, S. 347–368
- Röhrig, Paul: Der bildungstheoretische Ansatz in der Erwachsenenbildung. In: Tuppelt 1994
- Rubiner, Ludwig: Die gemeinschaft. Dokumente der geistigen Weltwende. Potsdam o.J. (1919)
- Schulenberg, Wolfgang: Plan und System. Zum Ausbau der deutschen Volkshochschulen. Weinheim 1968
- Siebert, Horst: Erwachsenenbildung in der Erziehungsgesellschaft der DDR. Düsseldorf 1970
- Siebert, Horst: Bildungspraxis in Deutschland. BRD und DDR im Vergleich. 2. Aufl. Düsseldorf 1971
- Steinmetz, Paul: Die deutsche Volkshochschulbewegung. Karlsruhe 1929
- Tews, Johannes: 50 Jahre deutsche Volksbildungsarbeit. Berlin 1921
- Tippelt, Rudolf (Hrsg.): Handbuch der Erwachsenenbildung/Weiterbildung. Leverkusen 1994
- Wolgast, Günther/Knoll, Joachim H. (Hrsg.): Biographisches Hanswörterbuch der Erwachsenenbildung. Stuttgart, Bonn 1986
- Wunsch, Albert: Die Idee der „Arbeitsgemeinschaft“. Eine Untersuchung zur Erwachsenenbildung in der Weimarer Zeit. Frankfurt/M. 1986
- Zentrale für Heimatdienst (Hrsg.): Der Geist der neuen Volksgemeinschaft. Eine Denkschrift für das deutsche Volk. Berlin 1919

Regina Siewert/Detlef Oppermann

Bildung, Demokratie und sozialer Frieden – 75 Jahre Hamburger Volkshochschule

1. Das Umfeld

Die Freie und Hansestadt Hamburg stellt in der Vielfaltigkeit der politischen und gesellschaftlichen Strukturen des Deutschen Bundes im 19. Jahrhundert einen Sonderfall dar. Zusammen mit Bremen, Lübeck und Frankfurt/M. repräsentierte sie sozusagen den „Restposten“ der einst das Reich stützenden und fördernden „Freien Reichsstädte“. Hier bildete sich das Bürgertum aus, hier herrschte Handel und Wandel, und auf die Freien Reichsstädte geht das hoffnungsfrohe Wort „Stadtluft macht frei“ zurück. Doch wie immer in der Geschichte unterliegt alles einer gewissen Ambivalenz.

Hamburg war im 19. Jahrhundert – als größte deutsche Hafenstadt – zu einem bedeutenden Wohlstand gelangt, doch war es ein Wohlstand der Knauserigkeit und protestantischen Ethik. Für Kultur und Bildung war das konservative Patriziat nicht ohne weiteres bereit, die Schatullen zu öffnen. Fontane hat die „Hamburgerei“ sehr schön beschrieben, und Heines Spott gegen seinen pfeffersäckischen Hamburger Onkel hat Literaturgeschichte gemacht. So verfügte die Stadt bis 1914 über keine Universität, im Gegensatz zu Wien war die Volksbildung randständig, und das Kulturleben basierte eher auf Stiftungen und Mäzenatentum denn auf öffentlicher Förderung.

Es bedurfte erst eines gewachsenen liberalen Bürgertums und einer nach Veränderung und Partizipation strebenden Arbeiterschaft, um hier Wandel zu schaffen. Die politischen Chancen für einen solchen Wandel waren mit der republikanischen Revolution von 1918 gegeben, von da an wurde Hamburg zu einer kultur- und bildungsoptimisti-

* Der nachfolgende Text basiert auf der von Regina Siewert und Kay Ingwersen verfassten Festschrift „75 Jahre Hamburger Volkshochschule – Demokratie braucht Bildung“, 1994 herausgegeben von der Hamburger Volkshochschule. Der Text wurde überarbeitet, gekürzt und mit verbindenden Sätzen versehen von Detlef Oppermann.

schen Stadt. Pädagogisch waren hier wichtige Zentren der Kunsterziehungsbewegung, der „Pädagogik vom Kinde aus“, der Arbeitsschulbewegung. 1919 führt die Stadt teilweise Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit ein, akademisiert die Lehrerbildung und wird zu einer Hochburg der Reformpädagogik. Und als die Stadt schon im März 1919 daran geht, in einem einheitlichen Gesetz Universität und Volkshochschule zu begründen, geschieht dies auf der Grundlage der geschilderten Vorgeschichte und vor allem auf dem Entschluß eines republikanisch-revolutionären Reformwillens.

2. Die Volkshochschule 1919–1933

Die Hamburger Bürgerschaft – das Parlament der Hansestadt – verabschiedet am 28.3.1919 das „Vorläufige Gesetz betreffend die Hamburgische Universität und Volkshochschule“. Die VHS erhält demgemäß 10.000 Reichsmark Gründungskapital und beginnt im Sommer des gleichen Jahres mit ihrer Arbeit. Ihr Ziel ist es, die „Sehnsucht nach reiner Erkenntnis und wissenschaftlicher Vertiefung der Welt- und Lebensanschauung ... auch in den weiten Kreisen der Arbeiterschaft lebendig“ werden zu lassen.

Um die Voraussetzung für einen schnellen Anfang der Volkshochschule zu schaffen, wird ein „Ausschuß für die vorläufigen Volkshochschulvorlesungen“ unter Vorsitz des Schulsenators Emil Krause eingesetzt, dem u.a. auch der Rektor der Universität, Professor Rathgen, und der Lehrer und spätere Volkshochschulleiter Rudolf Roß angehören.

Die Hamburger Volkshochschule ist eine der ersten von fünfhundert Volkshochschulen, die in den 20er Jahren in der Republik ihre Arbeit aufnehmen. Ihren schnellen Beginn verdankt sie dem Arbeiterbildungswesen, das bereits vor 1914 ein breites Angebot mit Vorlesungen, Unterrichtskursen und künstlerischen Veranstaltungen für Arbeiter anbot, und dem „Allgemeinen Vorlesungswesen“ der Oberschulbehörde, das eher dem Bürgertum Gelegenheit zur Weiterbildung gab. Engagierte sozialistisch orientierte Lehrkräfte des „Allgemeinen Vorlesungswesens“, mehr noch aber diejenigen, die bereits im Arbeiterbildungswesen unterrichtet haben, bieten bereits im Sommersemester 1919 an der Volkshochschule Kurse an. Es sind überwiegend sozialdemokratische Lehrer, die in der „Socialwissenschaftlichen Vereinigung“ als Nachwuchskräfte für das Arbeiterbildungswesen und die Schulpo-

litik herangebildet worden waren. Diese Vereinigung war als „Tarnorganisation“ gegründet worden, da Lehrern im Kaiserreich parteipolitische Tätigkeit grundsätzlich untersagt war.

Die enge Verbindung von Sozialdemokratie und Volkshochschule ist unübersehbar. Anders als bei der Universität, bei der man nur bedingt von einem demokratischen Neubeginn sprechen kann und deren Lehrkörper größtenteils in deutlicher Distanz zur SPD steht, wird bei der Volkshochschule der Beginn demokratischer Volksbildung sowohl personell als auch inhaltlich entschieden von der SPD mitbestimmt. Sie gehört damit zu den sozialdemokratisch-republikanisch orientierten Volkshochschulen wie Kiel, Leipzig und Berlin.

Der Beginn der Volkshochschularbeit zwei Wochen nach Pfingsten wird von allen Seiten mit großen Erwartungen begrüßt. 25 Kurse, in denen insgesamt 1.073 Teilnehmer gezählt wurden, konnten im Sommersemester durchgeführt werden. Angesprochen waren alle, die bisher vom Genuß einer höheren Bildung ausgeschlossen waren, und dazu gehörten ja nicht nur die Arbeiter, sondern ebensowohl auch die große Masse der kaufmännischen Angestellten sowie der unteren und mittleren Beamten.

Der erste Arbeitsplan, der im Juni 1919 erscheint, beschränkt sich noch auf drei Wissensgebiete: Geschichte, Literatur und Volkswirtschaft, wobei alle drei volkswirtschaftlichen Veranstaltungen eine „Einführung in die Gedankenwelt von Karl Marx“ geben, ein Umstand, der bereits im Juli zu einer ersten Auseinandersetzung um die politische Richtung der neugegründeten Volkshochschule in der Hamburger Presse führt. „Die Volkshochschule – eine Parteischule“ titeln die „Hamburger Nachrichten“ am 2. Juli 1919. In dem Artikel werden nicht nur diese Kurse kritisiert, sondern auch, daß „zwei dieser Kurse von Sozialisten in Reinkultur geleitet werden“. Es könne nicht angehen, daß staatliche Einrichtungen benutzt würden, um für die sozialdemokratische Partei Propaganda zu machen, denn schließlich gäbe es „außer Sozialdemokraten auch noch andere Menschen. Soll eine sozialdemokratische Parteischule daraus werden, so mögen die Herren Genossen sie gefälligst selbst bezahlen“.

Doch der von rechts geführte Streit um die Volkshochschule kann nicht verhindern, daß diese neue Bildungseinrichtung 1921 endgültig als staatliche Institution anerkannt wird. Tatsächlich hat sich das „Provisorium“ Volkshochschule zu diesem Zeitpunkt schon zu einer beachtlichen Größe und Bedeutung bei breiten Bevölkerungskreisen ent-

wickelt. 2.750 Teilnehmer besuchen im Winterhalbjahr 1920/21 die Volkshochschulveranstaltungen, die jetzt 85 Arbeitsgemeinschaften und 15 Vorlesungen aus sechs Wissensgebieten umfassen. Die Zahl der Hörer ist innerhalb eines halben Jahres um 1.000 angestiegen. Der Etat beträgt nun schon 73.000 Reichsmark. Eine ganze Reihe von Kursen muß bald nach Erscheinen des Vorlesungsverzeichnisses wegen Überfüllung geschlossen werden. Der dringende Bedarf nach Bildung war in der Tat vorhanden, und das keineswegs nur in der Arbeiterschaft. Neben 35% männlichen und 12% weiblichen Handarbeitern besuchten 605 männliche und 695 weibliche „Kopfarbeiter“ die Volkshochschule.

Dem Ansehen und der unangefochtenen Autorität von Rudolf Roß, der im Oktober 1921 die Leitung der VHS nach zweijähriger kommissarischer Tätigkeit übernimmt, ist es offensichtlich auch zu verdanken, daß es zu seiner Amtszeit zu keinem Parteienstreit über den öffentlichen Auftrag der VHS mehr kommt, obwohl auch er in den folgenden Jahren für eine eindeutige Parteinahme zugunsten der Arbeiterschaft eintritt: „Die Volkshochschule muß ... das Vertrauen der Arbeiterschaft haben, wenn sie ihren Zweck erfüllen soll ... sie muß ihm Antworten geben auf die Fragen, die er zu stellen hat“.

Und es sind dann auch vorwiegend die Arbeiter, die in die Kurse strömen. Ein Viertel aller Hörer besucht Arbeitsgemeinschaften des Wissensgebietes I: Rechts- und Staatswissenschaft, Soziologie, Volkswirtschaftslehre – obwohl es daneben inzwischen immerhin noch zwölf andere Wissensgebiete von der Erziehungswissenschaft über die Bildende Kunst bis hin zur Landwirtschaft gibt. Dabei bewegen sich die Themen und Inhalte dieser Arbeitsgemeinschaften durchaus auf einem hohen theoretischen Niveau. Im Kursangebot überwiegen Wirtschafts- und Handelspolitik, Buchführungs- und Bilanzlehre und Einführungen in die Volkswirtschaftslehre.

Die Arbeiterschaft soll befähigt werden für ihre neuen Aufgaben in der Wirtschaftsdemokratie, das Angebot richtet sich auch und besonders an die politische und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft und an solche, die wie die Betriebsräte Funktionen übernommen haben.

Die Hamburger Volkshochschule wird gemeinsam mit der Universität als Teil des Hochschulwesens gegründet, um die akademische Ausbildung mit der Weiterbildung breiter Bevölkerungsschichten zu verbinden. „Das allgemeine Vorlesungswesen der Oberschulbehörde ist zu einer VHS auszugestalten. Die an die Universität zu berufenden Pro-

fessoren sind zu verpflichten, an der VHS mitzuarbeiten“, heißt es im „Vorläufigen Gesetz betr. die Hamburgische Universität und die Volkshochschule“. Es wird 1921 durch das Hochschulgesetz abgelöst. Zwar sollen die Professoren weiterhin die VHS unterstützen, aber die Form der Unterstützung ist nun deutlich abgeschwächt. Professoren sollen „tunlichst herangezogen“ werden.

Tatsächlich scheitert die geplante enge Verflechtung zwischen Universität und Volkshochschule bereits am Widerstand eines großen Teils der Professoren und deren elitären Bildungsvorstellungen. Als der Jurist Moritz Liepmann 1920 anregt, das allgemeine Vorlesungswesen in die VHS einzugliedern, stößt er auf entschiedenen Widerstand. Im Jahre 1921 verbietet der Universitätssenat sogar, Universitätsvorlesungen gleichzeitig im Rahmen der VHS anzubieten.

Diese Regelung bedeutet nicht nur Mehrarbeit für die betreffenden Professoren, sondern auch eine strikte Trennung zwischen akademischer und nicht-akademischer Zuhörerschaft der VHS. Die „links“- bzw. liberal-demokratisch gesinnten Hochschullehrer zeigen dennoch durch ihre weitere Mitarbeit bei der VHS besonders großes Engagement. So zählen Ernst Cassirer, Carl von Tyszka und Walter A. Berendsohn zu denjenigen Lehrkörpermitgliedern der Universität, die sehr häufig Kurse in der VHS anbieten. Auch Rudolf Laun, Moritz Liepmann, Albrecht Mendelssohn Bartholdy und Theodor Plaut, die dort zeitweise tätig sind, gehören in diesen Zusammenhang.

Doch entsprechend der Gründungsidee steht nicht eine populär-wissenschaftliche Bildung im Mittelpunkt, sondern die politische. Jegliche berufliche oder nur am praktischen Nutzen orientierte Volksbildung wird abgelehnt: „Die Volkshochschule ist keine Fachschule“ (§5 des Hochschulgesetzes), darum will sie keine Kenntnisse und Fertigkeiten vermitteln, die dem Fortkommen im Beruf dienlich sein können. Dies ist nicht ihre Aufgabe. Sie richtet sich an den Menschen als Staatsbürger. So heißt es im Vorwort des Arbeitsplanes vom Sommer 1925. Gleichzeitig wird der Stellenwert der politischen Bildung immer wieder betont. „Für die Erwachsenenbildung unserer Zeit ... kann es daher keine größere und dringlichere Aufgabe geben als politische Bildung“, denn es gibt eine „funktionelle Beziehung zwischen Demokratie und politischer Volksbildung“, schreibt Rudolf Roß in seinem grundlegenden Artikel „Politische Bildung“, der als ein wesentliches Dokument zum Selbstverständnis der Volkshochschularbeit unter seiner Verantwortung anzusehen ist.

Die Arbeit der VHS erweist sich in den sieben Jahren unter Roß' Leitung – gerade auch im Bereich der politischen Bildung – als außerordentlich nachgefragt. Während viele Volkshochschulen schon wieder hatten schließen müssen, wächst ihr Angebot weiter.

Die Unterrichtsform der Arbeitsgemeinschaft trug entscheidend dazu bei. Sie war mehr als nur eine neue Lehrmethode, vielmehr drückte sie eine neue pädagogische und im Grunde auch politische Haltung aus und stellte die konsequente Fortsetzung demokratischer Bildungsziele auf der Ebene der pädagogischen Praxis dar. Durch die Zusammenarbeit von Lehrenden und Lernenden sollte versucht werden, die „schicksalhafte Verbundenheit“ des „Gebildeten“ mit dem „Ungebildeten“ deutlich zu machen.

Die Hamburger Volkshochschule hat sehr früh und zahlreich Arbeitsgemeinschaften anbieten können, weil ihr sofort Lehrer und Dozenten zur Verfügung standen, die bereit waren, diese neue Unterrichtsform pädagogisch umzusetzen bzw. bereits langjährige Erfahrungen im Arbeiterbildungswesen gesammelt hatten. Die „Hamburger Nachrichten“ bestätigen im März 1926 der VHS, daß sie mit der Methodik der Arbeitsgemeinschaften den „Königsweg“ beschritten habe, „auf dem kein fertiges Wissen vermittelt wird, sondern jeder Hörer lernt, sich selbst zu kultivieren“.

Im April 1928 wird Rudolf Roß in den Senat und dort zum Zweiten Bürgermeister gewählt. 1930 erfolgt seine Wahl zum Ersten Bürgermeister. Bis zur Wahl seines Nachfolgers behält er die kommissarische Leitung der VHS inne. Er kann insgesamt auf eine außerordentlich erfolgreiche Arbeit zurückblicken.

Das wachsende Interesse der Stadt an der Arbeit der VHS geht aus den Aufwendungen im Haushalt hervor. Sie stiegen allein in den Jahren von 1924 bis 1929 von 52.000 RM auf 154.000 RM. „Nach zehn Jahren Tätigkeit kann die Hamburger Volkshochschule mit Recht behaupten, daß sie in den öffentlichen Bildungsbestrebungen eine wichtige Rolle einnimmt“, schreibt Kurt Adams einen Monat nach Amtsübernahme in seinem ersten Rechenschaftsbericht anlässlich des zehnjährigen Bestehens.

Mehr als zehntausend Teilnehmer besuchen 1928 die Kurse der Volkshochschule. Sie hat damit die höchste Besucherzahl unter allen Volkshochschulen Deutschlands.

Dr. Kurt Adams ist im Oktober 1929 auf Vorschlag der Hochschulbehörde vom Senat zum Nachfolger von Rudolf Roß ernannt worden –

wieder ein Sozialdemokrat und Mitglied der Bürgerschaft (1924–1933). Schon im Vorfeld gibt es in der bürgerlichen Presse Kritik an einer solchen Entscheidung.

Der neue Leiter, gerade 40 Jahre alt, kommt aus der Schule, wo er entschiedene schulreformerische Ideen vertrat, und stammt aus der sozialistischen Bewegung der „Kinderfreunde“ Kurt Löwensteins. In seiner Rede vor dem Festpublikum aus Anlaß des 10jährigen Bestehens der Volkshochschule setzt Adams deutlich neue Akzente. Der Anteil der Arbeiterschaft soll noch weiter erhöht werden. Im Januar 1930 stellt er seine Reformvorstellungen auf einem Ausspracheabend den Hörern zur Diskussion. Die politische Bildung sei auszubauen und um kommunal- und sozialpolitische Themen zu erweitern, ferner sollen Kurse für Frauen und Jugendliche eingerichtet werden. Auch Gymnastik-Kurse sollen im Festpublikum Aufnahme finden, wobei die Teilnahme sich auf Minderbemittelte beschränken soll. Die Finanzierung des neuen Angebots macht Einsparungen an anderen Stellen nötig. Aus dem Veranstaltungsprogramm gestrichen werden sollen die wenigen Kurse, die zur beruflichen Fortbildung der Hörer dienen, wie Steuerberechnung, Bilanzwesen etc.

Mehr noch als bisher will die VHS von Vorlesungen absehen und das Angebot der Arbeitsgemeinschaften ausbauen. Um den Kontakt zwischen Dozenten und Hörern weiter zu verbessern, sollen Wochenendkurse eingerichtet werden. Ein eigenes Abendvolkshochschulhaus soll das Gemeinschaftsleben fördern. In der Tat fehlt der VHS eine entscheidende Voraussetzung für die Umsetzung ihres Konzeptes von Lebens- und Arbeitsgemeinschaften zwischen Dozenten und Hörern. Außer den Räumen für die Geschäftsstelle in der Tesdorfstraße 4 an der Moorweide besitzt sie keine eigenen Räume, für den Unterricht ist sie auf Schul- und Universitätsräume angewiesen.

Der erste von Kurt Adams vorgelegte Arbeitsplan für das Wintersemester 1930/31 setzt die neuen Schwerpunkte zügig um. Den großen Anteil der gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Kurse verstärkt jetzt die Kurse für die Jugend und für Frauen.

Für Adams ist klar: Bildung ist nicht Selbstzweck, hat nicht der reinen Persönlichkeitsentwicklung zu dienen, sondern muß immer an ihrem gesellschaftlichen Stellenwert gemessen werden. Damit ist ein politisch-pädagogisches Grundprinzip formuliert, das sich durch das gesamte Kursangebot zieht. Englische Sprachkurse etwa sollen durch geeignete Textauswahl in das gesellschaftliche und geistige Leben Eng-

lands und der Vereinigten Staaten einführen. Unter ‚Weltanschauung und Lebensgestaltung‘ spricht Dr. Foerster zum Thema „Der Einzelne und die Gesellschaft – Die moderne Psychologie im Lichte der gesellschaftlichen Untersuchungen“, und Professor Becker unterrichtet zum Thema „Bildung und Gesellschaft – Soziologische Betrachtungsweise von Erziehung und Bildung, Demokratie und Bildung“. Bei den Literaturkursen geht es um „Gegenwartsprobleme in Drama und Erzählung“ oder „Dichter unserer Zeit als Wegweiser des Kommenden“. Gleichzeitig gibt es insgesamt eine thematische Gewichtsverschiebung. Im Wintersemester 1932/33 liegen 55% des Veranstaltungsangebots im gesellschaftlichen und politischen Bereich.

Die Arbeitsgemeinschaften machen jetzt 95% des Kursangebotes aus. Im gewünschten Sinne haben sie sich größtenteils auch zu Freizeitgemeinschaften entwickelt. Auch die Presse berichtet über Feste an der Volkshochschule, in denen „Frohsinn, Sang und Tanz in den Mittelpunkt eines großen Gemeinschaftsfestes“ gerückt sind. Es habe sich „um ein großes Fest der Jugendbewegung“ gehandelt.

Das veränderte Programmangebot führt zu erheblichen Zuwächsen. Vom Wintersemester 1929/30 auf das Sommersemester 1933 steigt die Zahl der Anmeldungen um 11%, zum Wintersemester 1930/31 dann sprunghaft um 43% auf 9.787 Hörer. Der Andrang auf die VHS wird von der Hamburger Presse als Leistung der Adamsschen Reformen gewertet.

Ein weiterer Erfolg der Arbeit unter Leitung von Kurt Adams zeigt sich in der sozialen Zusammensetzung der Hörerschaft. Vom Sommersemester 1929 bis zum Sommersemester 1930 stieg der Arbeiteranteil um mehr als 10% bei den männlichen Arbeitern auf 43,17% und um 3% bei den Arbeiterinnen auf dann 12%. Zählt man die große Gruppe von kaufmännischen Angestellten von 46% bei den Männern und 45% bei den Frauen zur Schicht der arbeitenden Bevölkerung hinzu, wie Adams selbst es tat, indem er den Begriff der Arbeiterbildung erweiterte, so machte die arbeitende Bevölkerung über 90% bei den männlichen und über 60% bei den weiblichen Teilnehmenden aus. Die Hamburger Volkshochschule war zu einer Stätte der Arbeiterbildung geworden, die mit einem demokratisch-emanzipatorischen Bildungsangebot geradezu verzweifelt versuchte, auf die deutliche Rechtsentwicklung in der Endphase der Weimarer Republik zu reagieren.

Ab 1929 muß die VHS ihre Arbeit inmitten einer tiefen wirtschaftlichen und politischen Krisenzeit verrichten. Die stark gestiegene Zahl an Anmeldungen belegt gerade für diesen Zeitraum die soziale Relevanz dieser Institution. Dies findet seinen besonderen Ausdruck in der Einrichtung von Sonderkursen für Erwerbslose im Wintersemester 1930/31. 144 dieser Kurse werden im Wintersemester 1931/32 dezentral in dreizehn Stadtteilen angeboten. Allerdings wird auch hier an einer klaren Abgrenzung zur beruflichen Fortbildung und zum Fachschulwesen festgehalten, wie es für das gesamte Volkshochschul-Angebot gilt.

Die VHS stellte für die Durchführung dieser Kurse 6.000 RM aus ihrem Etat zur Verfügung und beantragte weitere Mittel von der Notstandskommission des Senats. Im Wintersemester 1931/32 besuchten 6.408 TeilnehmerInnen die Sonderkurse, so daß Kurt Adams in einem zweiten Bericht dringend darum bittet, diese Arbeit fortsetzen zu können.

Die Krise der öffentlichen Haushalte hatte zu diesem Zeitpunkt bereits voll auf die Arbeit der Volkshochschulen durchgeschlagen, was den Reichsinnenminister im September 1931 zu einem Brief an die Unterrichtsminister der Länder betreffs der „Notlage der Volksbüchereien und Volkshochschulen“ veranlaßt. Zu diesem Zeitpunkt stehen bereits etliche Volkshochschulen des Reiches vor der Schließung oder der Privatisierung.

Auch die Hamburger VHS muß mit drastischen Einsparungen leben. Zwar wird die zwischenzeitlich vom Rechnungsamt vorgeschlagene Privatisierung nach thüringischem Vorbild verworfen. Aber der für Honorare veranschlagte Posten wird erheblich herabgesetzt. „Bei dem hohen Idealismus der Dozenten wäre zu erwarten, daß sie sich im Interesse des Zustandekommens möglichst zahlreicher Arbeitsgemeinschaften zu teilweisem oder völligem Honorarverzicht im Einzelfall herbeilassen würden“.

Trotz des Rückgangs der Hörerzahlen von 9.812 im Wintersemester 1930/31 auf 8.378 im darauffolgenden Jahr ist die Zahl der Arbeitsgemeinschaften nicht zurückgegangen, sondern sogar noch auf 165 angestiegen. Es kann also davon ausgegangen werden, daß das politische Engagement des Lehrkörpers der VHS in der Tat groß genug war, seine Arbeit nicht aufzugeben und ehrenamtlich fortzusetzen.

Aber nicht nur die finanzielle Krisensituation gefährdet die Grundlagen der Hamburger Volkshochschule zu diese Zeit. Die konservativen

und völkischen Kräfte in der Hansestadt verstärken ihre seit langem gehegten Vorbehalte gegen die Volkshochschule als „marxistische Domäne“. „Macht Schluß mit der marxistischen Mißwirtschaft – schafft eine deutsche Volkshochschule“, so setzt das „Hamburger Tageblatt“ seine Angriffe auf die „mehr oder weniger rosarote marxistische Parteischule“ fort.

Bereits am 18. August 1932 meldet das „Hamburger Tageblatt“ die Eröffnung einer „nationalsozialistischen Volkshochschule“ unter Leitung des Parteigenossen Haselmeyer. Zweck und Ziel der neuen Einrichtung sei es, „ein Gegengewicht gegen die vollkommen marxistisch verseuchte staatliche Volkshochschule zu schaffen ...“. Die Pflege der Geschichte soll hier – neben rassenkundlichen Vorträgen – einen besonderen Platz finden, regelmäßige Vorträge werden angekündigt.

Dr. Heinrich Haselmeyer ist Vorsitzender des Kampfbundes für Deutsche Kultur in Hamburg. Er gilt als besonders radikal. Nicht zuletzt ihm verdankt die NSDAP die schnelle und lückenlose Gleichschaltung der Hamburger Volkshochschule nach den Wahlen vom 8. März 1933.

3. Die Volkshochschule 1933–1945

Am 21. März 1933 teilt die Staatliche Pressestelle mit, daß „der Senat durch eine im heutigen Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlichte Verordnung einzelne, die Volkshochschule betreffende Bestimmungen des Hochschulgesetzes außer Kraft gesetzt (hat) ... Die Einrichtung der Volkshochschule als solche wird dadurch nicht berührt“.

Die Hamburger VHS wird nicht – wie in anderen Städten geschehen – geschlossen oder sofort in eine Volksbildungsstätte umgewandelt. Der gute Name der Institution und die Achtung, die sie in der Stadt genießt, sollen nun für nationalsozialistische Propagandazwecke mißbraucht werden. Da die „Volkshochschule als solche“ weiter besteht, wird die Hamburger Pressestelle ersucht, eine Notiz des neuen Direktors weiterzugeben, die drastisch verdeutlicht, daß die nationalsozialistische Volkshochschule mit der Programmatik des letzten von Adams unterzeichneten Veranstaltungsprogramms nichts mehr gemein hat.

„Der Volkshochschule obliegt die hohe Aufgabe der staatsbürgerlichen und weltanschaulichen Bildung der breiten Masse ... Zu diesem

Zweck muß sie deutsches Geistesgut zur Verarbeitung ihren Hörern vermitteln, wobei jedoch Charakterbildung und weltanschauliche Erziehung nach deutschen Grundsätzen das ideale völkische Endziel sein muß“. Rassenlehre und deutsche Kriegs-, Heeres- und Kolonialgeschichte sollen Grundlagen für dieses Bildungsziel werden. „Deswegen wird in Zukunft kein Marxist und kein Jude mehr dort lehren“. Nach Annullierung aller Verträge für das Sommerhalbjahr 1933 werden bald neue Verträge abgeschlossen. Nur 14 von den 147 Dozenten, die vor 1933 an der VHS unterrichteten, werden weiterbeschäftigt. Von den ursprünglich für die Abhaltung der Arbeitsgemeinschaften vorgesehenen Universitätsmitgliedern Walter A. Berendsohn, Albert Görland, Siegfried Landshut, Hermann Noack und Carl von Tyszka wird keiner mehr berücksichtigt.

Der neue Arbeitsplan für dieses Semester liegt bereits Anfang April gedruckt vor. Heinrich Haselmeyer beschreibt darin den „Neu-Aufbau“ entsprechend seiner Presseerklärung. Das Programm liest sich in weiten Teilen wie ein Schulungsprogramm der NSDAP. Neben den Inhalten gibt es für die Hörer eine weitere Veränderung. Die neuen Anmeldeformulare enthalten nun auch die Frage nach der arischen Abstammung. Juden und Jüdinnen wird die Teilnahme selbst an Sprachkursen versagt. Schneller und radikaler hätte die Umwandlung der VHS nicht betrieben werden können. Da durch die entsprechende Vorarbeit der unter Haselmeyer gegründeten „nationalsozialistischen Volkshochschule“ sofort Programm und Dozenten im Dienste der nationalsozialistischen Ideologie zur Verfügung stehen, wird der Eindruck einer „normalen“ Weiterarbeit erweckt. Selbst die bereits erstandenen Teilnehmerscheine sollen ihre Gültigkeit behalten, so als gäbe es kaum gravierende inhaltlich-politische Veränderungen. Der Charakter der damaligen VHS wird durch die folgenden Ausführungen des späteren VHS-Leiters Schrewe gekennzeichnet: „Nachdrücklich abzulehnen ist es, daß Dozenten ihre Hörer auf persönliche Auffassungen verpflichten. Maßgebend und richtungweisend kann auf jedem Gebiet der Volkshochschularbeit immer nur die national-sozialistische Weltanschauung sein. Es wird Wert darauf gelegt ... daß Diskutierklubs dem Wesen einer nationalsozialistischen Volkshochschule widersprechen ... Die Auswahl ... der Dozenten erfolgt in enger Verbindung mit den Parteistellen, die für die einzelnen Gebiete zuständig sind“.

Im Oktober 1933 meldet der „Hamburger Anzeiger“ die erfolgreiche Säuberung des Lehrkörpers der VHS. Monate zuvor war schon der bedeutende VHS-Leiter Kurt Adams aus seinem Amt entfernt worden. Bei einem reduzierten Ruhegehalt konnte er sich und seine Familie nur mühsam mit einem Kaffeevertrieb durchbringen. Doch seine demokratischen Überzeugungen gab Adams nicht auf. Er beteiligte sich durch die Verbreitung von Flugblättern und Broschüren am antifaschistischen Widerstand. 1944 wird er verhaftet und ins KZ Buchenwald eingeliefert, wo er wenige Wochen später an einer „eitrigen Gehirnentzündung verstirbt“, wie der zynisch verfaßte Totenschein vorgibt.

Um die nun „gesäuberte“ Volkshochschule für die Bevölkerung attraktiv zu machen, galt es, die Legitimationsbasis für das nationalsozialistische System zu verbreitern, das Klein- und Mittelbürgertum zu gewinnen. Die „volkstümliche“ Volkshochschule bot sich dafür an. Diese Bemühungen haben Erfolg. Er zeigt sich in kontinuierlich steigenden Hörerzahlen. Nach einem kurzen Einbruch 1933 steigen sie von 11.000 (1933/34) auf 22.000 im Sommersemester 1936. Es zeigt sich aber eine völlige Veränderung der sozialen Struktur. Schon die Statistik des Wintersemesters 1936/37 weist nur noch einen Arbeiteranteil von 3,8% aus. Die traditionelle Hörschaft aus der Weimarer Zeit hat der VHS den Rücken gekehrt; völlig neue Hörschichten wurden erschlossen, unter ihnen besonders viele Frauen (65%) und junge Hörer zwischen 25 und 35 Jahren.

Bis zum Sommersemester 1939 erscheint der Arbeitsplan weiter unter dem Titel „Hamburger Volkshochschule“, erstmals ab 1939/40 mit dem Untertitel „Hamburger Volksbildungsstätte“ und dem Hakenkreuz als Emblem, ab 1941 wird die VHS dann offiziell „Volksbildungsstätte“.

Ernst Schrewe, der neue Leiter ab 1936, war alles andere als ein bloßer Mitläufer. Er hatte in den zwanziger Jahren u.a. dem Stahlhelm, der Bismarckjugend und der DNVP angehört. Während des „Dritten Reiches“ hatte er verschiedene Parteiämter in der NSDAP inne und galt als Intimus des Reichsstatthalters Kaufmann. 1942 wird er außerordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre am Sozialökonomischen Seminar und anschließend Leiter der Hamburger Schulbehörde. Von 1937 bis 1944 bleibt er Leiter der Volkshochschule. Er baut das Angebot an Deutschkursen, Lese- und Theaterspielkreisen, Musik, Bildender Kunst und Kursen zur körperlichen Ertüchtigung aus. Für

das Sommersemester 1940 werden sechzehn Fachgebiete angekündigt, zu ihnen gehören auch die ersten „Sprachhochschulkurse“. Der Arbeitsplan 1942 enthält bereits ein ausdifferenziertes Fremdsprachenangebot, dessen Entwicklung den jeweiligen Frontverlauf exakt widerspiegelt und die Sprachen der verbündeten Achsenmächte besonders berücksichtigt.

Deutlich ist das Bemühen, äußere Kontinuität herzustellen, wenn auch weiterhin betont wird: „Die Grundlage bildet der Rassegedanke“. Doch überwiegen zunehmend Angebote aus anderen Wissensgebieten, insbesondere im Freizeitbereich und in der Kulturarbeit. Die VHS veranstaltet Ausstellungen mit den Ergebnissen aus den praktischen Kursen, macht Studienreisen ins Ausland und fördert das Gemeinschaftsleben durch Volkshochschul-Feste und Ausflüge.

Kurse zur Rassenkunde, Vererbungslehre und Politik gehen Ende der dreißiger Jahre deutlich zurück. Das bedeutet nicht, daß Schrewe der VHS eine pädagogische Nische sichert. Vielmehr wird die „weltanschauliche Schulung“ seit 1939 wieder mehr durch die NSDAP wahrgenommen. Dies bedeutet aber keine Rücknahme des politischen Erziehungsauftrages der VHS. Sie wird jetzt als politische Sozialisationsaufgabe definiert. Charakter- und Willensschulung stehen im Mittelpunkt der Bemühungen um die Erziehung des „deutschen Menschen“. Mit Fortschreiten des Krieges wird die Freizeitfunktion immer wichtiger, da ein großer Teil der bisherigen Freizeitmöglichkeiten wie Reisen und Fahrten oder der Besuch von Vergnügungsstätten nicht mehr zur Verfügung steht. Nun soll die VHS für den seelisch-geistigen Ausgleich sorgen. Unter diesen Umständen nimmt die Akzeptanz der Volkshochschule weiter zu. Die TeilnehmerInnenzahl erreicht 1942/43 mit 25.000 ihren Höhepunkt. Selbst in den letzten Kriegsjahren sinkt sie nicht unter 12.000 ab.

Bis zum Mai 1945 hält die VHS trotz Bombardierung der Stadt, Zerstörung von Unterrichtsgebäuden, allgemeiner Hunger- und Notsituation ihren Lehrbetrieb aufrecht. Obwohl großer Papiermangel herrscht, erscheint auch der Arbeitsplan 1944/45 noch wie gewohnt – nun aber wieder mit dem Hamburger Stadtwappen im Emblem und verantwortet von Dr. Fritz Blättner, dem im Herbst 1944 die Leitung der Volkshochschule übertragen wurde. Er war Assistent von Prof. Flitner, der am Seminar für Erziehungswissenschaft der Hamburger Universität lehrte und einer der führenden Köpfe der Erwachsenenbildung der Weimarer Zeit war. Trotz Parteimitgliedschaft kann Blättner als

politisch eher zurückhaltend und unbelastet eingeschätzt werden. Die Umstände seiner Ernennung zum Volkshochschulleiter im Oktober 1944 bleiben unklar; auf jeden Fall ermöglichten sie einen bruchlosen Übergang der Arbeit der Volkshochschule nach 1945.

4. Wiedereröffnung – ein Neubeginn? Die Volkshochschule 1945–1967

Mit neuem Titelblatt, aber in einer deutlichen äußeren Kontinuität, was Programmstruktur und Personen angeht, wird die Hamburger Volkshochschule auf Anordnung der Militärregierung am 3. Dezember 1945 mit einer Feierstunde im Hamburger Rathaus wiedereröffnet. Blättner leitet die VHS bis 1946 weiter und übernimmt auch 73 Dozenten, die in der Zeit des Nationalsozialismus an der VHS unterrichtet hatten. Unter den Dozenten sind aber auch 22 von denjenigen, die schon vor 1933 an der VHS tätig waren und während des Nationalsozialismus nicht beschäftigt wurden, darunter auch Hermann Vogts, der Nachfolger Blättners im Amt des VHS-Leiters. Ohne die wenigen 1945 noch verbliebenen explizit nationalsozialistischen Bildungsangebote erscheint bereits zum Wintersemester 1945/46 der neue Arbeitsplan in beachtlichem Umfang mit 192 Vorlesungen, Kursen und Arbeitsgemeinschaften.

Der „Bildungshunger“ scheint riesig. Noch bevor der gedruckte Arbeitsplan vorliegt, haben sich mehrere Tausend Hörer bei der Volkshochschule gemeldet. Der Wunsch nach kulturellem Anschluß an die Weiterentwicklung der Welt und nach Neuorientierung ist das treibende Motiv. Daneben besteht das Bedürfnis, das Defizit an Bildung, das in den letzten Kriegsjahren durch fehlenden Schulunterricht und mangelnde Berufsbildung entstanden war, aufzufüllen. Und so kann denn die Hamburger Volkshochschule mit 12.000 TeilnehmerInnen beginnen, die sich in Lazaretten und Schulstuben, in Hörsälen und kleinen Versammlungszimmern einfinden.

Der Wiederaufbau ist jedoch kein deutlicher Neubeginn. Einerseits wird ein Teil des Angebots aus der NS-Zeit fortgeschrieben. Jeder, der nicht an anderer Stelle aus seinen Ämtern entlassen wird, kann auch an der Volkshochschule weiter unterrichten. Allerdings unterliegt der Arbeitsplan der Genehmigung durch die Militärbehörde, ebenso müssen die Dozenten bestätigt werden. Andererseits wird aber eine institutio-

nelle, personelle und pädagogische Anknüpfung an die Weimarer Zeit versucht. Hermann Vogts selbst gehört zu den sozialdemokratischen Lehrern, die schon unter Adams an der Volkshochschule unterrichteten.

Das Prinzip der Arbeitsgemeinschaften lebt wieder auf mit dem Ziel, sie zu Arbeits- und Freizeitgemeinschaften von Dozenten und Hörern zu entwickeln. Es bleibt die Ablehnung des beruflich Nützlichen. Weder auf Prüfungen wird vorbereitet noch eine fachliche Berufsausbildung vermittelt. Auch Fremdsprachenunterricht wird nicht erteilt, um schnell eine fremde Sprache zu erlernen, sondern um zu helfen, fremde Völker zu verstehen – so steht es im Vorwort des Arbeitsplans 1947.

Das umfangreiche Programm für die Frau umfaßt Politik, Gesundheits-, Erziehungs-, Literatur-, Tanz- und Gymnastik-Kurse und spiegelt die Notzeit der ersten Nachkriegsjahre. Die politische Bildung widmet sich Themen der „Völkerversöhnung“. Der Einfluß der Reeducation wird spürbar. Doch die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit findet sich in den Arbeitsplänen nur selten. Die politische und soziale Unbruchsituation dieser Zeit, die drängenden Fragen im Zusammenhang mit dem notwendigen Aufbau einer wirtschaftlichen und politischen Demokratie – sie spiegeln sich im VHS-Programm kaum wider. Anders als in der Volksbildung der Weimarer Zeit wird der Kerngedanke „Demokratie braucht Bildung“ nicht zum Leitmotiv des Selbstverständnisses der Volkshochschularbeit.

Die Verlagerung der Interessenschwerpunkte „von der gesellschaftlichen und politischen zur rein geistigen Seite“ des Daseins als gewachsene Tendenz der Volkshochschularbeit nach 1945 ist auch an der Hamburger VHS unübersehbar, ebenso wie die wachsende Mittelschichtbezogenheit.

Im Sommersemester 1950 besuchen noch 17% Arbeiter und Handwerker die Volkshochschule, allerdings auch 11% Stellungslose. Als Reaktion auf die soziale Problematik der Zeit beteiligt sich die Volkshochschule 1950 an der Gründung des Arbeitslosenbildungswerkes als überbehördliches und übergewerkschaftliches „Hilfswerk zur geistigen Fortbildung und kulturellen Betreuung der Hamburger Arbeitslosen“. Neben dem hohen Anteil allgemeinbildender Kurse gibt es aber auch durchaus berufsbezogene Angebote wie Stenografie, Sprachkurse, Rechtskunde und volkswirtschaftliche Einführungen. Diese Kurse sind kostenlos und werden zeitweilig von 2.000 Arbeitslosen besucht. Die

Gesamtzahl der Arbeitslosen liegt in Hamburg 1950 bei 100.000. Sowohl in Bezug zu dieser Arbeitslosenzahl wie in Relation zum Gesamtangebot der VHS bleibt das Arbeitslosenbildungswerk eine Randerscheinung. Zwar nimmt der Wunsch der Hörer zu, in der Volkshochschule eine berufliche Vervollkommnung zu erhalten – wie Hörer-Analysen von 1947 zeigen. Im Mittelpunkt des Angebots der Hamburger Volkshochschule steht aber weiterhin die Besinnung auf das „Eigentliche“, wie es besonders auch in der Einrichtung der Jahreskurse ab 1950 zum Ausdruck kommt.

Ein humanistischer, teilweise idealistisch verklärter Bildungsanspruch prägt in den 50er Jahren das Angebot. Allgemeinbildung und künstlerische Selbstverwirklichung stehen im Mittelpunkt. Erste Studienreisen in das Ausland werden veranstaltet. Namhafte Künstler unterrichten an der VHS. Zwar gibt es ein nicht unerhebliches Politikangebot, aber es bleibt unverbunden neben den anderen Kursen stehen. So wichtig es für einen demokratischen Neuanfang gewesen wäre, so prägt doch die Abwendung von allem Politischen das VHS-Programm dieser Zeit, ebenso wie die Distanz zu jedwedem beruflichen Nützlichkeitsanspruch.

5. *Vom „Eigentlichen“ zum „Nützlichen“ Die Volkshochschule 1967–1994*

Mit dem Wechsel in der Leitung der Hamburger Volkshochschule von dem durch seine Erfahrungen in der Weimarer Zeit geprägten politischen Erwachsenenbildner und Sozialdemokraten Hermann Vogts zu dem Leiter der Heimvolkshochschule Rendsburg, Dr. Kurt Meissner, verändern sich auch Arbeit und Angebot der Hamburger Volkshochschule deutlich.

Als Mitbegründer des Deutschen Volkshochschul-Verbandes 1953 und als dessen Vorsitzender 1963 setzte Meissner die Beschlüsse und seine Kenntnisse der Arbeit anderer großstädtischer Volkshochschulen auch in Hamburg um. Er übernimmt eine Einrichtung, die von 1949 an ein ununterbrochenes Wachstum verzeichnet. Von 18.000 TeilnehmerInnen 1949 steigt die Zahl auf 53.000 im Jahre 1967. Aus den anfänglich 500 Kursen werden 2.000, die von 460 DozentInnen betreut werden. Unter der Leitung von Hermann Vogts hatte sich die Hamburger Volkshochschule zum größten Institut für Erwachsenenbildung in der

Bundesrepublik entwickelt. Hinzu kam die Arbeit von fünf Außenstellen, die die Volkshochschule 1949 durch das Zusammenfassen von Kursen in den Außenbezirken eingerichtet hatte. Bis auf die „Hamburger Volkshochschule“ in Harburg wurden sie alle nebenberuflich geleitet; diese Kurse werden 1965 von 20.800 TeilnehmerInnen besucht. Gleichzeitig wird aber registriert, daß die Arbeiterschaft die kleinste Gruppe unter den HörerInnen ist.

Der Anteil der HörerInnen an den Kursen für Politik, Gesellschaft, Staat und Geschichte machte nur noch 7% aus, während 20% der Teilnehmer Kurse des „Künstlerischen Laienschaffens“ und 17% naturwissenschaftliche Kurse besuchen. Als Reaktion darauf wird die Landesarbeitsgemeinschaft „Arbeit und Leben“ gegründet. Durch mitbürgerliche und politische Bildung sollen die ArbeitnehmerInnen zu Mitverantwortung und Mitbestimmung im öffentlichen Leben befähigt werden.

Dennoch liegt der Schwerpunkt der Hamburger Volkshochschule Ende der 60er Jahre deutlich woanders. Angesichts der „Politikmüdigkeit“ als Reaktion auf das formale Demokratieverständnis der 50er und 60er Jahre einerseits und der individuellen beruflichen Karrierewünsche andererseits, die in der Phase wirtschaftlichen Wachstums besonders stark sind, wird nun jedoch die Berufsorientierung in den Mittelpunkt der Volkshochschularbeit gestellt. Auf einer Pressekonferenz im März 1968 stellt der Leiter, Kurt Meissner, seine neuen Pläne für die VHS vor: Ein neuer Kurstyp, das Grundstudienseminar, soll eingeführt werden mit einer Kombination der Fächer Deutsch, Wirtschaftskunde, Psychologie und Politik oder Physik. Sie sollen dem Teilnehmer helfen, sich im sozial/kulturellen Bereich zu orientieren, und gleichzeitig deutlich auf den Beruf bezogen sein.

Eine wesentliche Aufgabe der Erwachsenenbildung liegt darin, „unter dem Motto ‚Wie lernt man lernen?‘ eine allgemeine Grundlage für selbständiges Arbeiten zu vermitteln, Informationen entschlüsseln zu lehren und mit der Technik der geistigen Arbeit Menschen, die ins mittlere Management aufsteigen oder ihren Beruf wechseln wollen, über das geistige Training ein Maß für das eigene Können zu geben“. Bereits 1969/70 zeigt das Inhaltsverzeichnis im Arbeitsplan ein deutlich anderes Gesicht. Es beginnt mit „Systematischen Grundkursen: Grundstudienseminar, Aufbaueminare, Zertifikatskurse und Deutsche Sprache und Studententechnik“, gefolgt von Kursen unter dem Titel „Wissenschaft und Information“, worunter auch die Politik-Kurse angesiedelt sind. Eine Bildungsberatung ist eingerichtet.

Noch eine weitere Neuerung fällt auf im Programm; Die Einrichtung einer „Jungen Volkshochschule“. Sie bietet „Kritische Politik für junge Leute“ in einem eigenen Programm für Jugendliche und junge Erwachsene mit Wochenendseminaren, Studienwochen und Abendkursen. „Jedem jungen Menschen wird damit die Chance gegeben, die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten zu erlangen, sich ein unabhängiges politisches Urteil zu bilden und in eigenen Aktionen zu einer ständigen Erneuerung der Demokratie beizutragen“, heißt es im Vorwort.

Die 1968 so vehement geführte Demokratisierungsdiskussion, die sich auf Staat und Gesellschaft bezieht, macht auch vor den Einrichtungen der Erwachsenenbildung nicht halt. Durch den mit der „realistischen Wende“ initiierten Ausbau der Volkshochschulen erfolgt ein verstärkter Anschluß an die Wissenschaften und damit auch an die kritisch gewordene Soziologie und Politologie.

Ein neuer Arbeitertyp, jünger und sozialwissenschaftlicher geprägt, kommt in die Volkshochschulen und beeinflusst ihre Zielvorstellungen: Chancengleichheit und Partizipationsmöglichkeiten schaffen, Abhängigkeiten und Manipulationen durchschaubar machen, überflüssige Herrschaft verringern und Veränderungspotentiale stärken. Derartige Ziele erweitern die oft technizistisch verengt geführte Diskussion der „realistischen Wende“.

Auch die Hamburger Volkshochschule wird von der damaligen Politisierung, die von der Studentenbewegung und der außerparlamentarischen Opposition ausgeht, erfaßt. Kennzeichnend für die emanzipatorischen Ambitionen ist eine Reihe von charakteristischen Ansätzen im neuen Verständnis politischer Jugend- und Erwachsenenbildung:

Teilnehmerorientierung, offenes Curriculum, Parteinahme und Parteilichkeit, politische Aktivierung, Stadtteil- und Zielgruppenarbeit – diese Ansätze finden sich im Programm der Hamburger Volkshochschule Anfang der 70er Jahre wieder. Das Programm ist jetzt im Bereich Politik deutlich geprägt von dem Versuch, gesellschaftliche Demokratisierungsbemühungen durch Bildungsarbeit zu unterstützen. Der Einfluß gesellschaftlicher Bewegungen wie der Frauen-, Friedens- und Ökologiebewegung ist auch in den kommenden Jahren im Programm unübersehbar.

Die Arbeit der VHS scheint an Konzepte der Weimarer Zeit anzuknüpfen. Politische Bildung als anerkannter Teil der Allgemeinbildung wird in die Grundstudien Seminare integriert und mit Berufsorientie-

rung verknüpft. Spezielle Zielgruppenangebote für die Jugend werden gemacht. Und schließlich gibt es erste Ansätze einer Verknüpfung von politischer und kultureller Bildung, wie sie etwa in den Literatur- und Sprachkursen der Weimarer Zeit vorherrschten. Diese Ansätze finden ihre Verstärkung in der Zielgruppenarbeit der 70er Jahre und in den dann vermehrt geführten Diskussionen um eine Integration beruflicher und politischer Bildung.

Mit dem personellen Ausbau, der in den meisten Bundesländern auf der Basis von neu erlassenen Weiterbildungs- oder Erwachsenenbildungsgesetzen erfolgt, kann die Arbeit der Volkshochschulen fachlich professionell ausgebaut werden. Obwohl es in Hamburg nicht zur Verabschiedung eines Erwachsenenbildungsgesetzes kommt, erfolgt auch hier ein Ausbau durch Fachbereiche, die von hauptberuflichen Pädagogen geleitet werden. Am Ende dieser Entwicklung sollte ein voll ausgebautenes „Hamburger Bildungszentrum für Erwachsene“ stehen, in dem neben den jeweiligen Leitern weitere wissenschaftliche Mitarbeiter, Stadtbereichsleiter und Verwaltungskräfte vorgesehen sind. Neben der fachlichen Differenzierung ist auch eine weitere Dezentralisierung geplant.

Die erste Stufe sollte 1973 realisiert werden. Dazu gehörte insbesondere die Einbeziehung von Veranstaltungen der Staatlichen Fremdsprachenschule und der Abendwirtschaftsschule – ein langgehegtes Ziel Meissners, denn nur so konnte der beabsichtigte Ausbau in weitere berufsorientierende Angebote erfolgen. Doch abweichend von anderen Volkshochschulen im Bundesgebiet, die 1970 bis 1975 eine rasante Entwicklung auf der Grundlage der Bemessenszahlen der entsprechenden Gesetze erleben, gerät Hamburg vor dem endgültigen Ausbau ab der Mitte der 70er Jahre in die Klemme der Sparpolitik.

Die Zahl der TeilnehmerInnen ist inzwischen auf 94.000 gestiegen, eine weitere Ausdehnung des Kursangebots sieht der Haushalt aber nicht mehr vor. „Die Hamburger Volkshochschule steckt in Schwierigkeiten. Sie ist in einem Kostenklemme geraten, weil die Haushaltslage den steigenden Ansprüchen der Bevölkerung an die Volkshochschule nicht mehr entspricht ... Im Senat und in der Bürgerschaft ist man zu Zeit dabei, sich zu überlegen, welchen Stellenwert man im Haushalt der Erwachsenenbildung einräumen soll ...“.

Hier rächte es sich, daß Hamburg in den frühen 70er Jahren versäumte oder durch lobbyistischen und politischen Druck gehindert wurde, ähnlich wie Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen oder Hessen ein Er-

wachsenbildungsgesetz zu verabschieden, das die Rolle der VHS klarer umreißt und sichert. Bedenkt man, daß das Hamburger Gründungsgesetz von 1919 hier schon weiter war, so erstaunt dieses Defizit umso mehr.

Die Entscheidung fällt nun zu Ungunsten der Volkshochschule aus. Die Haushaltsprioritäten werden anders gesetzt. Trotz des zunehmenden Andrangs auf VHS-Kurse muß die Volkshochschule 1977 und 1983 größere Haushaltskürzungen hinnehmen. So muß das Arbeitsjahr 1977/78 von 30 auf 24 Wochen gekürzt werden.

Erstmals in ihrer Geschichte expandiert die Volkshochschule nicht mehr, ihr Stellenwert im Haushalt und im politischen Bewußtsein ist deutlich gesunken. Von der politischen Hochschätzung der Gründerväter scheint nichts geblieben. Staatliche Einrichtung zu sein war in den Jahren der Weimarer Republik Garantie für besondere Förderung und politische Aufmerksamkeit. Jetzt dagegen scheint diese Verfassung einen weiteren Ausbau und flexibles Arbeiten eher zu hemmen, so daß der scheidende Direktor, Dr. Kurt Meissner, 1989 fordert: „Gebt Hamburgs Volkshochschule endlich Freiheit!“ Er setzt sich dafür ein, daß die VHS als eigenständiger Landesbetrieb – ohne die Bürokratie der Schulbehörde – arbeiten kann.

Das weiterbildungspolitische Gewicht verlagert sich wie im gesamten Bundesgebiet weg von der in den 70er Jahren in allen sozialliberal oder sozialdemokratisch regierten Bundesländern ausgebauten öffentlichen Weiterbildung – in erster Linie den Volkshochschulen – hin auf einen „Weiterbildungsmarkt“.

Öffentliche Weiterbildung nimmt in diesem Markt keine herausragende Rolle mehr ein. „Anfang der 70er Jahre gehegte Vorstellungen, man könne durch Systematisierung, flächendeckende Angebote und eine weitere Verrechtlichung über die bestehenden Gesetze hinaus die Weiterbildung staatlicherseits konstruieren, ist nicht Ziel der politischen Ordnung, wie die Bundesregierung sie sich vorstellt“. So lautet das neue Weiterbildungskonzept, das die CDU, seit 1982 an der Regierung in Bonn, propagiert. Pluralität und der Wettbewerb unterschiedlicher Träger der Weiterbildung treten an die Stelle der besonderen Förderung von Volkshochschulen.

In dieser Phase wird die Hamburger Volkshochschule 1989 unter der Leitung von Ekkehard Nuissl in einen Landesbetrieb umgewandelt. „Die Philosophie für die neue Rechtsform ist recht schlicht: Die Volkshochschule soll ein großes Maß an wirtschaftlicher Selbständigkeit er-

halten, um pädagogische Entscheidungen unabhängiger von generellen und damit der Sache häufig unangemessenen staatlichen Haushaltsvorgaben treffen zu können. Und sie soll an über die staatlichen Zuschüsse hinausgehenden zusätzlichen Einnahmen interessiert werden, indem ihr diese zur eigenverantwortlichen Verwendung überlassen bleiben“. Ein deutlicher Zuwachs des Kursangebots ist die Folge. Er spielt sich überwiegend in den Bereichen Sprachen, Kulturelle Bildung und EDV ab, die mit 76% mehr als drei Viertel des Kursangebots ausmachen. Der gesellschaftspolitische Anteil liegt bei 4%. Dennoch nehmen Schwerpunktthemen wie „Stadt macht Pläne“ oder Projekte wie „Angst vor Rechts?“ politische Herausforderungen auf. Ihr quantitatives Gewicht aber bleibt gering.

Die Volkshochschule als Landesbetrieb wird zwar öffentlich gefördert, ist aber im engeren Sinne keine staatliche Einrichtung mehr. Sie hat eine Gratwanderung zu bestehen, deren Erfolg davon abhängen wird, wie weit es ihr gelingt, demokratische und emanzipatorische Elemente mit den Bedürfnissen des Marktes in Übereinstimmung zu bringen. Es besteht die Gefahr, „... daß à la longue jene Bildung, die sich ‚nicht rechnet‘, aus dem Kalkül von Anbietern und Nachfragern von Weiterbildung herausfällt“.

Die Notwendigkeit ständiger Um- und Neuorientierung, die rasante technische Entwicklung und die Erfordernisse kontinuierlicher beruflicher Fortbildung geben diesen Bereichen einen anderen Stellenwert in VHS-Programm. Gleichzeitig sind Parallelen in der politischen Entwicklung unübersehbar. Die derzeitige gesellschaftliche Krisensituation mit steigenden Arbeitslosenzahlen, zunehmender Armut und Ausgrenzung großer Bevölkerungskreise stellt für das politische System eine große Herausforderung dar. Demokratische Bildungsarbeit muß wieder eine größere Rolle spielen. Die Rückbesinnung auf Leistung und Ansehen der Hamburger Volkshochschule in Weimar könnte dieses Ziel unterstützen. Dies ist auch die Auffassung des jetzigen Leiters, Dr. Rudolf Cammerer, die er im Nachwort zu der gerade erschienenen Festschrift „75 Jahre VHS Hamburg“ zum Ausdruck bringt, die die Grundlage für diesen Beitrag war.

Horst Siebert

Volkshochschule Hannover

1. Weimarer Republik: Hindenburg, Haarmann und Co.

Rainer Marwedel, Autor einer Biographie über Theodor Lessing, beschreibt die Nachkriegszeit in Hannover wie folgt: „Das tägliche Leben im Hannover der Nachkriegs- und Inflationszeit sah wie im gesamten Deutschland ärmlich, elend und grau aus; nicht erst im ersten großen Jahr der Inflation, 1923, durfte an der Beständigkeit der Welt und an Deutschland gezweifelt werden ... Wie in eine Zeitkapsel eingeschlossen und nun freigesetzt erscheinen die Akteure, die Hauptdarsteller und Randfiguren, die Versprengten des Krieges und des Kaiserreiches ... Den Toten des Krieges folgten die Verhungerten: Im Januar 1919 stieg die Zahl der durch die alliierte Blockade gestorbenen Menschen auf 800.000 an. Auch in Hannover darbtten viele der Heimgekehrten und Ausgeworbenen dumpf dahin, sie konnten sich die Lustbarkeiten nicht leisten, die nach und nach in den Geschäften nun wieder angeboten wurden ... Bis Mitte der 20er Jahre lebte und arbeitete eine Bohème in Hannover, wogegen Schwabing nur noch das Anfahrtsziel lüsterner Touristen war, ein Museum abgetaner Weltanschauungen. Es war in Hannover keine faulenzende Gesellschaft, die im Kaffeehaus den Tag verträdelte, obschon man das natürlich auch genoß. El Lissitzky und Kurt Schwitters sind nur zwei Namen für die vielen anderen, die dazu beitrugen, daß Hannover neben Berlin und München jetzt zu einer kulturellen Metropole wurde, in der Kunst und Leben zu Hause waren ... Das weltoffene Hannover prallte mit dem uniformen in oftmals grellen Kontrastbildern aufeinander“¹.

Zwei Personen erlangten eine zweifelhafte landesweite und sogar internationale Berühmtheit: der Hannoversche Ehrenbürger Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, der als „Held von Tannenberg“ gefeiert wurde, und der Massenmörder Fritz Haarmann. Mit beiden „Charakteren“ setzte sich Theodor Lessing auseinander und machte sich durch seine Veröffentlichungen bei den Deutschnationalen und Nationalsozialisten zahlreiche Feinde. In dieser Zeit des Zusammenbruchs alter Ordnungen, der Überlebenskämpfe und des „Tanzes auf dem

Vulkan“ wurde 1919 die Volkshochschule Hannover-Linden gegründet. Linden war damals ein Stadtteil mit einem hohen Arbeiteranteil, heute ist es ein multikulturelles Stadtgebiet.

Charlotte Ziegler, langjährige Volkshochschul-Mitarbeiterin, der wir eine materialreiche „pädagogisch-historische Studie“ über die Entwicklung von 1919 bis 1969 verdanken, schreibt über diese Gründungsphase: „Von wem 1919 die Initiative zur Gründung einer VHS in Hannover ausging, läßt sich heute kaum noch eindeutig feststellen. In der Erinnerung der hannoverschen Bürger ... ist die Zeit von 1919 bis 1933 mit den Namen Ada Lessing und Theodor Lessing verbunden. Ada Lessing leitete von 1919 an bis zur Übernahme durch einen den Nationalsozialisten genehmen Nachfolger im Mai 1933 die Geschäftsstelle der VHS; Prof. Lessing war ununterbrochen in diesen Jahren als Dozent tätig und gehörte bis 1927 auch dem Verwaltungsausschuß an“².

Offizielles Gründungsdatum der VHS ist der 1.9.1919. Am 16.9.1919 schreibt der Stadtschulrat Grote auf eine Anfrage des Deutschen Städtetages: „Vor kurzem sind neben den volkstümlichen Hochschulkursen noch Volkshochschulkurse vom Demobilmachungsausschuß in Verbindung mit den freien Gewerkschaften eingerichtet worden. Die Kosten hierfür werden, soweit es sich um erwerbslose Teilnehmer handelt, vom Demobilmachungsausschuß getragen“³. Die Initiative zu dieser Gründung war von dem preußischen Volksbildungsminister Haenisch ausgegangen, der am 25.2.1919 alle Städte zur Einrichtung solcher Volkshochschulen aufforderte. Obwohl auch in Hannover ein entsprechender Ausschuß gebildet wurde, wurde die VHS nicht als kommunale Einrichtung, sondern als „freier“ Verein gegründet. Im Oktober 1919 wurden die ersten Lehrgänge und Vorträge angeboten, die Eröffnungsfeier fand am 25.1.1920 statt.

Für die VHS Hannover ist in der Weimarer Republik eine Verbindung mit der Universität einerseits und eine gewerkschaftliche Orientierung andererseits charakteristisch. Charlotte Ziegler stellt die „volkstümlichen Hochschulkurse“ von 1900 bis 1920 als Vorläufer der VHS dar, und viele Mitglieder des Hochschulausschusses waren zugleich in dem späteren Verwaltungsausschuß der VHS tätig. Viele Themen und Dozenten der Hochschulkurse tauchen später in den Programmen der VHS wieder auf. Zwar sollte die VHS – auch nach dem Willen des preußischen Ministers – die lebensweltferne Wissenschaft der Bevölkerung nahebringen, doch hat die VHS Hannover ihr Selbstverständnis

nicht aus einer Übernahme universitärer und akademischer Bildung abgeleitet. Trotz aller Enttäuschungen und Entfremdungen zu seiner „scientific community“ hat auch Theodor Lessing die Universität nicht als Institution abgelehnt und die VHS nicht als strukturelle Alternative propagiert. Beide Bereiche hatten ihre jeweils eigenen Aufgaben.

Es mag an der industriellen und „proletarischen“ Struktur Hannovers gelegen haben, daß die VHS nicht als bürgerliche Einrichtung galt, sondern von Anfang an auch von den Gewerkschaften unterstützt wurde. So lassen sich fünf der elf Mitglieder des VHS-Gründungsausschusses den Gewerkschaften zuordnen (außerdem waren neben Lessing der Demobilmachungsausschuß, die Handelskammer, der Fabrikantenverein und die Hochschule vertreten). Auffälliger ist, daß der „Arbeiterbildungsausschuß“ mit drei Mitgliedern am stärksten in dem VHS-Ausschuß repräsentiert war. So war die VHS Hannover zwar eine Neugründung, die sich aber auf eine breite politische Zustimmung stützen konnte, die die Kontinuität der Bildungsarbeit betonte und die Kooperation mit allen demokratischen Kräften und mit der Wissenschaft anstrebte.

Das Veranstaltungsangebot orientierte sich nicht primär an einem bildungsbürgerlichen Kulturideal, sondern vor allem an den existenziellen Bedürfnissen in einer materiellen Notlage. So waren die „Erwerbslosenkurse“ ein zentraler Bestandteil des Angebots. Das Programm war in drei Bereiche gegliedert:

- a) Elementarbildung (insbesondere schulische Fächer)
 - b) Fachbildung (insbesondere kaufmännische Kurse)
 - c) wissenschaftliche und kulturelle Bildung (insbesondere Vorträge).
- Diese Trias spiegelt sich auch in Theodor Lessings Rede anlässlich der Fünfjahrfeier der VHS wider: „Drei Wege ... geht unsere Volkshochschule: Macht, Freiheit, Schönheit! ... Drei Stufen ... müssen immer gleichzeitig ineinander wirken: Elementarunterricht, Fachbildung, Allgemeinbildung ... Zunächst: ein tüchtiger Schulsack voller Kenntnisse. Das gebe euch Macht. Zu zweit: Ausbildung aller Fertigkeiten. Das mache euch frei. Endlich: allgemeine Bildung bringe zur Entfaltung alle Schönheit, die in euch angelegt ist“⁴. Damit übernimmt Lessing nicht den (neuhumanistischen) Dualismus von allgemeiner Menschenbildung und beruflicher Spezialbildung, sondern fast wörtlich das Dreistufenmodell von Eduard Spranger, der ebenfalls den Gegensatz von Allgemeinbildung und Berufsausbildung zu überwinden versuchte. Spranger hatte drei Phasen des menschlichen Bildungsprozesses

unterschieden, wobei er die traditionelle Reihenfolge von allgemeiner und beruflicher Bildung umkehrte:

1. Phase: grundlegende Bildung (Lessing: Elementarbildung)
2. Phase: Berufsbildung (Lessing: Fachbildung), und von diesem beruflichen Identitätszentrum ausgehend:
3. Phase: Allgemeinbildung (Lessing: dto.)⁵.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß Lessing diesen Aufsatz Sprangers kannte.

Doch auch Lessing war weit davon entfernt, die Bildungsidee pragmatisch einer „Qualifizierungsoffensive“ zu opfern. Er ist der „Philosoph der Not“, und er versteht die VHS als eine Einrichtung zur Lebenshilfe in Zeiten der Not. Für die VHS-Bewegung nennt er zwei Ursachen: „Erstens: der wüste Strom der Kriegszeit mußte zurückgelenkt werden in das alte enge Friedensbett. Zweitens: zahllose Männer wurden zu Krüppeln oder erwerbslos. Ihnen allen mußte man neue Betätigung schaffen. Die Revolution wurde Mutter der neuen deutschen Volkshochschulen“⁶.

Rainer Marwedel schreibt über Lessings VHS-Arbeit: „Diese Lehrtätigkeit ist für Lessing die praktische Folgerung aus einer ‚Philosophie der Not‘, dem drängenden Sinnbedürfnis will er mit Zukunftsperspektiven auf ein republikanisches und demokratisches Deutschland entgegenkommen. Die Volkshochschulen waren ein geeigneter Ort dafür. An eignung von beruflichem Fachwissen und lebensorientierende Weltdeutung waren die beiden Hauptaufgaben der Volksbildungsstätten“⁷. Wesentlich für diese VHS-Idee ist auch die Kritik an einer verkürzten Aufklärung, an der Verabsolutierung des kausalanalytisch-naturwissenschaftlichen, des profitorientierten prometheischen Denkens der industriellen Moderne. So klingt es sehr modern, wenn Lessing, der Husserl-Schüler, kritisiert: „Seit je gab es Kasten, Gruppen, Klüngel, die das Wissen brauchten als Waffe ihrer Zwecke. Bewußt oder unbewußt. Priester schufen aus der Religion die Kirche. Bonzen machten aus dem Leben des Geistes Disziplinen und Fakultäten ... So hat der Mensch zwar gelernt, durch Wissen die Natur zu besiegen; aber er hat auch begonnen, durch Wissen andere Menschen, andere Seelen zu unterjochen. Die Vorkämpfer der Wissenschaft haben in ungeheurem Hochmut alle unwissenden Geschöpfe ausgerottet: Pflanzen, Tiere, Naturvölker, Mythen und Mären. Milliarden lebendiger Gestalten, ganze Tierarten, Urwälder, Urvölker sind hingemordet durch die sogenannte Kultur.“ Lessing – Jude, Zionist, Sozialist, Philosoph der Aufklärung –

kritisiert den Fortschrittswahn der „bürgerlichen Gesellschaft“: „Mittels Kultur unterjochte sie die Massen. Ihr Machtmittel heißen: Schule und Universität, Kirche, Kunst, Philosophie, Kultur. Und nachdem Weltwissen und Weltwirtschaft die Natur zerstört hatten, begannen sie auch das Volk zu zerstören und die Seele der Volkheit“⁸.

Theodor Lessing wurde seit 1925 von der Presse diffamiert, von rechtsradikalen Studenten angegriffen, von ängstlichen Hochschulkollegen im Stich gelassen, schließlich am 30.8.1933 von Handlangern der Nazis in Marienbad ermordet, nachdem vorher in der Zeitung behauptet worden war, daß seine Ermordung mit 80.000 Kronen belohnt würde. Die Mörder wurden nie verurteilt. Die tägliche VHS-Arbeit wurde von seiner Frau geleistet, er selber war der „spiritus rector“ der VHS. Lessing war Philosoph, Journalist und Dozent, aber nicht unbedingt Pädagoge. Er besuchte nicht die Tagungen des Hohenrodter Bundes, die Diskussion um die „alte“ und „neue Richtung“ der Volksbildung scheint er allenfalls am Rande zur Kenntnis genommen zu haben. Ein romantisierendes Volksgemeinschaftsdenken lag ihm fern. Er ist eher der sozialdemokratischen Tradition der Aufklärung zuzuordnen. Seine bevorzugte Lehrmethode scheint der Vortrag gewesen zu sein. Er war nicht unbedingt ein Reformpädagoge, sondern ein politisch engagierter, philosophisch gebildeter „Bildungspraktiker“ und Hochschullehrer. Zu Recht wurde der Platz vor der VHS Hannover 1983, am 50. Todestag Lessings, in „Theodor-Lessing-Platz“ umbenannt⁹.

Die VHS Hannover der 20er Jahre ist nicht unbedingt ein Beispiel für die Hohenrodter „neue Richtung“ der Weimarer Volksbildung. Sie scheint eher dem Konzept der sozialistischen Leipziger VHS nahezustehen. Nicht die soziale Integration durch die *Arbeitsgemeinschaft* als Keimzelle der Volksgemeinschaft steht im Vordergrund, sondern die Bildungsarbeit für benachteiligte Gruppen. Ein Merkmal der VHS Hannover ist deshalb ihre Zielgruppenarbeit: Schon Anfang der 20er Jahre wurden spezielle Gewerkschaftskurse, Frauenarbeitsgemeinschaften und Erwerbslosenkurse angeboten. 1932 wurden auch Tageskurse für Arbeitslose durchgeführt. Schon 1922 wurde die „Abendschule für Maschinenbau und Elektrotechnik“ in die VHS eingegliedert. Ferner fanden Kurse für den Bibliotheksdienst sowie Beamtenlehrgänge für den mittleren Postdienst und eine gesonderte Betriebsräteschule statt. In dem Bericht von Ada Lessing zum 10jährigen Bestehen der VHS ist u.a. zu lesen: „1922: Verhandlungen mit dem Magistrat über Bereit-

stellung eines Gebäudes für die VHS. Infolge der beginnenden Inflation ist die Bewilligung von Mitteln unmöglich. 1922/23 Inflation. Das Hörgeld wird in wöchentlichen, später sogar drei- und viertägigen Raten, ja sogar täglich gezahlt und richtet sich nach den Löhnen. Für 5 Stunden Unterricht wird von den Hörern 1 Stundenlohn des gelernten Metallarbeiters erhoben. 1923: Der 8. Lehrplan wird herausgegeben. Der unerschwinglichen und nicht festbleibenden Druckkosten wegen stellen wir ihn in Maschinenschrift her und lassen ihn im Stein-druckverfahren abziehen¹⁰.

Ada Lessing kandidierte als Mitglied der SPD für den Reichstag und war politisch auch nach 1933 engagiert und aktiv. Am 27.4.1933 schrieb sie ihrem Mann: „Beide waren wir unserer Vaterstadt treuer als irgendeiner derjenigen, die nach Konjunktur den Wohnsitz wechseln ... 14 Jahre Volkshochschularbeit, 25 Jahre Wirken von Dir, das lasse ich nicht aus der Geschichte Hannovers löschen“ (Zitat aus der Einladung zu einer Ausstellung von J. Wollenberg). Nach ihrer Entlassung im Mai 1933 aus der VHS folgte sie ihrem Mann nach Marienbad und erlebte unmittelbar dessen Ermordung mit. Sie blieb bis 1938 in Prag und emigrierte nach dem Einmarsch der Wehrmacht über Polen und Dänemark nach England. Nach Kriegsende wurde sie von Freunden zur Rückkehr nach Hannover ermuntert. Eine solche Rückkehr mußte von den Militärbehörden offiziell genehmigt und von Bekannten in Deutschland unterstützt werden.

Über die weitere Entwicklung der VHS ist wenig bekannt. Die VHS wird in eine „Volksbildungsstätte“ umgewandelt, über die es im Februar 1935 heißt: „Die Volksbildungsstätte darf über alle einzelnen Arbeitsleistungen nie das große Fernziel vergessen, von der Arbeitsgemeinschaft zur Volks- und Schicksalsgemeinschaft hinzuführen.“ Dem Verwaltungsausschuß dieser Volksbildungsstätte gehören vor allem Vertreter der Arbeitsfront, der SA, der SS, der Hitlerjugend und des NS-Lehrerbundes an. Der Arbeitsplan enthält neue Fachbereiche, z.B. Rassenkunde und Erblehre. Die Einrichtung wird 1935 in die Deutsche Arbeitsfront und die Freizeitorganisation „Kraft durch Freude“ eingegliedert und später dem Gauschulungsamt der NSDAP unterstellt. Leiter der Volksbildungsstätte wird der stellvertretende Gauschulungsleiter.

2. Adolf Grimme und Heiner Lotze: Die Volkshochschule als Zentrum einer geistigen Erneuerung

1945 war das Jahr der Befreiung von der Nazi Herrschaft, das Ende der Bombenangriffe, aber keineswegs das Ende der Not und des Überlebenskampfes. Die Mehrzahl der Wohnungen war zerstört, viele Menschen hausten in Trümmern, Kellern, Baracken. Viele Kinder – insbesondere Flüchtlingskinder – hatten kein eigenes Bett und keine eigenen Schuhe. 12 Millionen Deutsche waren auf der Flucht, viele starben. Die Lebensmittel waren rationiert, auf dem Schwarzmarkt wurden die letzten Habseligkeiten eingetauscht. Der strenge Winter 1946/47 forderte weitere Todesopfer durch Unterernährung und Unterkühlung.

Vielorts bestand eine Ausgangssperre. Die amerikanische Militäradministration verbot „Ansammlungen von mehr als 5 Personen in Privatwohnungen zu Diskussionszwecken“. Dennoch unterstützte vor allem die britische Militärverwaltung per Erlaß die Wiedereröffnung der VHS zum Zwecke der demokratischen Umerziehung. Am 24.10.1945 lud der spätere niedersächsische Kultusminister Adolf Grimme 30 Personen zur Gründung eines „Bundes für Erwachsenenbildung Hannover“ ein. Grimme, der bereits in den 20er Jahren gemeinsam mit Lessing einen VHS-Kurs zur „Einführung in das logische Denken“ geleitet hatte, war an einem Verbund der erwachsenenpädagogischen Kräfte interessiert und wollte gemeinsam mit Heiner Lotze, dem späteren Referenten für Erwachsenenbildung im Ministerium, eine Zersplitterung und Konkurrenzsituation verhindern¹¹. Der Hannoversche „Bund“, der nicht mit dem späteren „Niedersächsischen Bund für freie Erwachsenenbildung“ identisch war, vereinigte bis 1955 die VHS und die Leibniz-Akademie, eine berufsqualifizierende Einrichtung. Die VHS wurde als e.V. eingerichtet. Erster Leiter wurde Heiner Lotze, der an der „klassischen“ Heimvolkshochschule Dreißigacker (Thüringen) unter Leitung von Eduard Weitsch tätig war, 1929 die VHS Jena leitete, Geschäftsführer des VHS-Verbandes in Thüringen war und zu den führenden Köpfen der „neuen Richtung“ der Weimarer Volksbildung gehörte. Gemeinsam mit Weitsch gab er von 1947 bis 1949 erneut die traditionsreichen Zeitschriften „Freie Volksbildung“ und „Denkendes Volk“ heraus und war in Personalunion Referent für Erwachsenenbildung am Kultusministerium, Leiter der VHS Hannover und „Gründungsdirektor“ der Heimvolkshochschulen

Göhre und Hustedt. Außerdem förderte er die Gründung von „Arbeit und Leben“, einer Arbeitsgemeinschaft von VHS und Gewerkschaftsbund, und der Arbeitsgemeinschaft für ländliche Erwachsenenbildung, die ursprünglich analog zu „Arbeit und Leben“ an die VHS angegliedert werden sollte. Ferner initiierte er einen VHS-Landesverband in Niedersachsen, dessen Gründungsversammlung am 21.9.1947 in Celle stattfand.

Doch zurück zur VHS Hannover. Am 26.1.1946 wurde die Wiedereröffnung gefeiert, Adolf Grimme hielt die Ansprache mit dem programmatischen Titel „Die Volkshochschule als Stätte der Besinnung“. Wie Weitsch, Flitner, Erdberg und andere „Hohenrodter“ in der Weimarer Zeit plädierte Grimme für eine geistige Erneuerung des deutschen Volkes angesichts materieller Not und politischer Desorientierung. „Gerade aber weil heute alles um uns herum, einschließlich der materiellen Werte, so völlig ungesichert ist, ist um so nötiger, zu sehen, daß das Heil der Menschheit trotzdem nur vom Geist, von einer Umstellung des Geistes, von einer neuen geistigen Haltung, von einer Umbe-sinnung her zu uns kommen kann. Unsere Zeit, die anscheinend alle Kräfte des Menschen in den Dienst des Kampfes um seine nackte Existenz zwingt und für seine geistige Entfaltung so wenig Raum zu lassen scheint, diese Zeit muß eine Zeit des Dennoch sein“¹². Er prophezeit: „Entweder Ende oder Rückbesinnung auf sein (Deutschlands, H.S.) tiefstes Wesen.“ „An unserem Geist muß unser Volk genesen.“ Dieser Geist soll das deutsche Volk „zu den Quellen“, „zu den Müttern“, „zu den Ideen“, „ins Reich der wahren Werte“ zurückführen. Die VHS soll kein „Lexikonersatz“, keine „Beibringeanstalt von Kenntnissen“, keine „Berufsschule“ sein, sie darf nicht „in den Dienst des Aufstiegswillens gestellt“ werden. Die berufliche Bildung soll nicht ausgeklammert werden, aber – und hier knüpft Grimme fast wörtlich an Wilhelm von Humboldt an – es kommt darauf an, daß der Mensch „diesen Beruf mit seinem Menschsein durchdringt“. Das „Berechtigungs-idol“ nennt er „den Krebschaden bisheriger deutscher Kultur“. Den Slogan „Wissen ist Macht“, den Lessing 1929 zwar relativiert, aber doch zustimmend zitiert hatte, nennt Grimme „verheerend fassadenhaft“, „Erbstück einer aufklärerischen Wissenschaftsgläubigkeit“. Ihm geht es mehr um Gesinnungsbildung als um Aufklärung oder gar Qualifizierung. Auf den Nationalsozialismus geht er nur indirekt ein. So spricht er von dem „Engpaß, in den uns das Schicksal in der Gestalt eines unheilvollen Regimes hineingezwängt hat“. Theodor Lessing

wird nicht erwähnt, weder seine Leistung für die VHS noch seine Verfolgung und Ermordung.

Heiner Lotze knüpft in seinem programmatischen Aufsatz „Geist und Gestalt der VHS“ nahtlos an Adolf Grimme an. Auch er geht auf den Nationalsozialismus nur in einer mißverständlichen Zwischenbemerkung ein: „Viele von uns liegen – insbesondere nach der geistigen Katastrophe, die das verlogene Zwischenspiel der letzten 12 Jahre beendete – am Wege, ohne Glauben, zutiefst in ihrem Vertrauen enttäuscht, ohne Hoffnung und Willen“. Auch Lotze appelliert an das „Trotzdem“ und „Dennoch“, an die „neue, tatsächliche wie geistige Heimat“. Romantische Töne sind unüberhörbar: Rationales soll mit Irrationalem verbunden werden. „Heimat“ ist ein Schlüsselbegriff, „diese Heimat lebt weiter in Sage, Märchen und Mythos“. „Unser Schicksal ist die Wanderung, ist das Unterwegssein! Wir müssen es auf uns nehmen und ‚ja‘ dazu sagen“¹³.

Diese Sprache klingt uns heute fremd. Doch Lotzes Passagen über die Didaktik und Methodik der VHS-Arbeit enthalten viel Bedenkenswertes. Er warnt vor einem rein instrumentellen Lernen ohne reflexive Elemente, einer pragmatischen Qualifizierung ohne Selbstbesinnung, einer Anpassung an das Modische. Er bemüht sich um eine Profilierung der VHS, um eine Professionalität und berufliche Identität des pädagogischen Personals. Bevorzugte Veranstaltungsform ist die *Arbeitsgemeinschaft*. Sie soll „außer zum Nach-Denken zum Selbstdenken, zu geistiger Selbständigkeit und zur Selbst-Tätigkeit“ befähigen, in ihr gilt „die Achtung vor der begründeten Meinung Andersdenkender“. Als Bildungspolitiker verpflichtet Lotze die Kommunen zur finanziellen Förderung der VHS als öffentlicher Einrichtung. Zwar wehrt er sich gegen Verschulungstendenzen und eine „behördliche Bevormundung“, aber „Fernziel“ ist die „Eingliederung der VHS in unser öffentliches Bildungswesen!“

Heiner Lotze war nicht nur Bildungspolitiker, Ministerialbürokrat und Volksbildungstheoretiker, sondern auch VHS-Praktiker. Die Programme der VHS Hannover in den 40er Jahren lassen eindeutig seine Handschrift erkennen. In den ersten Arbeitsplänen dominierten philosophisch-kulturelle Themen (wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die Leibniz-Akademie berufsbildende Kurse anbot). Der „Lehrplan“ für den Herbst 1946 ist wie folgt gegliedert:

- Mensch und Welt im Lichte der Philosophie
- Glaube und Lebensdeutung

- Lebenskunde und Volksgesundheit (darunter auch „Frauenthemen“)
- Erbe und Lehre der Geschichte, Staat, Gesellschaft, Wirtschaft (u.a. 2 Veranstaltungen über Sozialismus, aber keine über die NS-Zeit)
- Dichtung und Sprache (darunter 4 Kurse über Goethe!)
- Theater, Film, Rundfunk, Presse (u.a. schon eine Laienspielschar der VHS)
- Kunstbetrachtung, Kunsterziehung, Kunstwissenschaft
- Erlebnis Musik
- Mathematik, Naturwissenschaften (z.B. Elektrizität und Magnetismus)
- Heimatkunde (nur 1 Kurs)
- Praktische Kurse (Photographie, Sprechtechnik, Gartenbau ...) Ein Sonderprogramm am Sonntagvormittag: „Besinnliche Stunden für junge Menschen“.

Im Arbeitsplan Frühjahr 1947 wird zwischen einer *Abendschule* (mit Elementar- und Sprachkursen) und der *Volkshochschule* unterschieden. „Die Abendschule wendet sich in erster Linie an diejenigen, die infolge ihrer beruflichen Tätigkeit keine andere Möglichkeit besitzen, ihre Schulkenntnisse auffrischen oder erweitern zu können, aber aus eigenem Streben oder im Hinblick auf ihren Beruf dazu den Wunsch haben. Ihre Kurse sind also nicht als Wiederholungs- und Übungsmöglichkeiten für Schüler der höheren und Mittelschulen gedacht“. Offenbar handelt es sich hier um eine Vorstufe des Zweiten Bildungsweges, auch wenn nur Teilnahmebescheinigungen und noch keine Zeugnisse erworben werden können.

Der „Bund für Erwachsenenbildung“ ist 1947 Träger von drei „Schulen“, nämlich a) Abendschule, b) Volkshochschule und c) Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie. Diese Akademie wird 1955 wieder selbständig. Die Abendschule bietet bereits 1947 ein umfangreiches Fremdsprachenprogramm an, z.B. 15 Englischkurse und 4 Russischkurse. Eine neue Veranstaltungsform der VHS ist die „Kleine Arbeitsgemeinschaft“, die nur zwei Abende dauert. Behandelt werden u.a. Fragen der kommunalen Selbstverwaltung, aber auch: „Warum sind wir im Ausland unbeliebt?“ und „Kommt ein dritter Weltkrieg?“. Lotze selber bietet u.a. an: „Sollen wir Groschen hamstern?“ und „Wie kommen wir wirtschaftlich auf die Beine?“

Die „Hörerzahlen“ stiegen in den drei Lehrabschnitten des Jahres 1946 von 2.200 auf 4.800. Im Herbst 1947 wurden in 144 Kursen (Abend-

schule und VHS) 5.085 „Hörer“ registriert. Auffällig ist auch der hohe Anteil (59%) von TeilnehmerInnen unter 25 Jahren. Da der Anteil der Männer bei 57,8% liegt, wird ein „Ausbau von Kursen, die vorwiegend Frauen interessieren“, angekündigt. Unter den Lehrenden sind Frauen noch stärker unterrepräsentiert als in der Teilnehmerschaft. Charlotte Ziegler, die von 1952 bis 1976 als pädagogische Mitarbeiterin tätig war (und die Weihnachten 1993 im Alter von 77 Jahren verstorben ist) schrieb 1960, daß der Anteil der Teilnehmerinnen zwar 1960 auf 53% gestiegen ist, daß aber nur wenige Volkshochschulen von Frauen geleitet werden und daß die meisten Vorstände mit Männern besetzt sind. „Der Anteil der Frauen an der Dozentenschaft beträgt etwa 20% im Bundesgebiet“¹⁴.

Zu den prominenten Dozenten dieser Zeit gehörte Fritz Borinski, der vor 1933 an der VHS Leipzig tätig war, dann nach Großbritannien emigrierte und jetzt den Wiederaufbau der Erwachsenenbildung in Niedersachsen maßgeblich beeinflusste, wobei er sich vor allem für eine politisch-demokratische, „mitbürgerliche“ Bildung engagierte¹⁵.

In den Jahren 1947/48 regte sich auch in Hannover gewerkschaftlicher Widerstand gegen die katastrophale Lebensmittelversorgung, gegen den weiteren Abbau von Arbeitsplätzen und gegen die Demontagepolitik der Alliierten. Jörg Wollenberg berichtet über zahlreiche Hunger- und Demontagestreiks, insbesondere bei Hanomag, über Urabstimmungen in zahlreichen Betrieben und über Kontroversen zwischen Mitgliedern der KPD und den örtlichen Gewerkschaftsvorständen, die im Mai 1948 die Streiks abbrachen. „Zu weiteren Arbeitsniederlegungen mit eindeutig politischem Charakter zählten die Streiks mit antifaschistischer Stoßrichtung gegen die zu milden Entnazifizierungsverfahren der ehemaligen Wehrwirtschaftsführer und die Streiks zur Durchsetzung von Betriebsvereinbarungen und Mitbestimmungsrechten der Betriebsräte“¹⁶.

Seit 1948 wurde an der VHS Hannover die *Zielgruppenarbeit* verstärkt. So wurden Kurse in Flüchtlingslagern und für Betriebe angeboten (z.B. bei Hanomag, Frauenarbeitskreis in der Wollkämmerei Döhren, Veranstaltungen zur Flüchtlings- und Heimkehrerbetreuung). Auch die Turbulenzen der Währungsreform machen sich im Angebot bemerkbar. H. Lotze schreibt dazu im Arbeitsplan Herbst 1948: „Nachdem so manche Illusionen der ersten Nachkriegsjahre mit der Währungsreform verflogen sind, wird der Wert der Volkshochschule noch deutlicher ins Bewußtsein treten. Was sie vermittelt, macht uns stark in un-

serem Schutzlossein, gibt uns Kraft inmitten der Vergänglichkeiten und Nichtigkeiten unseres Alltags.“

Themen mit einer offensichtlichen Reeducation-Intention sind in diesen Arbeitsplänen selten und hätten vermutlich auch dem Konzept Lotzes und Grimmes widersprochen. Christine Karl-Romain, seit 1984 Leiterin der Abteilung Zweiter Bildungsweg, stellt fest, daß die britische Militärregierung versuchte, „demokratische Initiativen der Deutschen selbst zu unterstützen. Gemäß dem eigenen Verständnis von Demokratie konnte diese nur verwirklicht werden, wenn sie nicht dekretiert, sondern von den Betroffenen selbst von unten aufgebaut wurde ... Die starke Gewichtung deutscher Initiativen hatte zur Folge, daß die Briten zwar formal regelnd in die Erwachsenenbildung eingriffen, die inhaltliche Ausgestaltung aber den Deutschen überließen“¹⁷.

Im Winterarbeitsplan 1948 formuliert Lotze „Winke für Volkshochschulhörer“:

- 1 „Willst Du Hörer der VHS werden, so nimm Dir vor, das, was Du beginnst, auch zu Ende zu führen ...
- 2 Glaube nicht, Du müßtest nun jeden Abend eine andere Arbeitsgemeinschaft belegen oder gleich zwei ...
- 3 ... Schnelles Wechseln hat eine ähnliche Wirkung wie vieles Nebeneinander
- 4 Trittst Du einer Arbeitsgemeinschaft bei, so denke daran, daß Du nicht nur zuhören, sondern mitarbeiten willst ...
- 5 Glaube jedoch nicht, daß Du immer und unter allen Umständen etwas sagen mußt ...
- 9 Nimm nicht ohne weiteres als richtig an, was Dir geboten wird, sondern suche alles innerlich zu verarbeiten ...“

Im Herbst 1949 wird eine spezielle Bildungsberatung angeboten. Außerdem teilt Lotze mit, daß die VHS nun eigene Räume und einen Saal für gesellige Veranstaltungen mieten konnte. „Dort soll eine ‚neue Art zu leben‘ – in der Gemeinschaft mit Gleichstrebenden ernst und heiter, lernend und gesellig, um Welterkenntnis und Weltgestaltung bemüht vereint zu sein – zur schönsten Entfaltung kommen.“ Ein eigenes VHS-Haus konnte jedoch erst 1965 eingeweiht werden.

„Eine neue Art zu leben“ lautete auch eine Rubrik im VHS-Programm im Herbst 1949. Der Gedanke der Lebensreform, der praktischen Lebenshilfe, der „sozialen Bewegung“ scheint sich gegenüber dem „Kulturprogramm“ durchzusetzen. Zu den „geselligen Veranstaltungen“ gehören Hausfrauennachmittage, „offenes Singen“, Instrumentalkrei-

se, Laienspielgruppe u.ä. Doch auch die moderne Technik sickert in das Programm ein, z.B. „Kraftfahrzeug- und Motorenkunde“ und „Rundfunkempfänger“. Außerdem bietet „Arbeit und Leben“ in der VHS Hannover im Herbst 1949 erstmals ein gesondertes Programm an, das gegliedert ist in a) Grundkurse (z.B. Technik der geistigen Arbeit), b) Fachkurse (z.B. Buchführung), c) Aufbaukurse (z.B. Arbeitspsychologie). Ziel dieses Programms ist nicht nur die berufliche Qualifizierung, sondern auch die ökonomische und politische Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen.

3. Die pragmatische Wende in den 50er und 60er Jahren

Im Arbeitsplan 1950 tauchte eine neue Rubrik auf, nämlich „Aus der Welt der Frau“. Im Oktober 1950 wurde unter Leitung von Charlotte Ziegler ein „Frauenreferat“ eingerichtet. Angeboten wurden Erziehungs- und Schulprobleme, aber auch rechtliche, berufsorientierende und politische Themen, z.B. „Was erwartet die Frau von Bonn?“ „Die ehrenamtliche Mitarbeit der Frau im öffentlichen Leben“. Umfangreich ist das Themenangebot zu Gesundheit, Ernährung und Mode („Die gut angezogene Frau“, „Die persönliche Note in der Kleidung“). 1953 begann Klara Meyer mit Sekretärinnenkursen, die bis in die 70er Jahre als Modellversuch ein Schwerpunkt der VHS Hannover blieben. Rückläufig ist das philosophisch-literarisch-politische Themenangebot, so daß allmählich von einer pragmatischen Wende gesprochen werden kann.

1952 trat Heiner Lotze wegen seiner Überbelastung als VHS-Direktor zurück, zu seinem Nachfolger wurde Günther Thiede gewählt. Er leitete die VHS Hannover bis 1967, wobei er vor allem die kaufmännisch-berufliche Bildung aufwertete und den sozialpolitischen Auftrag der VHS betonte.

Zu den Neuerungen, die Thiede einführte, gehörten u.a. die Hochschulwochen. Der erste Versuch verlief überaus erfolgreich. An 22 Vorträgen der Technischen Hochschule im Januar 1954 nahmen 5.000 Personen teil. Die zweite Hochschulwoche wurde gemeinsam mit der Pädagogischen Hochschule gestaltet, die dritte mit der Tierärztlichen Hochschule.

Für die Mehrheit der Bevölkerung gehen die „Jahre der Not“ zu Ende, aber auch die Jahre der philosophischen und politischen Sinnsuche.

Erste Anzeichen einer Freizeitgesellschaft zeichnen sich ab. Nicht mehr der Volkstanz, sondern Arbeitskreise zum Gesellschaftstanz – Samba, Boogie, Blues – finden jetzt großes Interesse. Es wuchs der Wunsch, die früher angeblich so feindliche weite Welt kennenzulernen. 1953 wurde die erste Studienreise nach Paris angeboten, die wegen der großen Nachfrage 1954 wiederholt wurde. „Arbeit und Leben“ veranstaltete Reisen nach England und Schweden, außerdem „Esperanto – zur praktischen Völkerverständigung“. Doch weiterhin wurden zahlreiche berufsbezogene Tageskurse für Erwerbslose – in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt – durchgeführt. Darunter sind auch Themen wie „Mehr Erfolg durch gute Umgangsformen“. Die Konsumgesellschaft wirft ihre Schatten voraus. Das „Frauenreferat“ bot ein Seminar an: „Bevor wir einkaufen – Spaziergänge durch hannoversche Geschäfte“, und immer noch wurde Kurs zum „Selbstschneidern“. In der politischen Bildung wurde allmählich das Thema Europa zur Sprache gebracht. Das Interesse an der jüngsten deutschen Geschichte war weiterhin gering. Doch auch die deutsche Teilung scheint kein Thema zu sein, wohl aber: „Schönes Europa zwischen Großglockner, Island und Karpathorußland“. Das Fremdsprachenangebot expandierte, wobei Mitte der 50er Jahre Russisch allmählich aus dem Programm verschwand. Auffällig ist, daß „Arbeit und Leben“ allein im Frühjahr 1955 neun Buchstudienkreise durchführte. Dem geringen Interesse an politischer Bildung versuchte Charlotte Ziegler durch ein systematisches, längerfristiges „Seminar für politische Bildung“ mit einem verbindlichen „Vorkurs“ gegenzusteuern. Doch weiterhin wurden nützliche Themen wie „Wir wollen bauen – Was muß der Baulustige (!) vom Baugrund wissen? Welche Baustoffe verwendet man? ...“ stärker nachgefragt. In den 50er Jahren hat sich die Programmstruktur stabilisiert. Die Zeit des didaktisch-methodischen Experimentierens schien vorbei zu sein. Die VHS hatte sich konsolidiert und war auf dem Weg der Institutionalisierung.

Bemerkenswert für die 60er Jahre ist vor allem der Ausbau des Zweiten Bildungsweges, und zwar der Volks- bzw. Hauptschul- und Realschulabschlußkurse, der Abiturlehrgänge (zusammen mit der Akademikergesellschaft, so daß erstmals in Deutschland ein dauerhafter Verbund von Fernstudium und Präsenzunterricht zustande kam) und der „Immaturenkurse“ zur Vorbereitung auf die Hochschulzulassungsprüfung. Nicht nur der Umfang, sondern auch die zielgruppenspezifische Differenzierung trugen dazu bei, daß dieser Bereich unter der Leitung

von Charlotte Ziegler, Dietrich Heimann und Christine Karl-Romain zu einem Markenzeichen der VHS Hannover wurde.

Am 1.10.1968 übernahm der Diplom-Volkswirt Helmut Breuer die VHS-Leitung. Breuer fühlte sich der Arbeiterbewegung und der Arbeitnehmerbildung verpflichtet. In seiner Antrittsrede plädierte er dafür, den Gegensatz von Berufs- und Allgemeinbildung zu überwinden und an der Breite des Themenspektrums festzuhalten. So förderte er auch einen Modellversuch für Sekretärinnen, in dem politische und berufliche Lerninhalte integriert wurden.

Die Teilnahmestatistiken aus dem Jahr 1968 lassen erkennen:

- Der Anteil der Arbeiter/innen ist mit 21% relativ hoch, desgleichen der Anteil der TeilnehmerInnen mit Volksschulbildung (45%).
- Die unter 25jährigen sind mit 39% immer noch überrepräsentiert, aber weniger als in den 40er Jahren.
- Der Anteil der über 50jährigen ist von 5,4% (1962) auf 12% (1968) gewachsen.
- Der Anteil der Frauen hat sich mit 51,5% „normalisiert“.
- In der Dozentenschaft überwiegen weiterhin die 301 Männer gegenüber 8 Frauen.

Im Jubiläumsjahr 1969 wurden die Lehrenden nach den Motiven ihrer Tätigkeit in der VHS befragt. Charlotte Ziegler resümiert den Trend wie folgt: „Immer stärker tritt die Bindung an das Fach hervor, immer weniger das Bestreben, neben den Kenntnissen und Fähigkeiten auch Hilfen menschlicher Art geben zu können. Längst sind die Zeiten vorbei, in denen von einer VHS-Gemeinde die Rede war ...“¹⁸. Ansonsten wurden die 60er Jahre geprägt von der 1961 berufenen „Niedersächsischen Studienkommission für Fragen der Erwachsenenbildung“, dem 1965 vorgelegten Gutachten dieser Kommission und der Diskussion eines Erwachsenenbildungsgesetzes, das dann am 13.1.1970 in Kraft trat und die weitere Entwicklung der öffentlichen Erwachsenenbildung maßgeblich beeinflusste¹⁹. Bemerkenswert für die 70er Jahre sind u.a. der Ausbau des Zweiten Bildungsweges, der inzwischen auf ein Drittel aller Unterrichtsstunden angewachsen ist, eine verstärkte Zielgruppenorientierung – z.B. Hauptschulabschlußkurse im Strafvollzug und für Drogenabhängige, die Einrichtung von Außenstellen in Stadtteilen, vor allem in „sozial schwachen“ Regionen. Außerdem hat Hannover eine Schrittmacherrolle in der integrativen Bildungsarbeit für Behinderte und Nicht-Behinderte und durch Initiativen zur „Bürgerplanung“ in mehreren Stadtteilen übernommen. Eine Pionierleistung war auch der

regionale Verband mehrerer VHS zur Entwicklung der EDV-Anwenderpässe. Eine Kooperation vor allem mit den übrigen Volkshochschulen des Großraums Hannover, aber auch darüber hinaus und mit „Arbeit und Leben“ und dem Bildungswerk der DAG ist inzwischen im Zweiten Bildungsweg realisiert worden.

In den letzten Jahren hat die VHS ihr Angebot zu internationalen, interkulturellen und interreligiösen „Begegnungen“ ausgebaut und wirkt neben der jüdischen Gemeinde und der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in einer „Arbeitsgemeinschaft 9. November“ mit.

Helmut Breuer starb während der Weihnachtsfeier in seiner VHS 1983 in seinem letzten Dienstjahr. Sein Nachfolger wurde Dietrich Heilmann, der von 1970 bis 1976 an dem (damals ersten deutschen) Lehrstuhl für Erwachsenenbildung tätig war und von 1976 bis 1984 die Abteilung Zweiter Bildungsweg an der VHS Hannover leitete.

Viele prominente Persönlichkeiten der deutschen Erwachsenenbildung waren der VHS Hannover verbunden oder in ihr tätig. Auf einen „Nestor“ der Erwachsenenbildung sei noch hingewiesen, auf Willy Strzelewicz. Er war Leiter der Zentralstelle für Seminarkurse der Universität Göttingen, Leiter der Pädagogischen Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes und Professor für Soziologie an der Pädagogischen Hochschule und der Universität Hannover. Sein Lebenswerk war der „Kampf um die Menschenrechte“, und er erlag während einer Podiumsdiskussion der VHS über die Menschenrechte 1987 einem Herzschlag.

Strzelewicz' Bildungskonzeption deckt sich weitgehend mit dem Selbstverständnis der VHS Hannover vor 1933 und ab 1952. In dem vom DVV herausgegebenen Handbuch „Volkshochschule“ schreibt er 1961: „Ursprung und Wandel der Erwachsenenbildung sind so eng mit dem Schicksal der Demokratisierung in der industriellen Gesellschaft verknüpft, daß die Frage nach ihrer Zukunft nicht von der nach der Zukunft der Demokratie gelöst werden kann“²⁰. Der Zusammenhang von Industrialisierung, sozialer Gerechtigkeit und Demokratisierung kennzeichnet den öffentlichen Auftrag und die sozialpolitische Aufgabe einer kommunalen VHS. Alle sozialromantischen Gemeinschafts- und Harmonievorstellungen, wie sie in der Weimarer Volksbildung weit verbreitet waren, waren Willy Strzelewicz wie auch Theodor Lessing suspekt.

Demokratisierung der Industriegesellschaft in der Tradition der Aufklärung erfordert u.a. die Verringerung regionaler, sozialer und curricula-

rer Defizite und Ungleichheiten. Diesen drei Maximen öffentlich geförderter Erwachsenenbildung hat sich die VHS Hannover seit ihrer Gründung verpflichtet gefühlt – nicht zufällig hat der derzeitige VHS-Leiter die „Freiherr von Knigge-Gesellschaft“ in Hannover initiiert. Regionale Benachteiligungen hat die VHS vor allem durch die Stadtteilarbeit zu reduzieren versucht, die allerdings durch die finanziellen Restriktionen jetzt gefährdet ist. Auf das Bemühen um soziale Chancengleichheit verweist die lange Tradition der Zielgruppenarbeit, so z.B. das umfangreiche Angebot für Arbeitslose seit 1920 oder auch die intensive Frauenbildungsarbeit seit 1950. Nicht zuletzt durch den ausgebauten Zweiten Bildungsweg entspricht die Sozialstruktur der VHS-Teilnehmerschaft weitgehend der der Bevölkerungsstruktur Hannovers, so daß von einer „Mittelschichtorientierung“ nicht mehr die Rede sein kann. Curriculare „Ausgewogenheit“ heißt, gerade in gesellschaftlichen Krisenzeiten und Umbruchsituationen politische und kulturelle Themen nicht zu vernachlässigen. Daher ist der quantitative Anteil der politischen Bildung weniger relevant als die Verbindung von Thematik und Zielgruppe, d.h. politische Themen auch für die Arbeiterschaft. Nicht zufällig hat der Sozialdemokrat Breuer als VHS-Leiter selber die Abteilung Politische Bildung geleitet. Allerdings ist das Interesse an Themen, die weder Spaß machen noch einen beruflichen Nutzen oder eine psychohygienische Stabilisierung versprechen, auch in Hannover rückläufig.

Anmerkungen

- ¹ R. Marwedel: Theodor Lessing 1872–1933. Darmstadt 1987, S. 209 ff.
- ² Ch. Ziegler: 1919–1969 Volkshochschule Hannover. Hannover 1970, S. 25
- ³ Zit. nach Ziegler a.a.O. S. 27
- ⁴ Zit. nach Ziegler a.a.O. S. 134 f.
- ⁵ E. Spranger: Grundlegende Bildung, Berufsbildung, Allgemeinbildung. In: Kultur und Erziehung. Leipzig 1923, S. 159 ff.
- ⁶ Zit. nach Ziegler a.a.O. S. 133
- ⁷ Marwedel a.a.O. S. 247
- ⁸ Zit. nach Ziegler a.a.O. S. 135
- ⁹ Eine ausführliche Würdigung des Werks von Theodor Lessing wird in Kürze von Jörg Wollenberg veröffentlicht. Der erste von fünf Bänden mit Schriften von Lessing, die Wollenberg im Donat-Verlag herausgibt, soll im Januar 1995 zum Jubiläum der VHS Hannover erscheinen.

- ¹⁰ Zit. nach Ziegler a.a.O. S. 129
- ¹¹ Zu A. Grimme und H. Lotze vgl.: G. Wolgast/J. H. Knoll (Hrsg.): Biographisches Handwörterbuch der Erwachsenenbildung. Stuttgart 1986, S. 125 und S. 245, auch K. Meissner: Zwischen Politik und Religion – Adolf Grimme. Berlin 1993
- ¹² A. Grimme: Die Volkshochschule als Stätte der Besinnung. In: Bausteine der Volkshochschule 1948, Heft 1, S. 7 ff. Wiederabgedruckt in H. Tietgens (Hrsg.): Bilanz und Perspektive. Braunschweig 1968
- ¹³ H. Lotze: Geist und Gestalt der Volkshochschule. In: Bausteine der Volkshochschule, Braunschweig 1948, S. 66 ff.
- ¹⁴ Ch. Ziegler: Die Frau in der Volkshochschule. In: Deutscher Volkshochschul-Verband (Hrsg.): Volkshochschule. Stuttgart 1961, S. 207
- ¹⁵ F. Borinski: Der Weg zum Mitbürger. Düsseldorf 1954. Borinskis Themen an der VHS Hannover waren u.a.: „Deutschland zwischen Ost und West“, „Die Demokratie in der Krise der Gegenwart“ (Herbst 1948). Zur Kritik an Borinskis Konzept der mitbürgerlichen Bildung vgl. J. Wollenberg: Theoretische Positionen der Arbeiterbildung. In: Arbeit und Leben (Hrsg.): Arbeiterbildung nach 1945. Hannover 1989, S. 131 ff.
- ¹⁶ J. Wollenberg a.a.O. (Anm. 15), S. 135
- ¹⁷ Ch. Karl-Romain: Umerziehung Erwachsener und Weimarer Renaissance. In: R. Brödel (Hrsg.): Erwachsenenbildung am Beginn der Transformation. Hannover 1993, S. 194 f.
- ¹⁸ Ch. Ziegler: VHS Hannover, a.a.O. S. 119
- ¹⁹ Vgl. W. Gotter: Entstehung und Auswirkungen des niedersächsischen Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung¹. Hannover 1973. Vgl. auch D. Kreikemeier (Hrsg.): Erwachsenenbildung – eine Aufgabe für Gesellschaft und Staat. Hannover 1966
- ²⁰ W. Strzelewicz: Ursprung und Wandel der Erwachsenenbildung in der industriellen Gesellschaft. In: Deutscher Volkshochschul-Verband (Hrsg.): Volkshochschule. Stuttgart 1961, S. 121

Paul Röhrig

75 Jahre Volkshochschule Köln

1. Demokratischer Aufbruch und finanzielles Elend in der Weimarer Zeit

Natürlich ist auch Köln von mancher allgemeinen Stimmung und Volksbewegung nach dem Ersten Weltkrieg beeinflusst, aber es wäre doch merkwürdig, wenn diese eigenwillige Stadt, in der 1849 Adolf Kolping seinen Gesellenverein gründete, wo um 1848 das Zentrum der jungen Arbeiterbewegung war und wo der politische Katholizismus in seiner sozialen Form große Wirkung entfaltet hatte, wenn dort also erst die Impulse aus Berlin zur Volkshochschulgründung geführt hätten. Einen Zweig der „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ hatte es in Köln schon seit langem gegeben, aber 1918 treten ganz neue Kräfte der Erwachsenenbildung auf den Plan. Leopold von Wiese, Professor an der Kölner Handelshochschule, gründete unmittelbar nach dem Kriege den „Verein geistiger Arbeiter“, der in erster Linie die Aufgabe haben sollte, bei einem Obsiegen des Rätessystems die Interessen der nicht mechanisch Arbeitenden und die Rechte des geistigen Schaffens zu verteidigen, der in zweiter Linie aber auch dafür eintreten wollte, „daß die Schätze des deutschen Geistes dem gesamten Volke zugänglich“ gemacht und die geistigen Schranken zwischen Kopf- und Handarbeitern ausgeräumt würden (Steinborn 1978, S. 37; Historisches Archiv Köln, Nr. 301). Als die Angst vor einer Behinderung freier geistiger Arbeit sich als unbegründet erwies, packte der Verein sofort die zweite Aufgabe an und diskutierte schon auf der Mitgliederversammlung vom 16. Januar 1919 die Einrichtung von Volkshochschulkursen, die dann erstmalig von April bis Juni 1919 stattfanden, und zwar mit einer so hohen Hörerzahl, nämlich 2.565, wie sie während der ganzen Weimarer Republik nicht wieder erreicht wurde (Steinborn 1978, S. 38 ff. und Anhang).

Bedenkt man, daß der erste Erlaß des preußischen Kultusministers Haenisch zur Errichtung von Volkshochschulen am 25. Februar 1919 herauskam, fünf Wochen nach der Kölner Initiative, und stellt man in Rechnung, daß Leopold von Wiese schon 1907 über „Ziele des Volks-

bildungswesens“ geschrieben hatte (von Wiese 1907/08), wo bereits Gedanken der sog. Neuen Richtung der Volksbildung formuliert wurden, so kann man kaum Zweifel daran haben, daß die Kölner Volkshochschule einem durchaus selbständigen Impuls ihre Entstehung verdankt. Dafür spricht dann auch noch die breite Zustimmung, auf welche die Errichtung der Volkshochschule bei allen demokratischen Kräften Kölns, insbesondere aber beim Oberbürgermeister Konrad Adenauer stieß, was sicher nicht ohne eine vorausgegangene Phase allseitiger Erörterung und Beratung möglich gewesen wäre.

In Köln ergab sich dann aber als wichtigste Besonderheit, daß die Einrichtung von Volkshochschulkursen mit den Bestrebungen zur Wiederbegründung der alten Universität zusammenfiel, nicht nur zeitlich, sondern auch hinsichtlich der Intention (vgl. Friedenthal-Haase 1991, S. 117–178). Die Stadt Köln wollte eine moderne, den sozialen, wirtschaftlichen und geistigen Problemen der Zeit zugewandte Universität gründen, und damit lag man natürlich ganz auf der Linie der neuen Volkshochschulbewegung, und beide profitierten von dieser Gemeinsamkeit. Den der Universitätsgründung skeptisch gegenüberstehenden Volkskreisen konnte man klarmachen, daß auch das Volksbildungswesen durch die Volkshochschule eine Höherentwicklung erfahre, und den Volkshochschulleuten war einsehbar, daß ihr Vorhaben von einer Universität am Ort großen Nutzen haben konnte. Den beiden großen sozialen Bewegungen in Köln, dem politischen Katholizismus rheinischer Prägung und den gemäßigten sozialistischen Kräften, war sowohl an einer Hebung der unteren Volksschichten als auch an einer Aussöhnung der Klassen gelegen, und beidem sollten Universität und Volkshochschule dienen.

Universität und Volkshochschule erhielten im Jahre ihrer Errichtung noch eine geistige Klammer, die vor allem durch die Doppelfunktion und Verbindung wichtiger Personen wirkte, denn nun begann ein wunderbares Spiel von Kooperation und Vernetzung, das in Köln bekanntlich eine lange Tradition hat. Leopold von Wiese, der Begründer und erste Leiter der Volkshochschule, wurde Professor für Soziologie an der Universität und einer der Direktoren des Forschungsinstituts für Sozialwissenschaften und holte Paul Honigsheim aus dem Heidelberger Max-Weber-Kreis als Assistent nach Köln, habilitierte ihn sehr bald und schlug ihn, als die Stadt Köln zum 1.10.1920 die Volkshochschule in eigene Regie übernahm, zum Direktor der städtischen Volkshochschule vor. Mit Erfolg, denn der Antrag wurde unterstützt von dem damals schon berühmten Philosophen Max Scheler, so daß der liberale von

Wiese zusammen mit dem Katholiken Max Scheler den Sozialisten und Pazifisten Paul Honigsheim in sein Amt als Volkshochschuldirektor, aber auch in verschiedene Funktionen an der Universität und am Forschungsinstitut brachte. In der Universität hielt von Wiese sofort einige Seminare zur Aus- und Weiterbildung von Volksbildnern, eine Aufgabe, die bald von Paul Honigsheim unter dem Thema „Sozialpädagogik und Volksbildung“ weitergeführt wurde (Honigsheim 1991, S. 316 ff.; Friedenthal-Haase 1991, S. 273 ff.). Von Wiese schlug, wiederum mit Erfolg, dem Forschungsinstitut für die erste gemeinsame Publikation einen Band „Soziologie des Volksbildungswesens“ vor, von dem Honigsheim der Hauptautor wurde und Scheler und von Wiese beträchtliche Teile bestritten, der aber leider seine zu schnelle Produktion innerhalb eines Jahres nicht verleugnen konnte und insgesamt auf der volksbildnerischen und der wissenschaftlichen Seite enttäuschte (von Wiese 1921, Friedenthal-Haase 1991, S. 237 ff.). Von Wiese zog sich resigniert von der Erwachsenenbildung zurück, aber andere Kölner Hochschullehrer und Mitglieder des Forschungsinstituts nahmen die durch von Wiese geknüpften Fäden auf und flochten sie weiter, so besonders die Professoren Theodor Bauer, der 1937 nach Amerika emigrierte, und Benedikt Schmittmann, der 1939 in einem Konzentrationslager ermordet wurde. Die beiden herausragenden Ereignisse aus der Kooperation der Kölner Gelehrten und Erwachsenenbildner sind einmal die große „Arbeitswoche für Erwachsenenbildung und Industripädagogik“ vom 20. bis 28. Februar 1929 in Königswinter und Köln und zum anderen das fast während der ganzen Weimarer Republik bestehende, von dem Nationalökonom Bruno Kuske geleitete „Freigewerkschaftliche Seminar“ (Freigewerkschaftliches Seminar 1930).

Allerdings hat die Kölner Volkshochschule für die Koexistenz mit einer städtischen Universität anscheinend auch einen hohen Preis zahlen müssen. Vergleicht man die Arbeitspläne aus der Weimarer Zeit, die vollständig vorliegen (Steinborn 1978; Knipp 1992, Historisches Archiv Köln), so stellt man überhaupt keine Entwicklung fest, ja, in den letzten Jahren sogar einen deutlichen Rückgang. Bei dem sehr agilen Volkshochschulleiter kann man dafür in keinem Fall einen Mangel an Ideen oder Unternehmungsgeist als Ursache vermuten, sondern es kann nur an dem gleichbleibenden kleinen und hin und wieder noch zurückgehenden Etat der Stadt Köln gelegen haben. Schon im Sommertrimester 1931 konnte die Stadt keine Dozenten honorare mehr bezahlen, und nur weil manche Dozenten auf jede Vergütung verzichteten, konnte ein sehr ein-

geschränkter Unterricht aufrechterhalten werden. Die weiteren Arbeitsabschnitte waren ebenfalls stark beschnitten, was schon deshalb schwer verständlich ist, weil Honigsheim sich sehr um geistige Betreuung der Arbeitslosen bemühte und dafür sogar von Oberbürgermeister Adenauer ausgezeichnet wurde. Über das Ende der Volkshochschule heißt es lapidar im Verwaltungsbericht von 1932, „daß die weitere Verschlechterung der städtischen Finanzen es leider notwendig machte, mit Beginn des Rechnungsjahres 1933 von einer Weiterführung der städtischen Volkshochschule abzusehen“ (Steinborn 1978, S. 166). Sollte man wirklich an der kleinen Volkshochschule ein Sparexempel statuiert haben?

In der Volkshochschul-Akte des Stadtarchivs fand ich einige Zeugnisse von beschämender Knausrigkeit und Kälte gegenüber den Anliegen der Volksbildung. Honigsheim hatte einem jungen Arbeiter empfohlen, einen fünfmonatigen Lehrgang in der berühmten Heimvolkshochschule Dreißigacker zu absolvieren. Der Arbeiter schrieb nun an die Stadt, daß er all sein erspartes Geld für den Aufenthalt verwenden mußte und nun nicht einmal mehr Taschengeld habe, um an Exkursionen und ähnlichem teilzunehmen, und er erinnerte bescheiden daran, daß ja auch die Weimarer Verfassung die Unterstützung der Volksbildung den Kommunen zur Pflicht mache. Aber der zuständige Kulturdezernent lehnte aus grundsätzlichen Erwägungen einen Zuschuß ab, wie er auch aus dem gleichen Grunde zwei Hilferufe der Arbeitervolkshochschule Sachsenburg nach einem finanziellen Beitrag ablehnte. Die vielen schönen Reden nach dem Weltkrieg und der freundliche § 148 in der Weimarer Verfassung waren wohl doch nicht so ernst gemeint gewesen. Gewiß war die finanzielle Situation in der Weimarer Zeit überall kritisch, aber schließlich war Köln doch eine der größten und bedeutendsten Städte, dazu mit großer kultureller Tradition und sozialer Aufgeschlossenheit. Hier muß die Kläglichkeit des Volkshochschuletats ursächlich damit zusammengehangen haben, daß man sich eine neue eigene Universität leistete. „Da es nicht für alle reicht, springen die Armen ein“, schrieb Ernst Bloch einmal in den „Spuren“ (Bloch 1930, S. 25). Der jährliche Zuschuß zum kleinen Volkshochschuletat lag geringfügig über 20.000 Mark (Steinborn 1978).

Nach Inhalt und Methode war die städtische Volkshochschule Köln an den Leitideen der Neuen Richtung orientiert, folgte aber weniger der eher musisch und lebenspraktisch ausgerichteten Thüringer Richtung als der mehr wissenschaftlich arbeitenden Berliner Richtung. Die Form des Vortrags ist verpönt, die der Arbeitsgemeinschaft fast verbindlich,

und berufsfördernde oder bloß Schulwissen verbreitende Veranstaltungen sind nur in Ausnahmen zugelassen. Insofern war die Kölner Volkshochschule ziemlich normal. Aber interessant ist nun, wie Honigsheim selbst in einem Vortrag vor dem Verwaltungsrat der Volkshochschule hervorhebt, daß die Kölner Volkshochschule ihr eigenes Gesicht gewonnen habe und sich von einigen „Volkshochschultypen“ anderer Gegenden unterscheide:

„In manchen Städten Sachsens und gelegentlich auch Thüringens umfaßt sie im wesentlichen Hörer, die einseitig politisch bewegt sind. Sie ist dort mehr Gewerkschaftsseminar und Arbeiterakademie. In Württemberg trägt die Volkshochschule entsprechend dem überwiegenden Glaubensbekenntnis der Bevölkerung einen protestantischen Einschlag, ebenso in Niedersachsen ... Frankfurt sowie einige andere Städte einerseits und Essen andererseits stellen je eine besondere Art dar ... In Frankfurt hat man außerordentlich hohe Besucherzahlen dadurch erreicht, daß man bekannte Fachleute zu Einzelvorträgen heranzog. Es ist aber bekannt, daß diese Vorträge keine so nachhaltige Wirkung wie ein methodischer Unterricht besitzen, zumal, da sie vielfach ohne innere Beziehung zu den Volkshochschulbesuchern stehen. Die Essener Volkshochschule besteht in Wirklichkeit aus vier getrennten Volkshochschulen: einer katholischen, evangelischen, sozialistischen und neutralen. Diese Trennung lehnt man für Köln ab. Man geht darin auch einig mit dem Rheinischen Verband für Volkshochschulwesen, dem Köln angeschlossen ist, dessen zweiter Vorsitzender der Kölner Direktor ist“ (Steinborn 1978, Anhang).

Was Honigsheim hier als das besondere Gesicht seiner Volkshochschule hervorhebt, offenbart den Schüler und Freund Max Webers, der dessen Lehre von der Werturteilsfreiheit sich selbst als Wissenschaftler zum Prinzip gemacht hat, der aber weiß, daß man es nicht bruchlos in die Volksbildung übertragen kann. Hier kann es nur überleben, wenn durch eine vertiefte und gründliche Diskussion Werte als subjektive Urteile deutlich sichtbar werden und dann im gemeinsamen Gespräch erörtert wird, wie weit sie vermittelbar sind und vielleicht geteilt werden können. Dazu ist aber erforderlich, daß die Themen und Probleme nicht in Vorträgen, sondern in Arbeitsgemeinschaften behandelt werden und daß nicht von vornherein ein weltanschaulicher oder Klassenstandpunkt den Gesichtskreis festlegt und einschränkt. Honigsheim, der sich offen zum Sozialismus und zum Partifismus bekannte, hat sich mit großem Ernst bemüht, in seiner Volkshochschularbeit nur

den allgemeinen und nicht den Parteistandpunkt in den Mittelpunkt zu stellen (Röhrig 1987, S. 110 ff.).

Honigsheim hat mehrere besonders begabte Volkshochschüler aus Arbeiterkreisen zu einem fünfmonatigen Heimvolkshochschulaufenthalt vermittelt, und er hat, wenn es sich machen ließ, Bildungswochen mit Dozenten und Laien an verschiedenen Orten durchgeführt. Der Versuch der rheinischen Volkshochschulen, eine gemeinsame Heimvolkshochschule in Leichtlingen im Bergischen Land zu errichten und in Düsseldorf ein Westdeutsches Institut für Erwachsenenbildung, scheiterte an den Finanzierungsproblemen, und das Geschenk einer Kölnerin, in einer Etagenwohnung kostenlos ein Volkshochschulheim zu errichten, lehnte die Stadt Köln, offenbar aus Angst vor Folgekosten, ab (vgl. Persy 1979, S. 147 ff.). Wenn es nicht für alle reicht, müssen eben die Armen sparen.

2. Ende vor dem finsternen Zwischenspiel

Eine so makellos demokratische und liberale Volkshochschule, wie die Kölner es war, konnte nach der Logik des Nationalsozialismus nur geschlossen oder radikal umgewandelt werden. Sie endete tatsächlich am 31. März 1933 durch einen Beschluß der Stadt Köln, aber die wahren Gründe und vor allem Hintergründe bleiben nach der bisher bekannten Aktenlage im Dunkeln; wir kennen nur einige lapidare behördliche Mitteilungen, daß die Volkshochschule mit dem Ende des Haushaltsjahres 1932 nicht mehr bestehe, in einem Falle ergänzt durch die Bemerkung, es sei wegen der Verschlechterung der Haushaltslage. Da aber Haushaltspläne, die früher immer bis zum 31. März eines Jahres gingen, erfahrungsgemäß lange im voraus entworfen und geplant werden, ist es gut denkbar, daß schon vor der nationalsozialistischen Machtübernahme der Beschluß gefaßt wurde. In den letzten Jahren waren schon die städtischen Mittel gekürzt und die Arbeitspläne verkleinert worden, und Honigsheim schrieb in seinem letzten Bericht über die Volkshochschule (am 20. März), daß der Betrieb nur aufrecht zu halten war, weil manche Dozenten auf jedes Honorar verzichteten (Knipp 1992, Anhang). Falls die finanziellen Gründe wirklich ausschlaggebend waren, stellt sich die Frage, warum die Volkshochschule nicht bald wieder eröffnet wurde.

Drei Gründe für die endgültige Schließung der Volkshochschule während des Dritten Reiches sind denkbar:

- 1.) Es könnte sein, daß die in der Stadtverwaltung immer noch mächtigen demokratischen, insbesondere katholischen und sozialistischen Kräfte verhindern wollten, daß die zwar kleine, aber doch politisch anständige Volkshochschule zu einem Instrument der Nazis erniedrigt werde. Viele hofften ja noch auf ein baldiges Ende des „Spuks“.
- 2.) Es ist auch denkbar, daß die Nationalsozialisten gedacht haben, dieses demokratische, schwarze und rote Institut sei in ihrem Sinne nicht reformierbar und man sollte es tunlichst mit der Macht, die man schon hatte, kurz vor Beginn des neuen Haushaltsjahres noch schließen.
- 3.) Wäre es auch möglich, daß es ein Coup der Verwaltung war, die plötzlich eine Chance sah, eine so ungeliebte, weil in vieler Augen unnötige Institution für immer loszuwerden? Gewisse Erfahrungen aus den Jahren nach 1946 bringen mich auch auf solche Gedanken.

Paul Honigsheim mußte die Universität verlassen, die Stadt Köln erneuerte den abgelaufenen Vertrag mit ihm nicht; er wollte auch aus politischen Gründen im nationalsozialistischen Deutschland nicht bleiben und emigrierte, zuerst über die Schweiz nach Frankreich, wo er einige Jahre die Zweigstelle des Frankfurter Instituts für Sozialforschung leitete, und bekam dann nach kurzem Zwischenspiel in Panama einen Lehrstuhl an der Michigan State University, von wo aus er nach dem Kriege noch zweimal die Volkshochschule und die Universität zu ausgiebigen Vortrags- und Seminarveranstaltungen sowie zu Freundestreffen besucht hat (vgl. Friedenthal-Haase 1991, S. 301 ff.; Silbermann/Röhrig 1987).

Ungefähr zwei Jahre nach der Schließung der Volkshochschule, am 8. Februar 1935, wurde das „Deutsche Volksbildungswerk der N.S.G. Kraft durch Freude“ unter dem Namen „Volksbildungsstätte Köln linksrheinisch“ der Öffentlichkeit übergeben, am 9. März das gleiche für rechtsrheinisch.

Dieses Bildungswerk, „zu dessen Veranstaltungen alle arischen Volksgenossen zugelassen“ waren, hat mit der alten Volkshochschule nichts mehr zu tun. Das sagte selbst der Chefideologe und „Parteigenosse“ Peter Mierbach, der Leiter des „Deutschen Volksbildungswerkes Gau Köln-Aachen“, 1936; „... wenn wir heute einen neuen Arbeitsabschnitt zur Volksbildungsstätte eröffnen, so liegt für viele der Vergleich mit den alten Volkshochschulen nahe. Mit ihnen hat die Volksbildungsstätte nichts gemein“ (Knipp 1992, S. 71). Für Köln gilt das im

höchsten Maße, und deshalb kann man die Geschichte der Kölner Volkshochschule an diesem Punkt nicht fortschreiben. So sehr hier ein wenig bearbeitetes Gebiet für die Zeitgeschichts- und Faschismusforschung liegt, wie schon die Diplomarbeit von Helga Knipp gezeigt hat, so geschmacklos wäre es, einen Parteigenossen Heinz Becher in einem Atemzug mit Paul Honigsheim als seinem Vorgänger oder Alfred Nicolai als seinem Nachfolger zu nennen. Parteigenosse Mierbach hat da schon recht: Sie haben nichts miteinander zu tun.

3. Der Neubeginn von 1946 und die gewaltige Entwicklung

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zu einer wunderbaren Kontinuität zwischen der alten und neuen Volkshochschule, die fast einzig und allein über die Person Alfred Nicolais vermittelt war. Als die Volkshochschule unter Mitwirkung ihres schon pensionierten Wiederbegründers zusammen mit der Universität Paul Honigsheim zu einem längeren Aufenthalt in Köln einlud, zeigte sich uns Jüngeren, wie sehr die beiden Volkshochschulleiter Geistesverwandte und Freunde waren. Auch Nicolai hatte, wie Honigsheim, nach dem Ersten Weltkrieg den Bruch mit seiner bürgerlichen Herkunft vollzogen und war Sozialdemokrat geworden, auch er war in der französischen Sprache und Kultur so zu Hause wie in der deutschen, beide waren enorm sozial engagiert und durch ihre andragogische Tätigkeit, der eine an der Volkshochschule, der andere als Direktor des Kölner Abendgymnasiums, auch beruflich verbunden. Mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten verlor Nicolai alle seine Ämter und wurde als Beamter degradiert, konnte dann zwar wieder als Studienrat arbeiten, wurde aber noch mehrmals aus politischen Gründen zwangsversetzt.

War es ein reiner Zufall oder eine glückliche Fügung, daß der für die Schulen zuständige britische Besatzungsoffizier gerade in dem Augenblick, als er einen politisch nicht belasteten Pädagogen suchte, von seiner Sekretärin den Namen des ihr gut bekannten Alfred Nicolai hörte? So erschien bald in dem kleinen Dorf an der Sieg, wohin Nicolai evakuiert worden war, der Offizier mit seinem Jeep und fragte Nicolai, ob er ihm beim Wiederaufbau des Kölner Schulwesens helfen wolle. Dieser hat dann zunächst aus einem kantianischen Pflichtbewußtsein heraus die äußerst prekäre und unangenehme Aufgabe übernommen, einen Teil der Lehrerschaft der höheren Schulen zu entnazi-

fizieren, ehe er sich seiner eigentlichen Aufgabe, dem Wiederaufbau der Volkshochschule, widmete. Man erzählte sich damals, er habe auch Kulturdezernent werden können, habe dies aber aus Bescheidenheit abgelehnt. Jedenfalls hätte solches Handeln ganz seinem Wesen entsprochen.

Am 14. September 1946 fand in der Aula der Universität die Eröffnungsfeier der Volkshochschule statt, und wer dabei war, merkte, daß sich hier ein wirklicher Neuanfang nach der Nazizeit vollzog. Zwei Schauspieler der Städtischen Bühnen rezitierten Heinrich Heine, den man mehr als ein Jahrzehnt lang nicht mehr öffentlich hatte nennen hören, seine Prophezeiungen von dem deutschen Donner, der langsam, aber sicher heranrolle und neben dem die Französische Revolution nur wie eine harmlose Idylle erscheine, schienen eingetroffen zu sein und wurden nun als Mahnung vor jeder Art von Wiederholung gehört und aufgenommen (Heine o.J., S. 293 f.). Und nach den Jahren ständiger Großmüligkeit hörte man den gelehrten Menschen, Altphilologen, Humanisten und Pazifisten Nicolai in seiner Festrede so bescheidene Worte sprechen: „Wir wollen bescheiden und unseres Ursprungs eingedenk, unseren Namen aussprechen. Und da ja nach einem bekannten Sprachgesetz die unbetonte Mittelsilbe im Laufe der Zeit oft ausfällt, werden wir bald nichts anderes sein, als wir sein wollen: Eine Schule des Volkes, die Schule des erwachsenen Volkes, erwachsen im Doppelsinn des Wortes! ... Jeder einzelne von Ihnen, meine lieben Hörer der Volkshochschule, baut mit an der Kuppel, die sich über die Vereinten Nationen Europas wölben soll ... Es ist kein blinder Glaube, kein Glaube an das Unmögliche, Utopische, es ist ein wohl begründeter Glaube, zu dem wir Sie durch Erkennen, Vernunft und Weisheit hinführen wollen. Credo quia intellego! Ich glaube, weil ich erkenne!“ (Stragholz 1979, S. 1).

Dem ersten Arbeitsplan von 1946 sieht man deutlich an, daß Nicolai einen politischen Akzent setzen wollte. Zwar war auch er wie die meisten Volkshochschulleute nicht so naiv, zu glauben, man könnte die Deutschen einfach umerziehen, aber er wollte sie offenbar allen antinazistischen Kräften aussetzen und versammelte im Arbeitsplan die in Köln damals konzentriert wirkenden Vertreter des politischen Katholizismus, der Bekennenden Kirche, der Sozialisten, Kommunisten und Gewerkschaften. Aber schon an den nächsten Plänen kann man ablesen, daß das politische Interesse nicht allzu groß war. Überhaupt entwickelte sich vieles ähnlich wie in den Anfängen der Kölner Volks-

hochschule: Einen anfänglichen Ansturm von Teilnehmern (5.215) folgte ein allmählicher Rückgang, der nach der Währungsreform seinen Tiefpunkt (2.202) erreichte (Stragholz 1979, S. 2).

Wie ein roter Faden zieht sich lange durch die Geschichte der Kölner Volkshochschule das Bestreben, auch der dänischen Idee von Volkshochschule wenigstens partiell gerecht zu werden. Schon seinen zweiten Volkshochschulerauß (vom 23.4.1919) hatte Kultusminister Haenisch mit dem Satz abgeschlossen: „Der Aufbau wirklicher Volkshochschulen, die mit Heimen verbunden sind, bleibt das weitere Ziel“ (Ministerium ... 1919, S. 12 f.). Honigsheims Bemühen um ein Volkshochschulheim mitten in der Stadt geht in diese Richtung genauso wie die Veranstaltung von Bildungswochen in Brühl und schließlich die genaue Planung einer Heimvolkshochschule, die in Leichlingen errichtet werden sollte. Genau in der Zeit, als die Volkshochschularbeit nach der Währungsreform 1948/49 äußerlich einen Rückgang erlitt, besann man sich wieder auf ihren innersten Gedanken, nämlich Bildungsarbeit innerhalb einer länger dauernden Lebensgemeinschaft zu ermöglichen. Der Referent für Erwachsenenbildung im Kultusministerium in NRW, Werner Lenartz, ein Kenner der dänischen Folkehøjskole, hatte für mehrere Wochen mit einer Schar von Volkshochschulleuten dänische Heimvolkshochschulen besucht und in Köln die Anregung zur Gründung einer Heimvolkshochschule gegeben. Heinz Stragholz, damals Mitarbeiter und Stellvertreter Nicolais, berichtet, was dann geschah: Das am Rhein in Köln-Mülheim gelegene Haus Lindgens kam ins Gespräch. Das Kultusministerium zeigte sich interessiert. Überlegungen zwischen der Stadt Köln und dem Kultusministerium wurden ausgetauscht. Eine Ortsbesichtigung fand statt. Aber aus dem Plan wurde nichts. Gespräche mit dem Schriftsteller Stefan Andres, der sein am Rhein gelegenes Haus in Unkel für eine Heimvolkshochschule zur Verfügung stellen wollte, sowie Pläne im Raume Herchen an der Sieg blieben ohne Erfolg, weil es der Volkshochschule nicht möglich war, die Kosten aufzubringen“ (Stragholz 1979, S. 2).

Als kleine und bescheidene Lösung schuf man dann für einige Jahrzehnte die Einrichtung der Wochenendarbeitgemeinschaften, die merkwürdigerweise auch eine verstärkte gesellschaftspolitische Bildungsarbeit ermöglichten und die in Erinnerung an die ursprünglichen, gescheiterten Pläne die Gesamtüberschrift „Heimvolkshochschule“ erhielten. Werner Lenartz wollte Zeichen setzen und der Volksbildung einen hohen Rang einräumen, ähnlich wie sie ihn in Dänemark

schon hatte. Aber an seinem Grabe sprach ein Kollege aus der Erwachsenenbildung, Heinz Stragholz, die bitteren Worte, hauptsächlich wegen zu großer Aktivität sei Lenartz seinerzeit aus dem Kultusministerium an eine Pädagogische Akademie versetzt worden.

Als Nicolai 1953 in Pension ging, wurde sein Stellvertreter, Heinz Stragholz, zum Nachfolger gewählt, was wiederum in hohem Maße Kontinuität, aber auch mutige Neuerungen mit sich brachte. Die Einführung der sog. Gürzenich-Vorträge bedeutete, daß über ein Jahrzehnt hin die Stimme hervorragender Wissenschaftler und Denker im Kölner Gürzenich zu hören war, von Martin Buber zu Gabriel Marcel etwa oder Ernst Bloch, und jeder Vortrag war Gegenstand von Besprechungen in der Kölner Presse. Den bescheidenen Alfred Nicolai hätte es sicher gefreut, wenn er noch erlebt hätte, daß die Volkshochschule sich einen solchen Platz im öffentlichen Kölner Kulturleben erwarb, auch wäre er sicher glücklich gewesen über den Bau eines großen Volkshochschulhauses im Zentrum der Stadt, aber die sogenannte „realistische Wende“ und das teilweise damit verbundene ungeheure Wachstum der Volkshochschule hätte er genauso wie Paul Honigsheim sicher für falsch gehalten.

Falls in der Weimarer Zeit in den deutschen Volkshochschulen eine wirkliche „realistische Wende“ stattgefunden haben sollte, was ich sehr bezweifle (vgl. Wunsch 1986, S. 197 ff.), so hat es in Köln unter Honigsheim jedenfalls keine gegeben. Und Alfred Nicolai hat kurze Zeit vor seinem Tode 1957 auf dem Flur der Volkshochschule bedenklich den Kopf geschüttelt und mir gesagt: „Ihr macht zuviel!“ Damals hatten wir ungefähr 8.400 Hörer und wollten durchaus weiter wachsen. Wir hatten nämlich erfahren müssen, daß die wachsenden Hörerzahlen fast das einzige Argument waren, das die Politiker von der Bedeutung der Erwachsenenbildung überzeugte und das evtl. verhindern könnte, den Volkshochschulen in schlechten Zeiten durch Entzug der Haushaltsmittel das kleine Lebenslicht auszublases, wie es gegen Ende der Weimarer Zeit vielfach geschah.

Unter Heinz Stragholz entwickelte sich die Kölner Volkshochschule zum größten Erwachsenenbildungsinstitut der Bundesrepublik, das erst später von der Münchner Volkshochschule überflügelt wurde. Als er die Volkshochschule 1953 übernahm, hatte sie in einem Arbeitsabschnitt etwa 6.370 „Hörer“, wie man damals noch sagte, und etwa 153 „Dozenten“. Ende 1970 zählte man 73.000 Teilnehmer insgesamt in beiden Semestern und etwa 8 hauptberufliche und 500 nebenberufliche

che Mitarbeiter. Den Ausbau selbständiger Nebenstellen und eigenständiger Institute, wie etwa das Tageskolleg, hatte Stragholz selbst noch eingeleitet. Aber er mußte auch erleben, daß die neuen Dimensionen offenbar ohne erhebliche Konfliktsteigerung und Reibungsverluste nicht zu haben waren. Die quantitative Ausdehnung der Volkshochschule Köln, die von seinen Nachfolgern noch gesteigert werden konnte und jetzt vielleicht zu einem vorläufigen Ende gekommen ist, hat Heinz Stragholz nicht beunruhigt, während er bei unserem letzten Gespräch die tiefe Sorge äußerte, daß die ursprüngliche Idee der Volkshochschule mehr und mehr ausgehöhlt werde durch die Unterwerfung unter sehr vordergründige Zwecksetzungen. Einige Tage vor dem großen Fest der Kölner Volkshochschule zu ihrem 75jährigen Jubiläum starb Heinz Stragholz, und wenige Tage nach dem Fest haben wir ihn begraben und müssen nun auch über sein Vermächtnis, neben dem von Honigsheim und Nicolai, nachdenken.

Die „realistische Wende“ hat den alten Bildungsgedanken der Volkshochschulen fast zum Verlöschen gebracht, und der Anstieg der Hörerzahlen auf über 40.000 und der Dozenten auf 1.800 pro Arbeitsabschnitt stellt uns längst vor die Frage, ob der Anfang der Volkshochschulen ein Ursprung war, der auch an seinem Ende noch erkennbar ist, oder ob der Markt nun wirklich die Erwachsenenbildung beherrscht, also jenes egoistische Prinzip, das Leute wie Honigsheim und Nicolai entschieden ablehnten und das suggeriert, auch Bildung diene primär dem wirtschaftlichen Vorteil. Leopold von Wiese, der ganz an dem Kölner Anfang stand, gab der Volksbildung ein anderes Prinzip mit auf den Weg: „Richtung und Maß gebe das Apostelwort: Habet die Brüder lieb und redet die Wahrheit“ (von Wiese 1921, S. 568). Heinz Stragholz hat nach anfänglichem Zögern der „realistischen Wende“ große Zugeständnisse gemacht. Die Hinwendung der Erwachsenenbildung zu stärkerer Zweckorientierung, zu Schulabschlüssen und beruflicher Bildung hielt er für eine Befreiung aus Isolierung. Aber er gab auch seinen Lieblingsgedanken nicht auf, daß alles geistige Tun eine „Mitte“ haben müsse. Die geistige Mitte der Volkshochschule schien ihm am Ende in Gefahr zu sein durch das, dem auf der anderen Seite der große Erfolg zu verdanken war. Martin Buber sagte 1935 in einem Vortrag über Erwachsenenbildung das furchtbare Wort: „Wir leben – man muß es immer wieder sagen – in einer Zeit, in der Schlag auf Schlag die großen Träume, die großen Hoffnungen des Menschevolks sich erfüllen: als ihre eigenen Karikaturen“ (Buber 1986, S. 62). Damit der Volkshochschule das nicht

widerfahre, sollte sie verstärkt und immer wieder neu darüber nachdenken, wie ihr Anfang und ihr Weg geistig noch zusammengehen. Vielleicht ist Köln dafür besonders aufschlußreich.

Literatur

Für einige Informationen haben ich keine andere Quelle als meine Erinnerung, insbesondere aus der Zeit von 1954 bis 1970, in der ich als Stellvertretender Direktor im Dienste der Volkshochschule gestanden habe. Wichtigste Quellen waren für mich die von mir betreuten Diplomarbeiten von Steinborn, Persy und Knipp sowie die Arbeiten von Friedenthal-Haase und Stragholz.

Bloch, E.: Spuren. Berlin 1930

Buber, M.: Reden über Erziehung. 7. Aufl. Heidelberg 1986

Heine, H.: Der Salon. 2. Bd. Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland. Sämtl. Werke. 4. Bd. Leipzig o.J.

Historisches Archiv der Stadt Köln, Abt. 47–52

Honigsheim, P.: Orientierung in der Moderne. Zusammengestellt und herausgegeben von M. Friedenthal-Haase. Bad Heilbrunn 1991

Freigewerkschaftliches Seminar: Zehn Jahre Freigewerkschaftliches Seminar Köln. Berlin 1930

Friedenthal-Haase, M.: Erwachsenenbildung im Prozeß der Akdademisierung. Frankfurt/M. 1991

Knipp, H.K.: Erwachsenenbildung im Übergang von der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus – untersucht am Beispiel der Stadt Köln. Diplomarbeit an der erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln 1992

Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (Hrsg.): Zur Volkshochschulfrage. Amtliche Schriftstücke. Leipzig 1919

Persy, P.: Der Verband Rheinischer Volkshochschulen im Zusammenhang mit der Volkshochschulbewegung der Weimarer Zeit. Diplomarbeit an der Pädagogischen Hochschule Rheinland, Abt. Köln 1979

Röhrig, P.: Paul Honigsheim und die Volksbildung. In: Silbermann/Röhrig 1987, S. 101–120

Silbermann, A./Röhrig, P. (Hrsg.): Kultur, Volksbildung und Gesellschaft. Paul Honigsheim zum Gedenken seines 100. Geburtstags. Frankfurt/M. 1987

Steinborn, H.: Die Kölner Volkshochschule der Weimarer Zeit in ihrem Verhältnis zur Neuen Richtung der Erwachsenenbildung. Diplomarbeit an der Pädagogischen Hochschule Rheinland, Abt. Köln 1978

Stragholz, H.: Mutationen der Volkshochschule von 1946 bis heute. In: Kunst-Kultur-Köln 1969, S. 1–8

von Wiese, L.: Ziele des Volksbildungswesens. In: Archiv für Volkswohlfahrt. Bd. 1. 1907/1908, S. 91–97

von Wiese, L. (Hrsg.): Soziologie des Volksbildungswesens. München, Leipzig 1921

Wunsch, A.: Die Idee der „Arbeitsgemeinschaft“. Eine Untersuchung der Erwachsenenbildung der Weimarer Zeit. Frankfurt/M. 1986

75 Jahre Leipziger Richtung – Episode oder Modell?

Wenn Leipzig und die Leipziger Richtung in den Kontext der in diesem Jahre stattfindenden Jubiläen einbezogen werden sollen, kann nicht die Gründung der Volkshochschule der Anlaß sein, denn diese erfolgte erst 1922. Im Jahre 1919 wurden allerdings in Leipzig zwei für die Volksbildung wichtige Entscheidungen getroffen: Die Stadtverordnetenversammlung forderte die Gründung eines Amtes für Volksbildung, und an der Universität begann man mit Arbeiter-Bildungs-Kursen, für die Eduard Spranger¹ ein Arbeitsprogramm entworfen hatte. Aus diesen beiden Wurzeln entwickelte sich die Leipziger Richtung, die nicht nur für die freie Volksbildung der 20er Jahre von besonderer Bedeutung war. Die wichtigsten Säulen dieser Leipziger Richtung waren das Amt, die Volkshochschule und die Volkshochschulheime. Darüber hinaus arbeiteten in der Leipziger Volksbildung drei außergewöhnliche Menschen zusammen, welche das, was später Leipziger Richtung heißen sollte, gemeinsam entwickelten und prägten: Gertrud Hermes, Lehrerin an höheren Schulen und Volkswirtschaftlerin, Hermann Heller, Rechts- und Staatswissenschaftler, und Paul Hermberg, Wirtschaftswissenschaftler und Statistiker.

1. Historischer, sozialer und kultureller Kontext

Leipzig und die Leipziger Volkshochschule erhalten ihre besondere Bedeutung für die Geschichte der deutschen Volkshochschulbewegung aus den Entwicklungen in den 20er Jahren. Diese Leipziger Richtung innerhalb der Volksbildung in der Weimarer Republik zeichnete sich durch besonderen Ideenreichtum einerseits und eine erfindungsreiche und schöpferische Praxis andererseits aus. Daß gerade hier die Arbeiterbildung Mittelpunkt der Volkshochschularbeit wurde, ist nicht verwunderlich, wenn man an die traditionelle Verbindung von Bildung und Politik denkt, die in Leipzig immer eine große Rolle spielte und Auswirkungen weit über die Grenzen der Stadt und Sachsens hinaus hatte.

Es sei hier daran erinnert, daß es ein Leipziger Zentralkomitee war, welches Ferdinand Lassalle 1863 zu seinem „Offenen Antwortschreiben“ veranlaßte und damit gleichzeitig die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins einleitete. August Bebel wurde 1865 Vorsitzender des Leipziger Arbeiterbildungsvereins und konnte von dieser Plattform aus im Jahre 1869 gemeinsam mit Wilhelm Liebknecht die zweite deutsche Arbeiterpartei gründen, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Solche Bedingungen gab es damals nur außerhalb Preußens, wobei sich Sachsen aufgrund politischer und ökonomischer Bedingungen bis zum Ersten Weltkrieg zu einer sozialdemokratischen Hochburg entwickelte².

Darüber hinaus ist Leipzig eine Stadt mit reichen kulturellen Traditionen und Einrichtungen, z.B. einer alten Universität, Konservatorium, verschiedenen Hochschulen. In der Zeit bis zum Zweiten Weltkrieg fand hier die bedeutendste Buchmesse in Deutschland statt, und 1919/20 gab es einen Vielzahl bürgerlicher Volksbildungseinrichtungen. Die Leipziger Richtung der Volksbildung während der 20er Jahre ist eine Fortsetzung dieser Tradition an einem Ort, wo günstige Bedingungen für pädagogische und soziale Experimente herrschten.

2. Das Amt für Volksbildung

Das Entstehen und die Entwicklung der Leipziger Richtung sind von mehreren Faktoren geprägt. Sie ist Teil der „Neuen Richtung“ und begreift ihren Auftrag als intensive Volksbildungsarbeit in Arbeitsgemeinschaften. Im Gegensatz zur extensiven Bildungsarbeit der „Alten Richtung“ soll in der Arbeitsgemeinschaft von den Erfahrungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausgegangen werden.

1919 wird in Leipzig keine Volkshochschule gegründet, sondern ein Volksbildungsamt, bei dessen Gründung die intensive Bildungsarbeit und die Ausrichtung auf die Arbeiterschaft vorgegeben wurden. Diese Festlegung ging auf die Mehrheit der Arbeiterparteien (39 gegenüber 33 Stimmen) in der Stadtverordnetenversammlung zurück. Dieser stand der Leipziger Stadtrat gegenüber, der unter der Leitung des Oberbürgermeisters Rothe die Bürokratie kontrollierte und die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung konterkarieren konnte. Über die Aufgaben des Amtes gab es von Anfang an politische Auseinandersetzungen. Während von bürgerlicher Seite das Amt gefordert wurde, um das zer-

splitterte Leipziger Volksbildungswesen zu integrieren, forderten die sozialdemokratischen und sozialistischen Stadtverordneten „u.a. Einflußnahme auf das gesamte Schulwesen, auf die Museen, die Bibliotheken, ferner die Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur, volksbildnerische Beeinflussung der Leipziger Theater sowie des Musikwesens, u.a. die Gründung eines zweiten städtischen Orchesters“³.

Unter diesen Bedingungen war es ungemein schwierig, mit der Arbeit zu beginnen, und gleichzeitig verliefen auch die Suche nach einem und die Entscheidung für einen Leiter äußerst kontrovers. Walter Hofmann, ein Protagonist der Neuen Richtung und Leiter der renommierten und auch von der Arbeiterschaft frequentierten Bücherhallen, unterstützte und erweiterte die Maximalforderungen der Linken in einer Denkschrift und erklärte sich unter den Bedingungen, die er hier formulierte, bereit, die Leitung des Amtes zu übernehmen. Die Auseinandersetzungen um die Leitung zogen sich bis in das Jahr 1922 hin, und erst am „8. März 1922 beschloß der Finanzausschuß die Anstellung Dr. Hellers als Leiter des städtischen Volksbildungsamtes“⁴. Hermann Heller, dem es gelungen war, die unterschiedlichen Interessen von Kommune, Universität und Gewerkschaften auszugleichen, leitete vom 1.4.1922 bis 31.3.1924 das Volksbildungsamt und auch die Volkshochschule, die am 3. Mai 1922 mit ihrer Arbeit begann. Nachfolger Hermann Hellers war vom 1.4.1924 bis 31.3.1929 Paul Hermberg, und von 1929 bis 1933 übernahmen Werner Kruenberg und Hermann Gramm dieses Amt.

Hermann Heller gelang es während seiner Amtszeit, die unterschiedlichen politischen Interessen auszubalancieren. Dabei nutzt er geschickt die Möglichkeiten aus, die sich aus den Gegensätzen zwischen Stadtverordneten und Rat ergaben. Es gab keine detaillierte Aufgabenbeschreibung für das Amt, und Heller weigerte sich auch, eine solche vorzulegen, denn dies hätte eine Einschränkung seiner Möglichkeiten bedeutet. Zusammenfassend kann man zu Hellers Amtsführung sagen, wie realistisch er es einschätzte, daß die gigantischen Pläne der Sozialisten nicht zu verwirklichen waren. Sowohl die politischen Kräfteverhältnisse als auch der finanzielle Rahmen ließen dies nicht zu. Jedoch gelang es ihm, einerseits den Arbeitern zu vermitteln, daß das Amt eine Bildungsarbeit im Sinne der Arbeiterschaft förderte, wobei er andererseits gegenüber der Stadt und der Universität dafür einstand, keine Parteischulung zu betreiben.

Als Hermann Heller 1924 die Leitung des Amtes aufgab, war der Aufbau der Institutionen weitgehend abgeschlossen. Die Übernahme der Leitung durch Paul Hermberg wird häufig als eine Hinwendung zu

pragmatischerer Einschätzung der Möglichkeiten der Arbeiterbildung interpretiert. Er veröffentlichte 1932, als er schon ordentlicher Professor für Statistik an der Universität Jena war, ein Buch unter dem Titel „Arbeiterbildung und Volkshochschule in der Industriestadt“, worin er seine Erkenntnisse aus der Leipziger Zeit verarbeitet. Die illusionsfreie statistische Betrachtung und Untersuchung der Arbeit war ein Hauptmerkmal der Tätigkeit Hermbergs. Es gelang ihm bald, drei Tendenzen aufzuzeigen, denen es entgegenzuarbeiten galt, wenn man die Intentionen der Bildungsarbeit nicht verändern wollte. Er wies nach, daß die Anzahl der männlichen Teilnehmer, der Jugendlichen und der Arbeiter zurückging. Hermberg reagierte darauf mit einer Veränderung des Kursangebots, ohne dabei die Grundsätze der Leipziger Richtung aufzugeben. Unter seiner Leitung wurde die von Heller begründete Arbeit konsolidiert oder, wie Fritz Borinski schreibt: „Er hat das mutige, geniale Konzept Hellers gegen Widerstände, die von allen Seiten kamen, zielsicher gehalten und ausgebaut“⁵. Als Hermberg 1929 seine Professur in Jena antrat, konnte er berichten, daß das letzte Jahr seiner Amtsführung das erfolgreichste der Arbeiterbildung in Leipzig überhaupt gewesen war⁶.

Die beiden Nachfolger, Werner Krukenberg (Mai 1929 bis März 1931) und Hermann Gramm (bis März/April 1933) hatten nach diesem Höhepunkt die undankbare Aufgabe, das Amt in einer Zeit höchster wirtschaftlicher Not und politischer Verfolgung zu leiten. Das Ende der Leipziger Richtung war nicht das Ergebnis einer Krise dieser Form der Arbeiterbildung, sondern die Folge von tiefgreifenden wirtschaftlichen und politischen Veränderungen. Bereits 1929 verloren Sozialdemokraten und Kommunisten ihre Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung, und 1930 wurde ein neuer Oberbürgermeister gewählt, Dr. Carl Friedrich Goerdeler. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Rothe, der – obwohl er nicht zur Linken zählte, sondern Mitglied der Deutschen Volkspartei war – den Aufbau der Volksbildung immer unterstützt hatte, war Goerdeler konservativer. Ursprünglich deutsch-national, waren für ihn Demokratie („Herrschaft der Masse“) und Republik keine vordringlichen Ziele seiner politischen Arbeit. Seine Hochachtung für den Freiherrn vom Stein führte ihn jedoch zu den Werten der kommunalen Selbstverwaltung. Soweit er die Erwachsenenbildung förderte, war es eher die deutsch-nationale Fichte-Gesellschaft als die republikanischen Volkshochschulen, war diese in Leipzig doch immer entschieden links gewesen. So kürzte er ihr dann auch die

finanziellen Zuwendungen deutlich, wobei die wirtschaftliche Entwicklung nach 1929 und die daraus resultierende materielle Not der Kommune als willkommener Vorwand dienten.

3. *Die Volkshochschule*

Hermann Heller konnte bei der Gründung der Leipziger Volkshochschule auf die Ressourcen des Amtes als städtische Dienststelle, die Universität, die seit 1919 auf der Grundlage einer Konzeption Eduard Sprangers Arbeiter-Bildungs-Kurse durchführte, und auf die Organisationen der Arbeiterschaft zurückgreifen. Ab Oktober 1920 wurde eine Volkshochschule an der Universität gegründet, deren Entwicklung aber krisenhaft verlief, besonders weil die Arbeiter diese Einrichtung nicht als ihre eigene betrachteten. Deshalb machte Heller seine Zusage, als Amtsleiter anzutreten, davon abhängig, daß sowohl die Gewerkschaften als auch die Universität seiner Konzeption der Volkshochschularbeit zustimmten, was nach langwierigen und komplizierten Auseinandersetzungen auch gelang. Diese Hellersche Konzeption war ganz eindeutig auf Arbeiterbildung ausgerichtet, denn die „soziologische Tiefenwirkung (soll) die wichtigste Aufgabe der Volkshochschule sein. Sie muß die bislang zur Seite stehende Handarbeiterschaft nicht nur nebenbei miterfassen, sondern diese soll die Volkshochschule als ihre eigene Einrichtung empfinden und mittragen“⁴⁷.

Hermann Heller und Gertrud Hermes, von der im Zusammenhang mit den Volkshochschulheimen noch die Rede sein wird, waren – wie viele ihrer Zeitgenossen – kulturkritisch eingestellt, blieben aber nicht bei der Kritik stehen, sondern sahen auch Möglichkeiten der positiven Überwindung der Krise durch einen ethisch interpretierten Sozialismus. „Sozialismus heißt“, schreibt Heller, „gerechte Herrschaft der Gemeinschaftsautorität über die Wirtschaft“⁴⁸. Diese Herrschaft werde jedoch nicht mit Notwendigkeit auf der Grundlage historischer Gesetze errichtet, sondern bedürfe der tätigen Praxis der Individuen. Gleichzeitig sei dies ein unendlicher und notwendiger demokratischer Prozeß, der nie an sein Ende kommen könne, weil der Gegensatz zwischen Individuum und Gesellschaft unaufhebbar bestehen bleibe. „Der Widerspruch zwischen Freiheit und Zwang ist nichts anderes als der von jedem Menschen täglich erlebte Widerspruch von Individuum und Gemeinschaft, also ein Widerspruch, der real zu beseitigen ist nur mit der Aufhebung

der menschlichen Gesellschaft⁹. Volksbildung bedeutet folglich, „daß jede Tatsache auf das Ganze des persönlichen und Gemeinschaftslebens bezogen werden soll. Ihre immer bloß annäherungsweise Lösung ist nur möglich vom Boden des Glaubens aus, daß an jedem Punkte des geistig-gesellschaftlichen Lebens ums Ganze gekämpft wird“¹⁰. Von diesen theoretischen Grundlagen ausgehend beginnt Hermann Heller die erste Phase praktischer Volkshochschularbeit in Leipzig.

Paul Hermberg hat andere theoretische Vorstellungen als Hermann Heller und Gertrud Hermes. Zwar ist er mit ihnen einig in einer Ablehnung des Kapitalismus, aber er ist Wirtschaftswissenschaftler, und daher ist seine Position eher von ökonomischen als von ethischen Gesichtspunkten bestimmt. Seine Vorstellungen über einen Weg zur sozialistischen Gesellschaft lehnen sich eng an die Marxsche Werttheorie an, und er fordert, die Proletarier müßten in die Lage kommen, die Führung der Wirtschaft selbst zu übernehmen. Dies sei ein sehr fernes Ziel, aber man dürfe sich nie von dieser konkreten Möglichkeit ablenken lassen. Eine wichtige Rolle bei der Realisierung spielen für Hermberg die Gewerkschaften.

Wie die Arbeiterbildung einen Beitrag zu dieser gesellschaftlichen Entwicklung leisten könne, versucht Hermberg mit statistischen Analysen aufzuklären¹¹. Er fragt, wie proletarische Bildung möglich sei, und betont, daß „der Arbeiter in seiner Schicht seine Lebensaufgabe suchen (muß) ... Arbeiterbildung (kann) nur bedeuten, den einzelnen hinzuführen und vorzubereiten zur Mitarbeit an den Aufgaben, die seiner ‚Klasse‘ aus dem Willen zur Umformung der Gesellschaft erwachsen“¹². Von dieser radikaleren sozialistischen Position aus sieht Hermberg die Bildungsarbeit pragmatischer als Hermann Heller und Gertrud Hermes. Für ihn galt die traditionelle ökonomische und politische Theorie des Sozialismus, in der Kultur und menschenwürdiges Leben erst nach Erreichen des Ziels möglich sind. Diese theoretischen Gegensätze haben, wenn man Klaus Meyers Analyse zustimmt¹³, in der Bildungspraxis in Leipzig kaum Auswirkungen gehabt. Er faßt die gegensätzlichen Positionen zusammen und schreibt: „Die grundsätzliche Aufgabe, die der Volksbildung in der Industriestadt gestellt ist, ist bei Heller (und Hermes): ‚Eingliederung der Arbeiterschaft in die nationale Kulturgemeinschaft‘, bei Hermberg: ‚Schulung der Arbeiterschaft für die Arbeiterbewegung“¹⁴.

Auf die theoretischen Positionen und die darauf aufbauende Praxis von Paul Krukenberg und Hermann Gramm einzugehen erübrigt sich. Ihre

Arbeit im Amt und an der Volkshochschule war durch die äußere Situation, d.h. den ökonomischen und politischen Druck geprägt und war in der Hauptsache Abwehr der Zumutungen und Angriffe, worauf noch einzugehen ist.

4. *Die Volkshochschulheime*

Die Leipziger Richtung war wie die gesamte Volksbildung der Weimarer Republik stark von der dänischen Volkshochschulbewegung beeinflusst. Deren besonderes Kennzeichen war und ist immer noch der lange Internatskurs in der Heimvolkshochschule. Unter dem Aspekt der intensiven Bildung, welche die Neue Richtung im Gegensatz zur extensiven der Alten Richtung propagierte, war diese Form auch das Ideal der jungen Volkshochschulbewegung in Deutschland. Einige Heimvolkshochschulen, in denen man nach den Ideen und Vorstellungen der Neuen Richtung arbeitete, wurden auch gegründet, aber wegen der hohen Kosten solcher Einrichtungen blieben diese Gründungen die Ausnahmen.

Gertrud Hermes kam 1922 als Mitarbeiterin der Bücherhallen nach Leipzig und stellte genau wie Hermann Heller die Bildung zur Gemeinschaft in den Mittelpunkt ihrer theoretischen Überlegungen wie auch ihrer Praxis. Wie für viele Sozialisten in den 20er Jahren, dies gilt besonders für die Arbeiterjugendbewegung, war auch für Heller und Hermes der Sozialismus ethisch, d.h. neukantianisch zu begründen. Das materielle Sein, die Produktionsverhältnisse, welche die Menschen unabhängig von ihrem Willen einzugehen gezwungen sind, wurden als menschliche Verhältnisse und somit auch als geistige aufgefaßt. Folglich war das Verhältnis von Sein und Bewußtsein kein einseitiges, sondern ein von Wechselwirkungen bestimmtes. Deshalb machte es auch Sinn, schon in der kapitalistischen Gesellschaft modellhaft zu versuchen, in sozialistischen Verhältnissen zu leben, um aus dieser Erfahrung heraus den Prozeß der Veränderung zu gestalten. Die Arbeitsgemeinschaft in der Abendvolkshochschule konnte unter diesem Aspekt nur als unvollkommen angesehen werden.

Hauptsächlich von Gertrud Hermes wurde in Leipzig die Idee des Volkshochschulheims entwickelt und realisiert, welches als ein Modell der Arbeiterbildung in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft gelten kann. Junge Handarbeiter sollten in diesen Heimen mit Geistesarbei-

tern zusammen leben und miteinander und voneinander lernen. Am 17.2.1923 wurde das erste dieser Heime in der Bornaischen Straße in Leipzig-Connewitz eröffnet. In dieser großstädtischen Vier-Zimmer-Wohnung lebten zehn Monate lang zehn Menschen zusammen. Leiterin des Heimes war Gertrud Hermes, die unter großen persönlichen Opfern die Gründung ermöglicht hatte. Sie wurde von einem Assistenten als zweitem Geistesarbeiter unterstützt. Hermann Heller schreibt über die Heime: „Die Volkshochschulheime bedeuten die denkbar intensivste Verwirklichung der Lebens- als Bildungsgemeinschaft“¹⁵.

Gegenüber der Heimvolkshochschule hatten die Heime den Vorteil, daß die Arbeiter ihre Arbeitsstelle nicht aufzugeben brauchten, sondern tagsüber arbeiten und abends und an den Wochenenden gemeinsam lernen konnten. Die erfolgreiche Realisierung der Idee fand bald Nachahmer. Bereits im August 1923 wurde das zweite und im Januar 1924 ein drittes Volkshochschulheim, dieses nur für Mädchen, gegründet. Im Verlauf der 20er Jahre folgten noch weitere, und Herbert Schaller¹⁶ formte aus den von ihm begründeten beiden Heimen eine Heimvolkshochschule, „die am Rand der Großstadt gelegen war und Jungen und Mädchen aus der Arbeiterschaft für sechs Monate von ihrer Berufsarbeit freistellt, um sie nun systematisch für den politischen Klassenkampf zu bilden“¹⁷. Die Heime waren ökonomisch unabhängig, weil sie von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern selbst finanziert wurden. „Organisatorisch waren die Heime trotz ihrer engen Verbindung zum Volksbildungsamt ‚von der Stadtpolitik unabhängige Stiftungen‘“¹⁸. Jedoch unterstützte die Stadt die Heime insofern, als sie, obwohl große Wohnungsnot herrschte, die Beziehung der notwendigen Wohnungen begünstigte. Seit etwa 1925 besoldete die Stadt auch die in den Heimen wohnenden Lehrer¹⁹.

Inhaltlich gab es zwischen den Intentionen von Gertrud Hermes und Herbert Schaller sicherlich große Unterschiede. Was allen Volkshochschulheimen jedoch gemeinsam war und was sie zu einem Modell auch noch für die Gegenwart macht, ist die Vorstellung, daß eine Lebensgemeinschaft gleichzeitig zu einer Bildungs- und Lerngemeinschaft geformt werden kann. Eine solche Gemeinschaft kann heute noch – besonders für Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus gesellschaftlichen Schichten, denen der Gedanke an Weiterbildung fremd ist – Bildungsbarrieren überwinden und zur Weiterbildung motivieren.

5. *Das Ende der freien Volksbildung in Leipzig*

In der Zeit zwischen März und Mai 1933 erreichten die Druckwellen gegen die freie Volksbildungsarbeit und die Leipziger Volkshochschule ihren Höhepunkt. Die Ereignisse in diesen Tagen sind aber nicht allein das Ergebnis nationalsozialistischen Terrors und die Folgen begonnener Gleichschaltungspolitik. Seit 1929 förderte der Rat der Stadt Leipzig national orientierte Erwachsenenbildungseinrichtungen in Leipzig und kürzte gleichzeitig die Mittel für Volksbildungsamt und Volkshochschule. Diesen Restriktionen auf der einen Seite unterworfen, sah sich die Volkshochschule andererseits den Vorwürfen parteipolitischer Bindung und Beschränkung sowie marxistischer Orientierung ihrer Inhalte ausgesetzt.

Am 15. März 1933 wurde der tags zuvor definierte Erlaß „Erziehung zu nationaler und völkischer Gesinnung“ des Bevollmächtigten des Reichskommissars für Volksbildung, Dr. Hartnacke, veröffentlicht. In diesem Erlaß heißt es: „Ich mache es jedem Lehrer und Erzieher im Lande Sachsen zum amtlichen Pflicht, sich in jedem Augenblick bewußt zu sein, daß er für die Erziehung deutscher Jugend zum nationalen und völkischen Gedanken, zum Christentum und zu echter Volksgemeinschaft verantwortlich ist. Äußerungen und Handlungen der Klassenverhetzung und undeutsche Gesinnung ... ziehen die schärfsten Maßnahmen des Dienststrafenverfahrens nach sich. Insbesondere gilt das für Äußerungen gegen Parteien und Personen, welche die Träger der nationalen Erziehung sind ...“²⁰. Ausdrücklich wird im weiteren erwähnt, daß diese „Pflichten“ auch für alle Lehrenden an Volkshochschulen gelten. Durch Unterschriftsleistung müssen sich jetzt alle Leiter und Lehrenden „zu strengster Innehaltung der Bestrebungen“ verpflichten. Der Erlaß endet mit dem Satz: „Es darf keine Gleichbehandlung für die vaterländischen und die vaterlandslosen Organisationen und Bildungseinrichtungen geben“²¹.

Am 16. März wird dieser Erlaß durch den Leipziger Stadtrat Stahl mit der Erläuterung, daß „von heute ab kein Volkshochschullehrer mehr eine Stunde Unterricht erteilen darf, der sich nicht schriftlich im oben verfügten Sinne verpflichtet hat“²², an die Volkshochschule weitergegeben. Am gleichen Tag spricht die SA eine weniger bürokratische Sprache: Sturmtrupps überfallen das Volkshochschulheim „Schule der Arbeit“ in Schleußig und verwüsten es. Angesichts diese Terrors schließen die Volkshochschulheime, und der Rat der Stadt Leipzig löst zeitgleich

das Volksbildungsamt auf. Damit sind zwei der drei Standbeine der Leipziger Volksbildungsarbeit zerschlagen, doch auch die Volkshochschule selbst steht vor ihrem Ende. Ihre kommunale Selbstbestimmung ist faktisch bereits durch den Erlaß Hartnackes außer Kraft gesetzt. Wenige Tage später erscheint in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ ein Aufsatz zur nationalen Volksbildung von Günter Wehenkel, dem Leiter der Leipziger Fichte-Hochschule. In diesem Aufsatz kommt er nach einigen scheinliberalen Ausführungen bald zum bildungs- und machtpolitischen Kernpunkt: „Durch die nationale Revolution sind die machtpolitischen Hindernisse für eine Entfaltung nationaler Volksbildung gefallen. Auch das Bildungsziel der nationalen Volksbildung wird klar umrissen: „Nationale Volksbildung hat die Totalität deutschen Lebensbereichs, der das Deutschtum außerhalb der Reichsgrenzen mit umfaßt, einzubeziehen. Diese Haltung hat hinter dem Bildungsstoff zu stehen und gewissermaßen durch ihn hindurchzuleuchten“²³. Wehenkel hat aber auch ein institutionelles Anliegen. Aufgrund der Bedeutung nationaler Volksbildung appelliert er an Staat und Stadt und fordert, daß diese „sich nachdrücklich um den öffentlich-rechtlichen Ausbau allgemeiner deutscher Volksbildungsarbeit kümmern“ müssen. Damit meint er die Fichte-Hochschule Leipzig, die in 14 Jahren bewiesen habe, „daß und wie ... nationale Volksbildung von unterschiedener Grundhaltung in der Großstadt möglich und wichtig ist“²⁴. Vor diesem Hintergrund beruft er nach der Schließung des Volksbildungsamtes vom Leipziger Oberbürgermeister bestätigte Leiter der Volkshochschule, Hermann Gramm, am 24. März eine Lehrersitzung ein. Zentrale Frage der Beratung ist, ob die Lehrer der Volkshochschule die im Erlaß von Hartnacke geforderte Unterschrift leisten wollten und ob dies zum Weiterbestehen der Volkshochschule führen würde. Einige Lehrer hatten bereits unterschrieben, der größere Teil des Lehrkörpers aber will zunächst gemeinsam beraten. Das Protokoll dieser Sitzung gibt eine quälende Diskussion wieder, in der sich schließlich eine Kompromißlösung von Gramm durchsetzte, der einer Zusage zur Weiterführung der Volkshochschule durch den nationalsozialistischen Stadtschulrat Bennewitz naiv Glauben schenkte. Gramm wird ermächtigt, über den weiteren Bestand der Volkshochschule zu verhandeln. Diejenigen Mitarbeiter, die für den Sommerabschnitt 1933 einen Kurs planen, können sich in eine Liste eintragen und sprechen so ihre Zustimmung zum Erlaß aus. Etwa ein Drittel der Lehrerschaft unterschreibt, doch zu einem Sommersemester kommt es nicht mehr.

Die NSDAP hatte längst beschlossen, daß die Fichte-Hochschule die einzige Volkshochschule in Leipzig werden solle. Gramm tritt daraufhin am 12. April 1933 zurück, und die Vertreter der Volkshochschule beschließen am 5. Mai 1933 die Auflösung, nachdem zuvor die Stadt Leipzig bereits ausgetreten war. Damit entgeht die Volkshochschule Leipzig dem Schicksal der Gleichschaltung. Kommunale Weiterbildung aber wird es in Leipzig 60 Jahre lang nicht mehr geben.

Bis 1935 lassen die Nationalsozialisten die Fichte-Hochschule bestehen. Im April diesen Jahres wird die Volksbildung dem Kreisschulungsamt der NSDAP unterstellt, die Fichte-Hochschule aufgelöst und die Gleichschaltung im Weiterbildungsbereich endgültig vollzogen.

6. Volkshochschule in Leipzig von 1946 bis 1989

Das Kriegsende führte weder in Leipzig noch in den anderen Städten und Gemeinden der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands zu einer Revitalisierung der kommunalen Erwachsenenbildung. Es wurden zwar 1945 Vorbereitungen für ein Volkshochschulprogramm getroffen und ein erster Arbeitsplan für den Zeitraum Januar/Februar 1946 vorbereitet, aber der Termin der Wiedereröffnung am 6. Januar 1946 wurde von der Sowjetischen Militäradministration (SMA) durchkreuzt. Die SMA verfügte durch Befehl Nr. 22 des Marschalls Shukow die Gründung von Volkshochschulen in den größeren Städten zum 1. April 1946.

Das „Statut der Volkshochschulen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“ definiert die Aufgaben der Volkshochschulen, die Vereinheitlichung von Lehrplänen wird angekündigt, die Einrichtungen werden unter politische Kontrolle gestellt, und spätestens mit den Ausführungsbestimmungen zum Statut wird der Charakter durch die Betonung des „S“ wie Schule festgelegt. Zuständig für die Definition von Richtlinien, für Arbeitsmethoden und einen einheitlichen Lehrplan wird die Deutsche Verwaltung für Volksbildung in Berlin. Lediglich die Sachträgerschaft verbleibt als städtische Aufgabe. Diese Entwicklungslinie wird auch nach Gründung der DDR beibehalten. Die in der Weimarer Republik leidenschaftlich verteidigte Unabhängigkeit vom Staat wird aufgehoben. Die Volkshochschulen sind staatliche Bildungseinrichtungen.

In den ersten Programmen nach 1946 bleibt aber zumindest der allgemeinbildende Charakter der Leipziger Volkshochschule erhalten. Ihr Leiter, Herbert Schaller, veranstaltet vom 8. bis 14. August 1948 in Rochlitz erstmals eine Volkshochschulwoche unter dem Plakatmotto „Volkshochschule, die Ihr nicht kennt“. Der Veranstaltungsplan sieht neben dem Eröffnungsvortrag über „Die weltpolitische Lage“ sechs Arbeitskreise, Filmvorführungen, Chor- und Orchesteraufführungen, Abendfeiern, Museumsführungen und Sonderveranstaltungen vor. Die Frage „Warum Volkshochschulwochen?“ beantwortet Schaller im Text der Einladung zur Eröffnungsveranstaltung: „Die Probleme unserer Zeit sind vielgestaltig und deshalb für den einzelnen nicht leicht zu überschauen. Die Aufgabe, sich ein Bild der tatsächlichen Wirklichkeit zu verschaffen, steht jedoch unmittelbar vor jedem, der sich seiner Verantwortung gegenüber Gegenwart und Zukunft bewußt ist. Wo der einzelne, auf sich allein gestellt, nur schwer weiterkommt, wollen wir durch Zusammenarbeit einen Weg finden. Unsere Volkshochschulwoche soll die Möglichkeit bieten, Erfahrungen auszutauschen und dabei neue Anregungen zu empfangen“²⁵. Der Erfolg dieser Woche ist durchschlagend und das Interesse riesengroß. Teilnehmer sprechen von einem aufwühlenden und richtungsweisenden Erlebnis.

Diese Form der Volkshochschularbeit aber bleibt die Ausnahme. Bereits im Dezember 1948 kündigt Schaller in einer Mitteilung an die Hörer der Volkshochschule an, daß „für die Zukunft angestrebt wird, den Schulcharakter der Volkshochschule noch mehr zu betonen (Zeugnisse in bestimmten Fächern)“²⁶. 1949/50 beginnt die Leipziger Volkshochschule mit Studienlehrgängen und Oberschullehrgängen zur Erlangung der Hochschulreife in Abendkursen. Betriebsvolkshochschulen werden ab 1950 aufgebaut. In diesen wird nach vorgegebenen Lehrplänen zum Facharbeiter und Meister ausgebildet. Aus den Betriebsvolkshochschulen erwachsen die betriebseigenen Fachschulen, an welche die Volkshochschulen die genannten Aufgaben delegieren.

Im Herbst 1956 wird die Volkshochschule schließlich zu einer allgemeinbildenden Schule für Erwachsenen umgebildet. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen mehrsemestrige Lehrgänge zum Abschluß der Grund-, Mittel- und Oberschule. Daneben werden schreibtechnische und propädeutische Kurse und berufliche sowie im geringen Umfang kulturelle Bildung angeboten. Mit diesem Programmprofil besteht die Volkshochschule bis zur Wende im Jahre 1989.

Auch danach bleibt die Leipziger Volkshochschule zunächst eine staatliche Einrichtung des Freistaates Sachsen. Erst zum 1.1.1983, 60 Jahre nach ihrer Zerschlagung, wird sie wieder kommunalisiert und kann an ihre große Tradition anknüpfen.

7. Leipziger Richtung – Arbeiterbildung – Arbeitnehmerweiterbildung

In den Schlußbetrachtungen seines 1969 erschienenen Buches über die „Arbeiterbildung in der Volkshochschule“ stellt Klaus Meyer die Frage nach der Bedeutung der Leipziger Richtung für die Gegenwart²⁷. Er konstatiert, daß Arbeiter in den Veranstaltungen der Volkshochschulen stark unterrepräsentiert seien, und dieses Faktum gebe „der Leipziger Theorie und Praxis der Arbeiterbildung auch heute einen Wert, der weit über das historische Interesse, das sie beanspruchen kann, hinausreicht“²⁸. Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre, als Meyer dies behauptete, erfuhr die Arbeiterbildung sowohl in der theoretischen Diskussion als auch in der Praxis einen Aufschwung, eng verknüpft mit Oskar Negts Buch „Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen“. In dieser Veröffentlichung, welche z.B. in der IG Metall die kurze Blüte der Bildungsobleuteschulung anleitete, geht Negt auch auf die Leipziger Richtung ein. Daß die Arbeit nach dem Konzept Negts in der IG Metall bald wieder eingestellt wurde, hatte etwas mit dem Erfolg zu tun. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bildungsobleuteschulungen erwarben eine Kritikfähigkeit, die sie mit soziologischer Phantasie auch innerhalb der eigenen Organisation anwendeten. Dies diskreditierte diese Bildungsarbeit bei den hauptamtlichen Funktionären der Gewerkschaft, die schließlich auch durchsetzten, dieses hochinteressante und erfolgreiche Experiment von Arbeiterbildung einzustellen.

In den gleichen theoretischen und praktischen Kontext gehört ein weiteres Projekt der Arbeiterbildung, die Einrichtung eines Volkshochschulheims nach Leipziger Vorbild im „Haus Balchen“, einem Barockhaus in der südlichen Altstadt Kölns²⁹. Professor Dr. Paul Röhrig und eine Gruppe von Studentinnen und Studenten des Diplomstudienganges Erwachsenenbildung der Pädagogischen Hochschule Rheinland, heute Erziehungswissenschaftliche Fakultät der Universität zu Köln, hatten nach einer Exkursion zu den dänischen Volkshochschulen den Wunsch, nicht nur theoretisch über Neue und Leipziger Richtung oder

über die Arbeiterbildung nach der Konzeption Oskar Negts zu diskutieren, sondern selber praktische Arbeiterbildung zu initiieren oder durchzuführen. Angeleitet von Paul Röhrig wurde die Idee entwickelt, ein Volkshochschulheim nach Leipziger Vorbild aufzubauen, da diese Form von Arbeiterbildung als die der fortgeschrittenen Industriegesellschaft angemessenste erschien. In beispielloser Kooperation mit der Stadt Köln, besonders dem damaligen Kulturdezernenten Dr. Kurt Hackenberg, gelang es, mit Beschluß vom 23.10.1973 ein Volkshochschulheim im „Haus Balchem“, im vitalen Kölner Severinsviertel, einzurichten. Der erste Kurs begann am 1. Juni 1975. Dieser sollte strikt nach dem Leipziger Vorbild durchgeführt werden. Neben einer hauptamtlichen Leiterin sollten einige Studentinnen und Studenten des Diplomstudienganges Erwachsenenbildung zusammen mit zehn jungen Arbeiterinnen und Arbeitern im Haus wohnen und zusammen lernen, also das alte Modell vom Zusammenleben von Hand- und Geistesarbeitern. Dieser Kurs scheiterte in der Hauptsache wohl an einer zu engen Auslegung des Konfliktansatzes in der politischen Bildung, darüber hinaus aber auch an inneren Widersprüchen und der Unvereinbarkeit von Lebensstilen von Studentinnen und Studenten einerseits und jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern andererseits.

Um den Versuch nicht bereits mit dem ersten Kurs scheitern zu lassen, suchten die Initiatoren einen engeren Kontakt zu den Gewerkschaften. Die Leiter der folgenden Kurse, Dieter Haas und Friedel Giesen, kamen beide aus der Gewerkschaftspraxis und setzten die Arbeit bis 1983 erfolgreich fort. Das Modell der Arbeiterbildung im „Haus Balchem“ war von Anfang an politisch umstritten, und nach dem Machtwechsel in Bonn, der sich auch auf die politische Konstellation im Kölner Stadtrat auswirkte, beendete eine Mehrheit aus CDU und FDP dieses Experiment der Arbeiterbildung vorläufig.

Die Kölner SPD war nicht bereit, diese außergewöhnliche Form der Arbeiterbildung aufzugeben, und beschloß am 11.3.1986 gemeinsam mit den GRÜNEN, die Kurse im „Haus Balchem“ wieder einzurichten, diesmal mit einer Laufzeit von 18 Monaten. Vom 1.10.1991 bis 31.3.1993 wurde ein solcher Kurs auch erfolgreich durchgeführt. Inzwischen hat sich die materielle Situation der Kommune verschlechtert, und die Volkshochschule Köln muß mit erheblich geringeren kommunalen Zuschüssen auskommen, was auch eine Weiterführung der Kurse im „Haus Balchem“ gefährdet.

Um die Kosten für die Kurse zu senken, wurde ein Kooperationspartner gesucht und mit der Handwerkskammer zu Köln auch gefunden. Diese hat einen Vertrag mit der FAS (einem Äquivalent zur Handwerkskammer) in der Kölner Partnerstadt Cork in Irland. Dieser Vertrag hat zum Inhalt, irische Jugendliche in Köln in Handwerksberufen auszubilden. Am 1.2.1994 stimmte der Rat der Stadt Köln ohne Gegenstimme einem von der Volkshochschule erarbeiteten Kooperationsmodell zu. Es sieht vor, irische Jugendliche für die Dauer ihrer Ausbildung im Haus unterzubringen. In Zusammenarbeit mit dem Internationalen Bund für Sozialarbeit werden die notwendigen ausbildungsbegleitenden Hilfen durchgeführt. Die Volkshochschule bietet den Bewohnerinnen und Bewohnern des Hauses und Kölner Jugendlichen, die wegen einer auf dem Hause liegenden Zweckbindung unbedingt miteinbezogen werden müssen, ein Programm in politischer, sozialer und kultureller Weiterbildung an.

Wir haben diese Beispiele der Kurse im „Haus Balchem“ hier so ausführlich geschildert, weil wir zeigen wollen, daß das in Leipzig entwickelte Volkshochschulheim ein immer noch unübertroffenes Modell von Arbeiterbildung unter den Bedingungen der fortgeschrittenen Industriegesellschaft darstellt und auch flexibel an Veränderungen angepaßt werden kann.

Seit dem 6.4.1994 leben die ersten acht jungen Irinnen und Iren im Haus, und die ersten Erfahrungen in der Praxis sind vielversprechend. Zum Beginn des Ausbildungsjahres wird das Haus mit 18 Teilnehmerinnen und Teilnehmern voll belegt sein und eine neue und hoffentlich spannende und erfolgreiche Kursarbeit beginnen. Gerade in einer Zeit zunehmender Individualisierung und Entfremdung ist ein Bildungsexperiment, welches das in Leipzig entwickelte Konzept des Zusammenlebens und -lernens in den Mittelpunkt stellt, enorm wichtig und vielleicht nachahmenswert.

Anmerkungen

- ¹ Eduard Spranger führte als Professor in Leipzig, später in Berlin und ab 1946 in Tübingen die lebens-, geschichts- und kulturphilosophischen Forschungen Diltheys fort.
- ² Vgl. Franz Walter/Tobias Dürr/Klaus Schmidtke: Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora. Bonn 1993
- ³ Hermann Heller: Freie Volksbildungsarbeit. Leipzig 1924, S. 1 f.

- ⁴ Ebd., S. 4
- ⁵ Fritz Borinski: Arbeiterbildung im Leipzig der zwanziger Jahre. In: Arbeiterbildung, Erwachsenenbildung, Presse. Festschrift für Walter Fabian zum 75. Geburtstag. Köln, Frankfurt/M. 1977, S. 19
- ⁶ Klaus Meyer: Arbeiterbildung in der Volkshochschule. Stuttgart 1969, S. 80
- ⁷ Hermann Heller: Die Volkshochschule Leipzig. In: Gesammelte Schriften. Band 1. Leiden 1971, S. 652 f.
- ⁸ Hermann Heller: Sozialismus und Nation. A.a.O., S. 443
- ⁹ A.a.O., S. 496
- ¹⁰ Hermann Heller: Freie Volksbildungsarbeit. A.a.O., S. 25
- ¹¹ Vgl. Paul Hermberg/Wolfgang Seiferth: Arbeiterbildung und Volkshochschule in der Industriestadt. Breslau 1932
- ¹² A.a.O., S. 26
- ¹³ Klaus Meyer: Arbeiterbildung ... A.a.O., S. 134
- ¹⁴ Ebd.
- ¹⁵ Hermann Heller: Freie Volksbildungsarbeit. A.a.O., S. 58
- ¹⁶ Herbert Schaller gehörte zum Team der hauptamtlichen Mitarbeiter der Leipziger Volkshochschule. Von einer Reise nach Rußland in der Mitte der 20er Jahre kam er als engagierter Anhänger des Marxismus-Leninismus zurück, blieb aber bis 1931 Mitglied der SPD. Die Karl-Marx-Universität in Leipzig ernannte ihn zum Professor.
- ¹⁷ Fritz Borinski: Arbeiterbildung ... A.a.O., S. 21
- ¹⁸ Klaus Meyer: Arbeiterbildung ... A.a.O., S. 61
- ¹⁹ Vgl. ebd.
- ²⁰ Erziehung zu nationaler und völkischer Gesinnung. Erlaß des sächsischen Reichskommissars für Volksbildung vom 15. März 1933, I
- ²¹ Ebd., III
- ²² Hermann Gramm: Aktenvermerk zum Erlaß am 16.3.1933
- ²³ Günter Wehenkel: Nationale Volksbildung. In: Leipziger Neueste Nachrichten vom 24. März 1933
- ²⁴ Ebd.
- ²⁵ Herbert Schaller: Warum Volkshochschulwoche? Einladung zur Volkshochschulwoche Leipzig, August 1948
- ²⁶ Herbert Schaller: An unsere Hörer. Dezember 1948
- ²⁷ Vgl. Klaus Meyer: Arbeiterbildung ... A.a.O., S. 231
- ²⁸ Ebd.
- ²⁹ Nikolaus Richartz leitet das Projekt „Haus Balchem“ seit dem 1.7.1993. Gemeinsam mit Wolfgang Guth, der am 1.11.1993 Leiter der Volkshochschule Leipzig wurde, hat er eine neue Konzeption entwickelt.

Kurt Meinl

Die Volkshochschule Jena – Aspekte ihrer Entwicklung im Wandel der staatlichen Machtverhältnisse

Die Volkshochschule Jena (VHSJ) gehört zu den Einrichtungen, die weder aus der Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland noch aus dem Bildungsgeschehen und dem geistig-kulturellen Leben in der Saalestadt in unserem Jahrhundert wegzudenken sind. Sie blickt auf eine 75jährige Vergangenheit zurück. Ihre Gründung fiel zusammen mit dem Entstehen der ersten demokratischen Republik. In seiner Verfassung beauftragte der junge Staat das Reich, die Länder und die Gemeinden, das Volksbildungswesen und mit ihm die Volkshochschulen zu fördern. Den Forderungen der Weimarer Verfassung an das Schulwesen entsprach die VHSJ mit demokratisch-humanistischen Zielstellungen für ihre Bildungstätigkeit, und unter den Bedingungen der demokratischen Staatsordnung der Weimarer Republik entwickelte sie sich zu einem Bereich selbstgestalteter demokratischer Lebenswirklichkeit. Der NS-Staat ließ in seiner Unterdrückung der Demokratie für die Fortsetzung der demokratischen Traditionen der Volkshochschule keinen Raum. Unter den Bedingungen der sowjetischen Besatzung und der DDR war die VHSJ in den ersten Jahren nach 1945 bemüht, an den Geist der Volkshochschule und ihre Traditionen vor 1933 anzuknüpfen, jedoch fanden diese Bestrebungen danach keine Weiterführung infolge der straffen staatlichen Reglementierung der Volkshochschulen und ihrer Unterordnung unter die Ziele der zentralistischen Staatspolitik. Im vereinten Deutschland kann die VHSJ als lebendiges Glied einer freiheitlich-demokratischen Ordnung ungehindert wieder die bedeutenden Traditionen fortführen. Der ihr zuerkannte historische Rang, die „Keimzelle und der Modellfall der heutigen Volkshochschule in Deutschland“ zu sein, verlangt von ihr, mit ihrer Bildungsarbeit der Selbstverwirklichung der Menschen zu dienen und – frei von staatlichem Dirigismus – verantwortlich daran mitzuarbeiten, die vor der Gesellschaft stehenden anspruchsvollen ökologischen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben zu lösen.

1. Die Volkshochschule Jena in der Zeit der Weimarer Republik

Die VHSJ, ein Glied der Volkshochschule Thüringen (VHSTh), ist, wie der thüringische Regionalverband, Anfang 1919 entstanden. Beide traten nicht kraft staatlicher Akte ins Leben, sondern verdanken ihr Entstehen der Initiative einer Reihe von Persönlichkeiten. Als ihre Initiatoren wirkten Gelehrte der Jenaer Universität neben anderen Vertretern des Geisteslebens dieser Stadt, insbesondere der Pädagoge Wilhelm Rein, der Theologe Heinrich Weinel, der Philosoph und Pädagoge Herman Nohl, der Verleger Eugen Diederichs und seine Frau, die Schriftstellerin Lulu von Strauß und Torney und der Prokurist im Diederichs-Verlag und Germanist Reinhard Buchwald. Die Volkshochschulbegründer fanden mit ihrem Vorhaben den gewünschten breiten Konsens in allen Kreisen. So konnte die Gründungsversammlung der VHSTh, die am 25. Februar 1919 in den Räumen der Jenaer Firma Carl Zeiss stattfand, in Anwesenheit von Vertretern aller Parteien sowie aller Richtungen des geistigen-kulturellen und des kirchlichen Lebens vollzogen werden. Die VHSTh konstituierte sich als eingetragener Verein und bildete als Dachverband einen regionalen Zusammenschluß für alle örtlichen Volkshochschulen des Landes, in Jena, den kulturellen Herz Thüringens. Jena wurde dadurch zum geistigen und organisatorischen Zentrum der gesamten Volkshochschularbeit, das auch stark auf die Entwicklung des Volkshochschulwesens in ganz Deutschland und in anderen europäischen Ländern ausstrahlte.

Wie die VHSTh hatte auch die VHSJ einen eingetragenen Verein zum Träger. Mit einer Feier im großen Saal des Jenaer Volkshauses wurde sie am 1. April 1919 eröffnet.

Die VHSTh und mit ihr die VHSJ stellen eine besondere Spezies in der sogenannten „neuen Richtung“ der Volksbildungsbewegung dar, die für die freie, in keiner Abhängigkeit stehende und – im Unterschied zur „alten Richtung“ – zugleich für die intensive anstelle der extensiven Volksbildungsarbeit eintrat.

Ihre Gründer standen in enger Verbindung mit sozialen, kulturellen und pädagogischen Reformbestrebungen jener Zeit, und sie bewegte mit vielen anderen verantwortungsbewußten Menschen die Sorge, das Volk aus seiner Not nach dem verheerenden Ersten Weltkrieg zu einem Wiederaufstieg zu führen. Den Ansatz dazu sahen sie neben der Umformung der Wirtschaft in der Erneuerung der Grundlagen des geistigen Lebens. Nach ihren Intentionen war die Volkshochschule eine

„geistige Bewegung“, ihr Ziel „die Erweckung eines neuen gemeinschaftlichen Lebens in unserem Volk“ und damit die Herausbildung einer neuen Volksgemeinschaft. In der Satzung der VHSJ wird über ihr Ziel ausgesagt, daß sie „für alle Volksgenossen eine Erneuerung und Steigerung des geistigen Gemeinschaftslebens herbeiführen will“. Mit diesem Ziel wollte sie die lebendige Teilnahme aller Glieder des Volkes „an dem großen gemeinsamen Besitz unserer geistigen Güter fördern“. Dank dieser Ausrichtung ihrer Arbeit leistete sie einen wesentlichen Beitrag zur Demokratisierung auf geistig-kulturellem Gebiet. Der gleiche Geist, der die Gründer der VHSTh bewegte, beherrschte auch die Beratungen im Ausschuß für Volkshochschule und freies Volksbildungswesen auf der Reichsschulkonferenz 1920, für die ebenfalls „das letzte Ziel der Volksbildungsarbeit“ darin bestand, „die Vorbereitung für das Entstehen einer wirklichen Volksgemeinschaft zu sein“. Spezifisch für die VHSTh bzw. die sogenannte Thüringer Richtung auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung ist ihre enge Verbindung mit der Jugendbewegung, die auch Buchwald ausdrückt in der Bezeichnung der Volkshochschule als „Fortsetzung der Jugendbewegung für die Männer und Frauen, die aus ihr hervorgingen“. Aus dieser Verbindung resultieren vor allem zwei Momente, die für die VHSTh bestimmend geworden sind. Es ist – über die reine Wissensvermittlung hinaus – nach dem Postulat „Dennoch der Mensch!“ das Streben, der Entfaltung des Menschentums in jedem Menschen, seiner „Selbstbildungsarbeit“ zu dienen, sein Leben zu durchgeistigen und zu verinnerlichen. Untrennbar damit verbunden steht das andere Anliegen, wahre menschliche Beziehungen untereinander im Sinne des echten Brudergeistes, echte Gemeinschaft entstehen zu lassen und dafür durch ein vielgestaltiges Gemeinschaftsleben weiten Raum zu geben.

Grundlegend für die VHSTh und ihre einzelnen Glieder war ihre über jeder parteipolitischen Stellungnahme stehende Neutralität, ihr Grundsatz, im Geist freier Wissenschaft allen wissenschaftlich begründeten Anschauungen das Wort zu geben und ferner das Prinzip, in der Auseinandersetzung zwischen weltanschaulichen, konfessionellen und politischen Richtungen zwar als Aussprachestätte unter sachkundiger Leitung zu wirken, ohne dabei jedoch als Institution eine parteiliche Stellung für die eine oder andere Interessengruppierung zu ergreifen. In ihrer überparteilichen Haltung haben sich die VHSTh und die VHSJ nicht beirren lassen, obwohl sie wiederholt von verschiedenen politischen Richtungen der Kritik ausgesetzt waren, nicht ausreichend

parteilich in ihrem Sinne zu wirken. Hochschule zu sein, nahm die VHSTh mit ihren örtlichen Einrichtungen für sich in Anspruch, weil sie sich zu dem hochschulgemäßen Grundsatz der Lehr- und Lernfreiheit, der geistigen Selbständigkeit bekannte und das Lernenwollen sowie die Wahl der Studiengegenstände der eigenen freien Entscheidung der Hörer überließ. Als Volkshochschule wollte sie gelten in dem Sinne, daß sie für jeden Lernwilligen ohne Vorbedingungen hinsichtlich seiner Vorbildung offen war. Die VHSJ war eine demokratisch verfaßte Institution, deren Arbeit eine von den Mitgliedern ihres Trägervereins angenommene Satzung zugrunde lag. Vertreten und geleitet wurde der Verein von einem durch die Mitgliederversammlung gewählten Vorstand (Ausschuß). Der erste Vorsitzende der VHSJ nach ihrer Gründung war Wilhelm Rein, der als Professor der Pädagogik an der Universität Jena lehrte. In seiner ursprünglichen und späteren Zusammenarbeit zählten zum Vorstand neben Professoren und anderen Akademikern auch Vertreter aus Arbeiterkreisen. Neben Mitgliedern des Lehrkörpers gehörten ihm auch Vertreter der Hörschaft an.

Die Satzung der VHSJ, deren Entwurf von dem Jenaer Professor für Rechtswissenschaft, Eduard Rosenthal, dem Schöpfer der Verfassung des zum 1. Mai 1920 aus sieben ehemaligen Kleinstaaten neu gebildeten Landes Thüringen, stammte, wurde am 2. November 1919 beschlossen. Sie gewährleistete allen Beteiligten die Mitbestimmung in den Angelegenheiten der Volkshochschule. In ihr war festgelegt, daß jeweils zu Semesterbeginn die an der VHS tätigen Lehrkräfte zu einem „Verband (Lehrerrat)“ zusammentreten und aus ihrem Kreis für die Dauer eines Jahres zwei Vertreter zu Mitgliedern im Vorstand des Vereins wählen. Die Satzung sah ferner vor, daß die Teilnehmer der einzelnen Kurse nach den ersten vier Semesterwochen je zwei Vertreter als Mitglieder des Hörerrates wählen und daß dieser wiederum jährlich im November vier Hörer zu Mitgliedern des Vereinsvorstandes wählt. Die genannten Räte des Lehrkörpers und der Hörschaft haben regelmäßig gearbeitet und auf die Tätigkeit der VHS wirksam Einfluß genommen.

Die erfolgreiche Entwicklung der VHSJ, ihre Mittelpunktstellung im deutschen Volkshochschulwesen und die weit nach außen gedrungene Anerkennung ihres Wirkens sind in hohem Maße das Verdienst ihrer Leiter. In dieser Eigenschaft wirkten an ihr Wilhelm Flitner seit 1919, Adolf Reichwein ab 1925 und Heiner Lotze seit 1929. Es waren junge Wissenschaftler und engagierte Demokraten, die mit persönlicher Tatkraft, viel Ideenreichtum und Weitblick unermüdlich für die Bil-

derung des Volkes wirkten. In der eigenen Lehrtätigkeit an der VHSJ setzten ihre Leiter unterschiedliche Schwerpunkte. Für Flitner war es das weltanschauliche sowie lebenskundliche Gebiet, in engerem Sinn der Bereich der Ethik. Demgegenüber stand bei Reichwein „die Behandlung aktueller politischer und wirtschaftlicher Fragen“ im Vordergrund. Ebenso wandte sich Lotze den realen Prozessen im politisch-sozialen und wirtschaftlichen Leben zu, und wie sein Vorgänger machte er sich auch um die Erwerbslosenbildung verdient. Ein besonderes Verdienst der Leiter der VHSJ und anderer führender Vertreter der Thüringer Volkshochschulbewegung sind ihre Leistungen zur theoretischen Begründung der Volkshochschule und ihr thematisch breit gefächerter Beitrag zur Pädagogik der Erwachsenenbildung. Väter des Erfolgs in der Entwicklung der VHSJ waren mit ihren Leitern insbesondere auch ihre Lehrkräfte, zu denen Universitätsprofessoren, Lehrer und nicht im Lehrberuf tätige Fachkräfte auf den verschiedensten Gebieten gehörten.

Hörer der VHSJ konnte werden, wer das 18. Lebensjahr erreicht hatte. Abgesehen von dieser allgemeinen Altersgrenze war von ihrem Besuch niemand wegen der Nationalität, der sozialen Stellung, des Bekenntnisses oder aus anderen Gründen ausgeschlossen. Alle Gruppen im Jugend- und Erwachsenenalter und beider Geschlechter nahmen gleichberechtigt an den Veranstaltungen der VHS teil.

Im ersten Semester nach der Gründung hatten an der VHSJ 2060 Hörer Kurse belegt. Im Zuge des Abklingens der Euphorie war die Hörerzahl auch an der VHSJ rückläufig. Nach zeitweisigem Absinken auf weniger als 1000 Teilnehmer bereits in den Lehrabschnitten vor dem Winter 1925 zählte sie danach bis zum Frühjahr 1931 in den einzelnen Trimestern unter 1000 Hörer, und in den folgenden Trimestern hatte sie auch nicht konstant über 1000 Besucher. Im Zeitraum von 1919 bis 1932 lag der Anteil der Frauen an der Gesamthörerzahl in den meisten Trimestern über dem der Männer. Auch unter den Lehrkräften war der Anteil der Frauen relativ hoch. So waren von den im Sommer 1920 an der VHSJ beschäftigten 57 Lehrkräften 12 weiblichen Geschlechts. Altersmäßig konzentrierte sich die Hörerschaft auf die Gruppen der bis 22jährigen. Ihr Anteil an der Hörerschaft betrug im Herbst 1931 bei den Männern und Frauen etwas über 40%. Weitere 40% entfielen bei beiden Geschlechtern auf die folgenden Altersgruppen bis zu 40 Jahren. Aus dem Kreis der Hörer erwuchs bald eine „Hörergemeinschaft“. Besonders aktive Anhänger fanden sich im „Helferkreis“ zusammen, der

ih für „Dienstleistungen aller Art“ einschließlich der „Geldbeihilfe“ zur Verfügung stand.

Dem Wachsen der Gemeinschaft unter den Angehörigen der VHS schenkte ihre Leitung stets große Aufmerksamkeit. Besondere Bedeutung dafür erlangten über die kooperative Tätigkeit in den Arbeitsgemeinschaften hinaus gemeinsame Veranstaltungen für alle Angehörigen der VHS, insbesondere Feiern beispielsweise zu Beginn oder zum Abschluß eines Lehrabschnittes sowie andere kulturelle und auch gesellige Aktivitäten. „Gesellige Abende“ an den Sonntagnachmittagen nach 17.00 Uhr bot bereits der dritte Arbeitsplan der VHSJ für den Winter 1920 an. Vorgesehen waren dafür Lesungen, Aufführungen, Musikdarbietungen und gemeinsames Singen. Im Dienste der Gemeinschaftsbildung war die VHSJ bemüht, zu allen Interessierten ständige Verbindung zu halten und sie über das Volkshochschulgeschehen zu informieren. Erfüllten zunächst die „Mitteilungen der Volkshochschule Jena“ diesen Zweck, ging Adolf Reichwein nach der Übernahme ihrer Leitung dazu über, als verbindendes Organ unter deren Anhängern und zur Förderung ihres Gedankenaustausches eine eigene Zeitschrift herauszugeben, die „Blätter der Volkshochschule Jena“, die erstmalig 1926 erschienen. Reichwein schwebte auch der Gedanke vor, für die VHSJ einen eigenen Bau zu errichten, mit dem sie als Bildungs- und Kulturgemeinschaft ihr Zentrum und eine feste Form erhalten sollte. Er sollte das erste eigene Gebäude einer deutschen Abendvolkshochschule sein und zu der Stätte werden, „wo die zentralste und intensivste Bildungsgemeinschaft erwachsener, werktätiger Menschen unserer Stadt sich ihre Schule, ihre Festgestaltung, ihren gemeinsamen Lebenskreis schafft“. Die Verwirklichung dieses Vorhabens mit einer veranschlagten Zeitdauer von acht Jahren ist über die Standort- und Finanzierungsverhandlungen sowie Entwürfe des aus dem Bauhaus ausgeschiedenen Architekten Adolf Meyer hinaus nicht zustande gekommen. In einer Industriestadt wie Jena mit ihrem hohen Anteil von Arbeitern an der Bevölkerung war es für die VHSJ ihrem eigenen Wesensverständnis entsprechend nur folgerichtig, daß sie sich in ihrer Tätigkeit von Anfang an besonders auf die Arbeiterschaft eingestellt hat, die vor allem in den zur Carl-Zeiss-Stiftung gehörenden Betrieben der Firma Carl Zeiss und des Glaswerkes von Schott konzentriert war. Von den männlichen Teilnehmern der VHSJ gehörten 70% zur Industriearbeiterschaft. Verstärkt wurde die Orientierung auf die Arbeiterschaft noch in der Zeit der Leitung der VHSJ durch Adolf Reichwein.

Er erkannte, daß es die Zukunft des Staates erfordert, „die industrielle Arbeiterschaft in sein Gefüge sinnvoll einzuordnen ... als die sozial und technisch führende Schicht“ und daß dieser Notwendigkeit nur entsprochen werden kann, „wenn diese selbst sich auf die von ihr geforderte Leistung, ihre produktive Aufgabe, einstellt.“ Reichweins Streben war darauf gerichtet, für die VHS „gerade den organisierten Arbeiter als das aktivste Element“ zu gewinnen. Die Profilierung der VHSJ als Erwachsenenbildungsstätte für die Arbeiterschaft der ortsansässigen Großbetriebe war aber eben auch notwendig zur Abwehr von Angriffen durch Vertreter der Arbeiterparteien, die ihr unterstellten, sie würde die Arbeiter ihrer sozialen Stellung und historischen Mission, die kapitalistische Ausbeuterordnung zu überwinden, entfremden.

Die VHSJ war eine Abendvolkshochschule. Vom zweiten Lehrgang an im Herbst 1919 fanden an ihr auch Jugendkurse für 15- bis 18jährige statt. Ab Herbst 1922 erhielten die für die Jugendlichen gedachten Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise die Bezeichnung „Jugendvolkshochschule“. Sie sollten für die Jugendlichen zu einem Ort geistigen und persönlich-geselligen Lebens, zu einer „Lebensgemeinschaft“ werden. Mit ihren Aussprache-, Musik- und Literaturabenden, Tanz- und Gymnastikübungen sowie Formen künstlerischer und kunsthandwerklicher Betätigung entsprachen die Veranstaltungen der Jugendvolkshochschule den Interessen, Lebensfragen, Freizeitwünschen und Gesellungsformen junger Menschen. Nach der Übernahme der Leitung der VHSJ durch Adolf Reichwein wurde die Jugendvolkshochschule grundlegend umgestaltet und auch von ihm selbst geleitet.

Am 1.5.1926 eröffnete Adolf Reichwein nach dem von Gertrud Hermes in Leipzig geschaffenen Vorbild mit Unterstützung durch die Carl-Zeiss-Stiftung ein Volkshochschulheim für Jungarbeiter, durch das er zu einer konzentrierteren Form pädagogischer Arbeit zu kommen hoffte. Das Heim nahm junge Arbeiter – in der Regel 12 Personen – im Alter von 18 bis 24 Jahren vorwiegend aus dem zur Carl-Zeiss-Stiftung gehörenden Zeiss-Werk und Schottischen Glaswerk zu einjährigen Lehrgängen auf. Es sollte „jungen Werktätigen eine Gelegenheit schaffen, neben ihrer beruflichen Arbeit die Grundlagen eines umfassenden Wissens und gemeinsamen Lebens zu erwerben.“ Die Jungarbeiter wohnten während dieser Zeit mit ihrem Leiter zusammen im Heim, gingen an den Werktagen tagsüber ihrer Arbeit nach und trafen sich an mehreren Abenden in der Woche zum Unterricht vorwiegend in Form von Arbeitsgemeinschaften. Der Unterricht erstreckte sich auf Natur-, Wirt-

schafts- und Staatslehre und sollte den Teilnehmern zu tieferem Grundwissen auf diesen Gebieten verhelfen. Abgeschlossen wurden die Lehrgänge mit mehrwöchigen Studienreisen, die meistens ins Ausland führten. Die Reisen waren inhaltlich langfristig gründlich vorbereitet worden u.a., durch das Erwerben von Fremdsprachenkenntnissen und das Vertrautmachen mit der Geschichte sowie den Lebens- und Wirtschaftsverhältnissen in den betreffenden Reisezielländern. Das einjährige Zusammenleben in der Heimgemeinschaft sollte auch dazu dienen, soziale Verhaltensweisen auszubilden, die für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft unerlässlich sind. Das Heimleben war genossenschaftlich nach den Grundsätzen demokratischer Selbstverwaltung organisiert. Die Ausgaben für die gemeinsame Lebensführung und die Großfahrt zum Lehrgangsabschluß wurden aus einer gemeinsamen Heim- und Reisekasse bestritten, in die alle Teilnehmer, der Heimleiter und die Wirtschafterin einen angemessenen Anteil ihres Lohnes einzahlten. Wöchentlich versammelten sich die Heimbewohner als „Hausparlament“ zur offenen Aussprache und gemeinsamen Entscheidung über alle Fragen, die das gemeinschaftliche Leben, Lernen und Vorbereiten von Vorhaben der ganzen Gruppe betrafen.

Ab Herbst 1926 schloß Reichwein der VHSJ, an der zuvor schon Betriebsräteurse eingerichtet waren, als Sonderabteilung eine Wirtschaftsschule und mit ihr „ein Stück besonderer Arbeiterbildung“ an. Sie war nach der Einstellung der „Volkswirtschaftsschule des Landes Thüringen“ die erste Stätte im Land, an der im Anschluß an die für die Arbeiter und Angestellten durch die Verfassung und die Gesetzgebung festgelegten Mitbestimmungsrechte insbesondere auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften „systematische Arbeiterbildung für Berufstätige“ stattfand. Ihre Aufgabe war es, eine etwa 40 Teilnehmer starke Gruppe von Arbeitern und Angestellten, insbesondere Arbeiterfunktionäre aus Betriebsräten, in einem zweijährigen, wöchentlich zweimal stattfindenden Abendkurs mit Gruppenarbeit in Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatslehre zu grundlegenden und selbständigen Einsichten in das geschichtliche Werden und den gegenwärtigen Aufbau von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu führen.

Die Stadt und die Carl-Zeiss-Stiftung unterstützten die VHSJ regelmäßig mit finanziellen Zuschüssen, deren Höhe eine steigende Tendenz aufwies, besonders in solchen Zeiten wie zu Beginn der dreißiger Jahre, in denen die Einnahmen aus den Hörergebühren infolge der wirt-

schaftlichen Not weiter Kreise der Bevölkerung rückläufig waren und die so verursachten finanziellen Defizite mit Hilfe höherer Zuschüsse ausgeglichen werden mußten. Die von dem Industriellen und Sozialreformer Ernst Abbe geschaffene Carl-Zeiss-Stiftung stellte der VHSJ in Gebäuden der Stiftung, vor allem im Volkshaus, kostenlos Geschäfts- und Unterrichtsräume einschließlich Heizung, Beleuchtung und Reinigung zur Verfügung.

In ihren Arbeitsplänen hat sich die VHSJ immer auf die aktuellen Bedürfnisse der allgemeinen politischen und wirtschaftlich-sozialen Entwicklung, auf die Lebensfragen des Volkes eingestellt. Im Zusammenhang damit nahm die politische Bildung einen breiten Raum in ihrer Arbeit ein. Sie vollzog sich vor allem in dem von den Fachgebieten Weltanschauung, Gesellschaft und Geschichte, Wirtschaft, Staat und Recht abgesteckten Raum. Für die politische Bildung relevante Themen von Einzelveranstaltungen und Lehrgängen waren in Auswahl z.B.: Die materialistische Geschichtsauffassung (1919); Die neue deutsche Reichsverfassung (1920); Was ist Politik? (1923); Das Dawes-Gutachten; Der Völkerbund (1924); Deutsche Wirtschaftsfragen auf Grund gemeinsamer Lektüre des Versailler Vertrages (1926); Der faszistische Staat und seine Arbeitsgesetze, Erörterung politischer Tagesprobleme (1928); Sozialismus (1929).

Die Aussprachen über politische Themen an der VHSJ waren vom Stil demokratischer Gesprächskultur geprägt. Gefordert waren Vorurteilslosigkeit in der Betrachtung der Dinge, die sachliche Begründung des eigenen Standpunktes und Toleranz gegenüber der Meinung des anderen.

Orientiert an den Bedürfnissen der Menschen, erkannte die VHSJ angesichts bestehender Arbeitslosigkeit ihre Verantwortung auch darin, besondere Kurse für Erwerbslose einzurichten. Etwa ein Viertel der rund 1000 arbeitslos gewordenen Werkkräftigen Mitte der zwanziger Jahre nahm die Möglichkeit sinnvoller Betätigung in den für sie speziell angebotenen Kursen und Arbeitsgemeinschaften wahr.

Aus den Kursen ging eine Werkgenossenschaft hervor, die in Verbindung mit der VHSJ tätig war. In dem Bestehen, den Bedürfnissen des Volkes zu dienen, war ihr Eintreten für die Völkerverständigung und im Zusammenhang damit ihre weltoffene Haltung eine wesentliche Komponente. Die Internationalität in der Arbeit der VHSJ fand ihren Ausdruck auf vielfältige Weise. Ihr Arbeitsplan enthielt von Anfang an ständig Angebote zum Erlernen einer Reihe fremder Sprachen und regelmäßig länderkundliche Veranstaltungen, die in die Geschichte und Kultur

anderer Völker einführten. Hervorzuheben sind ferner die Zusammenarbeit und der Besucheraustausch mit Volkshochschulen bzw. Organisationen der Erwachsenenbildung in anderen Ländern, vor allem mit England und den skandinavischen Staaten. Gruppen der VHSJ fuhren wiederholt nach England und Frankreich, und abschließende Studienfahrten des Volkshochschulheims führten mehrfach in die skandinavischen Länder, zum Balkan und im Rahmen einer Studienreise durch das Ruhr- und Saargebiet auch nach Luxemburg und Frankreich.

In der Erwachsenenbildung durch die VHSJ stand die denkende Verarbeitung des Lehrstoffes im Vordergrund. Anknüpfend an den Arbeitsschulgedanken und unter Berücksichtigung der persönlichen Reife erwachsener Menschen wurde daher die Arbeitsgemeinschaft mit ihrem hierarchiefreien Verhältnis zwischen Lehrkraft und Hörer als bestimmende Form für die Bildungstätigkeit der VHS erkannt und gepflegt. Daneben bildeten Vortragsreihen eine Hauptform ihrer Lehrtätigkeit. Eine spezielle Form ihrer Arbeit waren auch das Sommerlager an der Ostsee, das Erholung und Bildung durch besondere Volkshochschulkurse miteinander verband. Die leitenden Persönlichkeiten der VHSJ waren, wie Wilhelm Flitner, als einer der Initiatoren des Hohenrodter Bundes, Mitbegründer von Organisationen der Erwachsenenbildung, nahmen darin führende Positionen ein und waren maßgeblich am Zustandekommen und an der Durchführung von Veranstaltungen zu konzeptionellen und perspektivischen Fragen der Entwicklung auf diesem Gebiet beteiligt. Nach der Entlassung Reinhard Buchwalds 1930 aus seiner Tätigkeit auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung im Thüringischen Volksbildungsministerium durch den nationalsozialistischen Minister Wilhelm Frick und seinem Weggang von Jena ging die von ihm gleichzeitig ausgeübte Geschäftsführung der VHSTh in Personalunion mit an Heiner Lotze als Leiter der VHSJ über.

Hinausgehend über die als Zentrum der Volkshochschulbewegung im nationalen Rahmen unterhaltenen Kooperationsbeziehungen pflegte die VHSJ auch enge Verbindungen mit Organisationen der Erwachsenenbildung, z.B. der englischen „Workers' Educational Association“, und einer Vielzahl von Volkshochschulen in den Ursprungsländern der Universitätsausdehnungsbewegung und der Volkshochschulbewegung im Norden Europas. Die leitenden Kräfte der VHSTh und der VHSJ unterstützten in aktiver Form auch Vorhaben, die, wie beispielsweise die „Nordisch-deutsche Volkshochschulwoche“ im August 1925 in Meißen, darauf abzielten, zu einer engen Zusammenarbeit zwischen

dem Volkshochschulwesen in Deutschland und den traditionsreicheren Volkshochschulbewegungen der nordeuropäischen Länder und besonders in Skandinavien zu gelangen.

2. Die VHSJ als Deutsche Heimatschule Jena in der Zeit des Nationalsozialismus

Die Entlassung Buchwalds 1930 aus dem Staatsdienst durch den nationalsozialistischen Minister Frick war ein bezeichnender Akt für die feindselige Einstellung der Nationalsozialisten gegenüber der als liberalistisch und marxistisch verteufelten Volkshochschule. Ein Vierteljahr nach der Machtübernahme durch Hitler wurde auch Heiner Lotze in seiner Eigenschaft als Leiter der VHSJ und Geschäftsführer der VHS-Th ein Opfer des nationalsozialistischen Regimes. Eine Anzeige, daß im Volkshochschulheim eine sozialdemokratische Versammlung stattfindet, gab am 8. April 1933 den Anlaß für eine polizeiliche Aktion mit einer Hausdurchsuchung. Der beauftragte Polizeibeamte mußte vor Ort feststellen, daß es sich bei der gemeldeten Versammlung um eine Geburtstagsfeier im Volkshochschulheim handelte, zu der auch Teilnehmer aus früheren Lehrgängen zugegen waren. Bei der vorgenommenen Hausdurchsuchung ergab sich nach den Aussagen in seinem darüber angefertigten Bericht, daß das in der Heimbücherei, in der Privatbibliothek des Leiters und im Besitz der Heimbewohner befindliche Schrifttum „zu 80–90% marxistischen und speziell kommunistischen Inhalts“ sei, während „deutsche und nationale Literatur“ hingegen nur in geringer Anzahl existiere. Diese Feststellungen legten dem Polizeibeamten den Schluß nahe, „daß die von der Leitung dem Heim aufgeprägte Tendenz auch heute noch durchaus marxistisch ist“. Seine Einschätzung veranlaßte die Polizeidirektion Jena zu der Empfehlung an das Thüringische Ministerium des Innern, „entweder das Heim zu schließen oder aber zum mindesten durch einen Wechsel in der Leitung dem Heim ein für allemal die Möglichkeit zu nehmen, heute nicht mehr zeitgemäße politische Richtungen zu propagieren.“ In einer Stellungnahme, die dem Bericht der Polizeidirektion Jena an das Thüringische Innenministerium beilag, informierte Heiner Lotze über die Aufgaben, den Charakter und die Arbeitsweise des Volkshochschulheimes. Er betonte, daß ihm „keine politische, sondern eine pädagogische Aufgabe“ zugrunde liege, und daß die Teilnehmer auf Grund

der vom Staat verfügbaren Beschränkungen der Betätigung in Organisationen verpflichtet wurden, „keine führende Tätigkeit in oder für Arbeiterorganisationen auszuüben“.

Die Stellungnahme Lotzes hielt das Weimarer Innenministerium nicht davon ab, ihm die fristlose Entlassung auszusprechen. Es zeigte sich auch nicht bereit, diese Verfügung aufzuheben, als ihm der Vereinsvorsitzende der VHSJ die Listen mit annähernd 250 Unterschriften von Hörern, die gegen die Absetzung des Leiters der VHS protestierten, übergab und bescheinigte, daß Lotze „ausgezeichnete volkserzieherische Fähigkeiten an den Tag gelegt und sich der Erwachsenenbildung mit größter Hingabe und sehr gutem Erfolg gewidmet“ habe.

Schon in der Anfangszeit des neuen Herrschaftssystems traten Kräfte, die dem Nationalsozialismus mit seiner Blut- und Bodenideologie und seiner Rassenlehre ergeben waren, an die Spitze der bisherigen Volkshochschulbewegung in Thüringen. Die Überwindung der verfeimten liberalistischen Haltung der Volkshochschule erstrebten die neuen Wortführer durch eine Wendung zum „völkischen Realismus“. Damit war der VHS der Beitrag zur „Volkwerdung“ als Aufgabe gestellt, bei der es darauf ankam, von den volkbildenden Quellkräften der Heimat auszugehen und jedem einzelnen seine „Bindung“ an das Volk mit der daraus erwachsenden Verpflichtung zum persönlichen Opfer für die Volksgemeinschaft zu Bewußtsein zu bringen. Mit der „politisch-konzeptionellen Neuorientierung“ ging auch die inhaltliche und organisatorische Umgestaltung des Überkommenen einher. So wurde die Gleichschaltung mit dem NS-System, die Systemkonformität über den konzeptionellen Bereich hinaus durch Veränderungen auf inhaltlichem und organisatorischem Gebiet komplettiert. An die Stelle der bisherigen Bezeichnung trat mit Hilfe von Satzungsänderungen, die von den Mitgliederversammlungen der betreffenden Vereine im Herbst 1933 beschlossen wurden, die Umbenennung in Deutsche Heimatschule Thüringen (DHSTh) und in Deutsche Heimatschule Jena (DHSJ). Die DHSTh und die DHSJ waren als Vereine Rechtsnachfolger ihrer Vorgängerinnen.

In ihrer Satzung stellte sich die DHSJ die „Volkserziehung im Geiste des nationalsozialistischen Staates“ als Aufgabe. Die völlige Unterordnung unter das NS-System spricht auch aus der Bestimmung, wonach Einzelpersonen nur mit deutscher Staatsangehörigkeit und arischer Abstammung Glied des Vereins der DHSJ werden konnten.

Nach der Entlassung Lotzes war zunächst der Lehrer für höhere Schulen, Kurt Zierfuß, als Staatsbeauftragter für die VHSTh und die VHSJ

eingesetzt worden, der diese Aufgabe bis Herbst 1933 ausübte. Zu dieser Zeit ernannte das Thüringische Volksbildungsministerium Professor Johann Duken von der Jenaer Kinderklinik zum Führer der DHS-Th, der gleichzeitig auch Führer der DHSJ war. Geschäftsführer bzw. Leiter der DHSTh und der DHSJ war Paul Merkel in der Nachfolge für Heiner Lotze. Nach der Wegberufung Dukens 1934 war der Jenaer Schulrat Peter Schneider Führer der DHSTh, und Paul Merkel rückte zum Führer der DHSJ auf.

Während sich in anderen Teilen des Reiches die nationalsozialistischen Propagandaorganisationen der Erwachsenenbildung bemächtigten, bestand als Ausnahme in Thüringen die Deutsche Heimatschule mit – wenn auch eingeschränkter – organisatorischer Selbständigkeit und der ministeriell verfügten alleinigen Zuständigkeit in der Erwachsenenbildung. Sie erlangte den Status der Selbständigkeit aber auch nur um den Preis der einesteils selbst betriebenen und andererseits von außen verlangten festen Einbindung in das NS-Propagandasystem mit seiner Vielzahl von Organisationen. Der thüringische Volksbildungsminister und gleichzeitige Gauschulungsamtswalter der Nazipartei legte halbjährlich politische Pflichtschulungsthemen zur Durchführung durch die Heimatschulen fest. Für die ersten vier Schulungen lauteten die Themen: „1. Der Weg des Arbeiters zum deutschen Staat. 2. Der Sozialismus Adolf Hitlers. 3. Die Gemeinschaft des Blutes. 4. Die volksgebundene Wirtschaft.“ Zum anderen waren die Deutschen Heimatschulen mit dem Deutschen Volksbildungswerk verbunden, das die Deutsche Arbeitsfront und später die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ als Träger hatte und den Schulungsämtern der NSDAP unterstellt war.

In der NS-Zeit erfuhr die traditionell enge Verbindung zwischen der Volkshochschule und der Carl-Zeiss-Stiftung und ihren Betrieben im Interesse beider Seiten ihre weitere Ausdehnung und Vertiefung. Die DHSJ war an der weiteren Sicherung der stetig hohen Hörerzahl interessiert. Für die Vertreter der Stiftung war andererseits „vor dem Hintergrund der sich ausweitenden Produktion ein fundiertes Angebot an Qualifizierungskursen für die Arbeiter und Angestellten ihrer Werke“ wichtig.

Bildeten in der Vergangenheit die Arbeiter und Handwerker die eigentliche Zielgruppe der VHSJ, war jetzt der Anteil der höher gestellten Beschäftigtengruppen – aus dem Kreis der kaufmännischen und technischen Angestellten und der Beamten – im Anwachsen. Im

Herbst 1937 betrug dieser Anteil bei einer Gesamtanzahl von 1355 Hörern 37%; die Arbeiter und Handwerker waren zu diesem Zeitpunkt unter den männlichen Hörern noch am stärksten vertreten.

Der Krieg führte dazu, daß Institutionen, die im kulturellen Sektor aktiv waren, ihre Tätigkeit einschränken oder ganz einstellen mußten. In dem Maße, wie diese Folge des Krieges in Erscheinung trat, wuchs der Anspruch an die Wirksamkeit der DHSJ als „Kultur- und Bildungsvermittler der Stadt Jena“. Mit einer Vielzahl wissenschaftlicher und kultureller Veranstaltungen war sie bemüht, dieser Erwartung zu entsprechen. Im Winter 1940/41 bot sie 32 Veranstaltungen dieser Art an, darunter Lichtbildervorträge, Vorträge auf verschiedenen Wissensgebieten, Dichter- und Musikabende. Ihre Absicht war es, damit den Menschen willkommene Ablenkung und Entspannung von den Anstrengungen der Arbeit in der Rüstungsproduktion und von den sonstigen Belastungen des Kriegsalltags zu bieten und neue Kräfte bei ihnen zu mobilisieren.

Während die DHSJ bis zuletzt die Kriegspolitik der Naziherrschaft unterstützte, waren zur gleichen Zeit die Repräsentanten eines anderen Deutschland unter Einsatz ihres Lebens im antifaschistischen Widerstandskampf für die Beseitigung der Hitlerdiktatur und die Beendigung ihres völkermordenden Krieges tätig. Zu ihnen gehörten leitende Persönlichkeiten und Anhänger der früheren VHSJ, darunter Adolf Reichwein als führendes Mitglied des Kreisauer Kreises und Julius Leber als Leiter der sozialdemokratischen Widerstandsbewegung, dessen Freund und ehemaliger Schüler und Mitarbeiter der VHSJ, Friedrich Bernt, und als ehemaliger Lehrgangsteilnehmer am Volkshochschulheim der mit ihm freundschaftlich verbundene Walter Schmidt. Bekannt ist, daß der Kreis antifaschistischer Widerstandskämpfer unter den Anhängern der ehemaligen VHSJ umfangreicher ist als die benannte Personengruppe, jedoch bedarf es noch weiterführender Untersuchungen zu der Frage, wer von den Beteiligten am Widerstandskampf in enger Beziehung zu dieser Bildungseinrichtung stand.

3. Die Volkshochschule Jena unter den Bedingungen der sowjetischen Besatzung und der DDR

Volkshochschulanhänger der Weimarer Zeit gehörten nach dem Krieg auch zu den aktiven und zuverlässigen Mitstreitern beim Wiederaufbau

in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ). Dabei regte sich die Hoffnung, daß es jetzt nach der Beseitigung der NS-Diktatur möglich sein würde, eine neue Gesellschaft auf demokratischer und antifaschistischer Grundlage zu errichten.

Bereits unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges setzten in der SBZ seitens der Verwaltungen und politischen Vereinigungen auf örtlicher, Landes- und zentraler Ebene Bestrebungen zur Wiedereröffnung der Volkshochschulen ein. In Jena waren an diesen Aktivitäten auch die in ihrer Tätigkeit verbliebenen Mitarbeiter der DHSJ beteiligt. In der Personallfrage betreffs der Leitung der VHSJ gab es in dieser Phase Differenzen. Einflußreiche Persönlichkeiten in der städtischen Verwaltung und innerhalb der Parteien einschließlich des im Thüringischen Landesamt für Volksbildung (LafV) tätigen Referenten für Erwachsenenbildung setzten sich dafür ein, Paul Merkel auf Grund seiner Erfahrungen und seines Ansehens – trotz seiner Mitgliedschaft in der NSDAP und seines Eintretens für eine im Dienst des NS-Systems stehende Erwachsenenbildung – in seinem Amt zu belassen. Ob dieser Vorschlag bei den erlassenen scharfen Bestimmungen zur Entnazifizierung aussichtsreich gewesen wäre, muß als fraglich erscheinen. Andere ebenfalls tonangebende politische Kräfte wiederum hielten Paul Merkel wegen seiner Vergangenheit als Leiter der VHSJ für politisch nicht tragbar. Sie plädierten für Friedrich Bernt, der ein begeisterter Anhänger der früheren VHSJ war, als Volkshochschuldozent und Musikpädagoge über Erfahrungen in der Erwachsenenbildung und in der Jugendbildungsarbeit verfügte und infolge seiner bekannten politischen Einstellung als Sozialist und seiner aktiven Tätigkeit in kommunistischen Widerstandgruppen sowie im Keisauer Kreis hohe politische Reputation genoß.

Die vom Referenten für Erwachsenenbildung im LafV am 6.8.1945 erlassenen „Vorläufige(n) Richtlinien für die Erwachsenenbildung“ enthielten neben der Aufgabenstellung der Volkshochschulen, der Festlegung über den Einsatz von Referenten für Erwachsenenbildung innerhalb der Kreisbildungsämter u.a. auch die Anordnung, daß die Arbeit sofort mit Einzelvorträgen, Sprachkursen unter besonderer Berücksichtigung von Kursen für Russisch und allgemeintechnischen Lehrgängen begonnen werden kann und daß über geplante Vorhaben dieser Art zu berichten ist, um dafür die Genehmigung der Besatzungsmacht beschaffen zu können.

Auf der Grundlage dieser Bestimmungen wurde unter Merkels Leitung schon für den Herbst 1945 ein Arbeitsplan aufgestellt, die Dozenten-

auswahl getroffen und die inhaltliche und personelle Planung Anfang Oktober 1945 dem Kreisbildungsamt Jena sowie dem LAfV zur Einleitung der nächsten Schritte für die Genehmigung des Arbeitsprojektes übergeben. Eine ebenfalls im Oktober 1945 einberufene Mitgliederversammlung der DHSJ beschloß die Rückbenennung des Vereins in VHSJ und wählte in den Vorstand als Vorsitzenden den in der NS-Zeit gemäßregelten Schulleiter Paul Patzer und als stellvertretenden Vorsitzenden das Mitglied des Betriebsrates der Firma Carl Zeiss, Max Mähler. Der neue Vorstand beschloß Anfang Dezember 1945, zum Geschäftsführer der VHSJ Friedrich Bernt zu ernennen, der zuvor im September schon nach Beratung im Antifa-Block vom Kulturdezernenten Herbert Koch als Referent für Erwachsenenbildung im Kreisbildungsamt eingesetzt wurde und in dieser Funktion insbesondere für die Wiedereröffnung der Volkshochschule verantwortlich war.

Ogbleich alle Vorbereitungen für den Arbeitsbeginn getroffen und die Voraussetzungen dafür schon im Oktober 1945 gegeben waren, blieb die dazu erforderliche Genehmigung durch die Besatzungsmacht noch lange aus. Der Besatzungsstatus brachte es mit sich, daß die Gestaltung der Verhältnisse auf allen Lebensgebieten grundsätzlich durch Befehle der obersten Besatzungsbehörde geregelt wurden. Für das Volkshochschulwesen stand zum fraglichen Zeitpunkt eine derartige Grundsatzregelung noch aus. Als sie dann vorlag, stellte sich heraus, daß ihr in wesentlichen Fragen andere konzeptionelle Auffassungen zugrunde lagen als den Überlegungen, auf denen bislang die Aktivitäten zur Vorbereitung der Wiedereröffnung der VHSJ basierten. Dadurch kam es auch, daß von den bis dahin geschaffenen Ansätzen in der weiteren Entwicklung der VHSJ nur wenige zum Tragen kamen.

Das Fundament für die Gestaltung des Volkshochschulwesens in der SBZ legte der vom sowjetischen Oberbefehlshaber in Deutschland, Marschall Shukow, am 23.1.1946 erlassene Befehl Nr.22 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) „Über die Tätigkeit der Volkshochschulen und die Ordnung ihrer Eröffnung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“. Der Shukow-Befehl ordnete an, die Eröffnung der Volkshochschulen in den größeren Städten der Länder und Provinzen der SBZ zu gestatten. Er beauftragte die Präsidenten dieser Länder und Provinzen, bis 1.2.1946 das Netz der Volkshochschulen für das Unterrichtsjahr 1946 festzulegen und alle erforderlichen Voraussetzungen für die Aufnahme und die Durchführung der Volkshochschularbeit zu schaffen. Ferner befahl er den Chefs

der sowjetischen Militärverwaltungen in den Ländern und Provinzen, das Netz der Volkshochschulen bis 10.2.1946 zu bestätigen und eine Kontrolle ihrer Tätigkeit auszuüben. Bestandteil des Shukow-Befehls war als Anlage ein Statut der Volkshochschulen. Durch seine Bestimmungen war eine einheitliche Ordnung für die Arbeit der Volkshochschulen gegeben.

Nachdem der Chef der SMA in Thüringen (SMATH), Generalmajor Kolesnitschenko, in dem Befehl Nr. 59 vom 30.1.1946 „Tätigkeit der Volkshochschulen und die Vorschriften für deren Eröffnung auf dem Gebiet des Landes Thüringen“ konkrete Festlegungen zur Durchführung des Shukow-Befehls in Thüringen erlassen hatte, bestätigte er in Ergänzung desselben mit seinem Befehl Nr. 168 vom 30.3.1946 die ersten vier Volkshochschulen in Thüringen sowie deren Direktoren und Lehrkräfte, darunter die VHSJ und als deren Direktor Friedrich Bernt. Die VHSJ war die erste Volkshochschule, die in Thüringen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit einer Feier am 28.4.1946 wiedereröffnet wurde und tags darauf ihren Lehrbetrieb aufnahm. Die Bezeichnung Wiedereröffnung ist in diesem Zusammenhang insofern problematisch, als die VHSJ in anderer Gestalt als in der Vergangenheit in Erscheinung trat.

Auf der Grundlage des Befehls Nr.22 wurde in Thüringen das Netz der Volkshochschulen zügig ausgebaut. In allen 23 Kreisen des Landes waren 1949 Volkshochschulen vorhanden, von denen einige bis Ende 1947 auch schon Außenstellen eingerichtet oder deren Eröffnung vorbereitet hatten. Von der VHSJ war im Herbst 1947 mit vorbereitenden Maßnahmen zur Schaffung von Außenstellen begonnen worden. Im Zusammenhang mit der Schaffung eines Außenstellennetzes erhielt die VHSJ noch stärker den Charakter einer Kreisvolkshochschule, die für die Anleitung und Kontrolle und in einigen Fällen selbst mit für die Leitung der hinzugekommenen Einrichtungen im Stadtkreis und in dem umgebenden Landkreis Stadtroda zuständig war. Ihre ersten Außenstellen wurden 1948 in sieben Kleinstädten und drei Landgemeinden eingerichtet. Bis Frühjahr 1950 war ihre Anzahl auf 20 in den kleinen Städten, in Dörfern, Betrieben und Verwaltungen angewachsen.

Nach dem in Thüringen am 2.6.1946 angenommenen „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule“ und nach der Landesverfassung für Thüringen vom 20.12.1946 sollten die Angehörigen aller Volksschichten die Möglichkeit erhalten, ohne Unterbrechung der Berufstätigkeit die zum Hochschulstudium erforderlichen Kenntnisse

an Abend- und Volkshochschulen zu erwerben. Damit wurde jedoch die Vorbereitung zum Hochschulstudium in keiner Weise zur alleinigen Aufgabe der Volkshochschule erklärt. Sie war, auch als diese Anforderung in der Entwicklung der DDR stärker betont wurde, stets nur eine Hauptaufgabe der VHS neben einer Anzahl weiterer Ansprüche an sie. Daher ist es überspitzt zu urteilen, in den Ländern der SBZ sei schon in der Gründungsphase die Volkshochschule in eine „Zubereitungsanstalt für Studierfähige aus dem Milieu von Bildungsbenachteiligten“ umfunktioniert und ihr kein „eigenständiger erwachsenenpädagogischer Bildungsauftrag“ mehr zugestanden worden.

Die veränderte Gestalt, welche die VHS auf der Grundlage der sowjetischen Befehle annahm, zeigte sich in der Umwandlung der ehemals freien Erwachsenenbildungseinrichtung in eine staatliche Institution auf der Grundlage zentralistischer Organisation und Leitung. Sie äußerte sich ferner in der stärkeren Betonung der schulischen Form dieser Einrichtung, in der Überleitung der ehemaligen VHS als Bildungsstätte der erwachsenen Bevölkerung in die Form einer Schule für Erwachsene. Dieser Grundzug in der Gestalt der VHS in der SBZ trat in den Jahren nach 1948 stärker in Erscheinung, als das Erreichen schulischer Abschlüsse mit den entsprechenden Prüfungen und Berechtigungen zu einer hauptsächlichen Aufgabe der VHS wurde. Ihrer Arbeit lagen von Anfang an die von der Deutschen Zentralverwaltung für die Volksbildung (DZfV) in der SBZ herausgegebenen Lehrpläne zugrunde. Sie waren als Rahmenlehrpläne gedacht und wurden in der Praxis als solche gehandhabt. Für Lehrgänge, auf deren Gebiet kein entsprechender Lehrplan existierte, mußte ein detaillierter Themen- und Stoffplan vorgelegt werden, und es kam auch vor, daß sie aus diesem Grunde überhaupt nicht genehmigt wurden. Die VHSJ war direkt dem Referenten für Volkshochschulen im LAfV, später Ministerium für Volksbildung, in Thüringen unterstellt. Ihm waren außer regelmäßigen Berichten jeweils die Arbeitspläne sowie die Dozentenvorschläge unter Beifügung der erforderlichen Personalunterlagen (Personalbogen, Lebenslauf, Nachweis über die abgeschlossenen Qualifikationen, bei parteilich nicht organisierten Lehrkräften auch eine Unbedenklichkeitserklärung des Antifa-Ausschusses) zur Bestätigung einzureichen. Die Bestimmungen im Statut für die Volkshochschulen verpflichteten den Direktor der VHSJ, eng mit den demokratischen Organisationen, die in der Regel auch selbst Träger von Erwachsenenbildungsmaßnahmen waren, zusammenzuarbeiten, einen „Lehrerrat“ und „Hörervertre-

ter“ aus allen Lehrgängen in die Leitung des pädagogischen Prozesses einzubeziehen und ständige Vertreter der erwähnten Organisationen an der Arbeit der Einrichtung, besonders an den Beratungen des Lehrkörpers zu beteiligen. An der VHSJ bestand neben dem Dozentenrat und dem aus den ausgewählten Hörervertretern der verschiedenen Lehrgänge zusammengesetzten Hörerrat in Anlehnung an den früheren Vorstand ein Ausschuß, dem je ein Vertreter der Stadt, der Carl-Zeiss-Stiftungsbetriebe, der Universität, des Kreisbildungsamtes und der Gewerkschaft angehörten, darüber hinaus außer dem Direktor auch ein Vertreter der Dozenten- und Hölerschaft. Die Zusammensetzung des Ausschusses zeigt, daß in ihm alle wesentlichen Strukturbereiche repräsentiert waren, von denen Ansprüche an die VHS ausgingen und die sie wirtschaftlich und personell in ihrer Arbeit unterstützen konnten. Die ersten Nachkriegsjahre waren in der Entwicklung der VHSJ im Verhältnis zur Volkshochschultradition in Thüringen eine bemerkenswerte Periode. Ein Hauptanliegen von Friedrich Bernt als Direktor der VHSJ bestand darin, unter den veränderten Bedingungen und Anforderungen an dem traditionellen Geist der VHS festzuhalten und in diesem Geist den neuen Aufgaben gerecht zu werden. Aus diesem Anspruch heraus erklärt es sich, daß zahlreiche Grundpositionen und Gestaltungselemente, die einst die VHSJ prägten, jetzt wieder erneut zur Geltung kamen.

Der Gedanke der Menschenbildung, mit ihm die Idee der Gemeinschaft und eines geistigen Gemeinschaftslebens sowie die Postulate der Lehrfreiheit und weltanschaulicher und politischer Neutralität sollten für die VHSJ wieder die Grundlage ihrer Arbeit sein. Traditionsgemäß wandte sie sich mit ihrem Bildungsangebot vor allem an die arbeitenden Menschen der Stadt. Neben der Wiederaufnahme der Jugendvolkshochschule mit dem Montags-Treffen gabe es auch den Versuch, als Nachfolger für das Volkshochschulheim für Jungarbeiter wieder eine solche Einrichtung zu schaffen, jedoch scheiterte er an den Schwierigkeiten ihrer räumlichen Unterbringung. In Veranstaltungen zu politischen und weltanschaulichen Themen wurden demokratische und antifaschistische Grundpositionen bezogen, ohne daß sie nach dem Führungsanspruch der SED schon ausschließlich von ihrer Politik und Ideologie beherrscht waren. Eine Vielzahl von Sonderveranstaltungen bereicherten das Programm, darunter auch Reihen von Veranstaltungen mit komplexer Gegenstandsstruktur, wie etwa die Vorträge im Rahmen der Veranstaltungen der Stadt Jena im Goethe-Jahr 1949,

oder die Sondervortragsreihen zu den Themen „Mensch und Wirtschaft“ bzw. „Strahlung, Materie und Organismus“. Besonderes Gewicht legte die VHSJ darauf, als ein kulturelles Zentrum in Jena zu gelten. Mit einer Vielzahl kultureller Veranstaltungen, wozu u.a. Auftritte künstlerisch tätiger Laiengruppen der VHSJ, Literatur- und Musikabende, Konzerte oder auch die Darbietungen in der Reihe zur Einführung in die Klavierliteratur gehörten, war sie bemüht, diesen Anspruch zu erfüllen. In feierlicher Form wurde jeder Lehrabschnitt eröffnet. Zur Eröffnung des Herbsttrimesters 1947 sprach z.B. Eduard Weitsch in der Aula der Jenaer Universität über „Methodische Fragen der Erwachsenenbildung“. Anspruchsvolle Feiern der VHSJ, deren Bedeutung über die lokalen Grenzen hinausreichten, dienten der Ehrung hervorragender Persönlichkeiten, so die von Friedrich Bernt organisierten Gedenkfeiern für Adolf Reichwein und Ricarda Huch. Die Reichwein-Gedenkfeier am 3.11.1946 im Jenaer Stadttheater war im Nachkriegsdeutschland eine der ersten öffentlichen Ehrungen für den dem Naziterror zum Opfer gefallenen ehemaligen Direktor der VHSJ und Antifaschisten Adolf Reichwein.

Die VHSJ unter der Leitung von Friedrich Bernt genoß hohe Anerkennung in Jena, bei den übergeordneten Dienststellen und allgemein in Volkshochschulkreisen. Nach einem Besuch an ihr entschloß sich der für Volkshochschulen verantwortliche Referent des LAFV in Weimar, neu eingesetzte Volkshochschuldirektoren eine Zeitlang an der VHSJ mitarbeiten zu lassen, „um dort die vorbildliche Organisation und Pflege der Erwachsenenbildung kennenzulernen“. Enge Verbindungen bestanden weiterhin zu Mitbegründern und früheren leitenden Persönlichkeiten der VHSJ, wie Herman Nohl, Wilhelm Flitner, Walter Fränzel und Heiner Lotze, besonders in der Zeit, als es den Eisernen Vorhang noch nicht gab. In dieser Zeit gab es mit einer ganzen Reihe von Volkshochschulen in den westlichen Zonen einen regelmäßigen Austausch der Arbeitspläne.

Der gute Ruf der VHSJ drückt sich auch darin aus, daß die Vertreter von Volkshochschulen aus den Westzonen auf dem Volkshochschulkongreß der Ostzone im April 1948 in Berlin den Wunsch nach Vorträgen von Dozenten aus Jena ausgesprochen haben.

Friedrich Bernt bewahrte sich als Mitglied der SED die Selbständigkeit zu eigenem Denken und Handeln. Da ihm im Gegensatz zu der geforderten Disziplin das Bedürfnis nach ständiger Rückversicherung bei den übergeordneten Parteiorganen abging, war er bald wegen mangeln-

der Parteiverbundenheit abgestempelt. Er hatte auch den Mut zum Widerspruch gegen Entscheidungen bzw. Kursbestimmungen der vorgesetzten Dienststellen und zur Kritik an der Leitungspraxis der Ministerialbürokratie. Beispielsweise opponierte er gegen die Entlassung eines Amtskollegen, nur weil er von den „doktrinären marxistischen Auffassungen“ abweichende Anschauungen vertrat. Gegenüber der offiziell vertretenen Linie, der VHS den „Charakter einer Schule“ zu verleihen, setzte er sich „für Beibehaltung der Freizügigkeit in der Fachwahl“ für die Hörer ein.

Auf einer Kulturkonferenz in Jena im April 1950 wurde die VHSJ in Abwesenheit ihres Direktors in der Diskussion u.a. vom Referenten für Volkshochschulen im Ministerium für Volksbildung in Weimar einer scharfen Kritik unterzogen. Andere Umstände kamen noch hinzu und führten zur Vorladung Friedrich Bernts zu einer mehrstündigen Aussprache am 10.5.1950 in der SED-Kreisleitung in Jena. In dieser Auseinandersetzung wurde ihm neben vielen anderen sogenannten „ideologischen Verfehlungen“ als besonders schwerwiegend fälschlicherweise das Versäumnis angelastet, Bücher angeblich faschistischen und anti-sowjetischen Inhalts aus der Bibliothek der VHS zu entfernen. Die gegen ihn in der genannten Auseinandersetzung erhobenen Vorwürfe hatten zur Folge, daß das Ministerium für Volksbildung in Weimar dem engagierten, erfolgreichen und anerkannten Volkshochschuldirektor Friedrich Bernnt fristlos kündigte. Aufgrund seiner Klage vor dem Arbeitsgericht wurde die fristlose Entlassung durch eine ordnungsgemäße Kündigung ersetzt.

Nach dem Ausscheiden Bernnts vollzogen sich in der Entwicklung der Volkshochschulen insgesamt und der VHSJ grundlegende Veränderungen in ihrer Aufgabenzuweisung und auch in organisatorischer Hinsicht. Sie ergaben sich vor allem aus dem schon vor der Gründung der DDR 1948 eingeleiteten Übergang zur Planwirtschaft und dem nach der DDR-Gründung einsetzenden Aufbau des Sozialismus, der damit verbundenen Schaffung eines sozialistischen Bildungssystems einschließlich eines vielgliedrigen und einheitlichen Systems der Erwachsenenbildung und nicht zuletzt aus Reformen auf dem Gebiet der Verwaltung. Die Absicht war, das Bildungswesen und seinen Teilbereich der Volkshochschulen als festen Bestandteil in den Prozeß der sozialistischen Umwälzung und in den volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß zu integrieren. Integriert in den Prozeß planmäßiger Gestaltung der Gesellschaft, war die Volkshochschule dazu bestimmt, zum Ent-

wicklungs- und Wachstumsfaktor beim Aufbau des sozialistischen Systems zu werden. Sie wurde somit für den DDR-Staat und die in ihm herrschende Partei – die SED – zu einem Mittel ihrer geplanten Gesellschaftsgestaltung und zugleich zu einem politischen und ideologischen Herrschaftsinstrument, das sie zielgerichtet nutzten, um ihre Politik und Ideologie durchzusetzen.

Einen entscheidenden Einschnitt in der Entwicklung der VHS in der SBZ und späteren DDR bedeuteten der Zweijahrplan 1949/50 und die ihr daraus erwachsenden Aufgaben, die in dem „Arbeitsplan der Volkshochschulen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands für 1948 bis 1950“ ihren Niederschlag fanden. Mit dem Ziel, „die Herausbildung politisch bewußter, fachlich qualifizierter Aktivisten aus den Reihen der erwachsenen werktätigen Bevölkerung“ zu erstreben, verlangte der Arbeitsplan von den Volkshochschulen insbesondere die Stärkung des schulischen Charakters, ferner auch die Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften für spezielle Fragen des Zweijahrplanes und zum wissenschaftlichen Sozialismus.

In den Jahren nach der Verwaltungsreform 1952 in der DDR mit der Auflösung der Länder und Provinzen und der Neugliederung des Staatsgebietes in Bezirke und Kreise waren die Volkshochschulen zeitweilig dem neu eingerichteten Ministerium für Kultur und ab 1956 wieder dem Ministerium für Volksbildung unterstellt. Gleichzeitig veränderten sie ihr Profil und wurden – nach sowjetischem Vorbild – zu einer allgemeinbildenden „Abendschule für Erwachsene“. In dieser Form wurden sie ab Schuljahresbeginn 1957/58 den Abteilungen Volksbildung bei den Räten der Kreise (Stadt- und Landkreise) als selbständige allgemeinbildende Schulen für Erwachsene zugeordnet. Alle Kreise verfügten zu dieser Zeit über eine hauptamtlich geleitete Volkshochschule. Die VHSJ stellte sich mit der Bezeichnung „Abendschule für Erwachsene“ auch in ihren Lehrprogrammen vor. Zur eigenen Profilbereinigung infolge dieses Anspruchs unternahm sie es, Lehrgänge nicht ausgesprochen allgemeinbildenden Charakters anderen Einrichtungen abzutreten. Die Bildungsgesetze der DDR von 1959 und 1965 mit dem Ziel, ein sozialistisches Bildungssystem zu schaffen, in dessen Zentrum die Verwirklichung einer Oberschulbildung für alle stand, und ergänzende bildungspolitische Grundsatzdokumente speziell zur Aus- und Weiterbildung der Werktätigen stellten die allgemeinbildenden Aufgaben – d.h. für diese Entwicklungsstufe des DDR-Bildungswesens den Beitrag zur Realisierung des Oberschulprogramms –

sowie außerhalb des Spektrums anderer Bildungseinrichtungen liegende berufliche Qualifizierungsmaßnahmen in den Mittelpunkt der Tätigkeit der Volkshochschulen, die allen in der DDR lebenden Bürgern zugänglich waren.

Die Aufgabenzuweisung für die Volkshochschulen durch die offizielle Bildungspolitik bildete auch für die Arbeit der VHSJ die unverrückbare Grundlage. Sie hat sich, geführt von ihren Direktoren, nach der den Schulen im DDR-System von oben zugeordneten Funktion bewußt darauf eingestellt, im Sinne der herrschenden Politik und Ideologie des Staates und der SED zu wirken. Unter den Bedingungen der DDR war die VHS zu keiner Zeit ein ideologischer Schonbezirk.

An der VHSJ waren neben einer mit der Zeit ansteigenden Anzahl hauptamtlicher Lehrkräfte – sie betrug zuletzt 13 – in der Regel 50 bis 60 nebenberufliche Dozenten tätig. Im Vordergrund des Aufgabenspektrums der VHSJ stand seit den 50er Jahren der Bereich der Allgemeinbildung. Auf diesem Gebiet fanden Lehrgänge zum Nachholen schulischer Abschlüsse statt, namentlich des Abschlusses der 8. Klasse, der Oberschule (9. und 10. Klasse) sowie des Abiturs (11. und 12. Klasse). Desgleichen gab es Lehrgänge zum Erreichen von Teilabschlüssen für die genannten Bildungsstufen in bestimmten Fächern sowie zur Vorbereitung auf einen Fachschulbesuch und ein Meisterstudium. Der Vorbereitung auf die Teilnahme an diesen Bildungsmaßnahmen dienten Reaktivierungslehrgänge. Die Aufnahme in die Abiturlehrgänge war nicht unbeschränkt. Sie erhielten bewährte Facharbeiter unter Berücksichtigung gesellschaftlicher Erfordernisse, des Leistungsprinzips und der sozialen Struktur. Vielen jungen und auch gereiften Menschen, die aus verschiedenen Gründen – u.a. wegen der Regelung der Aufnahme in die zum Abitur führende erweiterte Oberschule nach Kriterien der sozialen Herkunft – noch zu keinem Abschluß der 8. Klasse, der Oberschule oder der Abiturstufe gekommen waren, haben die Schullehrgänge der VHSJ nachträglich dazu verholfen und damit bessere Chancen für ihre weitere persönliche und berufliche Entwicklung eröffnet.

Breiten Raum im Bildungsangebot der VHSJ nahmen Sprachlehrgänge mit und ohne Abschluß einschließlich der Lehrgänge „Deutsch für Ausländer“ ein, die für in Jena aufgenommene chilenische Politémigranten nach dem Sturz der Allende-Regierung und andere hier wohnende und arbeitende ausländische Bürger eingerichtet wurden. In vier Fremdsprachen konnten die Sprachkundigenprüfungen I, II und III

erworben werden. Auf dem Gebiet der beruflichen Aus- und Weiterbildung konnten an der VHSJ der Facharbeiterabschluß als Wirtschaftskaufmann der Industrie und in Schreibtechnik sowie der Befähigungsnachweis als geprüfte Sekretärin erworben werden. Ergänzt wurde das Lehrgangsspektrum durch ein breit gefächertes Angebot für die Anhänger unterschiedlichster Interessen- und Hobbygebiete.

4. Die VHSJ im vereinten Deutschland

Als 1989 immer mehr Bürger der ehemaligen DDR ihre Bereitschaft zum noch längeren Ertragen des bestehenden Regimes mit der Parteiherrschaft der SED verweigerten und die Partei- und Staatsführung vom Volk in einer friedlichen Revolution zum Rücktritt gezwungen wurde, setzte auch an der VHSJ eine Zeit der Erneuerung ein. Auf Drängen der Belegschaft mußte die Direktorin – wie zuvor auf Initiative der Lehrerschaft die Stadtschulrätin – ihre Funktion niederlegen. Im Februar 1990 ging die Leitung der VHSJ auf einen neuen amtierenden Direktor über. Die ersten Gedanken der VHSJ für eine Neuorientierung, die wieder an die Volkshochschulidee der Weimarer Zeit anknüpften und auf die Beseitigung von Verfälschungen derselben unter der DDR-Herrschaft gerichtet waren, fanden in einem Brief an das Ministerium für Volksbildung ihren Ausdruck und beinhalteten u.a. folgende Forderungen: „Wir brauchen eine neue Volkshochschulordnung, die von zu großer Reglementierung und parteipolitischer Unterstellung Abstand nimmt ... Die Volkshochschulen ... sollten sich in Eigenverantwortlichkeit als Institutionen einer vielfältigen Erwachsenenbildung profilieren können ... Die erhöhte Eigenständigkeit sollte auch auf die Finanzen, die Rechtsträgerschaft und die Ausgestaltung des Bildungsangebotes erweitert werden ... Der ‚Verschulung‘ der Volkshochschule sollte durch organisatorische Möglichkeiten und durch erwachsenengerechte Lehrmittel entgegenge wirkt werden ... Die Abiturstufe muß allen interessierten Bürgern offenstehen. Jede Reglementierung nach Studienwunsch oder anderen Kriterien muß entfallen.“

Republikweit fand ein Aufruf positive Aufnahme, der am 21.1.1990 von der VHSJ an alle Volkshochschulen des Landes ergangen war. Einleitend hieß es darin: „Das gesamte Bildungswesen in unserem Land befindet sich in der Umgestaltung. Wir setzen uns mit ganzer Kraft für die Demokratisierung der Bildung und Erziehung ein.“ Der Aufruf

sprach sich dafür aus, daß zur besseren Vertretung der Aufgaben und Rechte der Institution Volkshochschule ein selbständiger Bereich Volkshochschule im Ministerium für Volksbildung eingerichtet wird, und er forderte die anderen Volkshochschulen auf, ihre Stellungnahme zu diesem Vorschlag umgehend dem Ministerium zu übergeben. Gleichzeitig wurde in dem Aufruf „die Bildung eines Interessenverbandes der Volkshochschulen“ vorgeschlagen und um Meinungsäußerung dazu ersucht.

Die „Wende“ hatte den Reformkräften im Volkshochschulbereich die Möglichkeit geschaffen, mit Vertretern von Volkshochschulverbänden im alten Bundesgebiet und im Rahmen neu entstehender und sich intensivierender Städtepartnerschaftsbeziehungen auch mit dortigen Volkshochschulen in Zusammenarbeit und Gedankenaustausch über die Zukunft der Volkshochschulen auf dem Gebiet der früheren DDR zu treten. Diese Kontakte haben sich auf den Erneuerungsprozeß der Volkshochschulen in diesem Teil Deutschlands sehr fruchtbar ausgewirkt und insbesondere dazu geführt, daß inhaltliche Konzepte und Organisationsmodelle der alten Bundesländer bei der Neugestaltung der Volkshochschulen in den neuen Ländern zur Orientierung dienten und so mit dieser Erneuerung zugleich auf ein gesamtdeutsches Volkshochschulwesen hingearbeitet wurde. Für die Entwicklung der VHSJ hat vor allem die Zusammenarbeit mit der VHS der Partnerstadt Erlangen gute Früchte getragen.

Die Bestrebungen zur demokratischen Erneuerung der VHSJ fanden ihren Niederschlag in der vom Magistrat der Stadt am 26.9.1990 beschlossenen „Satzung der Volkshochschule Jena-Stadt“. Diese hat als „Satzung für die Volkshochschule der Stadt Jena“ auf Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 09.2.1994 einige Veränderungen erfahren. Der Satzung zufolge ist die VHSJ in kommunaler Trägerschaft als eine „gemeinnützige öffentliche Einrichtung der Erwachsenenbildung“ tätig und „konfessionell und parteipolitisch unabhängig“. Ihr liegt laut Satzung die Aufgabenstellung zugrunde, „bei Erwachsenen und Heranwachsenden die Aneignung von Kenntnissen und Fähigkeiten zu fördern, die erforderlich sind, um unter den gegenwärtigen und für die Zukunft zu erwartenden Lebensbedingungen alle Bereiche einer freiheitlich-rechtsstaatlich geordneten Gesellschaft mitzugestalten“.

Nach der Wende arbeitete die VHS mit dem an sich selbst gerichteten Anspruch weiter, alles zu tun, um den wachsenden Anforderungen an

sie als Weiterbildungszentrum für Erwachsene zunehmend besser gerecht zu werden. Mit diesem Anspruch enthält das Programm der VHSJ ein reichhaltiges Angebot von Bildungsmöglichkeiten auf traditionellen Lehrgebieten der VHS wie auch in neuen, innovativ wirkenden wissenschaftlich-technischen Bereichen.

Die Entwicklung der Gesellschaft mit den jetzt und in Zukunft zu lösenden Schwerpunktaufgaben, Frieden und Gewaltfreiheit im Zusammenleben der Völker und der Menschen untereinander zu sichern, die Grundlagen der freiheitlich-demokratischen Ordnung zu festigen, die natürliche Umwelt als Lebensraum der menschlichen Gattung zu erhalten, die europäische Gemeinschaft und die innere Einheit des eigenen Volkes zu schmieden, angesichts bestehender Arbeitslosigkeit und dynamischer Veränderungen hinsichtlich der Qualifikationsanforderungen eine hohe Disponibilität der Menschen zu gewährleisten, bringt für die gesamte Erwachsenenbildung und auch für die VHSJ neue Herausforderungen mit sich.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Archivquellen

Archiv der VHS Jena

Stadtarchiv Jena:

- DI b 33
- Volkshochschule Jena, Xa1, Xa5, Xa7, Xa8, Xa9, Xa12, Xa16, Xa20, Xa35, Xa36, Xa37, Xa38, Xa39, Xa40, Xa41, Xa42, Xa43, Xa44.

Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar:

- Land Thüringen. Ministerium für Volksbildung.
Nr. 405, 4363, 4376, 4377, 4379, 4381, 4386, 4388, 4393, 4400, 4412, 4413.
 - Land Thüringen. Mitteilungsblatt des Landesamtes für Volksbildung.1(1945)8.
 - PA – Volksbildung. Friedrich Bernt.
 - Thüringisches Amtsgericht jena. Vereinsregister, Bd. II.
 - Thüringisches Ministerium für Volksbildung.
Nr. C 680, C 721, C 722, C 723, C 724.
 - Volkshochschule Thüringen Nr. 176, 178, 179, 180, 181, 242, 247.
- Universitätsarchiv Jena. Bestand D 2769. Personalakten Friedrich Bernt.

Literatur

- Amlung, Ulrich: Adolf Reichwein 1898–1944. Ein Leitbild des politischen Pädagogen, Volkskündlers und Widerstandskämpfers. Frankfurt/Main 1991.
- Derselbe und Meinl, Kurt: Adolf Reichwein 1898–1944). In „Der Schnapphans“. Jenaer Heimatbrief. 65. Ausgabe. Dezember 1993.
- Bernt, Friedrich (Alfred): Ein Sommerfest mit Pausen. In: Volkshochschule. 1 (1947) 7/8.
- Beiträge zur Erwachsenenqualifizierung. Berlin 1971.
- Beschluß der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik über die Grundsätze für die Aus- und Weiterbildung der Werktätigen bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik vom 16. September 1970. In: Beiträge zur Erwachsenenqualifizierung. Berlin 1971.
- Bibliographisches Handwörterbuch der Erwachsenenbildung. Hrsg. von Günther Wolgast/Jochim H. Knoll. Stuttgart, Bonn 1986.
- Blätter der Volkshochschule Jena. Nr. 1, 2, 3, (1926).
- Blätter der Volkshochschule Thüringen. 1 (1919)–5 (1924).
- Blätter der Volkshochschule. Neue Folge der „Blätter der Volkshochschule Thüringen“. 6 (1924)–6 (1924) 6.
- Blochmann, Elisabeth: Herman Nohl in der pädagogischen Bewegung seiner Zeit. 1879–1960. Göttingen 1969.
- Buchwald, Reinhard: Dennoch der Mensch! Die Volkshochschule als geistige Bewegung. Jena 1925.
- Derselbe: Die Volkshochschule Thüringen. In: Mitteilungen des Vereins der Freunde Herbartischer Pädagogik in Thüringen. Nr. 54. Langensalza 1920.
- Derselbe: Miterlebte Geschichte. Lebenserinnerungen 1884–1930. Hrsg. von Ulrich Herrmann. Studien und Dokumentationen zur deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 44. Köln, Weimar, Wien 1992.
- Dikau, Joachim: Geschichte der Volkshochschule. In: Geschichte der Erwachsenenbildung. Hrsg. von Franz Pöggeler. Handbuch der Erwachsenenbildung, Bd. 4. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1975.
- Flitner, Wilhelm: Erinnerungen. 1889–1945. Gesammelte Schriften, Band 11. Paderborn, München, Wien, Zürich 1986.
- Geerds, Hans-Jürgen: Das Goethe-Sommerfest der Volkshochschule Jena. In: Volkshochschule. 3 (1949) 10.
- Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule. In: Quellen zur Geschichte der Erziehung. 9. Auflage. Berlin 1980.
- Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem. In: Unser Bildungssystem – wichtiger Schritt auf dem Wege zur gebildeten Nation. Berlin 1945.
- Jacob, Ruth: Friedrich Bernt und die Volkshochschule Jena (1945–1950). In: „Der Schnapphans“. Jenaer Heimatbrief. 50. Ausgabe Juli 1986.
- Meinl, Kurt; Lippmann, Thomas: Friedrich Bernt (1902–1963). In: Ostthüringer Zeitung. 2 (1992), 4.4.

- Dieselben: Im Musikleben tiefe Spuren hinterlassen. Der Pädagoge Friedrich Bernt wäre heute 90 Jahre alt geworden. In: Thüringische Landeszeitung. Jenaer Tagespost. 48 (1992), 7.4.
- Dieselben: Er fehlte für schweren Anfang. Adolf-Reichwein-Ehrung der Volkshochschule Jena vor 45 Jahren. In: Thüringische Landeszeitung. 47 (1991) 247, 19.10.
- 1919 bis 1994. 75 Jahre Volkshochschule Jena. Rudolstadt und Jena 1994.
- Nohl, Herman: Die pädagogische Bewegung in Deutschland und ihre Theorie. 2. Auflage. Frankfurt a.M. 1935.
- Oppermann, Detlef: Die Volkshochschulen in den deutschen Verfassungen. In: Volkshochschule. 44 (1992) 1.
- Pädagogisches Wörterbuch. Hrsg. von Hans-Joachim Laabs und anderen. Berlin 1987.
- Rein, Wilhelm: Die Volkshochschule. Leitsätze. In: Mitteilungen des Vereins der Freunde Herbartischer Pädagogik in Thüringen. Nr. 54. Langensalza 1920.
- Derselbe: Wilhelm Rein. In: Die Pädagogik der Gegenwart in Selbstdarstellungen. Hrsg. von Erich Hahn. Band 1. Leipzig 1926.
- Die Reichsschulkonferenz in ihren Ergebnissen. Hrsg. vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht Berlin. Leipzig o.J.
- Reichwein, Adolf: Herbstarbeit der Volkshochschule Jena. (Herbstbericht für die Zeit vom 7. Oktober bis 19. Dezember.) Jena 1925.
- Derselbe: Reise zum Norden. In: Volkshochschulblätter für Thüringen. 10. Jahr, November 1928, Dezember 1928, Februar/März 1929.
- Richter, Wolfgang: Neue Aufgaben – neue Wege. In: Volkshochschule.2 (1948)1/2, 3/4, 5/6.
- Thüringer Erwachsenenbildungsgesetz. Vom 23. April 1992. In: ThGVBL. Nr. 10/1992. Verfassung des Landes Thüringen. Vom 20. Dezember 1946. In: Regierungsblatt für Thüringen. Teil I. Gesetzsammlung. Nr. 1/1947 vom 23. Januar.
- Thüringer Volksbildungsarbeit. Hrsg. von der Volkshochschule Thüringen. Neue Folge der „Blätter der Volkshochschule Thüringen“ und „Das Dorf als Bildungsstätte“. Neue Folge 1 (1929) 1–3 (1932) 4/6.
- Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919. Mit einer Einleitung von Erich Zweigert. 6. Auflage. Mannheim, Berlin, Leipzig, 1922.
- Volkhochschulleben in Thüringen. Grundsätze, Pläne, Verwirklichung. Gotha 1921. Volkshochschule. 1 (1947) bis 4 (1950).
- Volkshochschulblätter. Neue Folge der Blätter der Volkshochschule Thüringen und Sachsen. 6 (1924) 7–7 (1925) 6.
- Volkshochschulblätter. Hrsg. von der Volkshochschule Thüringen. 7 (1925) 7–10 (1929) Februar/März.
- Wir sind jung, und die Welt ist schön. Mit Adolf Reichwein durch Skandinavien. Tagebuch einer Volkshochschulreise 1928. Hrsg. von Ullrich Amlung, Matthias Hoch, Kurt Meinl, Lutz Münzer. Jena und Weimar 1993.

Horst Labitzke

Volkshochschule Dessau – die älteste in Mitteldeutschland

1. Stadt zwischen Kultur und Industrie

Die Residenzstadt Dessau, Hauptstadt des anhaltinischen Landes, an der Mulde und unweit der Elbe gelegen, zeigt in ihrer Geschichte eine Kulturträchtigkeit, wie sie nicht untypisch ist für die Zentren in den mitteldeutschen Kleinstaaten. Seit Herzog Leopold III. (1751–1817) wurde sie zu einem Mittelpunkt geistigen Lebens. Das Theater sowie bedeutende Sammlungen und Büchereien machten die Stadt über die engen Grenzen des Landes hinaus bekannt. Das Philanthropin Basedows war seit 1774 eine der bedeutendsten Bildungsstätten in Deutschland, und in diesem Jahrhundert war es das „Bauhaus“, das als Stätte moderner Architektur und Gestaltung Weltgeltung erlangte.

Kennzeichnend für die Stadt war dann seit dem 19. Jahrhundert ein enger Zusammenhang zwischen Kultur und Industrie, der sie auch zu einem bedeutenden Platz der mitteldeutschen Arbeiterbewegung machte.

Man kann sagen, daß das moderne Industriezeitalter für Dessau und Anhalt mit der 1855 erfolgten Gründung der Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft (conti) eingeleitet wurde. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges erlebte Dessau eine immense Industrialisierung mit vielen Werksgründungen wie Askania-Werke, Waggonfabrik Berlin, Berlin-Anhaltische Maschinenfabrik, Polysius-Werke, Junkerswerke u.a. Die Industrialisierung belebte die gesamte Infrastruktur. Zuliefer- und Dienstleistungsbetriebe, Kaufleute und Banken, natürlich auch Arbeitskräfte mit ihren Familien zog es nach Dessau.

Innovationen und leistungsfähige Technik bedurften qualifizierter Arbeitskräfte. Die Bildungs- und Kulturbedürfnisse stiegen. So kam es 1913/14 zu ersten Fortbildungskursen. Die Kriegsniederlage forderte auch in Dessau Opfer, aber zugleich waren der Wille und die Potenzen in der heimischen Industrie nicht gebrochen.

Modernste Technik, Anwendung gerade eingereichter Patente erforderten einen hochqualifizierten Facharbeiter, der sich seiner enormen

Verantwortung für Qualitätsarbeit nicht nur voll bewußt, sondern mitdenkend selbst zu Innovationen fähig und bereit war. Insofern war das damals in den Junkerswerken entwickelte Aus- und Fortbildungssystem vorbildlich und anregend für die Stadt und darüber hinaus.

Nach der Schließung des Bauhauses in Weimar und seiner Neugründung im Frühjahr 1925 in Dessau ergaben sich für die Dessauer Volkshochschule weitere förderliche Impulse für die Kursgestaltung. Bauhausangehörige, so auch Wassily Kandinsky, hielten hier regelmäßig und gern Vorträge. Zeitzeugen äußern, daß er ein Förderer der Volkshochschulidee gewesen war. Diese Zusammenarbeit sowie der Einfluß des Oberregierungs- und Schulrates im Freistaat Anhalt, Professor Blum, der zugleich erster Leiter der Dessauer Volkshochschule war, trugen zur Popularisierung des Bauhauses bei. Damit waren beide Einrichtungen schicksalsmäßig verbunden. Diese Situation begünstigte die Entwicklung der Dessauer Volkshochschule, ihr recht breites Kursangebot und die beachtliche Kursbeteiligung bis 1932.

2. Erstgründungsperiode der Volkshochschule Dessau von 1919 bis 1932

Der offiziellen Gründung der Dessauer Volkshochschule am 17. Februar 1919 gingen in den Jahren 1913 und 1914 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges „berufliche und staatsbürgerliche Fortbildungskurse“ voraus¹, die von der „Sozialen Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände“ in Dessau durchgeführt wurden. Es wird berichtet, daß diese Fortbildungskurse damals „großes Interesse erweckten und eine gute Beteiligung fanden“². Institutioneller Vorläufer der Dessauer Volkshochschule war also diese „Soziale Arbeitsgemeinschaft“. Dazu gehörten der „Kaufmännische Verein zu Dessau“, der „Deutsche Bankbeamten-Verein“, der „Kaufmännische Verein von 1858“ u.a., auch der „Kaufmännische Verband für weibliche Angestellte“, die sämtlich in Dessau Zweigvereine hatten.

Schon im Mai 1919 traten dem Verwaltungsausschuß der Volkshochschule der „Dessauer Hausfrauenverein“ und der „Zentralverband der Handlungsgehilfen“ bei³. Außerdem gehörte ab April 1920 ein Stadtrat als Vertreter der Stadt zum Vorstand des Verwaltungsausschusses.

Die Zahl der Mitgliedsvereine und -Verbände hatte sich bis zum April 1920 auf 24 erhöht⁴.

Am 17. Februar 1919 beschlossen die genannten Verbände und Vereine in Verbindung mit der „Kaufmännischen Fachschule zu Dessau“, „die durch den Krieg unterbrochenen Fortbildungskurse wieder aufzunehmen, weil ein erhöhtes Bedürfnis nach beruflicher und staatsbürgerlicher Fortbildung“ vorlag. Zugleich wurden die für die Gründung der Dessauer Volkshochschule notwendige Verwaltungsordnung verabschiedet sowie der Verwaltungsausschuß und sein Vorstand gewählt. Den Vorsitz im Vorstand und die Leitung der Volkshochschule übernahm Professor Blum, damals Handelsschuldirektor und späterer Regierungs- und Schulrat im Freistaat Anhalt. In der Verwaltungsordnung waren Kursanmeldung, Teilnehmergebühren und dergleichen für den Besuch der Kurse festgelegt.

Für das Sommerhalbjahr 1919 wurde ein vierseitiges gedrucktes Informationsblatt herausgegeben. Es weist die unterschiedlichen „Zwecke der Kurse“, ihre Lerninhalte und ihre didaktische Umsetzung sowie die Kursverantwortlichen aus. Das Kursangebot ist folgendermaßen gegliedert:

- „1. *Die kaufmännischen Kurse* sollen auf der Grundlage einer guten kaufmännischen Allgemeinbildung durch planmäßige und innerlich zusammenhängende Folgen von Vorträgen, Vorlesungen und Übungen Kaufleuten, selbständigen und angestellten beiderlei Geschlechts, erweiterte und vertiefte fachliche Kenntnisse vermitteln. Sie gliedern sich in
 - a) *Stammkurse*, die, in regelmäßigem Wechsel wiederholt, den jedem Kaufmann unentbehrlichen Wissensstoff bringen,
 - b) *Ergänzungskurse*, die die handelswissenschaftliche Bildung der Teilnehmer zu vertiefen und zu erweitern suchen,
 - c) *Sonderkurse*, die besonderen Zeitbedürfnissen oder denen einzelner Geschäftszweige und Berufsgruppen dienen sollen.
2. *Die staatsbürgerlichen Kurse* sollen in das Verständnis des öffentlichen Lebens einführen und durch planmäßige Folgen von Vorträgen usw. aus dem Gebiete der Völkerkunde, der Gesellschaftslehre, der Volkswirtschaftslehre, der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Wirtschaftsgeographie, der Finanzwissenschaft, des Genossenschaftswesens, der Rechtskunde (privates und öffentliches Recht) allen Staatsbürgern zu einer geläuterten Erkenntnis des Gemeinschaftsle-

- bens und der natürlichen, rechtlichen und sozialen Voraussetzungen ihres privaten und staatlichen Seins verhelfen.
3. *Die allgemeinen Kurse* sollen allen Bevölkerungskreisen Gelegenheit geben, sich gründliche, umfassende Kenntnisse auf dem Gebiete des Kunstgewerbes, in Fremdsprachen und über die Bedürfnisse des täglichen Lebens zu verschaffen.
 4. *Einzelvorträge* über besonders wichtige Tagesfragen usw. werden von Zeit zu Zeit gehalten werden.
 5. *Diskussionsabende*, an denen die Teilnehmer aller Kurse mit den Dozenten in mündlichen Gedankenaustausch treten und ihre Eindrücke und Wünsche zum Ausdruck bringen sollen, sind in Aussicht genommen.

Jeder Kurs umfaßt in einem Halbjahre 12 bis 15 einstündige Vorträge. Diese Vorträge werden in volkstümlicher Form und Darstellung auf rein wissenschaftlicher, unparteiischer Grundlage durch berufene und bewährte Vertreter der in Frage kommenden Wissenschaften und Sachgebiete gehalten werden“.

Die Zulassungsbedingungen für die Teilnahme an kaufmännischen Kursen fordern eine nachweisbare mehrjährige kaufmännische Ausbildung sowie mehrjährige praktische kaufmännische Tätigkeit. Es handelte sich also um eine anspruchsvolle berufliche Fortbildung. Dagegen wurden zu den staatsbürgerlichen Kursen „alle erwachsenen männlichen und weiblichen Personen über 18 Jahren ohne jede Einschränkung nach Beruf, Stand und Vorbildung zugelassen“⁵.

Die offizielle feierliche Eröffnung des Sommerhalbjahres 1919 fand am Abend des 12. Mai in der Aula der Städtischen Handelsrealschule statt. Dazu waren alle Kursteilnehmer eingeladen. Der Direktor der Dessauer Volkshochschule, Professor Blum, referierte in seinem Eröffnungsvortrag über das Gründungsthema „Der Gedanke und die Formen der Volkshochschule“ und hob eingangs hervor, daß „gerade die Gegenwart den Willen zu höchster kultureller Leistungsfähigkeit“ erfordere. So berichtete der „Anhalter Anzeiger“ vom 16. Mai 1919 über diesen Vortrag⁶: „Notwendig seien Veranstaltungen, die das Volk in allen seinen Schichten und Kreisen durch gemeinsame Bildungsbestrebungen zusammenführen und die Bildungsnachteile wirtschaftlich schlechter gestellter Volkskreise zu vermindern imstande sind. Die gesteigerte Arbeitsteilung und Berufsspezialisierung hat eine intensive Fachausbildung nötig gemacht, die aber die Gefahr der Einseitigkeit in sich birgt und nach ergänzenden Veranstaltungen für staatsbürgerliche und

Menschenbildung verlange“. Mit der Feststellung: „Tatsächlich wird der Mensch nie reif!“ verband Professor Blum die damals wie gegenwärtig an die Volkshochschulen gleichermaßen gerichtete Herausforderung, die Bedürfnisse nach lebenslangem Lernen zu erfüllen. Er hob weiter hervor, daß gerade „in sittlicher und geistiger Hinsicht“ der Mensch ständig nach Weiterbildung verlange und daß manche Bildungsbedürfnisse „erst in einem späteren Alter“ auftreten. Er forderte, „daß die Fortschritte in Theorie und Praxis, die Früchte der Forschung und Kunst den weiteren Kreisen des Volkes vermittelt werden“. So ist das Bedürfnis nach Fortbildungsveranstaltungen, nach *Volkshochschulen*, entstanden.

Diese Ausführungen werden den Kenner des Volkshochschulgedankens überraschen. Es wurden in Dessau bereits vor 75 Jahren Thesen formuliert, die heute zwar zum tradierten Selbstverständnis von Volkshochschule gehören. Es sind aber auch Zielstellungen, um deren tägliche Umsetzung jede Volkshochschule zu allen Zeiten engagiert bemüht sein muß. Zugleich handelt es sich auch um Bestimmungen, durch die die Volkshochschule ihren unverzichtbaren Platz in einem Gemeinwesen erhält.

Die danach folgenden Ausführungen Professor Blums belegen, daß bereits in der Gründungsperiode an der Dessauer Volkshochschule unterschiedliche Definitionen bekannt waren. „Der Begriff ‚Volkshochschule‘ werde nicht einheitlich aufgefaßt“. Blum charakterisierte zuerst eine, wie er meinte, individualistische Auffassung, die vorrangig die „Persönlichkeits- und *Charakterbildung*“ betone und die „an die Bestrebungen des dänischen Refomators Grundtvig“ anknüpfe. Die andere nannte er „sozialistische Auffassung“, wobei Blum hinzufügte, daß er „das Wort nicht im Parteisinne gebraucht“. Diese Auffassung möchte „mehr die Bedürfnisse nach gesteigerter *Allgemein- und Fachbildung* und besonders *staatsbürgerlicher Bildung* befriedigen“. Diese Unterscheidung aufhebend und die Gemeinsamkeiten betonend, schlußfolgerte Blum, daß beide Auffassungen, in der Volkshochschule verwirklicht, „der Charakterbildung und der sittlichen Bildung in hervorragendem Maße dienen“. Offensichtlich wurde in Dessau die Grundtvigsche Auffassung favorisiert⁷.

Der Redner wandte sich dann der Organisation und Selbstverwaltung der Volkshochschulen in den einzelnen Bildungsbezirken, Städten und Orten zu. Deren Ortsausschüsse sollten in einem Bildungsparlament der Erwachsenenbildung im Land einen Oberbau erhalten⁸. Er forderte,

daß die einzelnen Kurse „nach einem einheitlichen Gesamtplan aufgebaut sein“ sollten. Schließlich betonte der Redner nochmals: „Es handelt sich nicht um bessere Unterhaltung, sondern um Bildungsarbeit“. Zum Schluß seines Vortrages knüpfte Professor Blum angesichts der sich abzeichnenden nationalen Erniedrigung Deutschlands durch die Friedensforderungen der Siegermächte auch mit patriotischen Worten den Bezug zur Volkshochschule: „Das Wort, unser sittliches Wollen, unser Bildungsstreben, unseren Kulturwillen, den sollen sie lassen stahn. Dieses Reich des Geistes muß uns doch bleiben“.

Nach dem Beifall zum Vortrag, so der Zeitungsbericht, folgten geschäftliche Mitteilungen. Es wurde festgestellt, daß sich bereits 700 Personen zu den Kursen angemeldet hatten, was „ein für Dessau ausgezeichnetes Ergebnis“ sei. „Die Teilnahme an den Kursen ist überraschend groß“. Damit habe der ganze Plan zur Gründung der Dessauer Volkshochschule eine „glänzende Rechtfertigung erhalten“. So endet der Bericht über den Eröffnungsvortrag zum Sommerhalbjahr 1919⁹. Zwischen dem Gründungsdatum 17. Februar 1919 und der Eröffnungsveranstaltung der Kurse im Sommerhalbjahr am 12. Mai 1919 hat die Lokalpresse Anhalts (Dessau war damals Regierungssitz des Freistaates Anhalt) mehrfach über den Volkshochschulgedanken und seine zur Gründung neuer Volkshochschulen führende Ausbreitung berichtet. Ein längerer Beitrag „Volkshochschulen“¹⁰ bestätigt nochmals, daß Gründungen in Dessau und Anhalt in direkter Anlehnung an das von Grundtvig bestimmte Verständnis von Volkshochschule erfolgten. Der Beitrag beginnt mit der Feststellung: „Der Volkshochschulgedanke hat in Deutschland anfangs nur zögernd Fuß gefaßt und ist dann zunächst nur langsam vorgeschritten. Als Ausnahme wird Hamburg genannt, wo am ‚Johanneum‘ eine Volkshochschule nach akademischem Muster entstand, die hohe ethische und praktische Bildungswerte dem Suchenden in Fülle bietet, aber für die Kulturveredelung und Fortbildung der großen Menge doch nicht das geworden ist, was man von ihr erwarten durfte ... Mannigfaltige Formen hat die Verwirklichung des Volkshochschulgedankens in Deutschland in letzter Zeit gefunden“.

In diesem Zusammenhang werden außer Dessau in Anhalt Gründungsvorhaben in Magdeburg, Halberstadt, Sangerhausen, Naumburg und Wernigerode genannt.

Auch der Dessauer Volkshochschule wird die Aufgabe zugewiesen: „Im allgemeinen soll sie wohl den Lernbegierigen jeden Standes zu Hilfe

kommen und ihnen gute Gelegenheit zur Aneignung von bildungsförderndem theoretischem und praktischem Wissen geben, also den Bildungsgrad des einzelnen je nach Bedürfnis und Geschmack und damit den Bildungsdurchschnitt der Gesamtheit erhöhen“. Es wird darauf hingewiesen, daß sich die „vorhandenen Gründungen einen weiteren Spielraum gewährt“ haben, obwohl die dänische Volkshochschule „in ihrer von Grundtvig geförderten Tendenz und Einrichtung als vorbildlich“ galt. Schließlich heißt es, daß das Kursprogramm der Volkshochschule für das bevorstehende Sommersemester der „optimistischen Ansicht“ entsprang, daß ein „außerordentlicher Bildungshunger im Volke nach Stillung verlange“.

Wie groß die Erwartungen an die Volkshochschule waren und mit welchem Optimismus an die Bildungsarbeit gegangen wurde, wird im Vorspruch zur Eröffnung der Dessauer Volkshochschulkurse im Wintersemester 1919/20 deutlich, den Oberlehrer Dr. O. Hachtmann, der für den Kurs „Soziale Dichtung“ verantwortlich war, verfaßt hatte¹¹:

Wie oft schon stand der Deutsche vor Ruinen,
Und immer hat er neu das Haus gebaut,
Wenn alle Hoffnungen zertreten schienen,
Hat er zuletzt auf seinen Geist vertraut.
So wollen wir auch jetzt dem Geiste dienen,
Dann wird zum Segen, wovor nun uns graut,
Ein jeder rühre Herz und Kopf und Hände,
Daß wieder sich das edle Werk vollende!

Wir bauen aber nicht nach alten Rissen,
Wir wollen keinen kalten Prunkpalast,
In unserm Hause soll ein jeder wissen,
Daß er willkommen ist als lieber Gast.
Vergessen sei, was uns bisher zerrissen,
Und lieben sollen sich, die lang gehaßt!
Nur Neid und Hochmut wollen wir verbannen,
Sonst stünden wir am Schluß, eh' wir begannen.

Es liegt uns nicht an totem Wissensstaube,
Wir wollen einen neuen Menschengest,
Wir woll'n, daß Ehrfurcht, Liebe, Zucht und Glaube
Den Deutschen aus der Nacht zum Lichte reißt.

Das Köstlichste, das ihm kein Alltag raube,
Und das den Weg zum Menschentume weist:
Die Oberwelt des Guten, Wahren, Schönen,
In ihr soll aller Streit sich tief versöhnen.

Das große Haus fürs ganze Volk zu richten,
Dazu bedarf es aller Deutschen Tun.
Ein jeder soll dazu die Steine schichten,
Doch darf das Werk am *eigenen* Haus nicht ruh'n.
Zum Beispiel diene, was wir hier errichten,
Für einst und überall das Hier und Nun,
Gemeinsam sollen sich die Kräfte regen:
Du deutscher Geist, verleihe uns deinen Segen!

Ein Blick in das für das Sommerhalbjahr 1919 angebotene Kursprogramm macht deutlich, daß offensichtlich auch damals die soziale Situation in Dessau in erheblichem Maße die Fortbildungsinteressen und damit die Kursthematik an der Dessauer Volkshochschule bestimmt haben¹²

In der beruflichen Fortbildung, die vordergründig auf *kaufmännische Kurse* orientiert war, wurden angeboten:

- System der doppelten Buchführung
- Handelsrecht für Kaufleute
- Kaufmännische Kalkulation
- Mathematik des Geldverkehrs
- Englische und französische Handelskorrespondenz.

Unter den *staatsbürgerlichen Kursen* wurden genannt:

- Einführung in die Volkswirtschaftslehre (Syndikus Dr. E. Rausch)
- Geschichte des Sozialismus und der sozialistischen Theorien (H. Peus, Schriftsteller, Präsident der Landesversammlung des Freistaates Anhalt)¹³
- Geschichte des Kapitalismus (Direktor Th. Blum)
- Probleme und Methoden der Sozialisierung (Syndikus Dr. E. Rausch)

Als *allgemeine Kurse* wurden ausgewiesen:

- Kapitalanlagen (Bankdirektor Alex): Geldanlagen, Grundstücke und Hypotheken, Industrieobligationen, Anleihen, Schuld- und Rentenbriefe, Bankaktien, Industrieaktien u.a.
- Chemie der Nahrungs- und Genußmittel (Nahrungsmittelchemiker Dr. Schneider)

– Fremdsprachige Konversation in englischer, französischer, italienischer und spanischer Sprache.

Es ist belegt, daß diese Kurse auch in den Folgejahren einen erheblichen Zuspruch hatten.

Erst ab Januar 1920 wurden regelmäßig „Mitteilungen des Verwaltungsausschusses für die Dessauer Volkshochschulkurse“ herausgegeben. Hier wurde erstmals das *Signet mit dem Uhu* benutzt, das die Volkshochschule Dessau seit 1991 wieder verwendet, um damit nicht nur äußerlich ein Bekenntnis zur 75jährigen Geschichte der Volkshochschule in Dessau, sondern auch zu dem in der Bundesrepublik tradierten Volkshochschulverständnis und seinen Entwicklungslinien aus dem gemeinsamen Ursprung abzulegen. Die „Mitteilungen“ gestatten, da sie teilweise auch statistisches Material über die Anzahl, die Altersstruktur und das Geschlecht der Teilnehmer ausweisen, einen tieferen Einblick in die Bildungsarbeit der Dessauer Volkshochschule und ihre Gesamtentwicklung. Das Kursangebot, insbesondere die Vortragsthemen, wurde laufend durch gesellschaftlich relevant gewordene Themen, wie „Ausprache zu Zeitfragen“, „Frauenfragen und die Aufgaben der Frauen im Staatsleben“, „Einführung in das Betriebsrätegesetz“, „Genossenschaftswesen“, „Staatshaushalt“, „Wirtschaftliche Tagesfragen“, „Die neuen Reichssteuern“, „Weltpolitische Machtfragen“ u. a., aktualisiert. Bemerkenswert ist das Angebot einer Vortragsreihe für das Wintersemester 1921/22: „Die Programme der politischen Parteien“, die mit Vertretern aller Parteien Dessaus gestaltet und in der auch das Thema „Ethik der Parteien“ diskutiert wurde. Aktuelle Geschichtsthemen traten verstärkt auf, z.B. „Deutschlands Aufstieg und Niedergang seit Beginn der Neuzeit“, „Geschichte des Parlamentarismus und seine Formen“, „Christentum und soziale Fragen“, „Geschichte Dessaus“ und „Deutsche Gliedstaaten“. Bemerkenswert war das Interesse für Literatur, Kunst und Kultur: „Einführung in das moderne Drama“, „Einführung in Goethes Faust“, „Geschichte des deutschen Liedes“, „Einführung in die älteste deutsche Literatur“, „Übersicht über die moderne Weltliteratur“, „Einführung in den Spielplan des Friedrich-Theaters in Dessau“, „Einführung in die Harmonielehre“, „Rubens, Rembrandt und ihre Zeit“, „Die Stadt Florenz“,

„Deutsche Malerei des neunzehnten Jahrhunderts“, „Kulturbilder aus der deutschen Theatergeschichte“ u.a.

Dieses literarisch-kulturelle Angebot wurde ergänzt durch Kurse mit einem hohen Anteil eigener kreativer Betätigung der Teilnehmer, wie „Übungen in vergleichender Bildbetrachtung“, „Übungen in der Galerie des Amalienstiftes in Dessau“ oder „Sprechtechnik und Laienspiel“ und „Soziale Dichtung“, aber auch „Häusliche Kunstpflege“. Außerdem findet man Kurse zur „Einführung in die Philosophie Friedrich Nietzsches, Schopenhauers, Rousseaus, Kants u.a.“. Auch „Vorträge über experimentelle Pädagogik und Psychologie unter besonderer Berücksichtigung der Berufsberatung und Begabungsforschung“ oder „Wie kann man im Leben Erfolg haben“ wurden durchgeführt.

Im Bereich Mathematik und Naturwissenschaften wurden folgende Themen u.a. behandelt: „Experimentalvorträge über Spektralanalyse und Polarisation des Lichtes“, „Bedeutung der Relativitätstheorie“, „Erdgeschichte und Menschwerdung“, „Geologie des Harzes“, „Bau und Leben der Pflanzen“. Außerdem wurden botanische und geologische Exkursionen in die Umgebung Dessaus veranstaltet.

Mit dem Kurs „Werden und Wandlungen der heimatlichen Landschaft in Beziehung auf Pflanzen, Tiere und Menschen“, in dem nach den Folgen der historischen Besiedlungsformen auch „das gegenwärtige durch die moderne Kultur gänzlich umgestaltete Landschaftsbild“ behandelt wurde, wird sogar die Nähe zur ökologischen Bildung erreicht. Natürlich wurde in dieser Zeit auch eine große Zahl von Kursen zu Rechtsfragen – wie Familienrecht, Steuerrecht, Handelsrecht und Fragen des Bürgerlichen Gesetzbuches – durchgeführt. Auch die Gesundheitsbildung war mit dem Thema „Völkstümliches über ansteckende Krankheiten“ vertreten. Einen erheblichen Umfang hatten Kurse zur Vervollkommnung des Gebrauchs der deutschen Gegenwartssprache, Rhetorikkurse, Anfänger- und „Ober“kurse in der englischen, spanischen, lateinischen und auch in der russischen Sprache.

Diese Analyse belegt, daß bereits in der Gründungsperiode an der Dessauer Volkshochschule von 1919 bis zu ihrer verordneten Schließung im Sommer 1932 eine erstaunliche Breite allgemeiner Bildung neben der vorrangig auf kaufmännische Fortbildung orientierten beruflichen vorhanden war.

3. Der große Einschnitt 1932 bis 1945

Das Jahr 1931 endete mit einer tiefen Wirtschaftskrise in Anhalt. Die Arbeitslosigkeit hatte in der Region stark zugenommen. Die Finanzsituation der Stadt hatte sich verschlechtert. Dessauer Großbetriebe, so auch die Junkerswerke, waren in Zahlungsschwierigkeiten.

Seit Januar 1932 verschärfte sich die politische Situation in der Stadt Dessau. „Das Nazi-Theater im Rathaus“ hatte begonnen¹⁴. „Tumulte in der Stadtverordnetenversammlung“¹⁵ mußten durch die Polizei beendet werden. Dabei ging es nicht nur um den „Abriß des Bauhauses“¹⁶. Demokratische und kulturelle Traditionen der Stadt wurden durch die Nationalsozialisten immer härter attackiert, besonders nach den Reichspräsidentenwahlen im März 1932¹⁷. Der stellvertretende Gauleiter Anhalts, P. Hofmann, der zugleich in Dessau Bürgermeister und Polizeidezernent war, schrieb: „Dessau hat den zweifelhaftesten Ruhm erworben, eine der Hauptpflegestätten des Kulturbolschewismus zu sein!“¹⁸.

Früher als in anderen Ländern Deutschlands hatten schon im Mai 1932 die Nationalsozialisten die anhaltinische Regierung übernehmen können. Unter diesem politischen Druck mußten auch die Kurse an der Volkshochschule beendet werden. Bereits ab Januar 1932 findet man im Vergleich zu vorher in den Tageszeitungen auffallend selten Mitteilungen über die Dessauer Volkshochschule. Die letzte Notiz datiert vom 18. März 1932. Aufschlußreich ist ein Leserbrief eines Arbeitslosen: „Dank an die Dessauer Volkshochschule“ vom 16. März: „Nachdem die Volkshochschulkurse größtenteils beendet sind, erlaube ich mir als Teilnehmer an vier verschiedenen Kursen für Erwerbslose, und zwar derjenigen über Mikroskopie bei Herrn Studienrat Forner; über ‚Deutschen Humor‘ bei Herrn Studienrat Dr. Hachtmann; über ‚Deutschland und die Weltwirtschaftspolitik‘ des Herrn Studienrat Dr. Brückner; über ‚Gegenwartsfragen mit Aussprache‘ des Herrn Professor Dr. Heine, hiermit meinen herzlichsten Dank auszusprechen, und auch den einer größeren Anzahl Teilnehmer. Wir freuen uns, daß wir in dieser schweren Zeit Gelegenheit hatten, nicht nur unser Wissen zu bereichern, sondern auch einmal herzlich lachen zu können über die explodierende Kaffeemaschine und die Zähmung der Widerspenstigen! Durch die Besprechung der gerade gegenwärtig sehr im Interesse aller Welt stehenden Verhältnisse in der Mandchurei, China, Spanien wurde uns vieles verständlicher. Ganz besonderes Interesse wurde geweckt durch die Mög-

lichkeit der Fünfminutenaussprachen der Teilnehmer über Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung, Okkultismus und Staat, Moral und Macht! Die Leitung der Volkshochschule hat es verstanden, durch besonders tüchtige Dozenten mit der Teilnehmerschaft in innige Beziehungen zu gelangen, die hoffentlich zu besserer Verständigung unserer verschiedenen Volksschichten beitragen!. Selbstverständlich wurde den Vortragenden am Schlusse der einzelnen Kurse besonders gedankt, aber wir legen Wert darauf, dies auch nochmals öffentlich zu tun ...“¹⁹.

4. Wiederbeginn – Volkshochschule in der zweiten Periode 1945 bis 1990

Dessau war im April 1945 ebenso wie Dresden stark zerstört. Noch am 7. März hatte Dessau ein ähnliches Inferno erlebt. Am 21. April 1945 wurde die Stadt von amerikanischen Truppen eingenommen, während die östlichen Vororte von russischen Truppen besetzt wurden. Nach dem Potsdamer Abkommen gehörte Dessau dann der Sowjetischen Besatzungszone an.

Im „Volkblatt für Anhalt“ vom 9. November 1945 findet man unter der Überschrift „Neue Volkshochschule im Aufbau“ die vielversprechende Ankündigung einer „demokratischen Schulreform“ mit entscheidenden Auswirkungen für die Erwachsenenbildung. Die Volkshochschule soll durch „freiwilligen Bildungswillen“ jeden zu „befreiender Mündigkeit“ und zu „sozialpolitischer Staatsbürgerreife“ befähigen. An die traditionelle Bestimmung der Volkshochschule als Bildungs- und Kulturaufgabe der Kommunen anknüpfend heißt es weiter:

„Wenn es eine Schulsituation geben soll, die einer solchen freiheitlichen Volksbildung am besten dienen kann, dann wird es die im Zeichen der Weimarer Republik entstandene und durch Bannstrahl des Dritten Reiches aufgelöste Volkshochschule sein ... weshalb Antidemokraten keine Lehrerlaubnis erhalten ... Demgegenüber bejahen wir die Kulturaufgabe der Intelligenz. Politik, Geschichte, Wirtschaft, Recht, Wissenschaft, Philosophie und Künste sind nicht in die Hörigkeit der Brutalität zu zwingen, sondern mit dem Freisinn der Humanität zu lehren. Die demokratische Politisierung der Geisteskultur wird bestätigen müssen, daß das politische Lied kein garstig Lied zu sein braucht, daß eine Volkspolitik nicht den Charakter verderben wird, daß aber der Nazicharakter die Staatspolitik verdorben hat“.

Volkshochschule sollte während der jetzt beginnenden „demokratischen Neuordnung“ eine „Kulturaufgabe“ haben und eine dem „Bildungsrecht des Volkes“ dienende Bildungsstätte sein, die auch zur Erlangung von Schul- und Berufsabschlüssen führt. Vorgesehen waren Kurse, die die „Lebenshilfe“ der Bürger befördern, und auch solche, die der „Freizeitfreude“ dienen.

Für das Kursprogramm werden nachzuholende Schulabschlüsse und Berufsausbildungen als ebenso relevant angegeben wie „Behandlung von Themen der *aktuellen Tagespolitik* und eines *kulturschöpferischen Menschentums*“. Genannt werden dann u.a.:

- „Das Werden der Demokratie in Deutschland
 - Die Programme der Parteien des antifaschistischen Blocks
 - Die Irrlehre der faschistischen Ideologie
 - Die historische Bedeutung der Bodenreform
 - Der Erfindungsgeist im Dienste des Frieden
 - Antifaschistische Dichter und Schriftsteller
 - Musikwerke ... totgeschwiegener Komponisten
 - Kunstauffassungen des Zeitalters der Humanität
 - Kurse zur Erlernung der russischen Sprache
- usw.“

Eine hohe Zielstellung und Herausforderung, die der Grundtvigschen Volkshochschulidee nahesteht, folgt dann:

„Sage kein studierter Bürger, daß die Volkshochschule seinen geistigen Ansprüchen zu gering wäre! Sage kein einfacher Genosse, daß die Volkshochschule zu hohe geistige Anforderungen stellen könnte! Das Maß der Bildung wird einer harmonischen Linie gerecht werden, die für beide Volksteile die steigende Richtlinie eines notwendigen geistigen Wachstums der *öffentlichen Bürgerfähigkeit* darstellt. Wir dürfen nie vergessen, daß das Bildungsziel der Volkshochschule jene *Lebensreife* bedeutet ...“.

Dieser Artikel²⁰ wurde von W. Schöpfel, dem nach 1945 langjährigen Direktor der Volkshochschule Dessau, wohl auch in programmatischer Absicht verfaßt.

Erst mit dem Befehl Nr. 22 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland vom 25.1.1946 zur „Eröffnung und Tätigkeit der Volkshochschulen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“ waren die kommunalen Selbstverwaltungsorgane aufgefordert, Volkshochschulen einzurichten und, wie es hieß, zu fördern.

Obwohl Wohnungen, Schulen und Kultureinrichtungen sowie Industriebetriebe in Dessau zu 85% nicht genutzt werden konnten, begann am 1. April 1964 die Volkshochschule den Lehrbetrieb unter sehr komplizierten Bedingungen²¹, „da es an geeigneten Räumen und Sitzgelegenheiten mangelte“²².

Viele Zeitgenossen und Teilnehmer von Volkshochschulkursen zwischen 1945 und 1990 wissen oder haben selbst hinreichend erfahren, welche Ziel- und Profilveränderungen dieser hier geäußerte Volkshochschulgedanke während der DDR-Zeit erfahren hat. Die besonders nach 1949 immer stärker werdende restriktive Bildungspolitik in der DDR und die Abhängigkeit von der kommunalen Administration ließen der Entfaltung der Volkshochschule in Dessau ebenso wie in anderen Orten nur die „verordneten“ Möglichkeiten.

Das Kursprofil war während der gesamten DDR-Periode zu keiner Zeit nur auf den Zweiten Bildungsweg und die berufliche Fortbildung mit und ohne Abschlüsse orientiert. Stets gab es auch Sprachkurse und Kurse der Freizeitgestaltung wie Stadt- und Kulturgeschichte, KFZ-Technik, Gartenbau, Gesundheitsbildung. Dagegen wurden Kurse der Kulturarbeit zunehmend in die betrieblichen Kulturhäuser verlagert. Die Abkehr von den Ursprüngen und allgemeingültigen Bestimmungen von Volkshochschule und von den bereits in den Volkshochschulen Westdeutschlands erfolgreich eingesetzten modernen didaktischen Prinzipien zur Kursgestaltung in der Erwachsenenbildung verhinderte die ursprünglich angekündigte Zielstellung von Volkshochschularbeit. Die versprochene „freie Entfaltung“ in der Erwachsenenbildung wurde auch an der Volkshochschule Dessau „umfunktioniert“ zur, wie wir heute sagen, Herausbildung des „gelernten DDR-Bürgers“. Das schließt nicht aus, daß der einzelne Kursleiter oder Teilnehmer auch davon abweichende Bildungsnischen nutzen konnte²³. Dabei hat der „gelernte DDR-Bürger“ wohl auch in der Volkshochschule die „versteckte Kritik“ und das „Lesen zwischen den Zeilen“ gelernt.

Die folgenden Verse stammen von einem anonym gebliebenen Kursteilnehmer:

Ein Mensch springt auf von seinem Stuhle:
„Ich hasse diese Volkshochschule!“
Und tut mit Aufwand sehr empört,
Weil ihn die Silbe „Volk“ sehr stört.
Ein zweiter wettet ebenfalls:

Ihm liegt das Wörtchen „hoch“ im Hals.
Ein dritter formuliert sehr scharf,
Daß er der Schule nicht bedarf.
Nur einer schweigt, indem er denkt:
Wer ist hier eigentlich beschränkt?

Zweifellos steht eine gründliche Aufarbeitung der Geschichte der Volkshochschule in der DDR, so auch in Dessau, für die Zeit von 1945 bis 1990 noch aus. Das diesjährige 75. Gründungsjahr einiger Volkshochschulen in den neuen Bundesländern hat gewiß der begonnenen historischen Analyse der Volkshochschulen während der DDR-Zeit produktive Impulse gegeben.

5. Volkshochschule Dessau nach der Wende – eine kommunale Bildungs- und Kultureinrichtung

Seit der Wende hat die Volkshochschule Dessau ein ganz *neues Bildungs- und Kulturprofil* entwickelt, das sich von DDR-Zeiten grundsätzlich unterscheidet. Das zeigt sich nicht nur im neuen breit gefächerten Bildungsangebot, sondern vorrangig in den praktizierten Gestaltungsprinzipien für die Volkshochschularbeit. Offenheit, Toleranz, Demokratie, Kommunalität, Bürgernähe sollen ebenso wie Wissenschaftlichkeit und effizientes erwachsenengemäßes Eingehen auf Kursteilnehmer spürbar sein. Die Teilnehmer sind zu schöpferischer Kursmitgestaltung, kritischer Sicht und gegenseitiger Hilfe aufgefordert, so daß Lernen und Lehren Freude bereiten. Wachsende Teilnehmerzahlen und Mehrfachkursbelegungen sowie Presseberichte über die Volkshochschule Dessau zeigen, daß der beschrittene Weg erfolgreich war und ist.

Im August 1991 wurde die Fachbereichsstruktur eingeführt. Die Fachbereiche Sprachen, EDV und Technikwissenschaften, Büro und Verwaltung, Mathematik und Naturwissenschaften, Humanwissenschaften, Gesundheitsbildung, Rechtsfragen und der kreativ-künstlerische Bereich haben sich erfolgreich und öffentlichkeitswirksam etabliert. Alle MitarbeiterInnen der Volkshochschule haben sich mit großem Engagement in vielen Veranstaltungen der im PAS-Projektverbund „Neue Länder“ zusammengeschlossenen Projekte sowie in anderen Fortbildungsseminaren des Deutschen Volkshochschul-Verbandes die erforderliche Befähigung angeeignet.

Vor allem zeigt sich das neue Profil der Volkshochschule Dessau bei der Umsetzung des Bildungsangebots. Die Einhaltung der Wissenschaftlichkeit, die Forderung nach hoher aktueller Fachkompetenz und die Befähigung zu erlebnisreichem erwachsenengemäßigem Lehren und Lernen bei gleichzeitiger Verknüpfung der Kursthematik mit aktueller Praxis- und Lebensorientiertheit sind unverzichtbare didaktische Qualitätskriterien der Kursgestaltung. Auch der Mut, etwas Neues auszuprobieren, das Lernen aus Fehlern sowie das immer wieder erforderliche Infragestellen und Hinterfragen, verbunden mit analytischen und synthetischen Folgerungen, haben der Volkshochschule Dessau bei ihrer erfolgreichen Entwicklung geholfen.

Mit dem engagierten Einsatz wissenschaftlich qualifizierter, fachkompetenter und pädagogisch erfahrener Fachbereichsleiter, Dozenten und Kursleiter konnte dieser hohe Anspruch erfolgreich verwirklicht werden, weil auch diese zur Weiterbildung und zu interessanter schöpferischer Kursgestaltung bereit waren.

Die berufliche Fortbildung ist spezialisiert auf zeitgemäße Anforderungen in Büro und Verwaltung: Weiterbildung in der Buchführung, Betriebswirtschaft, Maschinenschreiben, Stenographie, EDV-Grund- und -Spezialkurse mit bundesweit anerkannten Prüfungen werden zahlreich durchgeführt. Gefragt sind Rhetorik im Wirtschafts- und Arbeitsleben, Verhandlungspsychologie, Menschenführung, berufsorientierte Fremdsprachenkommunikation, die auch als Videotrainingkurse durchgeführt werden.

Besondere Aufmerksamkeit zeigt die Volkshochschule gegenüber jenen, die zeitweilig oder langfristig nicht im Berufsleben stehen. Für eine erlebniserfüllte Freizeitgestaltung bietet sie ein reichhaltiges Kursangebot zur Gesundheitsbildung, Hauswirtschaft und gesunden Ernährung. Die eigene kreative handwerkliche und künstlerische Betätigung wie Töpfern und Malen erfreut sich wachsender Beliebtheit.

Auch Kurse zu den Weltreligionen, zu Ethik, Kultur, Literatur, Kunst und Architektur werden immer stärker besucht. Im kulturellen Bereich haben sich neue, nun zur Tradition gewordene Kurse herausgebildet, wie die Kursfolge „Museum erleben“, die zunächst die Museumsarbeit vor Ort erkundete (z.B. Sammeln, Deponieren, Restaurieren, Ausstellen) und sich nun unter gleichen Aspekten an der reichen regionalen Kulturgeschichte Dessaus thematisiert: „Geschichte der drei Cranach-Tafeln aus der Dessauer Marienkirche“, „Aufklärung und Klassizismus in Anhalt“.

Den größten Umfang an Kursen nimmt gegenwärtig in der Volkshochschule der ständig wachsende Sprachenbereich ein. Auch mathematisch-naturwissenschaftliche und technische Kurse und Arbeitsgemeinschaften werden angeboten. Im TU-WAS-Arbeitskreis „Dessau Stadt-ökologie mit dem Bürger“, der seit Mai 1992 besteht, werden ökologische Probleme naturwissenschaftlich nicht nur hinterfragt, sondern deren Lösung wird auch durch eigenes Tun unter sachkompetenter Anleitung in Projektarbeiten gefördert.

Das Jahr 1993 beendete die Volkshochschule Dessau mit einer beachtenswerten Bilanz. Wesentlich war vor allem die erreichte Steigerung der gesamten Bildungs- und Kulturarbeit gegenüber den Vorjahren. Während 1992 insgesamt 6.617 Kursstunden belegt wurden, war bereits zu Beginn des Herbstsemesters am 1.9.1993 die Zahl von 7.000 Kursstunden überschritten. Bis zum Jahresende wurden 11.220 Kursstunden erreicht.

Mit dieser Erfolgsbilanz beging die Volkshochschule Dessau als älteste in Mitteldeutschland das 75. Gründungsjubiläum am 17 Februar 1919. Viele Grußschreiben von Volkshochschulen aus nah und fern, vom DVV und von der PAS, aber auch von Senioren der VHS-Geschichte, sogar aus Nordwestengland und Österreich erreichten sie. Mit Beethovens Schicksalssymphonie sollte zu Beginn der Feierstunde auf die „Schicksalsschläge“ bewußt hingewiesen werden, die die Volkshochschule in Dessau während ihrer 75jährigen Geschichte erfahren hat.

Anmerkungen

- ¹ Hinsichtlich des historischen Beleges wird auch von Wilhelm von Kempen in seinem Buch „Dessau und Wörlitz“, Verlag Klinkhardt und Biermann, Leipzig 1925, S. 132–133, festgestellt: „Die durch die Staatsumwälzung gegebenen Bedingungen ließen auch in *Dessau* den *Volkshochschulgedanken Wurzeln fassen* ... Es handelte sich hier 1919 nicht um eine *völlige Neugründung*“.
- ² Zitiert nach Informationsblatt „Kaufmännische und staatsbürgerliche Fortbildungskurse. Sommerhalbjahr 1919“. Verwaltungsausschuß der Dessauer Volkshochschule.
- ³ Anhalter Anzeiger vom 18.5.1919
- ⁴ Mitteilungen des Verwaltungsausschusses für die Dessauer Volks-Hochschul-kurse, Nr. 3, April 1920
- ⁵ Anhalter Anzeiger vom 18.5.1919

- ⁶ Anhalter Anzeiger vom 16.5.1919
- ⁷ Der namentliche Rückgriff auf Grundtvig begegnet einem bei der historischen Analyse der Entwicklung der Volkshochschule in Dessau immer wieder, nicht nur in der Erstgründungsperiode 1919 bis 1932, sondern auch später ab 1945: W. Schöpfel: „Vom hundertjährigen Jubiläum der Volkshochschule. Zum zweijährigen Bestehen der Dessauer Volkshochschule“. In: Volkshochschule Dessau. Beiträge zur Entwicklung der Volkshochschule, Nr. 8. Dessau 1948
- ⁸ Anhalter Anzeiger vom 16.5.1919
- ⁹ Das Volksblatt für Anhalt vom 2.5.1919 fordert zur Teilnahme an den kaufmännischen und staatsbürgerlichen Fortbildungskursen auf. „Wir müssen die allgemeine geistige und berufliche Leistungsfähigkeit jedes einzelnen bis aufs höchstmögliche Maß steigern ... Wir bedürfen der Volkshochschule im weitesten Sinne“.
- ¹⁰ Im Anhalter Anzeiger vom 20.4.1919 wird darauf hingewiesen, daß im September 1918 in Berlin „eine Besprechung der Vertreter sämtlicher Volkshochschulbestrebungen“ stattfand. An gleicher Stelle heißt es, daß in Thüringen und Sachsen der Volkshochschulgedanke nach „nordischem Vorbild“ gefördert wird. Weiter wird diskutiert, daß aus dem Württembergischen der Name *Volksbildungsschule* nach Sachsen getragen wurde, der „viel natürlicher und für die Sache bezeichnender als das hochtrabende, etwas anmaßend klingende, durchaus nicht für alle Verhältnisse passende Wort ‚Volkshochschule‘ ist“. Es sei „wohl bescheidener, aber praktisch und reichhaltig“.
- ¹¹ Mitteilung des Verwaltungsausschusses für die Dessauer Volks-Hochschulkurse, Nr. 1, Januar 1920
- ¹² Anhalter Anzeiger vom 18.5.1919.
- ¹³ Heinrich Peus war 1919 Redakteur der neuen sozialdemokratischen Zeitung „Volksblatt“. Fritz Hesse, Dessaus langjähriger Bürgermeister, schreibt in seinen Erinnerungen „Von der Residenz zur Bauhausstadt“, Teil 1 (Selbstverlag, Bad Pyrmont 1963, S. 18): „Mit Peus kam der Mann nach Dessau, in dessen Person sich vier Jahrzehnte hindurch in der Stadt und darüber hinaus in ganz Anhalt die sozialdemokratische Partei gewissermaßen verkörperte und dessen zielbewußter und gänzlich unorthodoxer Führung sie in erster Linie ihren Aufstieg und die beherrschende Stellung zu verdanken hat, die sie längere Zeit im Lande einnahm“.
- ¹⁴ Volksblatt für Anhalt vom 9.1.1932
- ¹⁵ Volksblatt für Anhalt vom 15.1.1932
- ¹⁶ Volksblatt für Anhalt vom 22.1.1932
- ¹⁷ Fritz Hesse: Aus den Jahren 1925 bis 1950. Erinnerungen an Dessau, 2. Band. Selbstverlag, Bad Pyrmont 1963, S. 52
- ¹⁸ P. Hofmann: Was wird aus dem Bauhaus? In: Anhalter Tageszeitung, Ausgabe Dessau vom 10. Juli 1932

- ¹⁹ W. Bober: Dank an die Dessauer Volkshochschule. In: Volksblatt für Anhalt, Dessauer Ausgabe vom 16. März 1932
- ²⁰ W. Schöpffel: Neue Volkshochschule im Aufbau. In: Volksblatt für Anhalt vom 9.11.1945
Der sozialdemokratische Lehrer Schöpffel hatte bis 1932 direkte Beziehungen zur Volkshochschule in Dessau und der Umgebung. Er hatte sich gründlich mit dem Volkshochschulverständnis seit Grundtvig vertraut gemacht. Aus den Archivunterlagen geht hervor, daß sich Schöpffel auch mit Aussagen der „Ersten Deutschen Reichsschulkonferenz 1920“ über Volkshochschulen befaßt oder sogar an der Konferenz teilgenommen hat. Bereits im September 1932 begann „ein systematischer Verleumdungsfeldzug der Nationalsozialisten gegen den engagierten Sozialdemokraten und Bezirksvorsitzenden des Freidenkerverbandes“, wie das Volksblatt für Anhalt am 10.9.1932 ausführlich berichtet. Im März 1933 wurde er einer der ersten „Schutzhäftlinge“. Zum 1.9.1945 wurde Schöpffel durch die SPD als Kreisschulrat nominiert und durchgesetzt. Er wurde dann auch erster Direktor der Volkshochschule Dessau und war deshalb Teilnehmer der „Volkshochschultagung“ in Berlin vom 15. bis 17 Juli 1946.
- ²¹ Volkshochschule. In: Volksblatt für Anhalt vom 30.3.1946
- ²² 1.800 Meldungen zur Volkshochschule. In: Freiheit vom 32.10.1946
- ²³ Vgl. Detlef Oppermann: Erwachsenenbildung als Nische? Eine Studienreise in die DDR. In: Volkshochschule im Westen 1989, Heft 2, S. 89 ff.

Jörg Wollenberg

„Die Demokratie geistig unterbauen“
Die Nürnberger Volkshochschule in Geschichte und Gegenwart

*1. Nürnbergs „Freie Hochschule für Handel, Industrie und allgemeine Volksbildung“ als Modernisierungsmodell
Zur Vorgeschichte der VHS in den Jahren von 1918 bis 1921*

Um die Rolle Nürnbergs als führende Industriestadt in Bayern zu sichern, hatten politische Repräsentanten der Stadt schon vor dem Ersten Weltkrieg wichtige Vorarbeiten zur Verbesserung der technischen und naturwissenschaftlichen Aus- und Fortbildung für Ingenieure und Arbeiter geleistet. Die Landesgewerbeanstalt, das frühere Gewerbemuseum, und der „Offene Zeichen- und Arbeitssaal“ gehörten neben der Kunstgewerbeschule zu den Einrichtungen, die mit mathematisch-physikalischen Angeboten den Elementarunterricht ergänzten und anerkannte fachliche Fortbildung, die den Sprachunterricht für Monteure der großen Fabriken einschloß, durchführten.

Die noch vor dem Zusammenbruch des Kaiserreichs vorgenommene Umbenennung in „Städtische Volksbildungskurse mit Offenem Zeichen- und Arbeitssaal“ läßt erkennen, daß aus der Fortbildungsschule eine allgemeine, der gesamten Bevölkerung Nürnbergs dienende Bildungsstätte geworden war. Auf Initiative des damaligen Oberbürgermeisters und späteren Reichswehrministers Otto Geßler entwickelte 1918 der Stadtschulrat Weiß (DDP) in enger Zusammenarbeit mit dem Generaldirektor der MAN, Rieppel, aus diesen ersten Ansätzen von Qualifikation und Bildung das Konzept der „Freien Hochschule Nürnberg“, um so den planmäßigen Ausbau der städtischen Volksbildungseinrichtungen abzusichern und durch Hochschulbildung zu ergänzen. Ein Stiftungskapitel von annähernd zwei Millionen Mark, je zur Hälfte von der Stadt und von privaten Geldgebern aus Industrie und Handel zur Verfügung gestellt, sollte die Einrichtungen der Volkshochschule, Handelshochschule und Technischen Hochschule unter einem Dach zusammenfügen – ein auch heute noch modern wirkender Reformversuch, fachliche Fortbildung, Volksbildung und Hochschule in einer Art Gesamthochschule für Erwachsene zu vereinen.

Die Gründung der „*Freien Hochschule für Handel, Industrie und allgemeine Volksbildung*“ wurde als Stiftung des öffentlichen Rechts noch vor Kriegsende am 24.5.1918 als „Friedens- und Kulturwerk“ (Geßler) verkündet. Diese „Freie Hochschule Nürnberg“ sollte sich in drei Abteilungen gliedern:

- „1. Eine allgemeine Abteilung, genannt ‚Volkshochschule Nürnberg‘, mit der Hauptaufgabe der Hebung der Volksbildung und Volkswohlfaht durch Forschung und Lehre der für das Verständnis von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, von Welt- und Lebensanschauungen bedeutsamen Geistes- und Kulturwissenschaften;
2. eine Abteilung für die Handelswissenschaften, genannt ‚Handelshochschule Nürnberg‘, mit der Aufgabe, den Kaufmannsstand durch Vermittlung vertiefter allgemeiner und kaufmännischer Bildung für die Erfüllung der neuzeitlichen Anforderungen zu befähigen;
3. eine Abteilung für technische Wissenschaften, zur Ausbildung von leistungsfähigen Kräften vorzugsweise für mechanische, elektronische und chemische Industrie, durch Pflege reiner angewandter Mathematik und reiner und angewandter Naturwissenschaften.

Sämtliche drei Abteilungen werden unter dem Namen ‚Freien Hochschule Nürnberg‘ mit dem Sitz in Nürnberg zusammengefaßt“ (§ 4 der Stiftungsordnung)¹.

Am 24.8.1919 lag die staatliche Genehmigung für zwei der drei Abteilungen vor. Handels- und Volkshochschule konnten im WS 1919/20 in dem damaligen Schulhaus Findelgasse (spätere Handelshochschule), im Luitpoldhaus und in der Landesgewerbeanstalt ihren Betrieb eröffnen. Ziel der Gründung war es, Nürnbergs Weg in die Zukunft durch Modernisierung und Demokratisierung zu fördern. Hier wird die besondere Rolle der Volksbildung am Aufbau der ersten Republik deutlich. Die Realisierung ging vor allem von dem liberalen Oberbürgermeister Dr. Hermann Luppe aus, der als Nachfolger Geßlers sich von Anfang an als Bildungsreformer und Kulturförderer verstand. Auf der Reichsschulkonferenz von 1920 hatte Luppe dazu aufgefordert, „daß wir unsere ganze Schulpolitik in die großen Aufgaben des wirtschaftlichen und sittlichen Wiederaufbaus Deutschlands eingliedern müssen“².

Für Nürnberg war diese Initiative von besonderer Bedeutung, weil sie auch in dem gesamtpolitischen Kontext des Weimarer Bündnisses von Bürgertum, Arbeiterbewegung und fortschrittlicher Wissenschaft stand, das die Voraussetzung dafür zu schaffen sich bemühte, eine neue politische Kultur im Übergang von der Monarchie zur Demokratie zu

sichern. Freilich hatte die Abteilung Volkshochschule nicht lange Zeit, den anspruchsvoll formulierten Bildungsauftrag einzuholen. Trotz des erfreulich regen Interesses der Bevölkerung wurde die Abteilung Volkshochschule aus der Stiftung herausgelöst und am 9. Oktober 1921 in rein städtischer Regie als selbständige Einrichtung der Stadtgemeinde neu eröffnet und mit einem Verwaltungsrat versehen, der sich schon damals als Vorläufer des heutigen Beirates des Nürnberger Bildungszentrums (städtische VHS) aus Vertretern des Stadtrates, der Dozenten und Hörer zusammensetzte³.

2. Die Gründung der kommunalen Volkshochschule am 9.10.1921

Im ersten Verwaltungsbericht aus der Gründungszeit wurden die Aufgaben und Ziele beschrieben, die in einer Satzung festgehalten wurden und die von einem weniger umfassenden Bildungsauftrag als 1918/19 ausgingen: „Die städtische Volkshochschule setzt sich zur Aufgabe, ihre Hörer durch geistige Selbstbetätigung zu eigener Urteilsbildung und geistiger Selbständigkeit, zu geistigem Eigenleben überhaupt zu erwecken, damit sie mit Bewußtsein und Verständnis an dem kulturellen Leben ihrer Zeit im allgemeinen und den kulturellen Aufgaben ihres Berufs- und Lebenskreises im besonderen teilnehmen können. Sie wendet sich an alle Volksschichten. Die Volkshochschule ist keine Fach- oder Fortbildungsschule“⁴.

Bei der offiziellen Eröffnungsfeier am 9. Oktober 1921 sprachen der Oberbürgermeister und der VHS-Leiter von der „Entwicklung und Klärung des Denkens“, um „Einsicht in die Zusammenhänge des Seins und Lebens in Natur und Gesellschaft“ zu gewinnen, aber auch von der Notwendigkeit der Erörterung und Diskussion politischer Fragen⁵. Die „Städtischen Volksbildungskurse“ mit dem „Offenen Zeichen- und Arbeitssaal“ blieben ebenfalls als Einrichtung der Stadtgemeinde Nürnberg unter Leitung des Stadtschulrates bestehen. Der Unterricht der Volksbildungskurse erstreckte sich in Abgrenzung zur VHS neben kunstgewerblichem Zeichnen, Berufskunde, fachlichem Zeichnen und praktischer Werkstattarbeit (mit von der Stadtverwaltung eingerichteten Werkstätten mit neuzeitlichen Maschinen und allen notwendigen Einrichtungen für die gesamte graphische Industrie) und handelswissenschaftlichen Lehrgegenständen auch auf die allgemeine Bildung und Sprachen. Hier waren von Anfang an Überschneidungen mit der

Volkshochschule und gegenseitige Ausgrenzungen nicht zu vermeiden. Die große Bedeutung der neuen kommunalen Volkshochschule läßt sich schon an der Wahl des Leiters ablesen. Drei Kandidaten wurden in die engere Wahl genommen, die alle der Arbeiterbewegung nahestanden und politisch in der USPD organisiert waren: Dr. Georg-Engelbert Graf, ein Kulturwissenschaftler, der später Leiter der Bildungsabteilung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (heute IG Metall) wurde und damals Lehrer an der sozialistischen Heimvolkshochschule in Tinz/Gera war. Sein Gegenkandidat, Dr. Theodor Geiger, leitete als Geschäftsführer die Volkshochschule Berlin⁶. Im Streit um deren unterschiedliche VHS-Konzeption entschied sich der Stadtrat für einen dritten Kandidaten: Prof. Dr. Hermann Baege, ein Psychologe und Pädagoge, der als Unterstaatssekretär im preußischen Kultusministerium die Reichsschulkonferenz von 1920 vorbereitet hatte und danach das am besten ausgearbeitete deutsche Volksbildungswesen in Thüringen leitete. Mit dem Aufbau des Jugendpsychologischen Instituts ging der Begründer der Zeitschrift des Organs des Bundes entschiedener Schulreformer, „Die Neue Erziehung“, neue Wege einer modernen VHS-Arbeit in Nürnberg⁷.

Mit der 1921 vollzogenen Loslösung der Volksbildung aus der „Freien Hochschule“ und der Einrichtung einer Kommunalen VHS nahmen die Vorwürfe der Konservativen zu, die sich vor allem darüber beklagten, daß Baege „mit auffallend häufiger Betonung“ von den Bildungsbedürfnissen der Arbeiterschaft“ spreche. In der Tat nahmen damals zahlreiche Arbeiter die Kurse der Volkshochschule wahr, vor allem politische und kulturelle Lernangebote.

Die damalige Auseinandersetzung ging um die bis heute umstrittene Interpretation von der von Volkshochschulen reklamierten weltanschaulichen Neutralität. Viele erwarteten von der VHS, daß sie zur Versöhnung der politischen und weltanschaulichen Differenzen und damit auch der Klassengegensätze beizutragen habe. Diesem Anspruch widersprachen der erste Leiter der VHS ebenso wie seine Nachfolger. Im Stadtrat antwortete am 11. Oktober 1922 der zuständige Referent Dürr auf die Kritiker:

„Warum hat die Bayerische Volkszeitung sofort auf Grund solcher unsachlichen Vermutungen die unglaubliche Behauptung aufgestellt, daß die Volkshochschule eine sozialistische und freidenkerische Partei-schule wäre? Schon in dem ersten Erwiderngsaufsatz von Prof. Baege ist nachgewiesen, daß von einer sozialistisch-freidenkerischen Partei-schule bei einer Institution, von deren 62 Dozenten nur 21 Sozialisten

sind und die übrigen sämtlichen Parteien und Konfessionen angehören, nicht die Rede sein kann“ (Stadtarchiv C. 24,19).

Der konservative VHS-Dozent Dr. Ernst Meier hatte schon am 14.12.1921 vergeblich versucht, mit seinem Grundsatzbeitrag die Auseinandersetzung zu schlichten: „Der Hörsaal der Hochschule – das gilt von der Volkshochschule wie von der Universität – darf niemals zum Tummelplatz politischer Leidenschaften werden“ (Bayerische Nationalzeitung). Die Zeitung der USPD, der „Sozialdemokrat“, konstatierte dagegen am 22.4.1922: „Die Volkshochschule soll nicht ‚Bildung‘ verbreiten, sie ist nicht ein Tummelplatz für Schöngeister, sie soll der ernsten Arbeit des Einzelnen an sich selber Hilfe leisten“.

Den Anlaß zu den sich ständig wiederholenden Kontroversen um Volkshochschule und Lehrfreiheit gab die Auswahl der Nürnberger VHS-Leiter. Dem konservativen Lager behagten die „waschechten Sozialisten“ vom Pädagogen Baege über den Anglisten Eduard Brenner bis zu den VHS-Leitern nach 1945 keineswegs. Die „bayerische Nationalzeitung“ schrieb dazu schon am 28.12.1921: „Sollte nicht für den Leiter einer so eminent wichtigen neuen Einrichtung, wie es die Volkshochschule in Nürnberg ist, sich ein Bayer finden lassen und zwar einer, dem Nürnbergs Vergangenheit und damit deutsche Größe und deutsche Kultur weniger wesensfremd ist wie dem Herrn Unterstaatssekretär Baege?“ Noch in seinen Lebenserinnerungen widmete der von der Mehrheitspartei im Stadtrat, den Sozialdemokraten, zwischen 1920 und 1933 immer wieder gewählte Oberbürgermeister Hermann Luppe (DDP) diesen Auseinandersetzungen seine Aufmerksamkeit:

„Die Volkshochschule arbeitete in engster Fühlung vor allem mit den Gewerkschaften, aus deren Kreisen sich zunächst der größere Teil der Hörer rekrutierte; auch die Mehrzahl der Dozenten waren Sozialisten oder Demokraten oder standen ihnen politisch und weltanschaulich nahe. Es konnte deshalb nicht ausbleiben, daß aus rechtsstehenden Kreisen immer wieder der Vorwurf erhoben wurde, es handle sich um eine Parteischule, der Vorwurf war aber völlig unberechtigt, fast alle Dozenten bemühten sich um Objektivität, in den Arbeitsgemeinschaften kamen alle Richtungen zu Wort und die Leitung bemühte sich immer wieder mit mehr oder weniger Erfolg, Männer anderer Richtungen (auch Geistliche) als Lehrer zu gewinnen, ganz abgesehen davon, daß ja auch zahlreiche Disziplinen nicht weltanschaulicher Art waren“⁸.

Mit welchen modernen Angeboten in den Gründungsjahren ArbeiterInnen für die VHS gewonnen wurden, sei an einem Beispiel verdeut-

licht: Der Dozent Erwin E. Neumann, Redakteur der „Fränkischen Tagespost“, prägte z.B. 1926/27 zahlreiche Metallarbeiter, darunter u.a. den Metalldreher und späteren Bevollmächtigten der IG Metall, Otto Kraus, mit seinem Kursangebot über die „Amerikanisierung Deutschlands“. Die Auseinandersetzung mit dem Fordismus bildete für Neumann den Ausgangspunkt für eine Annäherung nicht nur an ökonomische Prozesse, sondern auch an Land und Leute. In Gesprächskreisen, aber auch in Sprachkursen sollten nicht nur formale Kenntnisse, sondern auch politische Einsichten vermittelt werden⁹.

Das Öffnen der Volkshochschule für internationale Probleme und das in Nürnberg traditionell stark vorhandene Interesse an den USA waren schon in den zwanziger Jahren die Grundlagen zum Aufbau einer modernen Sprachenabteilung in der VHS unter Leitung von Eduard Brenner. Brenner, zunächst Dozent für englische Sprache und Literatur an der Nürnberger Handelshochschule, wechselte zur Volkshochschule als Stellvertreter Baeges und wurde 1925 der Leiter der Gesamteinrichtung. Er ließ sich 1927/28 während seiner Leitungstätigkeit zweimal für ein Jahr beurlauben, um den Deutschen Akademischen Austauschdienst in England aufzubauen. Brenner dürfte einer der ersten jener Vertreter sein, die in der Sprachenvermittlung auf die sogenannten „Native Speakers“ setzten. Zur Umsetzung dieser Konzeption stellte Brenner zwei hauptberufliche pädagogische Mitarbeiter als Lektoren aus London und Paris in der Nürnberger VHS ein, die neue Formen des Sprachunterrichts vermittelten. Als freilich in der großen ökonomischen Krise von 1930/31 die Volkshochschule vor dem Problem stand, Mitarbeiter zu entlassen oder gar die Gesamteinrichtung zu schließen, mußte der Lektor Charles Fournet gehen. In seinem Abschiedsbrief an Eduard Brenner schrieb er am 10. November 1931: „Es ist erfreulich zu sehen, daß trotz schwerer Not und schlimmen Zeiten dieses letzte Semester 250 Hörer zu mir kamen, die noch Interesse daran hatten, von höheren Dingen sprechen zu hören, nicht nur von der Sprache, auch von der französischen Kultur. Die Volkshochschule hat also bewiesen, daß sie ein Recht hat weiter zu bestehen“¹⁰.

3. Die Volkshochschule als Modell der Krisenbewältigung in Partnerschaft mit der Arbeiterbewegung (1929–1933)

In der Endphase Weimars verschärfen sich noch einmal die Auseinandersetzungen. Die konservative Presse eröffnete erneut in dem Augen-

blick eine Kampagne gegen den „Roten Bildungsbetrieb“, als sich in der Weltwirtschaftskrise die Anziehungskraft der Volkshochschule erhöhte, Arbeiter bei zunehmender Massenarbeitslosigkeit die Veranstaltungen der Volkshochschule füllten und linke Kräfte innerhalb der Dozentenschaft wirkten. Sie forderte dazu auf, Dozenten wie Anna Steuerwald-Landmann, die für emanzipatorische Ansätze in der Frauenbildungsarbeit eintrat, und den zur KPD übergewechselten Theo Malkmus zu entlassen oder die Verbindung zwischen der Stadt und der Volkshochschule zu lösen, da es ausgeschlossen sei, städtische Mittel für eine „sozialdemokratisch-kommunistische Bildungseinrichtung“ zu verwenden¹¹. Die Verwaltungsspitze selbst beabsichtigte 1932, die Volkshochschule aus Finanzgründen zu schließen. Die kommunale Weiterbildungseinrichtung antwortete mit einem Krisenprogramm. Sie suchte einen Weg aus der Krise mit der Einrichtung einer Zentralstelle für Erwerbslosenbildung. „Da nun auch ein großer Teil der Hörer der Volkshochschule vom Schicksal der Arbeitslosigkeit befallen ist, ergibt sich naturgemäß, daß der Arbeitsplan im Sinne einer Freizeitbildung erweitert wird, daß aber immer die Grundlage, gemeinsame Kurse für Arbeitende und Arbeitslose, sein muß. Unser Volk ist ohnehin zerklüftet genug“, schrieb der gewählte Hörervertreter der Erwerbslosenkurse, Georg Albrecht, zum Auftakt des neuen Kursangebots im Mitteilungsblatt der städtischen Volkshochschule vom Januar 1932.

Als zu diesem Zeitpunkt die Zahl der Arbeitslosen in Nürnberg 50.000 überschritt (von 416.000 Einwohnern), weitete die VHS ab Januar 1932 dieses auf starke Resonanz stoßende Arbeitslosenprogramm durch Tageskurse aus. Für die Tageskurse mit Erwerbslosen gewann die VHS damals Vertreter unterschiedlicher politischer und wissenschaftlicher Gruppierungen. Im Januar 1933 kündigte z.B. der damalige Mitarbeiter des Instituts für Wirtschaftsbeobachtung an der Nürnberger Handelshochschule, Ludwig Erhard, eine Vorlesungsreihe zu dem Thema „Strukturveränderungen der kapitalistischen Wirtschaft – Mittel zur Überwindung ihrer Störungen (Arbeitsbeschaffung und dgl.)“ an¹². Dieses Angebot gehörte zu dem Schwerpunktthema „Wege der Völker aus der Krise“, das unterschiedliche Veranstaltungen zusammenfaßte und Sprachkurse einschloß. Der im März 1932 von Fritz Übelhör angekündigte Kurs über Grundprobleme des Marxismus mußte wegen großen Interesses geteilt werden. Im Bericht für den Reichsverband der deutschen Volkshochschulen, dessen Vorstandsmit-

glied Brenner war, heißt es zu der Erwerbslosenarbeit von 1932: „Es waren 17 Kurse für die Dauer von 9 Wochen angekündigt. Der Besuch in den Kursen war überraschend stark (z.B. Englisch für Anfänger etwa 500 Hörer, Russisch 200, Spanisch 200), so daß eine Anzahl Kurse geteilt werden mußte. Die Gesamtzahl der Belegungen betrug etwa 2.400. Genaue Statistik ist nicht möglich, weil für dieses erste Trimester noch keine Karten ausgestellt wurden. Jeder Arbeitslose konnte frei an beliebigen Kursen teilnehmen. Am 20. Februar fand ein Konzert nur für Erwerbslose statt, das eine Besucherzahl von 960 aufwies“¹³.

Interessant ist in diesem Zusammenhang der wachsende Anteil der Freikarten für Arbeitslose auch an den „normalen“ Abendkursen: Im 1. Wintersemester von Oktober bis Dezember 1931 wurden unter 4.751 Belegungen 971 mit Freikarten für Arbeitslose ausgewiesen. Im 2. Wintersemester von Januar bis März 1932 erhielten von 3.800 Teilnehmern 1.356 Freikarten. Dabei ist zu beachten, daß aus finanziellen Gründen zahlreiche Kurse gestrichen werden mußten, was zugleich die Abnahme an Gesamtbelegungen erklärt¹⁴. Das im Zusammenhang der großen Wirtschaftskrise entwickelte Kursangebot für Arbeitslose konnte aber trotz massiver finanzieller Kürzungen des Etats realisiert werden, weil es der VHS gelang, zahlreiche erwerbslose Lehrkräfte in der Volkshochschule mit Zeitverträgen zu beschäftigen. In Auseinandersetzung mit dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus war Brenner im Dezember 1932 jedoch nur bereit, „*Übergangslehrer*“ oder erwerbslose Lehrer einzustellen, wenn diese zugleich „pädagogische Befähigungen für die besonderen Aufgaben der Erwachsenenbildung“ mitbrachten. Der zuständige Stadtrat Dürr unterstützte diese Tendenz, indem er die Volkshochschule aufforderte, Kurse „an in wirtschaftlich schlechten Verhältnissen lebende Dozenten zu verteilen“ (Verwaltungsrat, 6.6.1929)¹⁵.

Ebenfalls erfolgreich gestaltete sich der Versuch, die Kooperation der Volkshochschule mit den Gewerkschaften in der Krise zu intensivieren. So richtete die VHS ab 1929 langfristige Kurse ein, die über drei Trimester liefen und ökonomische, politische und rechtliche Fragen systematisch aufgriffen. Sie wurden in Kooperation mit Dozenten der „Akademie für Arbeit“ in Frankfurt realisiert und mündeten in den Plan der Gründung einer „Sozialschule“ der Volkshochschule Nürnberg¹⁶. Der Erfolg dieser engagierten Bildungsarbeit als „Qualifikationsinstanz“ in der Krise läßt sich auch daran ablesen, daß es der Stadt Nürnberg nicht gelang, die Volkshochschule aus Finanzgründen zu schließen. Mit

Unterstützung der Hörer- und Dozentenvertreter plädierten innerhalb kurzer Zeit 13.000 Kursteilnehmer und zahlreiche Arbeitslose für deren Erhalt. Die Stadt Nürnberg mußte sich diesem „Volksentscheid“ beugen und den Stadtratsbeschuß auf Schließung der Volkshochschule zum Herbst 1932 zurücknehmen. Dazu trug auch der Vortrag von Thomas Mann im Goethejahr bei. Der im Juni 1932 mit großer Resonanz aufgenommene und von den „Freunden der Volkshochschule“ organisierte Goethe-Vortrag führte zu einem Einnahmeüberschuß, der in die Erwerbslosenarbeit der Volkshochschule floß. Um „Anregungen nach Nürnberg zu bringen und im besten Sinne der kulturellen Zukunft der Stadt zu dienen“, hatte der „Verein der Freunde der Volkshochschule“ schon im Studienjahr 1928/29 beschlossen, unter dem Gesamthema „Umstrittene Probleme“ Frauen und Männer zu Wort kommen zu lassen, „deren Name und Stellung ihren künstlerischen und wissenschaftlichen Wert verbürgen, die aber gleichzeitig Persönlichkeiten darstellen, die irgendwelche Traditionen angreifen und neue, noch eifrig umstrittene Wege eröffnen“. Im monatlichen Abstand kamen ab 20. Oktober 1928 im Rathaussaal jeweils samstags um 20 Uhr zu Wort: der Mitbegründer der Volkshochschule Hannover und Philosoph Theodor Lessing; der Stadtbaumeister Frankfurts Ernst May; die Filmemacherin L. Moholy-Nagy; der Maler Wassily Kandinsky; der Friedensnobelpreisträger Ludwig Quidde, der Geologe Edgar Dacqué. Mit solchen Veranstaltungs- und Konzertreihen gelang es, immer wieder den Rathaussaal, das Luitpoldhaus, den Katharinenbau oder die Findelgasse zu füllen und dem selbstgesteckten Ziel näher zu kommen, „durch Kunst und Wissenschaft der lebendigen Menschheit zu dienen“. Auf ebenso positive Resonanz wie heftige Diskussion stieß die Veranstaltungsreihe des Studienjahres 1929/30 mit Hannes Meyer, dem Direktor des Dessauer Bauhauses; mit dem „liberalen Sozialisten“ Franz Oppenheimer, dem „Austromarxisten“ Max Adler und dem Leiter des Theaters am Nollendorfplatz, Erwin Piscator. Zu einem Skandal weitete sich gar die Veranstaltungsreihe des Jahres 1930/31 aus, als Theo Malkmus vor den „Freunden der Volkshochschule“ am 2. November 1930 über „Meine Reiseerlebnisse in Rußland“ berichtete. Der stockkonservative „Fränkische Kurier“ startete am 4. November 1930 eine Kampagne: „Kommunist Malkmus kann unter dem Deckmantel der Lehrfreiheit zielbewußt propagandistische Zwecke der KPD betreiben“. Der Volkshochschulleiter Brenner schrieb daraufhin am 15. November 1930 an Malkmus: „Ihr Vortrag wird

dennoch vom Verwaltungsrat als ein sachlicher Vortrag beurteilt. Er hat auch in Ihrer Propaganda für die Gesellschaft der Freunde des neuen Rußlands keinerlei politische Propaganda irgendwelcher Art sehen können. Der Verwaltungsrat hat sich für eine Wiederholung des Vortrages ausgesprochen.“

Zum Vorstand der „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland“ gehörten damals u.a. der Reichstagspräsident Paul Löbe (SPD), prominente Wissenschaftler, Verleger, Schriftsteller und Künstler wie Albert Einstein, Ernst Rowohlt, Heinrich Mann, Ernst Toller, Otto Klemperer, Ernst May, Heinrich Vogeler, Max Pechstein oder Wassily Kandinsky. In Nürnberg hatte der erste VHS-Leiter, Baeye, versucht, eine Ortsgruppe zu gründen; er war damit aber in Nürnberg gescheitert. Brenner fügte seinem Brief vom 15.11.1930 hinzu, daß er aus Anlaß der Wiederholung des Vortrages von Malkmus beabsichtige, „einige prinzipielle Worte zur Frage der Lehrfreiheit zu sprechen“.

Für den Volkshochschulleiter war es selbstverständlich, „heiße Eisen“ anzupacken, aber er lehnte es ab, „an der Volkshochschule Propaganda für einzelne Vereinigungen, deren Tätigkeit letzten Endes in das Gebiet der Politik führt“, stattfinden zu lassen. Er setzte sich in Grenzfällen für geschlossene Veranstaltungen ein, die in der Regel so gut besucht wurden, daß – wie im Falle Malkmus – eine größere Anzahl von Besuchern umkehren und der Veranstalter, die Freunde der Volkshochschule, eine Wiederholung für Anfang Dezember 1930 ankündigen mußte.

4. Die Volkshochschule hat „die Aufgabe, die Demokratie geistig zu unterbauen“ – das Ende im März 1933

Mit seiner liberalen Urbanität gelang es Brenner, die immer wieder aufblühenden Vorwürfe von Berufsgruppen und konservativen Parteien wegen der angeblich politischen Einseitigkeit des VHS-Programms zu entkräften. In Übereinstimmung mit dem Oberbürgermeister Luppe vertrat Brenner in den politischen Gremien stets die Ansicht, daß Forderung nach politischer Neutralität in Zeiten der Krise ein überlebter Standpunkt sei. Eine vorbildliche Lehr- und Lernfreiheit erwachse nicht aus einer lebensfremden Neutralität und aus einer Ignorierung der Wirklichkeit. Noch auf der letzten Hörer-Vertreterversammlung vor der Schließung der Volkshochschule durch die Nazis bekräftigte er mutig

diesen Standpunkt, indem er nach der Machtergreifung, am 11. Februar 1933, sein Volkshochschul-Selbstverständnis folgendermaßen definierte: „Die Neutralität der Volkshochschule besteht darin, daß sie allen Weltanschauungen politischer und religiöser Art eine Diskussionsmöglichkeit gibt. Die Volkshochschule ist gerade der Platz für die Vertiefung und Klärung der einzelnen Weltanschauung nicht im Sinne einer Dogmenlehre, sondern im Sinne einer Besprechung der Probleme ... Die Volkshochschule hat die Aufgabe, die Demokratie geistig zu unterbauen. Sie kann nicht die Schule einer Partei sein“¹⁷.

Einen solchen „Tummelplatz oft abwegiger Gelehrsamkeit bis zur bolschewistischen kulturellen Bestrebung herunter“ wollte jedoch die neue „Nationale Revolution“ nicht mehr dulden. Nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten wurde Ende März 1933 die Volkshochschule aufgelöst. Brenner hatte den Stadtrat am 23. März 1933 gebeten, „mich meiner Funktion als Direktor der städtischen Volkshochschule unter Wahrung der ... Rechte ... in meinem Hauptamt an der Handelshochschule zu entbinden“. Dem Programm der jetzt in das „Deutsche Volksbildungswerk, Gau Franken, Volksbildungsstätte Nürnberg“ umgewandelten Volkshochschule wurde ein neues Motto vorangestellt: „Wissen ist gut. Glauben ist besser.“ In der neuen Satzung vom 8.2.1934 wurde die „Hebung und Förderung des nationalsozialistischen Programms“ zum Ziel erklärt. „Nichtarier oder mit Nichtariern verheiratete Personen können die Mitgliedschaft nicht erwerben“, lautete der § 3 der Satzung vom 8. Februar 1934 (vgl. dazu den Verwaltungsbericht der VHS für 1933/34). Damit war auch der Weimarer Versuch gescheitert, über Volksbildung die Republik geistig zu unterbauen. Das Volksbildungswerk wurde jetzt die Schule der Nazi-Partei unter Leitung des Oberschulrates August Glück¹⁸.

5. Hochschule der Gesinnung oder Stätte der Umerziehung? Zur Wiederbegründung der städtischen Volkshochschule nach 1945

Als die amerikanischen Truppen an Hitlers 56. Geburtstag die Stadt der Reichsparteitage besetzten, bot sich ihnen ein Bild völliger Zerstörung. Nürnberg war eine Trümmerwüste. Es fuhr kein Zug, keine Straßenbahn, es gab kaum Wasser oder Strom. Die Ernährungslage war katastrophal, der Schwarzmarkt begann zu blühen. Die wenigen intakten öffentlichen Gebäude und Schulen mußten für die Unterbringung der

Alliierten und der neu entstehenden Kommunalverwaltung hergerichtet werden. Die Zerstörung der meisten Schulen erlaubte keinen regelmäßigen Unterricht. Und dennoch hatten kulturelle Aktivitäten stattfinden können, weil das Germanische Nationalmuseum und die Oper schon im August und September 1945 als wichtige Stätten für Kultur und Bildung die Arbeit wieder aufnehmen durften. Zu diesem Zeitpunkt waren ebenfalls die Vorbereitungen zur Wiedereröffnung der Volkshochschule abgeschlossen. Der ehemalige hauptberufliche Mitarbeiter der Nürnberger Volkshochschule, der 1933 von den Nazis zwangspensionierte Dozent für Stilgeschichte und Leiter der Theatergemeinde in Nürnberg, Georg Gustav Wieszner, hatte von dem durch die Amerikaner eingesetzten Oberbürgermeister Rühm den Auftrag erhalten, den Neuaufbau der Volkshochschule in die Wege zu leiten. Er legte am 21. Juli 1945 eine umfangreiche Denkschrift über „Die Volkshochschule, Programm ihres Neuaufbaus in Nürnberg 1945“ vor. Aber es dauerte noch über ein Jahr, bevor die Volkshochschule am 29. September 1946 mit einer repräsentativen Feier im Opernhaus das erste Trimester eines neuen Arbeitsabschnittes eröffnen konnte. Am Vortag der Urteilsverkündung im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß definierte der neue Leiter Wieszner die Aufgabe der Volkshochschule in einer Grundsatzrede als „Bekanntnis zur Radikal-Humanität“¹⁹. Wieszner hoffte, mit dem Lehrbetrieb im Oktober 1945 beginnen zu können, die Genehmigung der Militärregierung wurde jedoch erst am 19. Februar 1946 erteilt. Was waren die Gründe für diese Verzögerung? In dem „Brief der Direktion“ zum ersten Lehrjahr 1946/47 nannte Georg Gustav Wieszner einige Schwierigkeiten, die dazu führten, daß die Volkshochschule erst im Oktober 1946 die Arbeit aufnehmen konnte:

Er wies zunächst auf das Problem der „verschleppten Entnazifizierung“ hin, „da sehr bald die Überprüfung der Dozenten auf neugeschaffene, sich langsam einspielende deutsche Behörden übergang. Herren, die gänzlich unbelastet schienen, mußten vorerst wieder zurücktreten. Lehrgebiete, die 1945 noch dreifach besetzt waren, stehen heute wieder gänzlich verwaist da“. Dazu kam, daß der Neuaufbau der Volkshochschule sich nicht in enger Zusammenarbeit mit den geplanten *Volksbildungskursen* realisieren ließ und die angestrebte Arbeitsgemeinschaft mit der Handelshochschule auf Schwierigkeiten stieß: „Männer, auf die wir als Wissenschaftler hofften, ließen sich von der Partei verlocken oder stehen an ihrer Stelle heute in so großer Arbeit, daß sie erst späterhin die Verantwortung einer Dozentur übernehmen wollen“²⁰. Diese Aussage

Wiesznern bezog sich unter anderem auf Eduard Brenner, der inzwischen nicht nur Rektor der alten Handelshochschule in Nürnberg und der Universität Erlangen geworden war, sondern auch wichtige Funktionen in der SPD wahrnahm (Kulturpolitischer Sprecher im Stadtrat, Mitglied mehrerer Gremien auf Bundesebene etc.). Als Mitglied der SPD-Stadtratsfraktion versuchte er, nachträglich Einfluß auf die Neukonzeption der Volkshochschule zu gewinnen – und den ungeliebten, von anderen inhaltlichen Vorstellungen geprägten Wieszner aus dem VHS-Amt zu drängen.

Die Volkshochschule, in der Wieszner „in erster Linie eine Denkschule, eine Schule zum freiem, kritischem Denken“ sah, hatte in ihrer Gründungsphase also nicht nur mit unzulänglichen räumlichen Ausstattungsschwierigkeiten. Es war offensichtlich auch jener geistige Schutt, es waren jene geistigen Trümmer, die das NS-System hinterlassen hatte, die den Wiedergründungsprozeß verzögerten und eine Neuordnung verhinderten²¹.

6. Zur Kontroverse Brenner – Wieszner oder: die „Beziehungskrise“ von allgemeiner, politischer und beruflicher Bildung

Der verspätet aus dem „inneren Exil“ im Inntal nach Nürnberg zurückgekehrte Eduard Brenner hatte diese Gefahren früh erkannt und deshalb Wiesznerns Volkshochschulvorstellungen zu korrigieren versucht. Am 27. März 1946 legte Brenner eine Konzeption vor, die er als vom Stadtrat eingesetzter Pfleger der Volkshochschule durchzusetzen versuchte. Brenner knüpfte dabei an die Konzeption der Freien Hochschule für Handel, Industrie und allgemeine Volksbildung an. Der von dem SPD-Stadtrat im März 1946 verabschiedete Beschluß, die Hochschule für Wirtschaft und Sozialwesen (WiSo) mit der Berufsoberschule, den Volksbildungskursen und der Volkshochschule im Adam-Kraft-Schulhaus zusammenzulegen, stieß freilich auf den erbitterten Widerstand von Georg Gustav Wieszner, der an die alten Weimarer Rivalitäten zwischen WiSo und Volkshochschule erinnerte, die 1921 mit der Gründung der städtischen Volkshochschule nur vorläufig beendet wurden: „Wir sind kein Anhängsel der Handelshochschule, aber wir wollen die Lehrpläne der Handelshochschule bestimmen“, schrieb Wieszner im April 1946 an den zuständigen Referenten Raab. Gleichzeitig bot er Brenner die Leitung der VHS-Sprachkurse an und schlug dem Stadtrat und dem DGB vor, die

„kapitalistische Handelshochschule“ zu schließen, zumal die Stadt zu wenig Geld für solche großen Experimente habe. Er empfahl dem Oberbürgermeister, die geplante WiSo mit der Universität zu verbinden – „selbstverständlich unter der Leitung von Prof. Dr. Brenner“.

Als es zwischen beiden zu keiner Einigung kam und Brenner noch im Juni 1946 die Trennung beider Institute (Handelshochschule und VHS) ablehnte, ging der verbitterte Wieszner in die Offensive. Dem SPD-Stadtrat und Landgerichtspräsidenten Camille Sachs schrieb er ebenso Klagebriefe wie dem Personalamtsdirektor Giermann: Brenner wolle „meine Krankheit benützen, meiner Arbeit zu schaden“. Er „mischt sich ständig in Volkshochschulangelegenheiten ein“. Und als Brenner am 10. Juli 1946 im Stadtrat (in Abwesenheit von Wieszner) die Einsetzung eines Kuratoriums für die Volkshochschule beantragte, sah Wieszner die „Freiheit der Volkshochschularbeit“ und seine eigene Souveränität gefährdet (Schreiben an Oberbürgermeister Ziegler, 12.7.1946).

Mit der am 20. Juli 1946 vollzogenen Ernennung Brennens zum Rektor der Universität Erlangen entkrampfte sich die Situation, auch wenn die von Brenner im September 1946 in Erlangen initiierte „erste Bayerische Volksbildungstagung“ – zusammen mit dem Kultusminister Fendt – noch einmal, und für Wieszner schmerzvoll dokumentierte, wer inhaltlich und konzeptionell damals in Bayern den (Volkshochschul-)Trend bestimmte²². In Nürnberg gewann dennoch Wieszner seinen Einfluß zurück. Er konnte sich unter anderem auch deshalb durchsetzen, weil die am 28. November 1945 vom Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg erlassene Direktorialverordnung die Stellung des Volkshochschulleiters aufgewertet hatte. In der Verfügung heißt es unter anderem: „Mit sofortiger Wirkung habe ich die Behandlung der kulturellen Angelegenheiten in das Direktorium A (d.h. in den Amtsbereich des Oberbürgermeisters selbst) übernommen. Die unmittelbare Besorgung der entsprechenden Dienstaufgaben obliegt dem Kulturamt, mit dessen Leitung ich den Direktor Dr. Georg Gustav Wieszner beauftragt habe. Der Leiter des Kulturamtes untersteht mir unmittelbar. Zu den Dienstgeschäften des Kulturamtes gehören insbesondere: die Städtische Volkshochschule, die Städtischen Galerien und Ausstellungen; die Landesmusikschule; die Behandlung der Theaterangelegenheiten und der Angelegenheiten des Germanischen Museums, soweit die Stadt beteiligt ist; Mitwirkung bei der Regelung der Vorträge und Veranstaltungen kultureller Art; Mitwirkung bei der Gestaltung der kunstgewerblichen Abteilung der Volksbildungskurse und Städtischen Lehrwerkstätten“. Der Arbeits-

bereich des Kultoramtes wurde außerdem durch die Angliederung des Nürnberger Rundfunk-Senders erweitert²³.

Die verzögerte Gründung der Volkshochschule hatte Georg Gustav Wieszner äußerst geschickt dazu genutzt, „daß erstmals die Volkshochschule das Herz der gesamten Kulturarbeit in Nürnberg wird. Da ist zuerst einmal das Theater, das unter dem neuen Intendanten Bruno Iltz sich freudig der großen gemeinsamen Aufgabe eingliedert. Ein großer Hörsaal der Volkshochschule mit 500 Sitzen wird Kammerstücke und steht dem Theater und der Volkshochschule gemeinsam zur Verfügung“, wie Wieszner in der ersten Ausgabe der von Eduard Weitsch und Hermann Lotze herausgegebenen „Freien Volksbildung“ schrieb²⁴. Angesichts einer solchen dominierenden Rolle der Volkshochschule im Schul- und Kulturbereich der Stadt sah Wieszner nicht ein, sich mit „utilitaristischen Kursen“ zu belasten: Buchführung, Stenographie, Bastel- und Spielkurse incl. Musikpflege gehörten für ihn ebenso wenig zu den Aufgaben der Volkshochschule wie Sprachkurse. „Alles das ist auch in Zukunft einer mehr mittelschulähnlichen Anstalt zuzuweisen, die die Berufsbildung pflegt und sie der Allgemeinbildung in freien Kursen zur Verfügung stellt“. Zum Volkshochschulangebot gehört die weltanschauliche Problematik der „Fächer“, schrieb er in einem längeren Konzept über „Die traditionelle Situation der Volkshochschule Nürnberg“, das er am 28.5.1947 dem bayerischen Kultusminister zusandte²⁵. Eine solche, den unmittelbaren Verwertungsinteressen von Wissen und Kenntnissen abgeneigte, die Trennung von allgemeiner und beruflicher Bildung postulierende Volkshochschule verstand sich als eine „Hochschule der Gesinnung“. Sie konnte nur begrenzt eine Stätte des Lernens und der kritischen Aufklärung sein. Es sollte mehr als zwanzig Jahre dauern, bis die sogenannte „realistische Wende“ der Volkshochschulen auch in Nürnberg unter Paul Dreykorns Leitung dazu führte, ein umfassendes Bildungsangebot zu realisieren, das berufliche Orientierung und sprachliche Fertigkeiten ebenso wenig ausschloß wie kreativitätsorientierte Angebote und politische Aufklärung²⁶. Mit der Integration des Jugendzentrums und des Sprachinstituts wie mit dem Aufbau einer neuen Abteilung für Behinderte und der systematischen Ausweitung des Kursprogramms ging die VHS unter Dreykorns Leitung neue Wege und wurde nach der von Hermann Glaser durchgesetzten Umbenennung in „Bildungszentrum der Stadt Nürnberg“ zu einer der größten kommunalen Weiterbildungseinrichtungen in der BRD. Jörg Wollenberg, sein Nachfolger, versuchte nach 1985, ein bildungspolitisches Konzept durchzu-

setzen, das nicht nur durch die Intensivierung der Erinnerungs- und Trauerarbeit die kritische Aufklärung stärken wollte, sondern auch Kultur und Bildung im Zusammenhang von individueller Selbstverwirklichung und „lebendiger Arbeit“ neu thematisierte. Dieses Konzept beabsichtigte, die integrativen Ansätze von politischer, allgemeiner und beruflicher Bildung durch den Aufbau einer neuen BZ-Hauptabteilung, der „Akademie für Arbeit, Technik und Umwelt“, zu stärken – mit dem Ziel, Teilbereiche des kommunalverfaßten Schul- und Bildungssystems, der Sozialpolitik und Arbeitsmarktpolitik in kommunaler Trägerschaft (gegen den Widerstand der Kammern) zusammenzufassen und neu zu ordnen²⁷. Dieser präventive Krisenplan scheiterte ebenso wie der schon unter Paul Dreykorn durchgesetzte, aber nicht ausgeführte Stadtratbeschuß, die Zentrale des Bildungszentrums im „Zentrum der Kulturmeile“ (Schönlein), im Hauptgebäude der Landesgewerbeanstalt am zukünftigen Rosa-Luxemburg-Platz und/oder in der Findelgasse am Pegnitzufer unterzubringen, also dort, wo einst die Gründungsphase der kommunalen Volkshochschule begonnen hatte. Ein exemplarischer Bedeutungsverlust von Kultur und Bildung in der Krise? Auf jeden Fall ein gescheiterter Modernisierungsversuch der 90er Jahre²⁸.

Anmerkungen

- ¹ Zur Stiftungsordnung der „Freien Hochschule Nürnberg“ vgl. Verwaltungsbericht der Stadt Nürnberg 1920/21, S. 163/164 (Stadtarchiv C. 24, 16).
- ² Vgl. Die Reichsschulkonferenz in ihren Ergebnissen, hrsg. vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin/Leipzig 1920, S. 568, zitiert nach Heydorn/Koneffke: Studie zur Sozialgeschichte und Philosophie der Bildung, Bd. II, München 1973, S. 278.
- ³ Zum Gründungsprozeß vgl. Jörg Wollenberg: Nürnberg und die verschütteten Traditionen der sozialdemokratisch-republikanischen Richtung der Volksbildung, in: Erfahrungen und Konkrete Utopie, Nürnberger Beiträge zur Erwachsenenbildung, Bd. IV, 1992, S. 221–236; Geschichtswerkstatt des Bildungszentrums (Hrsg.): 70 Jahre Volkshochschule. Ein Tummeplatz abwegiger Gelehrsamkeit? Nürnberg 1991.
- ⁴ Vgl. Verwaltungsbericht der Stadt Nürnberg 1920/21 und Akten des Stadtarchivs Nürnberg, Rp. C. 24/20 mit dem Organisationsentwurf von 1921, vgl. auch Otto Barthel: Die Schulen in Nürnberg 1905–1960, Nürnberg 1963, S. 361–388.
- ⁵ Nürnberger Zeitung und Fränkische Tagespost vom 10. Oktober 1921; Fränkischer Kurier, 10.10.1921; Sozialdemokrat, 10.10.1921.

- ⁶ Der Stadtrat hatte unter den geeigneten Kandidaten für die VHS-Leitung zunächst Geiger und Graf ausgewählt und diese noch im März 1921 aufgefordert, einen Organisationsentwurf für die Volkshochschule vorzulegen (vgl. Stadtarchiv Nürnberg, C. 14/17, 86/315), dem beide mit jeweils ausführlichen Darstellungen nachkamen.
- ⁷ Baege wird gegen den Protest von Josef Simon (USPD) am 7. Juli 1921 aufgefordert, sich mit einem Organisationsplan am 13. Juli 1921 im Personal- und Schulausschuß vorzustellen. Er wird noch am selben Tag einstimmig gewählt – als „Beamter auf Dienstvertrag“ mit dem Status des „Vollbeschäftigten Gemeindebeamten“ (mit 32.000 Mark jährl.) und der Zusicherung einer Übertragung eines Lehrauftrags an der Handelshochschule; vgl. Fränkischer Kurier, 14. Juli 1921, Nr. 323, S. 4 u. Stadtarchiv C 18/1117. Die von Baege dem Stadtrat vorgelegten „Leitsätze über Volkshochschulen“ hatte dieser zusammen mit Ziernann schon im 1. Jahrgang der „Neuen Erziehung“, 1919, S. 489/90 veröffentlicht.
- ⁸ Hermann Luppe: Mein Leben, 1977, S. 85.
- ⁹ Vgl. Otto Kraus. Ein „IG Metall“ der ersten Stunde. Erzählte Geschichte, bearbeitet von Peter Alheit und Jörg Wollenberg, Fischerhude 1987, S. 54 ff.
- ¹⁰ Vgl. Stadtarchiv Nürnberg, (24/21/32).
- ¹¹ Vgl. Jörg Wollenberg: Lehrfreiheit, Zensur, Berufsverbot. Zur Gefährdung der politischen Kultur in Nürnberg in der Endphase der Weimarer Republik, in: Erfahrungen und Konkrete Utopie, 1992, S. 215–220.
- ¹² Vgl. voho, Mitteilungsblatt der städtischen Volkshochschule Nürnberg, Nr. 1/2, 1931/32 (Stadtbibliothek, Nor. 1724); „Tageskurse für Erwerbslose an der städtischen Volkshochschule Volkshochschule. Beginn in der Woche vom 9. Januar 1933“ und die Akten der „Zentralstelle für Erwerbslosenbildung“, 1931/32 und 1933 (Stadtbibliothek, C. 24, 32; 101, Akte 72–74) mit den Protokollen der „Vertrauensleute-Sitzung der Erwerbslosenkurse“.
- ¹³ Aus dem Bericht „Erwerbslosensarbeit der Volkshochschule Nürnberg für den Reichsverband der deutschen Volkshochschulen“, 1932 (Akte 95 von C. 101).
- ¹⁴ Vgl. VHS-Verwaltungs-Sitzungen, 21. Januar 1932.
- ¹⁵ Vgl. Schreiben an das Bayerische Staatsministerium für den Unterricht und Kultus vom 6.12.1932 und VHS-Akte 58, C. 101 im Stadtarchiv Nürnberg.
- ¹⁶ Den Plan konkretisierte Emil Westhoff, stellvertretender VHS-Leiter, schon 1928 in der Broschüre „Die Bedeutung der Volkshochschule für jedermann“ (Nr. 3057). Die Kooperation mit der „Akademie der Arbeit“ in Frankfurt hatte Baege schon 1922 aufgenommen und um Angebote der Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf ergänzt. Die „Dauerkurse“ über drei Trimester wurden 1929 wieder aufgenommen – in Kooperation mit der Akademie der Arbeit. Am 21. Oktober 1922 schlug Baege die Einrichtung einer „Beamten-Akademie“ vor (Beamtenkurse der Akademie der Arbeit). Der Plan der „Sozialschule“, den Westhoff 1928 vorlegte, knüpfte an diese Tradition an (vgl. Akte 79 und 97, C. 101, Stadtarchiv Nürnberg).

- ¹⁷ Vgl. Stadtarchiv Nürnberg, C. 101, 23.
- ¹⁸ Vgl. Stadtarchiv Nürnberg, C. 7/V, VP419 und C. 101, 23.
- ¹⁹ Vgl. die im Nürnberger Verlag Jacob Mendelsohn 1946 veröffentlichte Rede von Georg Gustav Wieszner, „Direktor des Kulturarantes und der Volkshochschule der Stadt Nürnberg, zur Eröffnung der neuen Volkshochschule Nürnberg“ am 29. September 1946 mit dem „Bekanntnis zur Radikal-Humanität“. Dazu auch Jörg Wollenberg: Hochschule der Gesinnung oder Stätte der Um-erziehung? Zur Wiederbegründung der Volkshochschule Nürnberg 1945/46, in: Stadt Nürnberg, Pädagogisches Institut. Beiträge zur politischen Bildung, Nr. 6, 1978; Hermann Glaser, Kulturgeschichte der BRD, Bd. I, 1985, S. 163.
- ²⁰ Wieszner im Vorwort zum ersten Arbeitsplan: 1. Lehrjahr 1946/47, 1. Trimester.
- ²¹ Vgl. dazu Jörg Wollenberg: Mitgemacht, um das Schlimmste zu verhindern? Zur Aufarbeitung der NS-Zeit in den Hochschulen und in der Erwachsenenbildung nach 1945, in: Mitteilung des Vereins zur Geschichte der Volkshochschulen, 4. Jg., Nr. 3–4, Wien 1993, S. 20–41.
- ²² Vgl. Freie Volksbildung, 1947, S. 66–71 mit der Rede von Eduard Brenner über „Volksbildung – ein Gebot der Stunde“ zur Eröffnung der Erlanger Volksbildungstagung im September 1946. Zur Kontroverse Wieszner-Brenner siehe u.a. C. 29, Nr. 340–342, C. 24.
- ²³ Die Direktorialverfügung vom 28.11.1945 läßt Wieszner abdrucken in „Freie Volksbildung“, 1947, S. 35, vgl. auch Stadtarchiv Nürnberg C. 29; 392.
- ²⁴ Freie Volksbildung, 1947, S. 36.
- ²⁵ Stadtbibliothek Nürnberg C. 29; 337. Schon im Juli 1945 hatte Wieszner ein Exposé über „Die Volkshochschule. Programm ihres Neuaufbaus in Nürnberg“ vorgelegt (Stadtbibliothek C. 29 (337)). Im September 1945 erstellte er ein „Programm für das große Hauptquartier-Gesuch um Erlaubnis zur Wiedereröffnung der Volkshochschule Nürnberg“ (C. 24/45). am 2. Juli 1946 verfaßte er im Krankenhaus einen längeren Bericht über „Situation und Aufbau der Volkshochschule Nürnberg“ (C. 24, 58).
- ²⁶ Nachfolger Wiesznerns wurde 1962 Hans Hugelmann. Ihm folgte 1968 Paul Dreykorn, der schon vorher als stellvertretender VHS-Leiter das von Hermann Glaser ab 1964 stark geförderte Bildungszentrum wesentlich geprägt hatte.
- ²⁷ Vgl. Peter Alheit, Gerd Lobodda, Jörg Wollenberg (Hrsg.): Wie wir leben wollen. Krise der Arbeitsgesellschaft, Widerstand, Reform und Perspektiven, 1986, S. 154–176.
- ²⁸ Vgl. Jörg Wollenberg: Erfahrungen und Konkrete Utopie. Positionen – Projekte – Perspektiven zur politischen Bildung und regionalen Kulturarbeit, Nürnberg 1992.

„Die Volkshochschule – eine Kulturtat unseres Jahrhunderts“
(Theodor Bäuerle)

„Ich glaube, wir dürfen das für uns in Anspruch nehmen, daß keine Stadt in Deutschland so sehr Ernst gemacht hat mit der Durchführung des Volkshochschulgedankens wie wir hier in Stuttgart“. So Theodor Bäuerle, die tragende Gründerpersönlichkeit im Aufbau der Volkshochschule Stuttgart in seiner Eröffnungsrede am 1. Oktober 1919 in „Dinkelacker's Saalbau“ in Stuttgart. Am 12. Oktober sollte das erste Semester mit einer alle Erwartungen übertreffenden Zahl von 5.500 Anmeldungen zu 84 Veranstaltungen beginnen – Vortragsreihen mit anschließender Diskussion, Arbeitsgemeinschaften, Lichtbildervorträgen und Führungen, die auf verschiedene Schulen und öffentliche Gebäude der Stadt verteilt waren. Die unterschiedlichsten Themen waren vertreten: „Die Entwicklung der Frauenbewegung in Deutschland“, „Die Revolution in der deutschen dramatischen Literatur“, „Kunst und Geschmack im täglichen Leben“, „Malen und Zeichnen“ und vieles mehr. Das Interesse der Bevölkerung war so groß, daß der offizielle Semesteranfang um eine Woche verschoben werden mußte, „weil die Einrichtung weiterer Kurse notwendig war.“ „Eine Kulturtat dieses Jahrhunderts“ – nannte Theodor Bäuerle die Gründung der Volkshochschulen nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland, warum, das erläuterte er in seiner zündenden Eröffnungsrede der „großen Volksversammlung“, zu der die Wegbereiterinnen und Wegbereiter der Volkshochschule Stuttgart in Dinkelacker's Saalbau aufgerufen hatten. In seinem Vortrag zum Thema „Was will die Volkshochschule Stuttgart“ sprach Bäuerle in kritischem Rückblick auf die jüngste Geschichte von dem „zur Ware heruntergesunkenen Menschen“, der sich seine Lebendigkeit und seine brachliegenden schöpferischen Fähigkeiten wieder aneignen müsse; dessen „Anspruch auf Entfaltung des in ihm angelegten Dranges, Persönlichkeit zu werden“, in der zurückliegenden Kulturepoche sträflich vernachlässigt worden sei. Der „lebendige Mensch“, welcher eigene Kräfte „der Tretmühle des alltäglichen Lebens entgegensetzen kann“ – das ist das eine Ziel der pädagogischen Arbeit der Volkshochschule. Das andere kündigte Bäuerle mit der Feststellung an: „Der Kultur der Wenigen stand die Unkultur der Millio-

nen gegenüber.“ Daher müsse der „Klassencharakter der Kultur überwunden werden“, Kultur „gehöre zum lebendigen Besitz des ganzen Volkes“, an dem alle Anteil haben sollen, nicht nur als Zuhörende und Zuschauende, sondern auch als Mitwirkende. Zwei wahrhaft jahrhunderttrüchtige Zielsetzungen: die Bewahrung des Menschen vor seiner Verdinglichung im kapitalistischen Verwertungsprozeß und die kulturelle Emanzipation der Massen des „Volkes“, ihre Teilhabe am kulturellen Prozeß. Was auch hieß: Förderung der in diesem „Volk“ am meisten Benachteiligten: der Arbeiter und der Frauen.

Bei der Großveranstaltung, die von Anna Bloss (Vorstandsmitglied der SPD Württemberg und Mitglied der Verfassungsgebenden Nationalversammlung in Weimar) geleitet wurde, waren 1.200 Personen anwesend, darunter hohe Gäste von Staat und Gemeinde, prominente Vertreterinnen der Stuttgarter Frauenbewegung, Vertreter von Verbänden und Vereinen, von Schulen und Hochschulen, von kommunalen Institutionen und Behörden und von den Organisationen der Arbeiterschaft. Hier wurde die Krönung einer langen Aufbauarbeit gefeiert, die Theodor Bäuerle als überzeugter Erwachsenenbildner in enger Fühlungnahme mit bereits bestehenden Volksbildungseinrichtungen während des Krieges schon eingeleitet hatte, vor allem mit dem an Grundtvigs Ideen orientierten „Verein für ländliche Wohlfahrtspflege in Württemberg und Hohenzollern“, dessen führender Kopf, der Esslinger Professor Otto Wilhelm – Experte in Volksbildungsfragen und intimer Kenner der dänischen Entwicklung – zum engsten Berater Bäuerles in der Planungsphase wurde. Der entscheidende Schritt aber in der Vorbereitungsphase wurde mit einem an Volksbildungsfragen hoch interessierten Stuttgarter Unternehmer getan: Robert Bosch. Mit seiner großzügigen finanziellen Förderung konnte eine leitende Zentrale geschaffen werden, in der die Ideen, Projekte und Institutionen für die Entwicklung einer durchsetzungsfähigen neuen Erwachsenenpädagogik zusammengefaßt wurden: Am 1. Mai 1918 wird unter Mitwirkung des Kultusministeriums und des Stuttgarter Oberbürgermeisters Karl Lautenschlager der „Verein zur Förderung der Volksbildung“ ins Leben gerufen. Robert Bosch übernimmt „selber den ersten Vorsitz, um von vornherein vor der Öffentlichkeit, vor allem auch gegenüber den behördlichen Stellen, das neue Unterfangen mit der Autorität seines Namens zu stützen“ (Heuss 1946, S. 387). Zweiter Vorsitzender wird der Vertreter des Kultusministeriums, Dr. Adolf von Marquardt. Theodor Bäuerle wird Geschäftsführer und leitet den Verein bis zu dessen Auflösung 1936.

Es ist zu vermuten, daß mit dem Gründungsdatum des Vereins – dem Kampftag der Arbeiterklasse – auch ein Signal für die ganze Bildungsarbeit gesetzt wird, sowohl von Robert Bosch, in dessen Werk seit 1906 am 1. Mai nicht gearbeitet wird, wie von Theodor Bäuerle, der vom ersten Augenblick seines volksbildnerischen Engagements in der Arbeiterbildung – neben der Frauenbildung – eine Priorität sah. (1932 wurde die Arbeiterbildungsstätte auf der Comburg bei Schwäbisch Hall unter der Leitung von Karl Küssner gegründet.)

Die Finanzierung der Bildungsarbeit

Die Finanzierung erfolgte im wesentlichen durch den von Bosch garantierten Jahresbeitrag von 30.000 Mark und einer in gleicher Höhe zugesicherten jährlichen Zuwendung von seiten des Staates, der dem Unternehmen hiermit seine Anerkennung ausdrückte. Mit steigendem Arbeitsumfang und den konjunkturellen Schwankungen im Lauf der zwanziger Jahre war der Verein zunehmend auf weitere Finanzierungsquellen angewiesen, eine Tatsache, die Bäuerle erhebliche Energien kostete – die er aber dank seiner kategorischen Ablehnung jeglicher staatlichen oder kommunalen Einbindung der Volksbildungsarbeit dennoch auf sich nahm. Konkret sieht die Finanzierung der Arbeit bis 1928 folgendermaßen aus: Das Eigenaufkommen aus Kursgeldern, Veranstaltungen und Publikationen beträgt 60% (nach 1928 nur noch 40%). Dazu kommen die regelmäßigen jährlichen Zuwendungen von seiten des Staates und Boschs von 10 bis 20% (30.000 bis 40.000 Mark), ein jährlicher Zuschuß der Stadt von 5 bis 10% (zwischen 13.000 und 25.000 Mark) und die zum Teil erheblichen Spenden von württembergischen Industriellen, zu denen Bäuerle über seine Freundschaft mit Robert Bosch und Eduard Breuninger gute Kontakte hatte. Heute, 75 Jahre später, beträgt das Eigenaufkommen 53%, der staatliche Zuschuß ist mit 11% etwa gleich geblieben, die Förderung durch die Stadt ist erheblich gestiegen (36%).

Die Ziele

Auffallend ist die Häufigkeit der Versammlungen, informellen Treffen und auch Großveranstaltungen, auf denen die Ziele der neuen Volks-

bildungsarbeit diskutiert werden. Geradezu mit Hingabe widmet man sich dieser Frage und wird nicht müde, die neuen pädagogischen Erkenntnisse in der Erwachsenenbildung der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Als aufgabe werden genannt: „Einführung ins Kulturleben der Nation, Persönlichkeitsbildung, Gemeinschaftsbildung.“ Ausgangspunkt ist „die jetzige Not der Menschen, die Praxis, das Zeitnotwendige *vor* der Theorie, allgemeine politische Bildung, ...“. Die Volkshochschule der Großstadt braucht eine „soziale Einstellung“, sie muß dem „intellektuellen Typus des Großstadtmenschen“ gerecht werden, den „internationalen Zug des Industriearbeiters berücksichtigen.“

Weiterhin soll die Volkshochschule Hilfe bieten „zur Erlangung geistiger Selbständigkeit“ mit dem Ziel, „von der Zufälligkeit und Hilflosigkeit, mit der die Menschen den Dingen in sich selbst und um sich herum entgegentreten, frei zu werden.“ Dieses Ziel „kann nicht durch Unterricht und Belehrung in der üblichen Form erreicht werden“, sondern „durch Lern- und Bildungsgemeinschaften“, die „einen kleinen übersehbaren Kreis von Menschen umfassen, in denen sich Lehrer und Schüler durchaus als gesellschaftlich gleichberechtigte Menschen ... gegenüberstehen.“

Die Lehrkräfte

Den Lehrkörper bilden im wesentlichen Frauen und Männer aus dem Bildungsbürgertum, Lehrerinnen und Lehrer, Rechtsanwälte, Ärztinnen, Erzieherinnen, Volkswirtschaftler, Ingenieure, Ordensfrauen, Pfarrer u.a.m. – Menschen, die sich für die Einbürgerung der Demokratie in Deutschland einsetzten und an die Integration der Arbeiterklasse in die „Volksgemeinschaft“ durch Bildung glaubten. Hohe moralische Anforderungen werden an sie gestellt: „Wer sich in der Volkshochschularbeit betätigen will, der prüfe sich zuvor, ob er das Zeug dazu hat, ob neben dem guten Willen auch die nötigen Persönlichkeitswerte vorhanden sind. Nur wen die Not unseres Volkes im Innersten ergriffen hat, nur wen es von innen heraus zu dieser Arbeit treibt, der lege hier Hand an. Hier ist heiliges Land“ (Bäuerle). Man ist sich natürlich im klaren darüber, daß eine noch so hohe moralische Gesinnung kein Ersatz für pädagogische Fähigkeiten sein kann, wie sie von einem Unterricht mit Erwachsenen gefordert werden. Es wird unter anderem vorgeschlagen,

die „als Lehrer in Frage Kommenden eine Probe vor ermüdeten Arbeitern ablegen zu lassen“ und diejenigen auszuwählen, „der fähig ist, diese zu begeistern“. Regelmäßige Zusammenkünfte der Lehrkräfte zum Erfahrungsaustausch und zur Entwicklung einer bei aller individuellen Unterschiedlichkeit einheitlichen Linie finden nur in der ersten Zeit nach der Gründung statt, da allerdings in einer kaum zu überbietenden Intensität. Fragen der Unterrichtsmethode, des Verhaltens und der sozialen Herkunft der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, des Kontakts zur Öffentlichkeit u.a.m. stehen zur Diskussion. Mit der Zeit aber kann dieser hohe Anspruch nicht mehr eingelöst werden. Grund hierfür ist vor allem die Tatsache, daß alle Lehrkräfte – auch die Fachgruppenleiter – ihre Volkshochschultätigkeit zusätzlich zu ihrer eigentlichen Berufstätigkeit ausüben, in nicht wenigen Fällen sogar ehrenamtlich. Auch dies bleibt, mit Ausnahme der letzteren, über Jahrzehnte gültig bis in die letzten Jahre, wo zunehmend mehr Kursleiterinnen und Kursleiter ihren Lebensunterhalt durch die Honorare der Volkshochschule bestreiten müssen.

eine besonders erfolgreiche und kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften und Volkshochschule entwickelte sich in der Frauenabteilung der Volkshochschule Stuttgart unter der Leitung der jungen und hochmotivierten Carola Rosenberg-Blum. Hier trafen sich regelmäßig alle zwei Wochen Mitarbeiterinnen, Leiterin und interessierte Frauen aus den Kursen, um sich über die gemeinsame Arbeit auszutauschen und „wichtige Gegenwartsfragen zu besprechen“. Die pädagogische Arbeit der Frauenabteilung genoß internationalen Ruf und zielte nach Umfang, Niveau des Programms und Teilnehmerinnen-Nachfrage auf die Gründung einer „Frauenvolkshochschule“ ab. (Von den 11.000 Personen, die im Jahr 1928 die Volkshochschule besuchen, sind 6.500 allein in Kursen der Frauenabteilung eingeschrieben.)

Das Kursangebot

Die hohen Teilnehmerzahlen, die nur infolge der Inflationskrise sinken, zeugen von dem großen Interesse der Bevölkerung an den angebotenen Stoffgebieten, aber auch umgekehrt davon, wie bevölkerungsnah ihre Planung konzipiert ist. Durch die Mitwirkung von Frauen in den vorbereitenden Gremien kommt es zur Einbeziehung eines damals

revolutionären Bereichs in das Bildungskonzept der Volkshochschule: den der Körperbildung, auch „Körperkultur“ genannt, der Gymnastik, Sport und Hygiene umfaßt. Folgende Sachgebiete kristallisierten sich in der Angebotsstruktur heraus:

- Naturwissenschaften, Mathematik, Technik
- Geschichte, Heimatkunde
- Gymnastik, Sport
- Gesundheitspflege
- Geografie, Geologie
- Recht, Staat, Politik
- Volkswirtschaft
- Philosophie, „Weltanschauung“, Religion
- Literatur, Sprache, Rede
- Erziehung
- Kunst, Musik.

Trotz des anfänglichen Vorsatzes, den Erwerb zweckorientierter Kenntnisse und Fertigkeiten nicht in das Programm aufzunehmen („diese Ausbildung hat mit Volkshochschule nichts zu tun“), erscheinen bereits 1923 die ersten Sprachkurse in Englisch, Französisch und Italienisch und 1925 die ersten Berufskurse in kaufmännischer Praxis.

Wie differenziert und durchdacht die Frauenabteilung ihre Kurse anbietet, sei an folgenden Beispielen demonstriert:

1925

„Formen des Frauentums und Probleme des Frauenlebens“, entwickelt an dem Leben bekannter Frauen. (Die Frau in ihrem Verhältnis zur Geisteskultur und Technik; weibliches Künstler-tum; die Darstellung weiblichen Wesens in tätigen Berufen: Versuch, das Wesen des Weiblichen zu fassen und seine Stellung in der Gesamtkultur herauszuarbeiten.)

1927

Die Technik und die Frau.

1928

Die Frau und das Wirtschaftsleben der Gegenwart (mit Führungen in Betrieben).

1930

Frau und Beruf. Arbeitsgemeinschaft. (Stellung der Frau zum Beruf einst und jetzt, in den verschiedenen Lebensstufen, in den verschiedenen Berufen. Was der Beruf geben kann und was nicht. Wege zur Berufs- und Lebenserfüllung. Diese und andere Fragen sollen vor allem auch anhand der Literatur, vorwiegend der modernen, beleuchtet werden.)

Hörerinnen- und Hörerstatistik

Das Angebot der „allgemeinen Abteilung“ der Volkshochschule richtet sich an die großstädtische Bevölkerung Stuttgarts. Es ist breit gefächert und findet nach wenigen Jahren bereits seinen umfangmäßigen Schwerpunkt in den Fremdsprachen und der beruflichen Bildung. Die Lernenden kommen in den ersten Jahren zum großen Teil aus den Gruppen der Beamtinnen und Beamten, der Angestellten und der Handwerker, etwa 15 bis 20% sind Arbeiterinnen und Arbeiter. Deren Anteil steigt aber in den folgenden Jahren auf über 30%. In der Frauenabteilung sind die Arbeiterinnen durchgehend am stärksten vertreten. In den ersten Jahren überwiegt die Anzahl der Männer mit 65% gegenüber den Frauen. Mit der Zeit holen die Frauen auf, ihr Anteil wächst von 35% im Jahr 1919/20 auf 42% im Jahr 1924. Mit der Gründung und dem Ausbau der Frauenabteilung schnellte der Anteil der Frauen in kurzer Zeit nach oben. Bereits drei Jahre nach der Gründung der Frauenabteilung entspricht der Anteil der Frauen allein in dieser Abteilung in etwa der Gesamtzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der „Allgemeinen Abteilung“.

Im Jahr 1930/31 zählt die Volkshochschule 14.900 Hörerinnen und Hörer.

Die Stuttgarter Volkshochschule entwickelt sich vor allem unter der zügigen und ideenreichen Leitung von Wolfgang Pfeleiderer zu einer führenden Erwachsenenbildungsstätte der Weimarer Republik. Sie setzt Zeichen in der neuen Erwachsenenpädagogik durch ihre Unterrichtsformen und Unterrichtsinhalte, ihre erfolgreiche Bemühung um die Einbeziehung der Frauen und der Arbeiterschaft in das Bildungskonzept, schließlich durch ihre Offenheit gegenüber pädagogischen Reformbestrebungen und geistigen Strömungen, die in der künstlerischen Eigenständigkeit ein wesentliches Moment der Persönlichkeitsbil-

dung sehen. Ihre flexiblen Unterrichtsformen, die je nach der Beschaffenheit des Gegenstands als Vorträge mit Diskussion, als Arbeitsgruppen mit praktischen Übungen oder als Arbeitsgemeinschaften mit Seminarcharakter praktiziert werden, machen sie zu einer die städtische Kultur mittragenden und prägenden Bildungseinrichtung. Ihre Verbundenheit mit der Stuttgarter Öffentlichkeit demonstriert die Volkshochschule in ihren zahlreichen Feiern und Festen zur Eröffnung und zum Abschluß der Semesterarbeit.

Wie man sieht, ist die Volkshochschule Stuttgart in besonderer Weise durch die Pädagogik der Neuen Richtung geprägt und mit deren „Ideenschmiede“, dem Hohenrodter Bund, verwoben, einmal in der Person Bäuerles, der eine führende Position innerhalb des Bundes einnahm und zu den jährlichen Pfingsttreffen der Mitglieder einlud, zum anderen durch ihre auch physische Nähe zu dem Tagungsort und dem Gastgeber selbst. Hohenrodt war das großzügig gestaltete Ferienheim, das der Stuttgarter Unternehmer und großzügige Förderer der Stuttgarter Volksbildungsarbeit, Eduard Breuninger, für seine Belegschaft hatte bauen lassen und das er dem Bund für seine einwöchigen Tagungen unentgeltlich zur Verfügung stellte.

Vor der Gleichschaltung

Die Jahre 1930–1933 verzeichnen eine zunehmende Betonung jener Werte der Volkshochschule, die mit dem heraufziehenden Nationalsozialismus bedroht sind und die auch heute noch die Volkshochschule auszeichnen und von der Bevölkerung an dieser Institution geschätzt werden: Toleranz und Offenheit, faire Auseinandersetzung mit Andersdenkenden, Ort der Begegnung, des Dialogs, des schöpferischen Denkens und Tuns.

Wie treu sich die Volkshochschule in ihrer nun 75jährigen Entwicklung geblieben ist, mögen die Begleittexte aus verschiedenen Phasen illustrieren:

Zwanziger Jahre

Die Volkshochschule ist eine Fortbildungsschule für den Erwachsenen: als solche will sie ihn in den Gegenständen des Wissens fördern, die er für sein Berufsleben braucht, oder mit denen er sich aus Liebhaberei beschäftigt.

Sie ist eine Pflegestätte neuer Lebensformen: als solche will sie die Menschen um sich sammeln, die sich im Gegensatz fühlen zu unserer individualistischen Kultur und in der Begegnung und ehrlichen Auseinandersetzung mit ihren Volksgenossen – welcher religiösen oder politischen Überzeugung sie sein mögen – den Boden einer neuen Volksgemeinschaft suchen.

1932

Die Volkshochschule dient keiner Partei, keiner weltanschaulichen Gruppe, keiner einzelnen gesellschaftlichen Schicht. Sie verlangt keinerlei besondere Vorbildung, sondern setzt im allgemeinen den Besuch der Volksschule voraus. Sie will allen dienen, die sich weiterbilden wollen und eine Vertiefung des geistigen Lebens suchen.

1958

Die Volkshochschule leistet „freie Erwachsenenbildung“ im Sinne jener Freiheit des Geistes als Freiheit des Fragens, die die Bildungsarbeit des durch Antike, Christentum und Humanismus geprägten Abendlandes bisher bestimmt hat. Als solche kann und will sie „Weltorientierung“, niemals aber eine bestimmte „Weltanschauung“ vermitteln. Sie besitzt daher weder ein eigenes, von vornherein gegebenes Wertesystem, noch vermag sie ihren Hörern ein fertiges Rezept in die Hand zu geben. Sie verhält sich deshalb tolerant gegenüber den geistigen Strömungen und Wertesystemen der Zeit mit Ausnahme jener, die die Möglichkeit einer freien Auseinandersetzung selbst in Frage stellen (Krausnick-Horst 1986, S. 8).

1992

Die Volkshochschule ist

- Ort der Wissensvermittlung, des Lernens und des Übens – Lernort,
- Ort der Information, Diskussion, Begegnung und Auseinandersetzung – Bürgerforum und Treffpunkt,
- Ort der Begegnung mit Kunst, der Gestaltung und des Spielens – Kultur- und Freizeitzentrum,
- ...

Die Volkshochschule will

- der Demokratie dienen und zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen beitragen,

- ...
 - die verschiedenen Gruppen und Generationen in der Bevölkerung zusammenführen,
 - persönliche Weiterentwicklung durch Weiterbildung ermöglichen, ...
 - ...
- (Ausbauplan II des Volkshochschulverbandes Baden-Württemberg)

Die nationalsozialistische Gleichschaltung der Volkshochschule

„Die Freiheit der Auseinandersetzung“ – Grundprinzip der deutschen Volkshochschularbeit – existiert ab dem Herbstsemester 1933 nicht mehr. Der von Kultminister Mergenthaler eingesetzte neue Leiter Johannes Kübler sieht die Aufgabe der Volkshochschule nunmehr in ihrer „Mitarbeit an der Verwirklichung des völkischen Bildungsideals“, das er im Vorwort zum Arbeitsplan Herbst 1933 so definiert: „Dies bedeutet, daß wir die deutsche Bluts- und Schicksalsgemeinschaft zum Erlebnis bringen, den Einzelnen befähigen, seine Kräfte im Dienste der Volksgemeinschaft zu entfalten und, wenn es sein muß, das letzte für sie zu geben.“ Kübler läßt auch keinen Zweifel darüber, was diese Grundsätze in ihrer konkreten Anwendung in den Kursen der Volkshochschule zu bedeuten haben: „Sämtliche Veranstaltungen wollen den Inhalt der nationalsozialistischen Weltanschauung widerspiegeln und bilden eine organische Einheit. Unsere Volkshochschule ist eine Bildungsstätte im Dienste der Volkwerdung.“ Der Arbeitsplan der Volkshochschule wird umgestaltet. Die Aufteilung nach Fachgebieten wird beseitigt, das Programm „unmittelbar auf die letzten Lebens- und Kulturgrundlagen Volk, Familie, Heimat und Beruf gestellt.“ Die neue Gliederung des Arbeitsplans lautet nun – scheinbar jovial-vertraulich Gemeinschaft suggerierend – „Du und dein Volk“; „Du und deine Familie“; „Du und deine Heimat“; „Du und dein Beruf“. Ebenso wird der erste der drei Leitsätze der Volkshochschule auf dem Arbeitsplan geändert: Ab Mai 1933 heißt es nicht mehr: „Die Volkshochschule dient keiner Partei, keiner weltanschaulichen Gruppe, keiner einzelnen gesellschaftlichen Schicht“, sondern im Sinne des Regimes: „Die Volkshochschule dient der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft und will die deutsche Schicksalsgemeinschaft zum Erlebnis bringen.“

Die inhaltliche Gleichschaltung setzt naturgemäß in den „anfälligen“ Fächern ein: Politik, Geschichte, Weltanschauung, Heimat („Deutschlands Osten – Deutschlands Schicksal; Deutsches Denken, Fühlen und Wollen in Vergangenheit und Gegenwart“). Ein Vortrag des schwäbischen Heimatdichters August Lämmle im Februar 1933 kündigt bereits die unheilvolle Verquickung von Heimat und Rasse an: „Das schwäbische Gesicht. Die Beziehungen zwischen blut, Lebensraum und Schicksal unseres Volkes“. In der Literatur werden bevorzugt deutsche Dichterinnen wie Agnes Miegel, Gertrud von le Fort, Lulu von Strauß und Torney behandelt; Schillers Freiheitsideal wird unter dem Gesichtspunkt des „deutschen Geistes“ betrachtet. aus den Frauenthememen sind die beruflichen Fragen verschwunden, die Gebär- und Erziehungspflichten der Mutter in der Familie und der Haushalt stehen im Mittelpunkt. Rassenkundethemen sind in allen Bereichen vertreten. Kübler erhält Unterstützung durch den Beauftragten für Erwachsenenbildung des Kultusministeriums, Fritz Cuhorst, der ab 1933 die konsequente Ausschaltung des gesamten hauptberuflichen Personals betreibt. Es beginnt mit der fristlosen Entlassung der beiden führenden Kräfte jüdischer Abstammung: Carola Rosenberg-Blume und Karl Adler. Erstere muß ihren Arbeitsplatz im herbst 1933 verlassen, obwohl ihr erst zum 31.3.1934 gekündigt wird. Arbeitsangebote aus Dänemark, dem klassischen Land der Erwachsenenbildung, kann sie nicht annehmen, da Cuhorst dafür sorgt, daß ihr der Paß mit der Begründung entzogen wird, sie werde mit aller Wahrscheinlichkeit im Ausland gegen das NS-Regime Propaganda machen. Carola Rosenberg-Blume muß 1936 mit ihrem Mann Bernhard Blume und ihren beiden Söhnen in die USA emigrieren.

Die Säuberung des Lehrkörpers – gefördert durch die Denunziationen eines Hausmeisters der Volkshochschule und Mitglieds der NSDAP – von „jüdischen und kommunistischen Elementen“ nimmt ihren Lauf, so daß innerhalb von drei Jahren die Volkshochschule zu einem kläglichen Rumpfbgebilde heruntergekommen ist. Aber ihr endgültiges Schicksal – wie auch das der anderen erwachsenenbildnerischen Abteilungen des Vereins (Comburg, Denkendorf, Musikabteilung u.a.) – hängt vom Schicksal des Vereins ab. Diesen hatte Bäuerle unter Aufbietung seiner ganzen Kraft zu retten versucht. Er glaubte, seine Arbeit ohne wesentlichen Substanzverlust in die Kulturpolitik des NS-Staates integrieren zu können – von der Annahme ausgehend, daß sich die bewährte alte Praxis auf den ideologisch „aktuellen“ Gebieten der

Volksbildung – Heimat, Volkstum, Gemeinschaftspflege und dem z.T. in die Volksbildung integrierten Arbeitsdienst – auch in der neuen Form durchsetzen, ja u.U. „zum Guten hin“ beeinflussen lasse. Bäuerle zieht sich 1936, zermürbt von den ständigen Attacken der Nazis auf seine Integrität und gesundheitlich schwer angeschlagen, aus der Vereinsarbeit zurück. Mit ihm Robert Bosch, der das Kooperationsangebot der Nazis unter der Bedingung der Ausschaltung Bäuerles ablehnt. Nach der Auflösung des Vereins wird die Volkshochschule Stuttgart dem „Deutschen Volksbildungswerk“ in der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ zugeordnet und heißt nun „Volksbildungsstätte Stuttgart“. Die aus den Jahren 1940–44 erhaltenen Programme geben Auskunft über ihre Arbeit. Ihre z.T. aufwendige äußere Gestaltung und ihre inhaltlich vielseitige Strukturierung lassen erkennen, daß die „Volksbildungsstätte Stuttgart“ wieder ein vom NS-Staat gezielt gefördertes und ein von der Stuttgarter Bevölkerung stark frequentiertes Weiterbildungszentrum geworden ist. In der Tat ist das Angebot vielfältig und umfangreich; hinzu kommen Kurse in „Sprachtechnik und Redekunst“, „Volkstum und Heimat“ mit zahlreichen Wanderungen, „Blick in die Natur“, „Kulturfilm“, „Fotografieren“, „Zeichnen, Malen, Modellieren“ u.a.m.

Monatlich stattfindende Morgenfeiern im Festsaal der Liederhalle oder im Gustav-Siegle-Haus, in deren Mittelpunkt jeweils von den Nationalsozialisten besonders geschätzte Gestalten der deutschen Kulturgeschichte stehen (wie Ulrich von Hutten, Ernst-Moritz Arndt, Friedrich Nietzsche, Richard Wagner), setzen die alte Tradition der gemeinschaftlichen Festgestaltung fort. Die „Volksbildungsstätte“ erfährt regen Zuspruch durch die Stuttgarter Bevölkerung. Vor allem die kreativen Bereiche gewinnen gerade in jenen Jahren extremer seelischer und körperlicher Belastung für die Menschen eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Noch ein Jahr vor Kriegsende tritt das Programm in unvermindertem Umfang (1940: 771 Veranstaltungen, 44.660 Hörer) an die Öffentlichkeit.

Wiedereröffnung der Volkshochschule Stuttgart 1946

Der Wiederaufbau der Volkshochschule Stuttgart verläuft im Rahmen der übergeordneten bildungspolitischen Initiativen auf Landesebene in der damals amerikanischen Besatzungszone Nordwürttemberg. Die

erste Mitgliederversammlung der „Arbeitsgemeinschaft Nordwürttembergische Volkshochschulen“ findet im Januar 1946 auf der Comburg statt. Hier werden die dringendsten organisatorischen und finanziellen Fragen besprochen, u.a. wird der Entschluß gefaßt, die Volkshochschulen dem jeweiligen Kulturreferenten der Gemeinden nicht zu unterstellen: „... unsere Volkshochschulen sind von den Städten unabhängig und wollen ihre Freiheit bewahren“ (Krausnick-Horst 1986, S. 33). Stadt und Land sollen die Subventionswürdigkeit der Volkshochschulen anerkennen und um jährliche Zuschüsse gebeten werden. Der „Verband Nordwürttembergische Volkshochschulen“ wird gegründet und beginnt zwei Jahre später, ab Februar 1948, seine regelmäßige organisatorische und konzeptionelle Tätigkeit mit Wolfgang Pfeleiderer als Vorsitzendem und Helmut Walter als Stellvertreter. Wolfgang Pfeleiderer zeichnet sich auch in diesen Jahren – wie bereits während seiner intensiven Volkshochschultätigkeit in den zwanziger Jahren – durch seinen Beitrag in der konzeptionellen Durchdringung der Volkshochschularbeit aus.

Bereits im November 1945 wird von einem Kreis engagierter Stuttgarter Dozenten, die sich in den kommenden Jahren gemeinsam mit dem neuen Leiter der Volkshochschule Stuttgart, Helmut Walter, in den Inzirkofener Gesprächen zusammenfinden, ein Kursprogramm entworfen, das der amerikanischen Militärregierung zur Genehmigung vorgelegt werden muß. Ein zähes Ringen mit den Militärbehörden war dem vorausgegangen: Diese begegneten zunächst jeder deutschen Eigeninitiative mit Mißtrauen, um so mehr, wenn sie das „Volk“ zum Adressaten hatte. Im Mai 1946 beginnt das erste Semester der Volkshochschule in ihrer neuen Ära, ein Ereignis, das in alter Tradition mit einer öffentlichen Feier begangen wird. Initiator und Träger dieser administrativen und inhaltlichen Vorbereitungsphase ist Helmut Walter, dessen Geduld und Hartnäckigkeit in dem schwierigen Verhandlungsprozeß mit der Militärregierung wohl nur mit der Begeisterung jener ersten Gründer zu erklären ist, die „nach langen Jahren der Unfreiheit ihr Land wieder aufbauen und in die Demokratie führen wollten“ (Krausnick-Horst 1986, S. 8). Walter leitete die Volkshochschule Stuttgart bis 1977.

Der Aufbruch der Volkshochschule nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt – wieder nach einem verlorenen Krieg – deutliche Parallelen zu den Anfängen von 1919: wieder der Enthusiasmus, ja das Pathos in der Besinnung auf die tragenden Bildungswerte der abendländischen Gei-

stestradiation, auf deren Stellenwert in der Persönlichkeitsbildung und deren praktische Umsetzung im täglichen Leben als „Lebenshilfe“, auf den Auftrag der Erziehung zur Demokratie, zur Entwicklung eines demokratischen Bewußtseins und demokratischer Verhaltensformen. Theodor Bäuerle hält die Eröffnungsrede in Anwesenheit des Stuttgarter Oberbürgermeisters Walter Klett, 27 Jahre nach seiner großen Festrede zur Gründung der Volkshochschule in Dinkelsacker's Saalbau. Eine vergleichende Betrachtung dieser beiden Reden wäre in vieler Hinsicht aufschlußreich: sowohl auf die Person Bäuerles bezogen wie auf den Typus eines humanistisch-christlich geprägten, liberalen Intellektuellen, den er repräsentiert, wie auch auf die Kontinuität pädagogischer Zielvorstellungen in der Geschichte der Erwachsenenbildung. Festhalten möchte ich hier nur den im Vergleich zu 1919 verstärkten Rückbezug auf die Denktraditionen der abendländischen Kultur. Das „christliche Abendland“ sollte denn auch zur bindenden Ideologie der Volkshochschule in den fünfziger Jahren werden. Damit wurde zwar einerseits einem starken Bedürfnis der Menschen nach einer Phase kultureller Barbarei entsprochen, sich der eigenen authentischen Kulturtraditionen zu vergewissern, andererseits war eine solche Rückschau auch immer in Gefahr, zumal im restaurativen Klima der Adenauerzeit, zur Kulturpflege alten Stils zu werden. Auffallend ist die totale Ausblendung der innovationsreichen zwanziger Jahre als impulsgebender Anknüpfungspunkt für die Konzeption von neuen Lehrinhalten. Zusätzlich erfüllt die Volkshochschule eine wichtige Funktion in der Aus- und Weiterbildung der vielen heimgekehrten Kriegsteilnehmer, die sich eine neue Existenz aufbauen müssen. 1948 wird auf Initiative eines Kursleiters, Helmut Sieber, das Abendgymnasium der Volkshochschule Stuttgart gegründet, das Erwachsenen die Möglichkeit zum Nachholen der Reifeprüfung bietet und seitdem mit unvermindertem Zuspruch der Stuttgarter Bevölkerung seine Kurse durchführt. Eine weitere Initiative der Volkshochschule Stuttgart ist die von Lehrkräften der Freien Waldorfschule Uhlandshöhe gegründete „Abendschule“ für junge Menschen „mit Volksschulabschluss, die in der Berufsausbildung oder im Erwerbsleben stehen und sich Kenntnisse in verschiedenen Wissensgebieten erarbeiten wollen.“ Die „Abendschule“ wird 1947 gegründet und besteht bis in die siebziger Jahre. Das Programmangebot ist reich gespannt: Naturwissenschaften, Technik, Medizin sind neben den Bereichen Kulturgeschichte, künstlerisches Gestalten, malen und Zeichnen am stärksten vertreten. Sprachen

und berufliche Bildung fangen klein an, weiten sich aber schnell aus. So erreicht das berufliche Angebot Anfang der fünfziger Jahre rund 40% aller Belegungen. Diese Entwicklung zur Pragmatik wird in den leitenden Volkshochschulgremien immer wieder als bedenklich beurteilt, das humanistische Bildungsverständnis steht traditionell dem Aufgreifen und der Förderung von praktisch verwertbaren Kenntnissen und Fertigkeiten entgegen. Die Berufskurse stellen „eine schwere Sorge“ dar, „solche Kurse“ gehören nicht „zum wesentlichen Inhalt der Volkshochschulpläne“ (Recknagel 1987, S. 6). Andererseits zeigt sich aber, daß in „solchen Kursen“ gerade jene benachteiligten Bevölkerungsgruppen vertreten sind, an die sich der „Volks“Bildungsauftrag der Institution im besonderen richtet. Die humanistische Sichtweise beginnt mit der ökonomischen Entwicklung der Bundesrepublik und ihrer Gesellschaft zu einer Arbeits- und Leistungsgesellschaft zu bröckeln. In den sechziger Jahren wird der Ausbau der beruflichen Bildung unumgänglich. Die „realistische Wende“ setzt sich durch, ohne daß man diesen Prozeß in der notwendigen Weise theoretisch und bildungspolitisch reflektiert hätte. In Stuttgart ist „Berufliche Bildung“ in den fünfziger Jahren der am stärksten expandierende Fachbereich, gefolgt von den Fremdsprachen. Eine Umfrage der Volkshochschule Stuttgart bei den Teilnehmenden über den „Nutzen der qualifizierten Abschlüsse der Beruflichen Bildung“ aus ihrer Sicht hat gezeigt, daß berufliches Lernen, gerade im sozialen und geistigen Umfeld der Volkshochschule, durch seinen identitätsstärkenden Wert sehr wohl Elemente der Persönlichkeitsbildung beinhaltet, wie sie die deutsche Volkshochschule als Bildungsziel vertritt.

Die folgenden beiden Jahrzehnte, vor allem die achtziger Jahre, bringen der Volkshochschule Stuttgart eine ungeahnte Expansion, welche Neustrukturierungen des Programms, neue Formen der Zusammenarbeit unter den Fachbereichen und neue Formen der Öffentlichkeitsarbeit notwendig gemacht hat. Außerdem hat sich ein Traum der ersten Gründergeneration von 1919 erfüllt: Die Volkshochschule besitzt zum ersten Mal in ihrer Geschichte ein eigenes Veranstaltungszentrum, den modernen, zentral gelegenen „Treffpunkt Rotebühlplatz“, dessen Attraktivität ein starkes Ansteigen der Teilnehmerzahlen gebracht hat und der Volkshochschule – so hoffen wir – auch über die finanziell schwierigen Zeiten hinweghelfen wird. Die Volkshochschule Stuttgart kann im Jahr 1993 auf die stolze Bilanz von 136.000 Unterrichtseinheiten, 65.000 Teilnehmenden und 4.600 Veranstaltungen blicken.

Literatur

Die Zitate ohne Angaben sind den Reden Theodor Bäuerles und anderer Volksbildner der Zeit, den Protokollen, Kursunterlagen, Berichten, Arbeitsplänen, Korrespondenzen, Vorträgen zur Geschichte der Volkshochschule Stuttgart entnommen, die insbesondere im hauseigenen Archiv und im Theodor-Bäuerle-Archiv des Hauptstaatsarchivs in Stuttgart aufbewahrt sind.

Eine Aufarbeitung dieser Quellen geschah zum 70jährigen Bestehen der Volkshochschule Stuttgart in dem Band:

Anne-Christel Recknagel: 70 Jahre Volkshochschule Stuttgart. Ein Betrag zur Geschichte der Erwachsenenbildung. Neue Folge der Flugschriften, Bd. 5, Stuttgart 1989

Im weiteren wurden verwendet:

Theodor Heuss: Robert Bosch – Leben und Leistung, Tübingen 1946

Renate Krausnick-Horst: Volkshochschulen in Baden-Württemberg 1946–1986, Stuttgart 1986

Anne-Christel Recknagel: Berufliche Weiterbildung an der Volkshochschule. Neue Folge der Flugschriften, Bd. 2, Stuttgart 1987

Konrad Bohr

Volkshochschule in einer Bistumsstadt¹ Von den Nachkriegsanfängen der Trierer Volkshochschule

Das Profil von Volkshochschulen ist immer und wesentlich geprägt von den Strukturen, der Geschichte und dem geistigen Klima der Stadt, in der sie gegründet wurde und ihre Bildungsarbeit organisiert. Kultur und Urbanität kann man nicht voneinander trennen, sie sind miteinander verwoben. Dies hat einmal ganz einfach zu tun mit der nicht wegzudiskutierenden Tatsache, daß Bildungsangebote an erwachsene Bürgerinnen und Bürger sich an einem Markt orientieren müssen; zum anderen hängt dies damit zusammen, daß VHS-Arbeit als kulturelle Bildung immer auch geprägt ist vom „Geist einer Stadt“, auf bereits vorhandene Kultur zurückgreift und sie durchaus als Medium der Bildungsarbeit – übrigens durchaus in der Tradition der „neuen Richtung“ – nutzt: im Sinne exemplarischen Lernens.

Wenn man also die Gründung der Volkshochschule Trier und ihre Geschichte näherhin darstellt, so kann man nicht umhin, einige Anmerkungen zur Stadt zu machen.

Trier ist eine katholische Stadt und Sitz eines Bischofs, dessen Bistum sich über Provinz- bzw. Landesgrenzen erstreckt. Dies festzustellen ist insofern von Bedeutung, als der Katholizismus nicht nur das geistige Klima der Stadt immer nachhaltig prägte. Gerade in der Phase des Kulturkampfes war die Stadt ein Hort in der Verteidigung katholischer Positionen.

Trier lag immer am Rande des Reiches bzw. der Bundesrepublik, es war vor dem 1. und 2. Weltkrieg Mittelpunkt eines militärischen Aufmarschgebietes und selbst Garnisonsstadt. Nach 1919 war es eine preußische Stadt, lag politisch in der Rheinprovinz, deren Hauptstadt Koblenz² war. Trier war immer Sitz von Reichsbehörden und gilt mit Recht als eine „typische Beamtenstadt“.

Beide hier genannten Aspekte machen deutlich, daß die Stadt politisch eher konservativ geprägt war, d.h., es gab im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und auch in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik zum Teil extrem hohe Stimmanteile von Zentrum bzw. CDU. Trier galt immer als Bollwerk gegenüber linken und rechten Gruppie-

rungen. Dies festzustellen heißt nicht, es zu werten. Dennoch scheint es legitim, von einem latenten oder offenen politischen Konformitätsdruck zu sprechen, der in dieser Stadt lange vorherrschte. Um es an einem Beispiel deutlich zu machen: Im 2. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl 1925 wählten in Trier 68,4% den Zentrums kandidaten Marx, 28,8% Hindenburg; sieben Jahre später votierten – ebenfalls im 2. Wahlgang – 70,5% für Hindenburg, den Kandidaten der Demokraten (im Reich 49,6%), für Hitler hingegen nur 16,1% (30,1%). Mit diesen kurzen Hinweisen sollte deutlich werden, in welchem geistigen und politischen Umfeld, in welchem kulturellen Klima sich die Initiatoren einer Volkshochschule befanden, als sie 1920 daran gingen, eine kommunale Einrichtung zur Erwachsenenbildung zu gründen. Die Volkshochschule Trier ist im Februar 1920 ein erstes Mal gegründet worden. Insofern geht auch ihre Entstehung indirekt auf den Brief des preußischen Kultusministers zurück, in dem er die Städte und Gemeinden aufrief, Volkshochschulen zu gründen. Die Gründungsversammlung fand in der Aula der Kunstgewerbeschule mit zwei Vorträgen statt. Studienrat Dr. Brand sprach zum Thema: „Über die Aufgaben und Ziele der Volkshochschule“ und Oberlehrer Wirtz über „Der Moselgau und seine Hauptstadt in alter Zeit“. Der „Trierische Volksfreund“ berichtete darüber: „Das Vorlesungsverzeichnis der Trierer Volkshochschule ist erschienen. Danach versprechen wir uns, was das Gebotene anlangt, einen großen Erfolg. Es ist bisher noch nicht dagewesen, daß – auch für noch so wenig Geld – so hochbedeutsame Unterrichtsgegenstände so eng zusammen in wohlgeordnetem Aufbau der Volksgesamtheit zur seelischen Bereicherung geboten werden.“ Rund sechs Monate später veranstaltete man in Trier einen Volkshochschultag. „Zweck der Tagung war nach einleitenden Worten des Oberlehrers Gieben, Aufklärung zu schaffen über das Wesen und die Ziele der Volkshochschule und über die Mittel, die von ihr angestellte Volksbildung hervorzurufen. Diese Einleitung besagt schon, daß sich die ganze Veranstaltung, bei der es sich größtenteils um theoretische Fragen handelte, nicht so sehr an die Allgemeinheit, die durch die Volkshochschule zu erfassenden Kreise, als an die Führer in der Bewegung wandte.“ In drei Referaten wurden verschiedene Akzente gesetzt: Hauptaufgabe der Volksbildung sei die Erweckung und Förderung des deutschen Volksbewußtseins, um die Gesamtheit des Volkes aus einer Schicksalsgemeinschaft zu einer Lebensgemeinschaft zu machen. Auch Konfessionen müßten zugelassen werden und gehörten selbstverständ-

lich zur Volkshochschule. Ein Redner hob „scharf“ hervor, daß die Trierer Volkshochschule nichts mit den Parteien zu tun habe. Auffallend ist, daß man im Anschluß an diesen Artikel die Stellungnahme eines Gewerkschaftssekretärs „Zur Volkshochschulfrage“ lesen kann, in der die Parteienproblematik ganz anders gesehen wird: „Also schafft geographische und geschichtliche Aufklärung, und zwar darf der Vortragende ruhig vom Standpunkt irgendeiner Partei sprechen, um so anregender und wertvoller wird dann die Aussprache ...“. Dazu meinte allerdings die Redaktion: „Wir sind in dem Punkte durchaus anderer Meinung. Die Schrftlgt.“

Um die Volkshochschule im Trier der Weimarer Republik wurde es sehr bald still. Es ist wahrscheinlich, daß sie ein Beispiel für eine Einrichtung ist, die nach dem „Volkshochschulboom“ der frühen 20er Jahre an den Bedrängnissen und Nöten der Inflation oder in einem für die damaligen Zeiten typischen kommunalen Parteiengenzänk zerrieben wurde. Daß sich in den Archiven der Stadt keine weiteren Nachweise für Volkshochschulaktivitäten auffinden lassen, ist jedenfalls ein Hinweis für das Fehlen eines entschiedenen Eintretens für das Modell „Volkshochschule“ bei Kommune, Bürgerschaft und Teilnehmern.

Rund siebenundzwanzig Jahre nach der ersten Gründung und nach einer langen Phase völliger Bedeutungslosigkeit kam es Anfang 1947 zur Neugründung bzw. Wiedergründung der Volkshochschule. Das geistige Umfeld, in dem dies geschah, war gewiß der Gedanke der „Reeducation“. Die Erwachsenenbildung sollte dazu dienen, Menschen nach zwölf Jahren politischer Verwirrung eine Orientierung zu geben, woraus sich auch erklärt, daß die ersten Arbeitspläne sehr stark politisch orientiert waren, faßt man diese Kategorie einmal etwas weiter.

Das Festprogramm des 30.1.1947 macht deutlich, daß man sehr stark auf Ausgewogenheit achtete. Zugleich gibt die Festfolge einen guten Einblick in das geistige Klima einer rheinischen Stadt. Es überrascht auch nicht, daß man als kompetenten Festredner einen im Rheinland wirkenden Erwachsenenbildner eingeladen hatte: Werner Lennartz war Leiter der VHS Bonn und Referent für Erwachsenenbildung im neugegründeten Land Nordrhein-Westfalen, zu dem man sich offensichtlich aus historischen Gründen stark hingezogen fühlte. Katholische und sozialistische Jugendliche sangen und rezitierten – durch das Programm fein säuberlich voneinander getrennt – „Erhalt uns in der Wahrheit“ von Johann Sebastian Bach bzw. „Arbeit“, einen Festspruch von Ernst von Wildenbruch.

Aufbruchsstimmung herrschte also in der Stadt, und die Wiedergründung einer Volkshochschule – von den meisten gewiß als Erstgründung empfunden – bot den Verantwortlichen die willkommene Gelegenheit, diese Atmosphäre zu manifestieren. Dies wird auch in der Berichterstattung der „Trierischen Volkszeitung“ vom 4. Februar 1947 deutlich, wo es heißt:

„Die Eröffnung der Volkshochschule Trier wurde am Donnerstagnachmittag mit einem Festakt in der Treviris würdig begangen. Der Feier wohnten Weihbischof Metzroth für den Erzbischof, Gouverneur Guérin als Vertreter der Militärregierung und Regierungspräsident Dr. Steinlein als Ehrengäste bei. Oberbürgermeister Kemper hob in seiner Eröffnungsansprache hervor, daß die Volkshochschule auf den Ruf weiter Kreise nach vertiefter Bildung und vergrößertem Wissen die Antwort geben wolle. Er berichtete dann über Vorbereitungen zur Gründung der Volkshochschule. Der erste Arbeitsplan weise zwar noch Lücken auf, lasse aber schon schöne Erfolge erwarten. Die Volkshochschule wolle erreichen, daß die Menschen wieder selbständig denken und sich eine eigene Meinung bilden, die sich nicht fangen läßt von Schlagworten und Massenwahn, sondern Gründe und Gegengründe wägt und klare Einsicht in die Zusammenhänge gewinnt. Möge die Stunde der Eröffnung eine Stunde des Segens für das Trierer Land sein!

Diesem Wunsche schloß sich Regierungspräsident Dr. Steinlein an, der als Repräsentant der Gesamtbevölkerung des Regierungsbezirks sprach. Er richtete den feierlichen Appell an alle, die guten Willens sind und die mitarbeiten wollen, froh, freudig, opferbereit und tatkräftig das neue Werk der Volksbildung zu unterstützen. Die Volkshochschule müsse vor allem der Jugend zum Segen gereichen. Ihre Gründung bedeutet auch einen Appell an die Behörden, dafür zu sorgen, daß die materielle Not auf ein Minimum reduziert werde, damit das geistige Leben wieder ein würdiges Dasein führen könne. Der irrigen Auffassung, die Volkshochschule sei ein Ersatz für die Universität, widersprach der Regierungspräsident entschieden. Der Wert beider Einrichtungen werde herabgesetzt, wenn man sie als Konkurrenten gegeneinander stellen wollte, während sie sich doch in Wirklichkeit ergänzen sollen.

Gouverneur Guérin würdigte die Schwierigkeiten, denen die Organisatoren der Volkshochschule begegnet seien, und hob ihre hohe

Bedeutung für die Erziehung und geistige Umkehr der Jugend hervor. Die Volkshochschule werde auch dazu beitragen, Europa von dem Nazismus und Materialismus zu befreien und Menschen heranzubilden, die den Frieden wollen. Der Gouverneur schloß mit Worten der Zuversicht für die schöne Stadt Trier. ‚Trier hat eine Zukunft‘, rief er aus, sie liegt nicht zuletzt im Geistigen.

Im Mittelpunkt des Programms, das von Vorträgen des Dautzenberg-Quartetts, Chören des Singkreises der Katholischen Jugend und einem von Mitgliedern der Sozialistischen Jugend vorgetragenen Festspruch umrahmt war, stand der Festvortrag von Werner Lennartz, dem Leiter der Volkshochschule Bonn und Referent für Erwachsenenbildung im Kultusministerium von Nordrhein-Westfalen, über Sinn und Aufgabe der Volkshochschule. Der Vortragende stammt aus dem Cochemer Krampen, bekannte aber, daß für ihn Trier stets die Hauptstadt des Mosellandes gewesen sei. ‚Hier lebte der Geist, wie er unser Land geformt hat; der Geist, der das gesamte europäische Menschtum des Westens bildete, hat hier in Trier die lebendigsten Sinnbilder hinterlassen. Dieser Geist verpflichtete uns, zumal wir aus einer Zeit kommen, die das Urbane einer Stadt nicht mehr zu sehen wußte. Heute stehen wir vor den Trümmern der Zeugnisse dieses Geistes und vor der Notwendigkeit, Menschen zu bilden, die sich wieder für das Gemeinwohl verantwortlich fühlen. Wir müssen Stätten schaffen, in denen die heranwachsende Generation erkennen kann, was eigentlich Menschtum ist‘. Der Vortragende sprach dann von der tiefen Kluft zwischen alter und junger Generation und von dem tiefen Mißtrauen der Jugend. Die Bilder, die sie in der Zeit ihrer Heranbildung von der Umwelt gewann, waren Zerrbilder. ‚Wir haben heute die Aufgabe, das Falsche zu überblenden und durch Wahres zu ersetzen, nicht mit Schulmeisterei, sondern indem wir der Jugend helfen. Die Universität ist eine Stätte der Wissenschaft, die Volkshochschule eine Stätte, in der der Mensch auf Fragen, die er aus eigenem Suchen heraus spürt, mit Hilfe der Wissenschaft eine Antwort erhalten kann‘. Die Volkshochschule soll also auch an der Formung der öffentlichen Meinung mitwirken. Der Redner schloß mit den besten Wünschen für das Gedeihen der Arbeit, zu der mit der Eröffnung der Volkshochschule Trier der Grundstein gelegt wurde. Der starke Besuch der Eröffnungsfeier ließ ein großes Interesse der Trierer für die Volkshochschule erkennen“.

Auch der Arbeitsplan ist aufschlußreich. Er erschien in Form eines Faltblattes auf dem Stand von „Ende Januar 1947“ und kann als Versuch gewertet werden, Themen zu einer umfassenden Allgemeinbildung anzubieten. Der Trend zur Vollständigkeit und Repräsentativität der Weiterbildungsarbeit in Trier ist dabei unübersehbar. Möglicherweise gab es auch konkrete Vorgaben der französischen Besatzungsmacht, kein Thema auszulassen und möglichst viele Repräsentanten des öffentlichen Lebens in einem „Vortragsdienst“ – anders kann man diese Aufzählung nicht nennen – miteinzubeziehen. Von einem „VHS-Arbeitsplan“ jedenfalls kann noch keine Rede sein, es fehlt die Zuordnung von Räumen, Terminen und Referenten.

Von einem ersten Arbeitsplan kann man erst für den Zeitraum vom 5. Mai bis 1. August 1947 sprechen. Arbeitspläne als Quellen zu benutzen ist gewiß problematisch, zumal das gedruckte Angebot noch nichts darüber aussagt, ob die Bürgerinnen und Bürger es auch angenommen haben. Dennoch muß man davon ausgehen, daß ein VHS-Arbeitsplan auch immer die Reaktion auf Anregungen und Wünsche von außen darstellt. Darüber hinaus darf man annehmen, daß die verantwortlichen Planer wegen eines gewissen Erfolgszwanges dazu neigen, „marktorientiert“ zu arbeiten, eine Vermutung, die freilich insoweit etwas problematisch ist, als man 1947 auf keinerlei Erfahrungswerte zurückgreifen konnte. Wie schwierig diese Gratwanderung war, zeigt die Begründung des Fächerkanons, die unter dem Stichwort „Zum Geleit“ gegeben wird. Dort heißt es:

„Nach einem Winter voller Schwierigkeiten tritt die Volkshochschule in das II. Trimester ein mit dem Wunsch und dem Willen, zu einer geregelten Tätigkeit zu kommen. Sie möchte aber auch innerlich im Wachstum voranschreiten und bemüht sich, die mannigfaltigen Stoffgebiete zu organischen Einheiten zusammenzufassen, die es den Hörern erleichtern, die Grundfragen des Lebens zu beantworten: Was bin ich? Was will ich? Was brauche ich?

So erscheinen gewissermaßen als Kernfächer die unter I stehenden, um die sich die anderen in immer weiteren Kreisen herumschließen. Besonders Bedacht genommen ist darauf, daß Stoffe dargeboten werden, die von den Grundlagen her aufbauend ihr Gebiet nur im Laufe mehrerer Trimester abschreiten können, denn es liegt im Sinne der Volkshochschule, daß sie eine Hörschaft gewinnt, die den Bogen ihres Strebens über das Zufällige hinausspannt. Solche Stoffe

sind neben den Sprachen Literaturgeschichte, Medizin und Naturwissenschaften.

Die Ausbildung eines harmonischen, mit seiner Heimat und seinem Volke verbundenen Menschen bleibt nach wie vor das Bestreben der Volkshochschule. Dabei brauchen die sogenannten praktischen Fächer nicht vernachlässigt zu werden. Daher sind die Sprachkurse vermehrt worden, aber auch sonstige Fähigkeiten werden gepflegt.

Dazu gehört vor allem der Sprechkurs, der sich nicht nur an die wendet, die zum schönen Vortrag von Gedichten kommen wollen, sondern an alle, die im Beruf und im öffentlichem Leben eine auf dem Wort beruhende Wirksamkeit entfalten müssen. Daß wir in diesen Notzeiten nicht freiwillig auf einen bescheidenen Schmuck des Lebens verzichten dürfen und es auch nicht zu tun brauchen, das soll der Kursus Heimgestaltung vor allem praktisch zeigen.

Noch entspricht unser Arbeitsplan nicht ganz den wirklichen geistigen und wirtschaftlichen Kräften unserer Stadt, noch kommen ihre Geschichte und die mannigfachen Erfahrungen, aus denen sie lebt, nicht genügend zur Geltung. So ergeht an alle Hörer und Freunde der Schule die Bitte, ihre Wünsche und Anregungen nicht für sich zu behalten, sondern sie weiterzugeben an die Geschäftsstelle, die sie mit Dank annehmen wird.“

Die „Trierische Volkszeitung“ vom 16.5.1947 zog ein Resümee und wirft dem bisherigen Angebot Einseitigkeit vor. Zu wenig seien Themen der Naturkunde, der Geologie, der Meteorologie, der Geschichte in den Mittelpunkt gestellt, zu schwach die Jugend angesprochen worden. Gerade der Appell der Zeitung, mehr an die junge Generation zu denken, macht wiederum deutlich, wie sehr der Erziehungsgedanke bestimmend ist. Und wie man es damals mit der politischen Bildung hielt, zeigen folgende Sätze: „In den Satzungen der Volkshochschule steht, daß sie sich überparteilich und überkonfessionell zu halten hat. Dem werden alle Dozenten zweifellos entsprechen, und so können auch Hörer aller politischen Richtungen sich alle Vorlesungen auf diesen Gebieten anhören und müssen es tun, um erstmal zu dem nötigsten Tatsachenwissen zu kommen, ohne daß das Reden darüber doch zu bloßem Geschwätz wird.“

Zum neuen Wintersemester 1948/49 gab es einen Wechsel in der freilich nebenberuflichen Leitung der Volkshochschule. Der bisherige

Leiter, Studienrat Dr. Petrus Mainzer, war gestorben, sein Nachfolger war ein Diplomat, Legationsrat a.D. Dr. Paul Roth. Auffallend oft ist nun von der Volkshochschule als „Hochschule für alle Trierer“ die Rede. Roth selbst griff stark in das Kursgeschehen ein, d.h., er unterrichtete selbst, und zwar in thematisch breit angelegter Form. Nach seinem Arbeitsbeginn wurden übrigens zwei Kurse eingeführt, die noch heute Bestand haben, nämlich der „Lehrgang zur Ausbildung von Stadtführern“ und das „Collegium musicum instrumentale“. Gewiß nahmen die Arbeitspläne unter Roth ein schärferes Profil an, und Anfang 1952 findet man zum erstenmal eine Unterscheidung in Volkshochschulkurse und Unterrichtskurse. Die Kriterien für diese Unterscheidung werden gleich mitgeliefert:

„Den wichtigsten Bestandteil der Volkshochschularbeit bilden die Volkshochschulkurse. Unter ihnen verstehen wir die Kurse aus dem Bereich des Geistigen, der Politik und Soziologie. Aber nicht das, was vom Tische des Fachwissens an Resten für ‚ein größeres Publikum‘ übrigbleibt, soll dargeboten werden. Die lehrenden Mitarbeiter der VHS erstreben alles andere als oberflächliche ‚Popularisierung‘ des Wissens aus ihren Fachgebieten. Wie der Ausgangspunkt unserer Kurse ein anderer ist als derjenige der Lehrer der Fachwissenschaft, so ist auch unser Ziel ein anderes: nicht ein ‚Weniger‘, sondern in gewissem Sinne ein ‚Mehr‘, das darin besteht, vom Wissen das zu vermitteln, was an Wertgehalt über das Wissen hinausreicht. Kurz gesagt: Den Menschen, den das Spezielle seiner Lebensumstände zu verschlingen droht, auch in das ‚andere‘ der Lebensseiten blicken zu lassen, um ihm vielleicht schließlich zu einem kritischen Blicke über den Umfang allen Lebens zu verhelfen, das ist unser Ziel. Die Absichten der Volkshochschulkurse müssen ethische, ‚engagierte‘ Absichten sein. So verstanden streben die Volkshochschulkurse nach Bildung, die ‚ihren Sinn in sich selbst‘ besitzt. Die Unterrichtskurse der Volkshochschule bieten praktische Hilfe für den Alltag. Dort, wo sie weitgehend Berufskurse sind, erhalten sie ihren Auftrag aus dem Gesamt der sozialen Aufgabe der Volkshochschule. So wird die geistige Hilfe durch die Lebenshilfe ergänzt. Sprachunterricht, Praktische Wirtschaftslehre, Hilfe für technische Berufe wenden sich an einen großen Kreis von Menschen, und die Zahl derer ist nicht gering, die den Erfolg ihrer Teilnahme an den Unterrichtskursen der Volkshochschule bereits verspüren.“

Diese Definitionen sprechen für sich, die Unterscheidung von Werte- und Wissensvermittlung, von Lebenshilfe und geistiger Hilfe, von sinnstiftenden und praktischen Kursen mag typisch für das Klima der 50er Jahre sein. Sicher ist, daß damit gewiß eine latente Wertung einhergeht, die zwischen gehobener und Alltagsbildung unterscheidet.

In den frühen 50er Jahren erhielt die Volkshochschule immer mehr Profil, wobei man folgende Akzente feststellen kann. Der Anteil musischer und kunsthistorischer Angebote wuchs. Dabei fallen die Thematisierung des Trierer Kulturraumes und die offensichtlich problemlose Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Kulturinstituten der Stadt auf. Man begann sich mehr und mehr um Aktualität zu bemühen, gedachte der 200jährigen Wiederkehr von Goethes Geburtstag, des 200. Todestages von Johann Sebastian Bach, veranstaltet Auto-orenlesungen (Stefan Andres) und verstärkte das Angebot berufsorientierter Bildung („Einführung in die doppelte Buchführung“, „Durchschreibebuchführung“ und vieles andere mehr).

Es sei noch ein Blick auf die Gebührenordnung geworfen: Nach der Währungsreform betrug die Gebühr für sechs Stunden 5.00 DM, für zwölf Stunden entsprechend 10.00 DM (Lichtbildervortrag 1.00 DM Aufschlag). Bei einem Sprachkurs mit 24 Stunden betrug die Gebühr konsequenterweise 20.00 DM. Seit dem I. Trimester 1949 verringerten sich die Kosten. Mit Beginn des II. Trimesters 1950 wurde eine Einschreibgebühr von 0.50 DM eingeführt. Billiger wurde es im III. Trimester 1950: 16 bis 20 Stunden kosteten 9.00 DM, 10 Stunden 5.00 DM usw. Auch diese Gebührenordnung erfreute sich nur einer kurzen Lebensdauer, denn schon mit Beginn des II. Trimesters 1951 folgte bereits die nächste. Im Programm der VHS heißt es dazu: „Neue Gebührenordnung: Sämtliche im Vorlesungsverzeichnis angekündigte Vortragsreihen, Kurse und Ausspracheabende können von den Hörern der Volkshochschule durch Einschreibung im Sekretariat, Jakobstraße 4, und durch Entrichtung von 6.00 DM (2.00 DM pro Monat des Trimesters) ebendort belegt werden. Gratis-Einschreibungen der Hörer für die von ihnen gewählten Vortragsreihen und Kurse ist erforderlich. Grundsätzlich finden Veranstaltungen mit weniger als 10 Teilnehmern nicht statt.“

Auch diese Regelung hat sich offensichtlich nicht bewährt, denn bereits mit dem III. Trimester kam es wieder zu einer neuen Gebührenordnung. Dort heißt es: „Einschreibgebühr 0.50 DM. Beim Belegen bis zu 10 Stunden beträgt die Höregebühr 0.60 DM für die Stunde.

Beim Belegen weiterer Stunden ermäßigt sich die Gebühr für jede weitere Stunde auf 0.40 DM.“

Modifiziert wurde diese Regelung mit dem I. Trimester 1952: „Wirtschaftliche Notlage soll den Besuch der VHS nicht hindern. In besonderen Fällen können, bei stichhaltigem schriftlichem Antrag, die Gebühren erlassen werden.“ Hinter diesen trockenen Zahlen verbirgt sich ein Kardinalproblem. Offensichtlich gab es im Verhältnis von Verwaltung und VHS ein hohes Maß an Unsicherheit, und möglicherweise gab es auch Konflikte mit verschiedenen Ämtern. Das Thema „Geld“ sollte übrigens bis zur Gegenwart ein Dauerbrenner bleiben. Von einer „Gratiswoche“, wie sie der Arbeitsplan des II. Trimesters 1950 nach Auskunft des „Trierischen Volksfreundes“ vom 8. Mai vorsah, kann die VHS Trier heute jedenfalls nur träumen:

„Die unten angegebenen Veranstaltungen der Volkshochschule in dieser Woche sind allen noch nicht in der Volkshochschule eingeschriebenen Interessenten gratis zugänglich. Die Einschreibungen im Sekretariat der Volkshochschule dauern noch diese Woche. Allerdings richtet sich die Fortsetzung der Vorlesungen in den nächsten Woche nur noch an eingeschriebene Hörer der Volkshochschule. Über die insgesamt angesetzten 39 Vortragsreihen, Kurse, Wanderungen und Arbeitsgemeinschaften unterrichtet das Verzeichnis, das außer im Sekretariat in den Buchhandlungen gratis abgegeben wird.“

Das Jahr 1952 kann mit Fug und Recht als der Zeitpunkt angesehen werden, zu dem sich die Volkshochschule als feste Größe im Kulturleben der Stadt etabliert hatte. Zu diesem Zeitpunkt sollte auch ein neuer, nebenberuflicher Leiter beginnen, dessen Amts- bzw. Dienstzeit bis 1966 dauern sollte. Erst dann wurde in der Stadt der erste hauptberufliche Leiter eingesetzt.

Die fünfundzwanzig Jahre zwischen 1952 und 1977, als der Verfasser dieses Aufsatzes seinen Dienst antrat, kann man als Jahre der Konsolidierung ansehen. Der VHS-Alltag war in Trier zu keinem Zeitpunkt ganz einfach, und dennoch ist es bemerkenswert, daß die Zahl der Besucher und Unterrichtsstunden nie einen deutlichen Einbruch erlebte bzw. seit 1966 auf etwa 12.000 Unterrichtsstunden anwuchs. Ein deutlicher Einschnitt für die kommunale VHS-Bildungsarbeit war zweifellos der systematische Aufbau katholischer Bildungsarbeit in den

Jahren nach dem 2. Vatikanischen Konzil, der Ende der 60er Jahre im Bistum Trier seinen Anfang nahm. Man begann einmal mit einem flächendeckenden Ausbau von Weiterbildungsaktivitäten auf regionaler und Pfarrei- bzw. Pfarrverbandsebene, ferner wurde die Arbeit der Familienbildungsstätten intensiviert, und schließlich wurde eine Katholische Akademie errichtet. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist dabei die Tatsache, daß man von katholischer Seite im Bistum Trier, weniger in Rheinland-Pfalz (also in den Bistümern Speyer, Mainz, Limburg), auf ein hohes Maß an Autonomie und Autarkie setzte, was sich deutlich in den Jahren vor 1975 zeigte. In dieser Zeit wurde in Rheinland-Pfalz über ein Weiterbildungsgesetz beraten, wobei man behaupten kann, daß die härtesten Verhandlungspositionen vom Bistum Trier vertreten wurden. Das also seit Mitte der 70er Jahre geltende Gesetz bevorzugt gewiß keinen Träger der Weiterbildung, doch ist es die Grundlage dafür, daß nun gerade in Bistum und Bistumsstadt Trier ein harter Konkurrenzkampf zwischen öffentlichen und freien Trägern der Erwachsenenbildung um die ohnehin knapp bemessenen Mittel einsetzte. An Absprachen untereinander im Interesse der WeiterbildungsadressatInnen war überhaupt nicht zu denken, geschweige denn an punktuell gemeinsame Angebote verschiedener Träger der Weiterbildung im Sinne attraktiver, trägerübergreifender Themen. In Trier entstand das, was die holländische Religionssoziologie „Versäulung“ nennt. Das heißt: Religions- bzw. Bildungsanbieter stehen wie erstarrte Säulen „in der Landschaft“, ohne sich um die Adressaten zu kümmern, was wiederum an fehlender Kommunikation untereinander liegt.

Diesem Prozeß wurde teils gegengesteuert, teils wurde er aber auch verstärkt durch die Gründung und den Ausbau der Universität Trier-Kaiserslautern in den 70er Jahren. Einmal entwickelte sich in Trier eine andere Bevölkerungsstruktur, wodurch das Machtgefüge in der Stadt eine Veränderung erfuhr. Der Volkshochschule kamen durchaus die neue Universität, vor allem einzelne Fächer wie Psychologie, Sprachen, Geographie, Geschichte und Politikwissenschaft zugute. Zum anderen wurde die Universität in einer 100.000-Einwohner-Stadt und einer dünnbesiedelten Region selbst zum Konkurrenten und Anbieter attraktiver und kostengünstiger, wenn nicht gar kostenloser Weiterbildungsmaßnahmen.

In dieser Situation und angesichts knapper finanzieller Ressourcen in den Kommunen steht die Volkshochschule Trier wie immer seit 1920

in einem harten Konkurrenzkampf. Durch ihre Geschichte und ihr Profil kann sie jedoch ihren „Ort“ als selbstverständliche Größe im Kulturleben der Stadt behaupten.

Anmerkungen

- ¹ Dieser Beitrag beruht auf einer überarbeiteten Fassung aus: Konrad Bohr: Die Geschichte der Trierer Volkshochschule 1947–1977. Teil 1: Jahre der Wiedereröffnung und Konsolidierung. In: Kurtrierisches Jahrbuch 26 (1986), S. 203–220; Teil 2: Unter der Leitung von Dr. Klaus Josef Faßbinder und Richard Hommerding (1952–1977). In: Kurtrierisches Jahrbuch 27 (1987), S. 211–224.
- ² Die Exekutive befand sich mit dem Sitz des „Oberpräsidenten“ in Koblenz, die Legislative mit dem Sitz des „Provinziallandtages“ in Düsseldorf.

Detlef Oppermann

Volkshochschule in Saarbrücken

Von der Grenzlandvolkshochschule zu einem Weiterbildungszentrum im Saar-Lor-Lux-Raum

1. Ausgangslage

Anläßlich der Herausgabe wichtiger Schriften Oskar Hammelsbecks durch die Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschulverbandes schrieb deren damaliger Leiter, Hans Tietgens, in den Vorbemerkungen: „Was sich in Saarbrücken bzw. im Saarland getan hat, ist bislang bei der Arbeit an der Geschichte der Erwachsenenbildung in der Weimarer Zeit unbeachtet geblieben“. Aber nicht nur diese Epoche ist unausgeleuchtet, „die Entwicklung hat sich etwas distanziert vom Hauptstrom vollzogen“¹.

Doch das Periphere fand sich nicht nur in der Geographie des Landes, sondern auch im Kulturellen. Diese „Lage des Landes im Kulturschatten“² hat seine Ursachen und Quellen in der industriellen Monostruktur, so wie sie sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelt hat und die die Region in einen kolonialen Zustand unter preußischer Herrschaft drängte.

Heinrich Küppers hat für die politische Entstehung des Landes von einem „Lebensraum, der durch Fremdbestimmung geschaffen wurde“³, gesprochen. Bedingung für diese Fremdbestimmung war zum einen der Reichtum an Kohle, der es zu einem großindustriellen Schwerpunkt in Deutschland heranwachsen ließ, ohne daß dieser Prozeß auch nur ansatzweise unter Gesichtspunkten regionaler Selbstbestimmung verlief. Es war – wie gesagt – preußisches und bayerisches Kolonialgebiet, das der Wiener Kongreß beiden deutschen Großstaaten zugeschlagen hatte. Sozial war es geprägt von einer „fast oligarchisch anmutenden Steuerung durch eine gesellschaftliche Oberklasse“⁴, für die die Namen Röchling und Stumm Beispiele sind. Konfessionell zerfiel es in eine katholisch-proletarische Unterschicht, die Peter Bierbrauer mit dem Wort „Der industrialisierte Bauer, ein exotischer Eingeborener in einer entlegenen Kolonie“⁵ kennzeichnete, und die in ein „patriarchalisch-autoritäres Herrschaftssystem, das es in dieser Geschlossenheit außerhalb des Saar-

raumes nicht gab⁶⁶, eingebunden war. Das Patriarchat wiederum war nahezu rein protestantisch, was im übrigen auch für die Ansätze eines sich entwickelnden Bürgertums in Saarbrücken galt.

Das zweite Element an Fremdbestimmung bestand im Streben Frankreichs, sich den industriellen Kern des Gebietes zu unterwerfen, wofür der Versailler Friedensvertrag von 1919 in seinen Artikeln 45–50 die erste Grundlage bot. Dies ist auch der Beginn der saarländischen Geschichte. Insofern fällt das Gründungsdatum vieler Volkshochschulen mit dem des Saarlandes zusammen. Das Gebiet wurde für 15 Jahre unter das Mandat des Völkerbundes gestellt, um dann in einer Volksabstimmung endgültig über das weitere Schicksal selbst zu entscheiden. Während dieser Zeit versuchte Frankreich, mit Hilfe von Zuckerbrot und Peitsche eine „*assimilation et pénétration pacifique*“ durchzusetzen. 1935 erfolgte der Entscheid der Wähler und aus ausschließlich nationalen Gründen kehrte das Land dann in den deutschen Staat zurück. 1945 passierte das gleiche Spiel abermals. Das Saargebiet wurde aus der französischen Besatzungszone und damit aus der Kompetenz des Alliierten Kontrollrates ausgegliedert (12.2.1946), um letztlich 109 Gemeinden vergrößert, und die französische Zollgrenze an die saarländische Grenze zu Deutschland vorverlegt. 1955 scheiterte in einer Volksabstimmung das zwischen Adenauer und Mendès-France ausgehandelte Saarstatut, und das Saarland kehrte in mehreren Stufen zwischen 1957 und 1959 „heim ins Reich“. Politisch und mental bedeutete dies für die aktive Bevölkerung, daß sie zwischen 1920 und 1959 fünfmal ihre Staatsangehörigkeit wechseln mußte.

Die heutige politische Existenz des Saarlandes als ein deutsches Bundesland geht also auf seine schicksalhafte Verbundenheit mit der Kohle und seinem Nachbarn Frankreich zurück. Daß das Land seine ursprünglich antifranzösischen Vorbehalte vollständig überwunden hat und sich heute zu einer entschiedenen europäischen Politik der guten Nachbarschaft, verbunden mit Lothringen und Luxemburg verpflichtet fühlt, ist ein gelebtes Beispiel, daß aus der Geschichte wirklich gelernt wurde.

2. Volksbildung und Volkshochschule zwischen 1919 und 1933

Wenn am Ende dieses Bandes ein Bericht über die Volkshochschulentwicklung in Saarbrücken gegeben wird, so referiere ich über einen

Sonderfall, der in vieler Hinsicht abweicht von den übrigen, hier nachzulesenden Beispielen. Das Exzeptionelle für die Entwicklung von Erwachsenenbildung bezieht sich in dieser Stadt sowohl auf ihre ökonomischen, politischen, kulturellen wie auch mentalen Konfigurationen. Hatte sich vor dem Ersten Weltkrieg in den meisten Städten des Deutschen Reiches eine Vielzahl Volksbildungsaktivitäten ausgebildet, die zumeist der „extensiven“ Form verbreitender Volksbildung verpflichtet waren⁷, so bestand in Saarbrücken aufgrund eines gering ausgebildeten Bürgertums und einer extrem marginalen sozialistischen Arbeiterbewegung auch hier ein Defizit. Franz Funk schreibt in einem Bericht aus dem Jahre 1985: „Um die Jahrhundertwende wurde in Saarbrücken ein Volksbildungsverein gegründet, der jedes Jahr einige Vorträge aus dem Gebiet der Wissenschaft oder Kunst durchführte ... Wie auch im übrigen Deutschland gab es in Saarbrücken und einigen kleineren Städten Fortbildungskurse der verschiedenen Gewerkschaften, einiger Betriebe, Lesegemeinschaften, von den Kirchen und Vorträge, die Verkehrsvereine organisierten“⁸. Insgesamt war dies eine Vortragstätigkeit unterdurchschnittlichen Umfangs.

Im Stadtarchiv Saarbrückens findet sich als eine frühe Quelle der berühmte Rundbrief des Preußischen Kultusministers Haenisch vom 25.2.1919, in dem dieser die Städte und Gemeinden Preußens aufforderte, Volkshochschulen zu gründen. Haenisch wollte „Brücken schlagen zwischen dem kleineren Volksteil, der geistig arbeitet und dem immer größer bleibenden Teil unseres Volksgenossen, der mit der Hand schafft, aber geistig hungrig ist“. Und ein nationalpolitisches wie integratives Motiv kommt in dem Vorschlag zum Ausdruck: „Über Stadt und Land verbreitete *Volkshochschulen*, in denen die so vielfach volksfremd gewordene Wissenschaft wieder deutsch zu Deutschen spricht, müssen uns helfen, das geistige Band zwischen allen Volksteilen wieder fest zu knüpfen und verlorenes Verständnis für gemeinsame Arbeitswerte wieder zu erobern“⁹. Der Oberbürgermeister von Saarbrücken vermerkt daraufhin, daß die Stadt sich gerne in den Dienst der Volkshochschulbewegung stellen werde und daß er Anregungen von der Schulverwaltung mit Interesse entgegen sehe.

Die Anregung des Ministers, zur Organisation Provinzialverbände zu bilden, hatte der Oberbürgermeister von Koblenz aufgegriffen und die Bürgermeister der Rheinprovinz, zu der ja auch Saarbrücken gehörte, für den Oktober 1919 nach Koblenz eingeladen. Über eine daraus resultierende Gründung einer Volkshochschule in Saarbrücken finden

sich im Stadtarchiv jedoch keine Quellen. Saarbrücken war ja mit dem Saargebiet seit 1920 aus dem Reichsverband ausgeschieden und unterstand einer Regierungskommission des Völkerbundes. Möglicherweise dachten die zuständigen Kommunalpolitiker, Haenischs Initiative sei für sie nunmehr obsolet geworden.

Wohl aber ist, wie aus einem Bericht der Saarbrücker Zeitung hervorgeht, 1919 ein Bund für Volksbildungspflege gegründet worden¹⁰. Er war gleichsam der Dachverband für alle kulturtreibenden Vereine der Stadt. Jedoch fehlte es dem Bund schon bald an den Finanzen. Da der Bund vor allem das nationalpolitische Ziel der Zugehörigkeit des Saargebietes zu Deutschland vertrat, zeigte die Regierungskommission des Völkerbundes kaum Interesse an einer intensiven Stützung.

Der Bund für Volksbildungspflege hatte sich in der Strömung der Zeit bereits als Volkshochschule verstanden und sein Konzept als bildungsdemokratisch und grenzlandvölkisch konzipiert. Ob dies eine Besetzung des Begriffs „Volkshochschule“ aus konservativer Sicht war, kann heute nicht mehr geklärt werden, jedenfalls war es keine Neugründung, wie das bei den Volkshochschulen sonst der Fall war, sondern eine „Zusammenfassung aller hier bestehenden Vereine, Gesellschaften, Gewerkschaften usw., die für die Ausübung und Förderung der Volksbildungspflege infrage kommen, um einer Zersplitterung der Kräfte vorzubeugen und ein einheitliches Vorgehen auf dem Gebiet der Volksbildungspflege zu bewirken, und zwar unter voller Wahrung der Selbständigkeit der angeschlossenen Vereine“¹¹. In seiner pädagogischen Ausrichtung war dieser Bund jedoch ganz dem Vortragsstil der „alten Richtung“ verpflichtet¹².

Die Beziehungen des Bundes „ins Reich“ – vor allem nach Dreißigacker – sind deutlich dokumentiert, entsprach dies doch der grenzlandvölkischen Orientierung saarländischer Erwachsenenbildung. Als die Heimvolkshochschule einmal einen empfindlichen Brandschaden erlitt, erschien im Saargebiet der folgende Aufruf: „Besonders wir als Saarländer, die wir uns mit unserem Heimatlande und seiner Kultur innig verbunden fühlen, wir haben die dringende Pflicht, erneut durch die Tat zu beweisen, daß es uns nicht nur um Worte, sondern um eine Herzenssache zu tun ist. Haben doch verschiedene junge Menschen aus unserer engeren Heimat den Weg schon nach Dreißigacker gefunden“¹³.

Immer wieder wandte sich der Bund an die Regierungskommission mit der Bitte um finanzielle Hilfe. In einem Schreiben vom 13.11.1920

appellierte er an den Minister der Abteilung Volkswohlfahrt und unterstrich taktisch geschickt seine politische Neutralität „auf dem Boden der zur Zeit bestehenden politischen Verhältnisse“ und betonte die Tatsache, daß im Saargebiet für die Erwachsenenbildung bisher immer noch nur „Bescheidenes“¹⁴ geleistet worden war. Doch die Kommission erkannte wohl, daß die Erwachsenenbildung nicht zuletzt ein Instrument der „Heim ins Reich-Politik“ war und ließ diesen Brief unbeantwortet. Inwieweit die praktische Volksbildung dieses Bundes von Erfolg gekrönt war, ist über Quellen nicht zu erschließen. Bis auf die Sitzung, einige Briefstücke und Zeitungsberichte liegt nichts vor.

Dieses Defizit und vor allem wohl die Tatsache des Fehlens einer Volkshochschule im Geist der „neuen Richtung“ war dem Preußischen Kultusministerium nicht verborgen geblieben, das mit seiner Saar-Abteilung natürlich auch nach einer Intensivierung der Verbindungen zum Reich strebte. Die Lösung des Problems Volkshochschule zeichnete sich aber erst 1926 ab.

Der junge Wissenschaftler Oskar Hammelsbeck, der 1923 mit einer national-ökonomischen Dissertation über den „Zollausschuß des Deutschen Saargebietes an Frankreich“ in Heidelberg bei Alfred Weber promoviert hatte, war von Kultusminister Becker, einem Nachfolger Haenischs, für die Volkshochschulaufgabe ausersehen worden. Becker war „Verbindungsbruder“ von Hammelsbeck aus der Reihe der „alten Herren“. Durch seine Vermittlung kam er im Februar 1926 „an eine Unterredung mit Robert von Erdberg und auf das Volkshochschulproblem, das in Saarbrücken wegen kläglichen Scheiterns 1920 als unbrauchbar verabschiedet war, und eine allgemeine Meinung von Mißtrauen und Vorurteilen zurückließ“¹⁵.

Von Erdberg lud Hammelsbeck zu der Tagung des Hohenrodter Bundes im Mai des gleichen Jahres ein, wo Hammelsbeck mit einem Vortrag einen sehr positiven Eindruck hinterließ. Von da an hatte Hammelsbeck eine Aufgabe gefunden. „Hohenrodt hat mich aus dem Zirkel der Eigenbrödlere befreit“, sagte er, auf sein Leben zurückblickend. Für ihn „war die Erwachsenenbildung noch ein Pioniergelände außerhalb geordneter Bahnen“. Pfingsten 1926 kam er „mit dem festen Vorsatz aus Hohenrodt zurück, die gewonnenen Einsichten praktikabel zu machen. Der Saarbrücker Schulrat Bongard ließ sich sofort für den Plan gewinnen, in Saarbrücken eine Volkshochschule zu gründen“. Im August 1926 reiste Hammelsbeck mit Bongard nach Berlin zu Verhandlungen mit Erdberg, er legte eine Denkschrift vor, und das Mini-

sterium bewilligte daraufhin für ein Jahr einen Betrag von 10.000 Reichsmark. „Im November hatten wir die erste Versammlung des erwähnten Lehrerkollegiums, und im Januar begannen wir in den Räumlichkeiten der Gewerbeschule mit den ersten Arbeitsgemeinschaften“¹⁶.

Soviel zu den Hintergründen der Gründungsgeschichte der Saarbrücker Volkshochschule, die ihre Existenz unmittelbar auf die bedeutenden Politiker und Pädagogen Carl-Heinrich Becker, Eduard Spranger, Ludwig Pallat und Robert von Erdberg zurückführen kann¹⁷.

„Saarbrücken war eine Abendvolkshochschule im Hohenrodter Geist“¹⁸, dafür stand vor allem ihr erster Leiter Oskar Hammelsbeck. Der Arbeitsgemeinschaftsgedanke der „neuen Richtung“ war hier Programm und wurde geradezu paradigmatisch realisiert. Das Motiv, über die Arbeitsgemeinschaft zu einer neuen und humanen Erfahrung der Menschen untereinander und zu einem realistischen Konzept der Welterschließung zu gelangen, war aber auch gleichzeitig von großer demokratischer und integrativer Bedeutung.

Diese Orientierung der Volkshochschule Saarbrücken an dem Credo, durch Pädagogik zu „neuen Menschen“ zu bilden, kommt in der Eröffnungsveranstaltung geradezu schlaglichtartig zum Ausdruck. Am 17. Februar 1927, dem 100. Todestag von Johann Heinrich Pestalozzi, dem Pädagogen, der die „Einheit der Erziehung“ zum Programm erhob¹⁹, wurde die Volkshochschule in der Aula des Saarbrücker Reformgymnasiums mit dem Festvortrag von Oskar Hammelsbeck „Pestalozzi und der Geist der Volkshochschule“ eröffnet.

Der Volkshochschule stand ein „Verwaltungsausschuß“ vor, der „aus Vertretern des Lehrkörpers, der Hörschaft, der Gewerkschaften und der verschiedenen Bildungsorganisationen“ gebildet wurde. Die Geschäftsführung lag bei Dr. Hammelsbeck, der in seiner pädagogischen Arbeit von einem „Studienausschuß“, dem Stadtschulrat Hans Bongard vorstand, unterstützt wurde. Die Geschäfts- und Unterrichtsräume befanden sich in der Gewerbeschule Roonstraße²⁰. Rechtlich war die Volkshochschule noch ein eingetragener Verein, und finanziell war sie zunächst durch die Zusagen des Berliner Ministeriums gesichert, die Kosten aus Reichsmitteln für zunächst zwei Jahre zu tragen.

Betrachtet man die Arbeitspläne aus der Weimarer Zeit²¹, so läßt sich eine durchaus eindrucksvolle Arbeit dokumentieren. Der Arbeitsplan für den 2. Lernabschnitt (April–Juni 1927) enthält statistische Aussagen über die Teilnehmerstruktur und die Realisierung von Kursen aus dem Anfangstrimester. Von 22 angekündigten Arbeitsgemeinschaften

waren 17 zustande gekommen, und 544 Anmeldungen lagen vor, was einer Realisierungsrate der Kurse von knapp 80% entsprach. Da ein Teilnehmerschwund von 20% festzustellen war, ergab dies eine durchschnittliche Belegungszahl von ca. 25 Personen pro Kurs. 70% der Besucher waren männlichen Geschlechts, mehr als Dreiviertel Arbeiter und Angestellte, die gleiche Anzahl kam mit einem Volksschulabschluss, was aber bedeutet, daß 25% (sehr viel mehr als der damalige statistische Durchschnitt) einen mittleren oder höheren Bildungsabschluss aufwies. „Dem Alter nach überwiegen die Teilnehmer zwischen 20 und 30 Jahren mit 60%, 18% waren unter 20, 7% über 40 Jahre alt.“

Hammelsbeck hat die Arbeitsgemeinschaften in die Bereiche: Philosophie/Psychologie, Geschichte/Literatur/Kunst, Staat/Wirtschaft/Gesellschaft, sonstige Wissenschaft und schließlich praktische Kurse gegliedert. Allerdings ist diese Einteilung nicht über alle Lehrabschnitte hinweg durchgehalten worden.

Aus dem sechseinhalbjährigen Bestehen der Volkshochschule Saarbrücken lagen mir neun Arbeitspläne für einen Zeitraum von über vier Jahren vor. In diesem Zeitraum können 243 Vorträge und Arbeitsgemeinschaften als geplant nachgewiesen werden, was durchschnittlich 60 Aktivitäten pro Jahr entspricht.

Die nachstehende Übersicht zeigt insgesamt folgenden Arbeitsumfang: (von mir vorgenommen)

Vorträge	22	=	9,1 %
Philosophie	17	=	7,0 %
Psychologie/Pädagogik	9	=	3,7 %
Politik/Geschichte	63	=	26,0 %
Deutsch/Literatur	29	=	12,0 %
Kreatives/Kunst/Theaterarbeit	30	=	12,3 %
Naturwissenschaften	9	=	3,7 %
Gesundheit	28	=	11,5 %
Religion	5	=	2,0 %
Sprachen	5	=	2,0 %
Stenographie	2	=	0,8 %
Lebenshilfe	5	=	2,0 %
Frauenthemen	5	=	2,0 %
Studienfahrten	7	=	2,9 %
Diverse	7	=	2,9 %

Auffallend dabei ist, daß der Schwerpunkt der damaligen VHS-Arbeit eindeutig im politisch-gesellschaftlichen und geisteswissenschaftlichen Bereich lag.

Der geringe Anteil an Sprachen reduziert sich nochmals, wenn klar wird, daß es sich hierbei um Kurse in Latein und Esperanto handelte. Dieses Defizit entsprach ganz der konzeptionellen Intention der „neuen Richtung“, keine berufsorientierten Angebote zu realisieren; in der Frauenarbeit war die Volkshochschule beispielhaft engagiert, und dies nicht nur mit Themen zur Verfestigung einer tradierten Frauenrolle, sondern durchaus mit emanzipatorischem Charakter (z.B. „Die Frauenarbeit in den deutschen Parlamenten seit 1919“, „Die deutsche Frauenbewegung“, „Rechtsprobleme der Frau in Familie, Wirtschaft, Gemeinde und Staat“). Von den 13 Vorträgen und Arbeitsgemeinschaften, die hierzu in den Arbeitsplänen enthalten sind, wurden immerhin neun von Dozentinnen geleitet.

Die Studienfahrten gingen zumeist unter der Leitung von Hammelsbeck ins Saartal, in die Pfalz oder ins Elsaß, die entfernteren nach Prag, Schlesien und Paris. Die Parisreise von einer Woche kostete 700 Franken, was einem Wert von etwa 120 Reichsmark entsprach. (Zur Orientierung: Der Leiter der Volkshochschule Dr. Hammelsbeck, verdiente ca. 600 Reichsmark monatlich, seine Frau, die Sekretärin der Volkshochschule, ca. 240 Reichsmark).

Interessant ist auch die Angebotspalette in den Bereichen Politik/Geschichte sowie Deutsch/Literatur. Obwohl das Berliner Ministerium und Hammelsbeck die Volkshochschule nicht zuletzt mit dem Ziel begründet hatten, die Zugehörigkeit zum Reich und das Deutschbewußtsein zu pflegen, sind zahlreiche Angebote aus dem Bereich internationaler Verständigung feststellbar. Vor allem die später so bedeutende Bonner Romanistin und Linkskatholikin, Dr. Klara Maria Faßbinder, hatte mit ihren Arbeitsgemeinschaften zur deutsch-französischen Verständigung und zu Frauenfragen hierbei Vorbildliches geleistet.

In diesen beiden Fachbereichen findet sich eine Reihe von Kursen, die Hammelsbeck später zum Verhängnis wurden. Literarische Arbeitsgemeinschaften zu Themen wie „Sozial-proletarische Dichtung“, „Literatur der russischen Revolution“, „soziale Dichtung von Ibsen bis Upton Sinclair“ oder die intensive Beschäftigung mit den Antikriegsromanen von Barbusse, Hašek, A. Zweig, Ringelnatz oder Remarque kennzeichnen die Literaturarbeit der Volkshochschule als deutlich pazifistisch-so-

zialistisch, und dies trotz der Tatsache, daß Hammelsbeck sich immer auffallend um Ausgewogenheit bemühte.

Auch in der politisch-historischen Bildung gilt ähnliches. Nahezu ein Viertel der Kurse war von einem sozialistisch geprägten Grundton bestimmt, wobei allerdings sowohl sozialintegrative wie revolutionäre Aspekte feststellbar sind. Für den ersten Bereich können Kurse wie „Arbeiter, Staatsbürger, Mensch“, „Der Aufstieg des einzelnen im 4. Stand“ als Beispiele gelten, für den zweiten Aspekt die Kurse „Kampf zwischen Arbeit und Kapital“, „Das Ja und das Nein der sozialistischen Lebensgestaltung“, „Gegenwartsfragen im Lichte des Marxismus“, „Sozialismus und persönliche Lebensgestaltung“ oder „Sozialismus als Idee und Bewegung“.

Die Vortragstätigkeit, an sich ein Kennzeichen der „alten Richtung“, war hier durchaus in das von den Arbeitsgemeinschaften geprägte Gesamtkonzept eingebaut. Das jeweilige Trimester wurde immer mit Vorträgen eröffnet, und ab 1930 ging Hammelsbeck dazu über, Vortragsreihen wie z.B. „Rationalisierung und Wirtschaft“, „Kultur und Wirtschaft“, „Gegenwart in Kunst und Literatur“ oder „Erziehung und Bildung in unserer Zeit“ einzubeziehen. Im Rahmen dieser Arbeit vermochte er es, herausragende Persönlichkeiten „aus dem Reich“ wie Theodor Bäuerle, Wilhelm Flitner, Hendrik de Man, Friedrich Dessauer, Anton Heinen, Paul Tillich, Eugen Rosenstock-Huussy, Martin Andersen-Nexø, Gertrud Hermes, Wolfgang Pfeleiderer oder Fritz Klatt nach Saarbrücken zu holen.

Die Volkshochschule verfügte in dieser Zeit über einen festen Dozentenstamm von ca. 20 Personen und zusätzlich wechselnden Mitarbeitern und wuchs auf 7 Veranstaltungsorte in Saarbrücker Schulen. Nach 1930 erreichte die Volkshochschule in ihrer Teilnehmerschaft einen außerordentlichen Zuwachs. In dem Artikel „Wandlungen in der Volkshochschule“ berichtet Hammelsbeck ausführlich darüber. Vor allem war ein Zuwachs aus der Angestelltenschaft zu verzeichnen, wohingegen der Arbeiteranteil von 42% auf 28% zurückging²². Doch sah er darin auch Gefahren: „Wichtig vor allem ist aber, daß der neue ‚Massenandrang‘ nicht das Niveau senkt, sondern vielmehr eine große geistige Spannung mit Ausdauer und Willen zu zielbewußter Arbeit mitbringt“²³.

Nachdem die Finanzsicherung durch das Reich 1929 auslief, wandte sich Hammelsbeck am 15. November 1928 in einer Eingabe an die Stadt Saarbrücken mit der Bitte um „Übernahme der finanziellen Unterhal-

rtung der Volkshochschule²⁴ in Höhe von 96.000 Franken. Damit verbunden war das Anliegen, die Volkshochschule in städtische Trägerschaft zu überführen. Die Defizitfinanzierung von 96.000 Franken wurde bei einem Gesamthaushalt in Höhe von 118.000 Franken durch die Stadt genehmigt. Wenige Wochen später trat der Deutsche Städtetag in einer Rundfrage an die Stadt heran, in welcher Rechtsträgerschaft die Volkshochschule geführt würde. Diese Anfrage vom 22. Januar 1929 beantwortete der Oberbürgermeister wie folgt: „Die Volkshochschule ist zur Zeit eine private Einrichtung, die allerdings städtische Unterstützung erhält. Sobald die beantragte Umwandlung in eine städtische Einrichtung genehmigt ist, werde ich ergänzende Mitteilungen machen“²⁵.

Eine solche Umwandlung erfolgte jedoch nie. Vielmehr geriet die Volkshochschule mit der beginnenden Wirtschaftskrise immer mehr nicht nur in finanzielle Schwierigkeiten. In einem Brief an Eugen Rosenstock-Huussy vom 21. Juni 1930 berichtete Hammelsbeck von den „Angriffen der Unverständigen in der hiesigen Presse gegen mich“²⁶, und am 1. April 1931 schrieb er an Carl-Heinrich Becker „mit welchen Schwierigkeiten ich jedes Jahr, nicht etwa um Sparmaßnahmen im Etat, sondern immer wieder um die Existenz der Volkshochschule zu kämpfen habe“²⁷.

Seine Unabhängigkeit und die Tatsache, von außen in das Land gekommen zu sein, machten die Sache nicht leichter, und beides galt ja nicht nur für die Person Hammelsbeck, sondern auch für die Idee „Volkshochschule“. In dem gleichen Brief an Becker finden sich folgende, wohl auch noch heute gültigen Sätze: „Die Erwachsenenbildung ist da, wo sie nicht auf zuverlässige Mehrheiten rechnen kann, ohne Schutz der Parteipolitik ... ausgeliefert. Der Kreis von Menschen ..., den es durch unsere unbekümmerte Arbeit zu sammeln gelang ..., hat keine parteipolitische Macht hinter sich, er ist in allen Gruppen Minderheit – und das ist unser Schicksal“²⁸. In der „Weimarer“ Gesellschaft, die ja weit mehr als heute in Klassen und Ideologien zerfiel, standen die Pädagogen mit der Idee ihrer gruppenübergreifenden integrativen Volkshochschule ziemlich alleine, und dort, wo es Volkshochschulleitern gelang, Sicherheit und Festigkeit kommunalpolitisch für ihre Institution zu erkämpfen, geschah dies in aller Regel über die Schiene der Parteipolitik.

In Saarbrücken gelang dies aus vielen Gründen nicht, deshalb erinnerte sich Hammelsbeck in seiner „Pädagogischen Autobiographie“: „Die Volkshochschule Saarbrücken war zu erkämpfen gegen das mächtige

Zentrum, das die katholische Bevölkerung warnte, sich mit Andersdenkenden zusammensetzen; gegen die SPD, die von den Freien Gewerkschaften bedrängt wurde, deren eigene marxistische Schulung bedroht schien, gegen die bürgerlichen Parteien, die mißtrauisch den Zulauf von Arbeitern, unter ihnen Sozialisten und Kommunisten, beobachteten; gegen evangelische Pastoren, die fürchteten, daß die ‚anima candida‘ unseres unbekümmerten Zugehens auf die vielerlei auf dem Jahrmarkt der Weltanschauung beanspruchten Menschen bald verraten und verkauft sein werde“²⁹.

In diesem Zusammenhang ist es interessant zu erfahren, daß gerade von sozial-demokratisch-gewerkschaftlicher Seite, aus bloßer Angst vor ideologischer Verunsicherung eine Gegengründung organisiert wurde, über die in den Archiven jedoch nichts aufzufinden ist. Doch Hammelsbeck berichtet, daß eine „Volkshochschule der Freien Gewerkschaften“ bestanden habe, die vor 1929 gegründet sein mußte, und deren „Vereinigungsvorschlag“ mit der Volkshochschule von ihm aus Unabhängigkeitsgründen abgelehnt wurde³⁰. Hier stand natürlich die pädagogische Konzeption der „neuen Richtung“ gegen das Gesellschaftsbild der kautskyschen Mehrheitsströmung der SPD und die reformpädagogisch-idealistischen Kräfte dieser Partei waren zu schwach oder gar nicht vorhandene, um hier Gegengewichte zu bilden. Einzig der parteipolitisch unabhängige Stadtschulrat Bongard hielt tapfer zur Volkshochschule.

Hammelsbeck hatte jedoch selbst schon frühzeitig Wege beschritten, die von der Arbeit einer kommunalen Abendvolkshochschule wegführten. 1928 berichtet das von ihm herausgegebene Periodikum „Die Volkshochschule – kritisches Mitteilungsblatt der Volkshochschule Saarbrücken“ von der Einrichtung eines Volkshochschulheims, das im Hause seiner Wohnung in der Schultze-Kathrin-Straße 21 angesiedelt war, wo sechs junge Arbeiter und Angestellte zusammenleben sollten. Arbeiten, Leben und Lernen als Einheit zu erfahren war das Ziel, und der erste Kurs stand unter dem Thema: „Welche Arbeitsverhältnisse mit allen ihren gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Auswirkungen findet der junge Mensch heute vor, durch welche Probleme hat er sich durchzuringen, um sein Leben als Einzelner und im Volke zu verstehen?“³¹. Bestand scheint der Versuch nicht gehabt zu haben, denn 1931 schreibt Hammelsbeck, daß es wohl an finanziellen Mitteln haperte, und er forderte von der Saarregierung einen Zuschuß von 8.000 Reichsmark. Zweifellos war er inspiriert von dem

Konzept der „Leipziger Richtung“, das er auf Saarbrücken übertragen wollte.

Angesichts der Arbeitslosigkeit und der gesellschaftlichen wie ökonomischen Veränderungen durch die Wirtschaftskrise – die Anzahl der Arbeitsgemeinschaften waren 1932 zurückgegangen – hatte Hammelsbeck schon 1931 die Aufgaben der Volkshochschule neu formuliert: „Die Ausgestaltung der Freizeit wird immer mehr das eigentliche Arbeitsfeld der Volkshochschule“³². Pädagogisch wollte er damit auf diese neuen sozialen Herausforderungen reagieren. Schutz vor Arbeitslosigkeit und Fremdenlegion, Bereitstellung neuer Lebensperspektiven waren das Motto. Und dieses lebensreformerische Konzept erreicht mit seinen Aktivitäten im „Freiwilligen Arbeitsdienst Deutschlands“ einen Höhepunkt, so berichtet er 1932 über die Bilanz eines Arbeitslagers in Tholey und die Vermittlung von Saarländern in reichsdeutsche Arbeitslager³³.

Damit jedoch war die Abendvolkshochschule nicht mehr zu retten, hatte er doch selbst Ende 1932 in einem Schreiben an den Oberbürgermeister die „Umorganisation der Volkshochschule in Richtung auf den Freiwilligen Arbeitsdienst“ vorgeschlagen³⁴, und so war es für die Gegner der Volkshochschule dann ein Leichtes, ihr den Garaus zu machen. Als ein Treppenwitz der Stadtgeschichte kann jedoch angesehen werden, daß die NSDAP-Fraktion dem Stadtrat in seiner Sitzung vom 20. September 1933 vorschlug, der Volkshochschule die finanzielle Unterstützung zu entsagen und ihre Arbeit zum 1. Oktober 1933 einzustellen. Dieser Antrag wurde einstimmig von den Fraktionen des Zentrums, der SPD und der KPD angenommen³⁵. In der Erklärung für dieses Verhalten kamen zweifellos die prinzipiellen Vorbehalte und Abneigungen mit den finanziellen Engpässen und der vermeintlichen Bedeutungslosigkeit der Institution „Volkshochschule“ zusammen.

Als eine abschließende Wertung der Volkshochschularbeit von unabhängiger Seite sei aus einem Brief eines Saarbrücker freigewerkschaftlichen Arbeiterfunktionärs an Hammelsbeck zitiert. Er schreibt: „Gott sei's gedankt, daß wir heute als Proleten einen Ort gefunden haben, wo man den Willen hat, auch unser Innenleben zu verstehen. Beschämend, tief beschämend für mich und meine Klasse, daß wir Hilfe von denen bekommen, die wir meistens als unsere Gegner ansehen“³⁶.

3. *Ohne Volkshochschule 1933–1945*

Da die Volkshochschule 1933 – noch zwei Jahre vor Beendigung des Völkerbundmandats – auf Initiative der NSDAP geschlossen wurde, ist es auch nicht denkbar, daß ihre Arbeit oder gar ihr Geist nach 1935 eine Fortsetzung gefunden hätte. Natürlich mag es auch an der Saar im Rahmen des „Deutschen Volksbildungswerks“ als Teil der NS-Betreuungs- und Indoktrinationsorganisation „Kraft durch Freude“, Weiterbildungsaktivitäten gegeben haben. Berichtet wurde darüber nichts, und Forschungsergebnisse liegen nicht vor.

Interessant ist das weitere Schicksal Oskar Hammelsbecks. Er unterrichtete bis 1936 an der Saarbrücker Städtischen Mittelschule und wurde am 2. November 1936 aus dem Schuldienst entlassen. Als Argument mußte die „Einführung der preußischen Pflichtstundenzahl“ herhalten. „Der wahre Grund der Entlassung“, so Stadtdirektor Margardt „war ein anderer; a) Herr Hammelsbeck ist der NSDAP nicht beigetreten. b) Er hat den Lehrerkreis der bekennenden Kirche gesammelt und geleitet“³⁷.

Peinlich jedoch und wohl nur zu rechtfertigen aus der Not der Zeit und dem Bemühen Hammelsbecks, für sich und seine Familie die Existenz zu sichern, ist das Anbiederungsverhalten im Schreiben an Reichskommissar Rust (NS-Kultusminister) und die „Deutsche Front“, wo er gegen „den Liberalismus und den Kulturbolschewismus“ zu Felde zog und sich nicht enthalten konnte zu schreiben: „Der Nationalsozialismus und seine staatlichen Organe haben die schwere, aber notwendige Kunst in Angriff genommen, die Masse durch beherrschbare Gliederungen zu ordnen. Damit ist ein echter Schritt gegen die Gefahren der Volkszerstörung getan. Ein zweiter ist, daß die Vernichtung der verderblichen Partei-Demokratie diese Gruppen den volksfeindlichen weltanschaulichen Einflüssen entzieht, gegen deren Zersetzungswerk unsere Volksbildung einen ohnmächtigen Kampf gekämpft hat“³⁸. Einzig seine Tagebuchnotizen zeigen sein wahres Denken, das vor Abscheu starr war.

4. *Aufbau und Nachkriegszeit – Die Volkshochschule Saarbrücken zwischen 1946 und 1970*

Bei der Schließung der VHS hatte Hammelsbeck in seinem Mitteilungsblatt noch geschrieben: „So muß man jetzt stille sitzen, muß ein

echtes Trauerjahr zurückgezogen sein und keine anspruchsvollen Dinge tun³⁹. Aus dem einen Jahr wurden zwölf, und die Anforderungen an die Menschen wurde übermächtig, es war ein Kampf ums Überleben. 1945 lag Saarbrücken in Trümmern, und primär ging es um Existenzsicherung, Brot war das Ziel, nicht so sehr Bildung. Und doch waren die Menschen an der Saar während 10 Jahren vom internationalen Austausch und den Kulturentwicklungen abgeschnitten. Vor allem aber herrschte eine große Verunsicherung, welchen ethischen und politischen Werten sie nach der Katastrophe, die der Nationalsozialismus angerichtet hatte, folgen sollten; insofern ergaben sich für die Erwachsenenbildung wichtige Aufgaben.

Dikau schreibt zu den Problemen des „Neuentstehens deutscher Volkshochschulen“ nach 1945, daß ihre Ziele „an den konkreten Aufgaben unmittelbarer Not- und Lebenshilfe orientiert (waren), zugleich aber begleitet von einer theoretischen Auseinandersetzung über das Aufgaben- und Zielverständnis, das dem breiten Bedürfnis nach politischer und kultureller Neubesinnung entsprach“⁴⁰.

Diese Orientierung zur „Not- und Lebenshilfe“ kommt auch in Saarbrücken zum Ausdruck. Schon 1945 soll der von den Franzosen eingesetzte Stadtschulrat und spätere Dezernent für den „gesamten städtischen Kultur- und Schulbereich“, Friedrich Margardt, in der Stadt erste erwachsenenbildnerische Aktivitäten entwickelt haben, deren Ziel es war, „in Ausspracheabenden mit entlassenen Soldaten und mit den aus der Evakuierung Zurückgekehrten die Erwachsenenbildung wieder aufzunehmen“⁴¹.

Die eigentliche Grundlage für die Wiederbegründung der Volkshochschule wurde 1946 durch eine ausländische Hilfsaktion gelegt, insofern steht das für die Saarbrücker Volkshochschule so typische Kennzeichen des Grenzüberschreitenden wiederum an ihrer Wiege. Das „Schweizer Hilfswerk“ unterstützt ideell und finanziell die Organisation von Vortragsabenden und Arbeitsgemeinschaften⁴²; und so erfolgte noch im gleichen Jahr durch die französische Militärregierung die notwendige Genehmigung zur Gründung der Volkshochschule. Das eigentliche (Wieder-)Gründungsdatum ist nicht mehr feststellbar, jedoch haben noch vor der Veröffentlichung des ersten Arbeitsplanes im Wintersemester 1948/49 Volkshochschulveranstaltungen stattgefunden⁴³, und bereits 1948 übernahm die Stadt Saarbrücken die Bezuschussung des Volkshochschulvereins. Daß diese Neugründung reibungsloser geschah als 1926/27, hat sicher etwas mit der Unterstützung, die die Einrich-

tion von Schweizer Seite und von der französischen Besatzung erhielt, zu tun. Darüber hinaus hatte man aber wohl auch „nach so vielen unruhigen Jahren offenbar noch nicht vergessen, was die Volkshochschule in Saarbrücken einmal war“⁴⁵.

Zwar überlebten die Angebotsformen von Vorträgen und Arbeitsgemeinschaften, die Neugründung war aber keine direkte Fortsetzung unter den Prämissen der „neuen Richtung“ mehr, sondern mit den Jahren gewann die VHS-Arbeit „einen deutlichen Akzent ins Praktische“⁴⁵. Vor allem aber hatte sie die grenzlandvölkische Orientierung aufgegeben und bekannte sich entschieden zu den Zielen der Völkerverständigung in einem neuen Europa.

Der erste Arbeitsplan, vorgelegt von dem Leiter der Volkshochschule, Stadtschulrat Margardt, dokumentiert für das Wintersemester 1948/49 bereits ein Angebot von 30 Arbeitsgemeinschaften und 25 Vorträgen, dazu kamen zwei Exkursionen und eine Ausstellung. Anders als bei Hammelsbeck war die Vortragstätigkeit jetzt deutlich ausgeweitet. Im Mittelpunkt der Arbeitsgemeinschaften standen die Bereiche politische und historische Bildung sowie Literatur, danach folgten mehr wissenschaftliche Themen sowie bildende Kunst, Philosophie und Gesundheit. Erstmals waren zwei Angebote der beruflichen Bildung enthalten, sieben Veranstaltungen hatten einen Frankreichbezug und sechs behandelten saarländische Themen, Sprachen fehlten noch ganz.

Drei Jahre später enthielt der Arbeitsplan des Wintersemesters 1952/53 zwar immerhin 50 Angebote, doch die überwiegende Anzahl der Aktivitäten bestand aus Vorträgen und Vortragsreihen, selbst aus vielen Arbeitsgemeinschaften waren verklausulierte Vortragsreihen geworden (z.B. „Romandichtung um die Jahrhundertwende“, wo an 10 Abenden 10 Autoren vorgestellt wurden). Der umfangreiche Bereich „Sonderveranstaltungen“, der 20 Titel enthielt, war angefüllt mit „bildungsbürgerlichen“ Veranstaltungen zum Kulturleben der Stadt. Einzig das Angebot an Fremdsprachen war neu; jetzt konnte Französisch, Englisch, Italienisch, Spanisch und Esperanto gelernt werden. Die Ausweitung, von der Doris Seck berichtet, geschah also vornehmlich in den Vortragsbereich und ins „Bildungsbürgerliche“. Insofern ist ihre Feststellung für die 50er Jahre – „Es gab in der Arbeit der Saarbrücker Volkshochschule eigentlich kein großes Experimentieren“⁴⁶ – durchaus zutreffend.

Zwei Jahre später enthält der Arbeitsplan im Wintersemester 1954/55 nahezu ausschließlich Vorträge oder Vortragsreihen, der Arbeitsge-

meinschaftsgedanke ist fast nicht mehr existent, allerdings hat der Fernsprachenbereich begonnen, zu einer festen Größe der Volkshochschularbeit zu werden; und unter der Überschrift „Für die Frau“ finden sich ausschließlich Angebote, die die traditionelle Rolle der Frau im Sinne des Leitspruchs der Zeit – „Keine Experimente“ – stärken und sichern sollte.

1956/57 ist das Angebot zwar umfangreicher geworden, eine Jugend-Volkshochschule ist hinzugekommen, und eine stärkere Betonung der politisch-gesellschaftlichen Bildung zeichnet sich zaghaft ab (z.B. in der Vortragsreihe „Fragen des öffentlichen Lebens“ oder der Dozententätigkeit des jungen Wissenschaftlers Ralf Dahrendorf), doch von einer Wiederbelebung des Arbeitsgemeinschaftsgedankens kann immer noch keine Rede sein.

Interessant ist eine Statistik für das Lehrjahr 1955/56, die für diesen Zeitraum eine Teilnehmerzahl von fast 23.000 angibt, wobei die Schwerpunkte in praktischen Kursen, Vortragsabenden, Kammermusikabenden, Jugend-VHS und Gastveranstaltungen in Krankenhäusern liegen.

Ein Wandel zeichnet sich seit 1958 ab. Dies war das Jahr, das im Kampf zwischen Ost und West eine wissenschaftlich-technologische Erschütterung höchsten Ausmaßes darstellen sollte. Die Sowjetunion schoß den ersten künstlichen Satelliten in eine Erdumlaufbahn. Der „Sputnikschock“, führte im gesamten Westen zu einem Umdenken, das auch bedeutende bildungspolitische Auswirkungen mit sich brachte. Von da an wurde Bildungspolitik für etwa 15 Jahre zu einem wichtigen Thema der Gesamtpolitik.

In Deutschland legte – für die Erwachsenenbildung – der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen sein berühmtes Gutachten „Zur Situation und Aufgabe der deutschen Erwachsenenbildung“⁴⁷ vor; und Picht und Dahrendorf gaben wenige Jahre später mit zwei grundlegenden Schriften dem Bildungswesen Westdeutschlands starke Impulse⁴⁸. Auch in Saarbrücken wurde dieser Wandel virulent. Die Volkshochschule wurde politischer, indem sie sich mit dem Zeitgeschehen und dem technologischen Wandel stärker auseinandersetzte.

Aus dem bundesfinanzierten Programm der Jugendbildungsreferenten des Deutschen Volkshochschul-Verbandes erhielt die VHS Saarbrücken erstmals – seit Hammelsbecks Entlassung – einen hauptberuflichen pädagogischen Mitarbeiter. Günter Kassing, ein junger Diplom-

Politologe, der in Berlin studiert hatte, kam nach einer kurzen Zwischenstation in Niedersachsen ins Saarland.

Vergleicht man den Arbeitsplan von 1961 mit dem von 1962, in dem Kassing erstmals verzeichnet steht, so fällt der Wandel der Volkshochschule, bedingt durch die bildungsfreundlichere Gesamtatmosphäre und eben die Hauptberuflichkeit ins Auge. Die intensive Politische Bildung belebt – auch in einer Vielzahl von Wochenendseminaren – den Arbeitsgemeinschaftsgedanken. Hochschulwochen und deutsch-französische Wochen, Diskussionsreihen im Saarländischen Rundfunk, eine enge Kooperation mit „Arbeit und Leben“ und ein beginnender Bedeutungsanstieg der beruflichen Bildung sind zu verzeichnen. Vor allem aber wird die Förderung des Europagedankens zu einem Markenzeichen der Volkshochschule⁴⁹. 1965 erhält der Jugendbildungsreferent, Günter Kassing dann die Leitung der Volkshochschule.

Zum Abschluß dieses Zeitraums noch einige Zahlen aus der Mitte der 60er Jahre, die einen Überblick über Förderung und Leistungskraft der Volkshochschule geben. 1965 erhält die VHS etwa 120.000 DM öffentlicher Zuwendungen bei einem Gesamthaushalt von gut 250.000 DM; 24.000 Teilnehmer besuchen die VHS, davon 6.400 in 234 Arbeitsgemeinschaften und 18.000 in 139 Einzelveranstaltungen. Hinzu kommt nochmals die Kreisvolkshochschule Saarbrücken, die Kassing in Personalunion leitet, mit 210.000 DM Zuschuß bei einem Haushalt von 250.000 DM und einer Teilnehmerzahl von 45.000 Lernenden (hiervon 14.000 in 531 Arbeitsgemeinschaften und 31.000 in 195 Einzelveranstaltungen). Damit erwies sich die Volkshochschule Saarbrücken bereits damals als eine der größten Einrichtungen im südwestdeutschen Raum.

5. Von der vereinseigenen Volkshochschule zum kommunalen Weiterbildungszentrum

Als im Februar 1970 in Niedersachsen das erste moderne Erwachsenenbildungsgesetz in Kraft tritt, ergreift das Saarland aufgrund der günstigen bildungsorientierten Gesamtatmosphäre die Chance und verkündet im April als zweites Bundesland ein ähnliches Gesetz, das sich als ein „Förderungsgesetz“ versteht. Auf der Basis dieses Gesetzes gelingt es der VHS Saarbrücken vor allem die Personalausstattung aufzustocken und damit ihre professionelle Arbeit zu stärken.

Unter dem Einfluß gesellschaftlicher, bildungstheoretischer und erwachsenenbildnerischer Veränderungen und Notwendigkeiten hatte sich die Volkshochschule grundlegend gewandelt. Ihr Selbstverständnis als eine ethisch-kulturelle Institution, die dazu beitragen sollte, den Menschen im Sinne der „neuen Richtung“ zu formen und zu prägen, war in den Hintergrund getreten. Die VHS Saarbrücken war im Jahre 1970/71 zu einer typischen Einrichtung der „realistischen Wende“ geworden. Ganz im Mittelpunkt ihrer Arbeit standen zwei gesellschaftspolitische Aufgaben, die sie mit Elan betrieb: das Nachholen von Schulabschlüssen im Sinne des Zweiten Bildungsweges, hier nahm sie die Forderungen Georg Pichts unmittelbar auf und die Einrichtung einer Abteilung Wirtschaft und Beruf mit jährlich etwa 200 berufsbildenden und berufsqualifizierenden Weiterbildungsangeboten. Damit war sie weit vor allen anderen Bildungsträgern in der Stadt bereits zum eigentlichen Erwachsenenbildungszentrum geworden. Erhalten blieb immer noch ihr Engagement in der Politischen Bildung, obwohl hier bereits der Bedeutungszenit überschritten war. Bemerkenswert ist das kontinuierliche Fortsetzen der „Hochschulwochen“, womit die Volkshochschule Bedeutendes für die Öffnung der universitären Mauern leistete und die im März 1971 erstmals eingerichtete Vortrags- und Diskussionsreihe „die ältere Generation“, ein Thema, dem sich die Volkshochschule also nicht erst seit dem „generativen Wandel“ unserer Zeit widmete. Die institutionelle Trennung der Volkshochschularbeit im Saarbrücker Raum in zwei Vereine für die Stadt und den Kreis besteht zwar weiter, aber durch die Leitung beider Einrichtungen durch Günter Kassing und durch die Zusammenfassung ihrer Arbeit in einen Arbeitsplan, erscheint sie für die Öffentlichkeit dennoch als *eine* Volkshochschule.

Nach einem großen Schnitt von 10 Jahren ist das Angebot der Volkshochschule Anfang der 80er Jahre reichhaltiger geworden, im Arbeitsplan fungiert als Vorsitzender des VHS-Vereins der Oberbürgermeister der Stadt Saarbrücken, Oskar Lafontaine, die VHS verfügt neben dem Leiter über 4 weitere hauptberufliche Fachbereichsleiter und 7 Verwaltungsmitarbeiter. Aber mit Ausnahme der Tatsache, daß der Bereich Beruf und Wirtschaft eine deutliche Hinwendung zur EDV verzeichnet, bleibt die Volkshochschule ihrem seit etwa 1970 gefundenen Konzept treu, sich zu einem kommunalen Weiterbildungszentrum in der Landeshauptstadt zu entwickeln.

Bevor ich zur letzten tiefgreifenden Veränderung nach dem Regierungswechsel von 1985 komme, hier noch eine kurze Übersicht über

die Leistungs- und Finanzierungsentwicklung der VHS im Zeitraum von 1970–1985:

Leistungsbilanz

Jahr	Kurse	UStd	Teilnehmer	Einzelveranst.	UStd.	Teilnehmer	Gesamt UStd.	Gesamt Teilnehmer
1970	810	19.212	16.582	258	516	21.488	19.728	38.070
1975	926	24.902	22.446	296	592	21.907	25.497	46.809
1980	1.170	48.140	21.761	410	820	33.920	48.960	55.681
1985	1.394	55.676	25.867	508	1.016	37.141	56.692	63.008

Haushalt

Zuschüsse	Ge-meinde	Kreis	Land	Bund	Eigen-mittel	Gesamt
1970	107.240.–	140.617.–	38.000.–	4.778.–	240.690.–	531.325.–
1975	297.740.–	–	204.090.–	85.828.–	718.900.–	1.806.000.–
1980	500.000.–	227.863.–	376.300.–	231.000.–	774.000.–	2.108.000.–
1985	–	910.065.–	524.695.–	788.470.–	1.015.354.–	3.238.000.–
1990	–	1.760.753.–	1.208.438.–	2.000.000.–	1.620.000.–	7.113.000.–

Ein letzter durchgreifender und dynamischer Wandel ist seit 1984/85 zu verzeichnen. Zum einen war 1984 das Jahr der Kommunalisierung der Volkshochschularbeit im Gebiet des Stadtverbandes Saarbrücken, beide VHS-Vereine lösten sich auf und übertrugen ihre Aufgaben in die Trägerschaft des Stadtverbandes. Zum anderen ist 1985 das Jahr des Regierungswechsels von der Vormacht der CDU/FDP-Regierung zur Übertragung der Amtsgeschäfte an die SPD.

Oskar Lafontaine, der neue Ministerpräsident, hatte in seiner ersten Regierungserklärung vom 24.4.1985 zur Perspektive der Weiterbildung folgende Position bezogen:

„Gemeinsam mit den Volkshochschulen, den freien und öffentlichen Trägern wird die Regierung die Weiterbildung zu einem eigenständigen Teil des Bildungswesens ausbauen. Die beiden Bereiche der beruflichen und außerberuflichen Weiterbildung, die sich in der Vergangenheit auseinander entwickelt haben, sollen dabei wieder stärker zusammengeführt werden“⁵⁰.

Damit war ein deutlicher Hinweis für einen strukturellen Ausbau der Weiterbildung wie für eine Veränderung des gesetzlichen Rahmens ihres Handelns gegeben.

In den Jahren 1985–1987 ermöglichte das Land eine umfassende Professionalisierung der Volkshochschularbeit. Die VHS Saarbrücken erhielt insgesamt 16 weitere Stellen für pädagogische Mitarbeiter, und es begann ab 1988 eine intensive Debatte um ein modernisiertes Weiterbildungsgesetz, das die berufliche Weiterbildung gesetzlich anerkennen und vor allem die Forderung nach Einführung eines Bildungsurlaubsanspruchs für alle Arbeitnehmer einlösen sollte. Im April 1990 wurde deshalb das neue „Saarländische Weiterbildungs- und Bildungsurlaubsgesetz“⁵¹ verabschiedet.

Für die Volkshochschule Saarbrücken als der mit weitem Abstand größten Erwachsenenbildungseinrichtung im Saarland, die 1993 ca. 72.000 Unterrichtsstunden mit knapp 40.000 Teilnehmern und einem Gesamthaushalt von gut 7.000.000 DM erreicht, ist dies der bisherige Endpunkt einer Entwicklung, die 1926/27 so bescheiden, aber auch so hoffnungsvoll begann.

Diesen Standard zu halten und wenn möglich auszubauen ist die konkrete Aufgabe der Zukunft⁵², die angesichts kommunaler Finanzprobleme und brennender ökonomischer Fragen im Land zu lösen ist.

Anmerkungen

- ¹ Oskar Hammelsbeck: *Erwachsenenbildung als Wagnis und Wandlung*, hrsg. v. Hermann Horn, Bad Heilbrunn 1990
- ² Maria Zenner: *Parteien und Politik im Saargebiet unter dem Völkerbundsregime 1920–1935*, Saarbrücken 1966, S. 23
- ³ Heinrich Küppers, *Bildungspolitik im Saarland 1945–1955*, Saarbrücken 1984, S. 32
- ⁴ ebenda, S. 29
- ⁵ Peter Bierbrauer: *Der industrialisierte Bauer. Von den Wurzeln saarländischen Selbstgefühls*, Saarbrücker Hefte Nr. 63, 1990, S. 12
- ⁶ Richard van Dülmen: *Industriekultur an der Saar. Zur Entstehung der saarländischen Gesellschaft*, Saarbrücker Hefte Nr. 64, 1990, S. 21
- ⁷ vgl. Wolfgang Scheibe: *Begründung der Volksbildungsbewegung*, in: *Handbuch der Erwachsenenbildung*, Bd. 4, Stuttgart 1975, S. 65
- ⁸ Vortrag Franz Funk auf der Jahrestagung des Arbeitskreises zur Ausarbeitung Historischer Quellen der Erwachsenenbildung 1985, MS. im Archiv des Verbandes der Volkshochschulen des Saarlandes, S. 1 f.

- ⁹ Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung: An die preußischen Städte und Landgemeinden, Brief vom 25.2.1919
- ¹⁰ Saarbrücker Zeitung vom 1.7.1920
- ¹¹ Funk, S. 6
- ¹² vgl. das Papier „Stoffeinteilung zu einzelnen Vortragsreihen“ im Archiv des Verbandes der Volkshochschulen des Saarlandes
- ¹³ Saarbrücker Landeszeitung vom 13.2.1924
- ¹⁴ Der Brief befindet sich im Archiv des saarländischen VHS-Verbandes. Insofern kann Horns Einschätzung „Der Erlaß des Preußischen Ministers ... Haenisch ... blieb für Saarbrücken zunächst erfolglos“ (Hermann Horn: Oskar Hammelsbecks Beitrag zur Erwachsenenbildung von 1926–1935, in: Hammelsbeck a.a.O., S. 24) nicht ganz zugestimmt werden. Marginal waren die Ergebnisse und wohl auch nicht im Sinne Haenischs, aber eben doch nicht ohne jede Spur.
- ¹⁵ aus Hammelsbecks Brief an Flitner vom 26.5.1926 ebenda, S. 36
- ¹⁶ Hammelsbecks „Pädagogischer Autobiographie“ ebenda, S. 36
- ¹⁷ vgl. ebenda sowie S. 25 und 68
- ¹⁸ ebenda, S. 268
- ¹⁹ vgl. Horst Dräger: Pestalozzis Idee von der Einheit der Erziehung, Frankfurt/Bern 1989
- ²⁰ vgl. Arbeitsplan für den 1. Lehrabschnitt Januar–April 1927
- ²¹ Im Archiv des saarländischen VHS-Verbandes befinden sich 9 Arbeitspläne von 1927–1931/32
- ²² Frankfurter Zeitung v. 15.2.1932 in: Hammelsbeck a.a.O., S. 225
- ²³ ebenda, S. 226
- ²⁴ Eingabe ... in: Archiv des saarländischen VHS-Verbandes
- ²⁵ Rundfrage ..., in: ebenda
- ²⁶ Hammelsbeck, S. 281
- ²⁷ ebenda, S. 208
- ²⁸ ebenda
- ²⁹ ebenda, S. 271
- ³⁰ vgl. ebenda, S. 286 und S. 311
- ³¹ Die Volkshochschule, 16.6.1928, S. 1928, in: Archiv des saarländischen VHS-Verbandes
- ³² ebenda
- ³³ vgl. Hammelsbeck, a.a.O., S. 227 ff.
- ³⁴ vgl. ebenda, S. 239 f.
- ³⁵ vgl. die Volkshochschule v. 22.9.1933 und Hammelsbeck, S. 273 sowie das Schreiben von Stadtdirektor Margardt v. 8.6.1953 an Hammelsbeck, in: Archiv des saarländischen VHS-Verbandes

- ³⁶ Hammelsbeck, S. 212
- ³⁷ Schreiben von Margardt v. 8.6.1953, a.a.O.
- ³⁸ Hammelsbeck, S. 258 f.
- ³⁹ ebenda, S. 253
- ⁴⁰ Joachim Dikau: Geschichte der Volkshochschule in: Pöggeler, Handbuch der Erwachsenenbildung, Bd. 4, Stuttgart 1975, S. 123
- ⁴¹ In memoriam Friedrich Margardt in: Saarbrücker Hefte, Nr. 27, 1968, S. 6
- ⁴² zu Aktivitäten des „Schweizer Hilfswerks“ an der Saar vgl. René Springer: Die Hilfe der Schweiz für Saarbrücken und das Saarland nach dem 2. Weltkrieg, in: Saarbrücker Hefte, Nr. 35, 1972, S. 5–17
- ⁴³ vgl. Vorwort von Friedrich Margardt im Arbeitsplan 1948/49
- ⁴⁴ Doris Seck: 30 Jahre Volkshochschule Saarbrücken, in: Saarbrücker Hefte, Nr. 27, 1968, S. 76
- ⁴⁵ ebenda, S. 77
- ⁴⁶ ebenda, S. 76
- ⁴⁷ in: Empfehlungen und Gutachtern des Deutschen Ausschusses ..., Folge 4, Stuttgart 1975, S. 123
- ⁴⁸ Georg Picht: Die deutsche Bildungskatastrophe, Freiburg 1964 und Rolf Dahrendorf, Bürgerrecht ist Bildung, Hamburg 1965
- ⁴⁹ vgl. Detlef Oppermann: Europäische Identität und Volkshochschularbeit. Ein Blick in VHS-Arbeitspläne v. 1952–1992 in: Hessische Blätter für Volksbildung 1/1993
- ⁵⁰ in: Landtag des Saarlandes, Stenographische Berichte, 9. Wahlperiode, 2. Sitzung vom 24.4.1985
- ⁵¹ in: Amtsblatt des Saarlandes, Nr. 13 vom 13.3.1990
- ⁵² vgl. Detlef Oppermann: Weiterbildung im Saarland, Rechtslage, Träger, Finanzen und Perspektiven, in: Literatur- und Forschungsreport Weiterbildung, Nr. 33, Hrsg. DIE/PAS, Frankfurt/M., Juni 1994

AutorInnen

Konrad Bohr: geb. 1946, Studium der Kath. Theologie sowie Politik und Geschichte in München und Trier, seit 1977 Direktor der VHS Trier, Mitglied im Vorstand des Verbandes der Volkshochschulen von Rheinland-Pfalz

Wolfgang Guth: geb. 1951, Dipl. Betriebswirt, seit 1993 Leiter der Zweigstelle Rodenkirchen der VHS Köln, Leiter der VHS Leipzig

Horst Labitzke: geb. 1933, Dr. phil., Studium der Mathematik, Philosophie und Wissenschaftstheorie in Berlin, Tätigkeit in der Lehrerbildung an der PH Köthen, Direktor der VHS Dessau

Kurt Meinl: geb. 1929, Studium der Pädagogik, Germanistik und Psychologie in Jena, Lehrer im Hochschuldienst an der Universität Jena, der PH Erfurt und der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar (1952–1989), Wissenschaftliche Weiterbildung an Hochschulen, Forschungen zur Schulgeschichte der Stadt Jena wie zur Schulpädagogik und Historischen Pädagogik

Detlef Oppermann: geb. 1942, Dr. phil., Studium der Pädagogik, Geschichte und Germanistik in Frankfurt/M. und Lyon, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Geschichte der Universität Frankfurt, Hochschulassistent für Pädagogik/Erwachsenenbildung an der EWH Landau, 1985 pädagogisch-wissenschaftlicher Mitarbeiter, seit 1990 Direktor des Verbandes der Volkshochschulen des Saarlandes, Lehrbeauftragter für Erwachsenenbildung und Historischen Pädagogik an den Universitäten Saarbrücken und Trier

Anne-Christel Recknagel: geb. 1938, Dr. phil., Studium der Romanistik, Geschichte und Soziologie in Heidelberg, Kiel und Mailand, Assistentin im Fachbereich Romanistik der Universität Stuttgart, Waldorfschullehrerin, seit 1984 pädagogische Mitarbeiterin, seit 1993 Fachbereichsleiterin für Allgemeinbildung und Italienisch an der VHS Stuttgart

Nikolaus Richartz: geb. 1941, Dr. päd., Diplom-Pädagogik mit Schwerpunkt Erwachsenenbildung und Außerschulische Jugendbildung an der Universität Köln, Fachbereichsleiter an der VHS Köln, Projekt „Haus Balchem“, Arbeit und Leben, Arbeitnehmerweiterbildung

Paul Röhrig: geb. 1925, Dr. phil., Studium der Pädagogik, Philosophie und Germanistik in Köln und Mainz, 1954–1970 Stellvertretender Leiter der VHS Köln, seit 1970 Professor für Allgemeine Pädagogik mit dem Schwerpunkt Erwachsenenbildung an der Universität Köln

Horst Siebert: geb. 1939, Dr. phil., Studium der Literaturwissenschaft, Altphilologie und Philosophie in Kiel und München, zunächst Pädagogischer Mitarbeiter beim Landesverband der Volkshochschulen von Nordrhein-Westfalen, Assistent für Pädagogik/Erwachsenenbildung an der Ruhr-Universität Bochum, seit 1970 Professor für Erwachsenenbildung an der Universität Hannover, Mitglied im Pädagogischen Ausschuß des Deutschen Volkshochschul-Verbandes

Regina Siewert: geb. 1942, Studium der Politikwissenschaften an der FU Berlin, Tätigkeit als Jugendreferentin für Politische Bildung an der VHS Hamburg, Fachbereichsleitung Gesellschaft und Politik, 1994 Leiterin des Stadtbereichs West der VHS Hamburg

Jörg Wollenberg: geb. 1937, Dr. phil., seit 1965 in der Erwachsenenbildung tätig, zunächst als Pädagogischer Mitarbeiter bei Arbeit und Leben, 1971–1978 Direktor der VHS Bielefeld und 1985–1992 Direktor des Bildungszentrums Nürnberg, seit 1978 Professor für Weiterbildung mit dem Schwerpunkt Politische Bildung an der Universität Bremen

